Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht[1]

92. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 4. April 2019

Inhalt:

[1] Der gesamte und damit endgültige Stenografische Bericht der 92. Sitzung wird am 9. April 2019 veröffentlicht.

(Der gesamte und damit endgültige Stenografische Bericht der 92. Sitzung wird am 9. April 2019 veröffentlicht)

(A) (C)

92. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 4. April 2019

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir feiern in diesem Jahr 70 Jahre Grundgesetz. Nicht alle Artikel unserer Verfassung sind bekanntlich schon 70 Jahre alt, auch nicht dieser:

> Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen.

(B)

Das ist der Wortlaut von Artikel 45b. Er wurde im Zuge der heftig debattierten Wiederbewaffnung unseres Landes in das Grundgesetz aufgenommen, und er war das Ergebnis eines klugen politischen Kompromisses, den Regierungs- und Oppositionsfraktionen damals miteinander aushandelten.

Vor 60 Jahren, am 3. April 1959, nahm in Bonn der erste **Wehrbeauftragte** des Deutschen Bundestages seine Amtsgeschäfte auf: Helmuth von Grolman. Ich freue mich, dass der amtierende Wehrbeauftragte heute anwesend ist und begrüße Sie, Herr Kollege Bartels, sehr herzlich.

(Beifall)

Was unter den Parteien zunächst umstritten war, ist heute integraler Bestandteil unserer Wehrverfassung und längst prägend für das Selbstverständnis unserer Streitkräfte. Der Wehrbeauftragte wurde nicht, wie seinerzeit geunkt wurde, zu einem bloßen „Briefkastenonkel für Soldaten“. Im Gegenteil: Die persönliche Autorität und die jeweils eigene Handschrift der bisher zwölf Wehrbeauftragten sorgten für Ansehen und für politisches Gewicht. Es gab unter ihnen mit Claire Marienfeld von 1995 bis 2000 auch erstmals eine Frau. Ihnen allen sind wir zu Dank und Anerkennung verpflichtet, gerade wir Abgeordnete, die besondere Verantwortung für die Bundeswehr als Parlamentsarmee tragen.

Die Soldatinnen und Soldaten nehmen uns zu Recht in diese Pflicht. Deshalb kann auch der Beschluss einer Hauptstadtpartei nicht unwidersprochen bleiben, „militärischen Organisationen“ künftig den Zugang zu Schulen untersagen zu wollen

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

und – mehr noch – Vorträge von Soldatinnen und Soldaten über ihren Dienst und ihre Arbeit als „militärische Propaganda“ zu denunzieren. Der Vorwurf, es würden dabei Kompetenzgrenzen überschritten, verkennt den Auftrag zur festen Verankerung der Bundeswehr in unserer demokratischen Gesellschaft, deren Teil sie ist. Der Wehrbeauftragte hat bereits klare und unmissverständliche Worte dazu gefunden. Aber alle, die als Staatsbürger in Uniform diese wichtige Aufgabe wahrnehmen, sollen dabei auch um die volle Unterstützung dieses Hauses wissen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Wehrbeauftragten verbinden Soldatinnen und Soldaten direkte und unmittelbare Hilfe und Unterstützung, eine Funktion, die sich auf die gesamte Organisation Bundeswehr erweitert hat. Die Wehrbeauftragten haben der Inneren Führung zum Durchbruch verholfen. Sie begleiteten die Entwicklungsprozesse, Neustrukturierungen und Neuausrichtungen der Bundeswehr über alle Umbrüche hinweg. Sie zeigten Defizite auf und forderten Reformen. Man hat sie deshalb zu Recht als Modernisierer von Armee und Staat charakterisiert.

Befürchtungen, die jährliche parlamentarische und öffentliche Befassung mit den Mängelberichten des Wehrbeauftragten könnte zur Routine erstarren, bewahrheiteten sich nicht. Das ist ganz wesentlich dem hohen Niveau der Jahresberichte geschuldet, ihren Inhalten, die – so hat es Hans-Peter Bartels im vergangenen Jahr treffend formuliert – von den besten Experten stammen, die dieses Land in militärischen Fragen hat, nämlich von den Soldatinnen und Soldaten selbst.

Über 370 000 Vorgänge wurden vom Wehrbeauftragten seit 1959 bearbeitet. Ohne seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre das niemals möglich gewesen, und des-

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) halb gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wehrbeauftragten unser aller Dank.

(Beifall)

Das Amt des Wehrbeauftragten ist und bleibt ein unverzichtbares Aushängeschild erfolgreicher parlamentarischer Kontrolle in der Demokratie, damit die Bundeswehr auch künftig ihren vielfach gewachsenen Verteidigungsaufgaben nachkommen kann – nicht zuletzt im Rahmen der Bündnisverpflichtungen unseres Landes, über die wir heute noch debattieren werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliere ich dem Kollegen **Wilhelm von Gottberg** nachträglich zu seinem 79. Geburtstag sowie dem Kollegen **Eckhardt Rehberg,** der gestern seinen 65. Geburtstag gefeiert hat. Alle guten Wünsche im Namen des ganzen Hauses!

(Beifall)

Dann müssen wir ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied des **Verwaltungsrates der Deutschen Welle** wählen. Die Fraktion der CDU/CSU schlägt vor, den Kollegen **Volker Kauder** als ordentliches Mitglied zu berufen. Die SPD-Fraktion benennt als stellvertretendes Mitglied den Kollegen **Martin Rabanus.** Stimmen Sie dem zu? – Das ist offenkundig der Fall. Damit sind der Kollege Volker Kauder als ordentliches Mitglied und der Kollege Martin Rabanus als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates gewählt. (B)

Für den **Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung** schlägt die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien als Vertreterin des Auswärtigen Amtes Frau **Irmgard Maria Fellner** als Nachfolgerin für den ausgeschiedenen Herrn Michael Reiffenstuel als stellvertretendes Mitglied vor. Stimmen Sie dem zu? – Das ist offenkundig der Fall. Dann ist Frau Fellner als stellvertretendes Mitglied des Stiftungsrates gewählt.

Für die heutige 92. und die morgige 93. Sitzung konnte zwischen den Fraktionen im Ältestenrat keine Tagesordnung vereinbart werden. Die Fraktion der AfD hat dem Vorschlag der anderen Fraktionen widersprochen. Ich habe daher den Bundestag mit der von den anderen Fraktionen vorgeschlagenen Tagesordnung einberufen. Nach § 21 Absatz 3 der Geschäftsordnung ist für die Genehmigung der Tagesordnung ein Plenarbeschluss erforderlich.

Es gibt des Weiteren eine interfraktionelle Vereinbarung, die vorgeschlagene **Tagesordnung** um die in der Zusatzpunktliste aufgeführten Punkte zu **erweitern:**

ZP 1 **Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Erfolge bei der Bekämpfung der Kriminalität – Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2018

(siehe 91. Sitzung)

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (C)

Ein klares Bekenntnis zur NATO – Das transatlantische Sicherheitsbündnis für die Zukunft stärken und weiterentwickeln

Drucksache 19/8954

ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jürgen Trittin, Omid Nouripour, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

70 Jahre NATO

Drucksache 19/8979

ZP 4 **Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren**

(Ergänzung zu TOP 29)

a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Stefan Schmidt, Canan Bayram, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches und anderer Gesetze – Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit (Mieter-Grundsteuer-Entlastungsgesetz)**

Drucksache 19/8827 (D)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Nachhaltige Finanzen

Drucksache 19/7478

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Theurer, Reinhard Houben, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Lenkende Industriepolitik ablehnen – Änderung der Außenwirtschaftsverordnung zurücknehmen

Drucksache 19/8953

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Brigitte Freihold, Helin Evrim Sommer, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A)

Koloniales Unrecht in Deutschland umfassend aufarbeiten – Nachkommen einbeziehen

Drucksache 19/8961

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Margarete Bause, Kordula Schulz-Asche, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Abgeordneten Stefan Liebich, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

25 Jahre Völkermord in Ruanda – Unabhängige historische Aufarbeitung in Deutschland

Drucksache 19/8978

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

f) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gyde Jensen, Alexander Graf Lambsdorff, Nicole Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

(B)

25. Jahrestag des Genozids in Ruanda – Krisenprävention stärken

Drucksache 19/8958

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (f)
Auswärtiger Ausschuss

ZP 5 **Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion der FDP

Steigende Strompreise stoppen – Energie bezahlbar machen

ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Siegbert Droese, Corinna Miazga, Dr. Harald Weyel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden – Heranführungshilfen sofort stoppen

Drucksache 19/8987

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss

ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jimmy Schulz, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt KOM(2016) 593 endg.; Ratsdok. 12254/16 und Ratsdok. 6382/19

(C)

hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 8 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Urheberrecht neu denken – Ohne Upload-Filter

Drucksache 19/8959

ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Keine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere am Jemenkrieg beteiligte Staaten

Drucksache 19/8965

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
Federführung strittig

ZP 9 Beratung des Antrags der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Hartmut Ebbing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Anerkennung der damals sogenannten „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ als Opfergruppe der Nationalsozialisten

Drucksache 19/8955

(D)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Haushaltsausschuss

ZP 10 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zivilgesellschaft stärken, Verfassung wirksam schützen

Drucksache 19/8960

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

ZP 11 **Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haltung der Bundesregierung zur Lockerung des Rüstungsexportstopps an die am Jemen-Krieg beteiligten Staaten

Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Der Tagesordnungspunkt 9 soll abgesetzt und stattdessen der Antrag auf der Drucksache 19/8987 mit dem Titel „EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden – Heranführungshilfen sofort stoppen“ bei einer unveränderten Debattenzeit von 38 Minuten beraten werden.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) Der Tagesordnungspunkt 15 c soll ebenfalls abgesetzt werden.

Des Weiteren soll der Tagesordnungspunkt 18 abgesetzt und an seiner Stelle der Antrag auf Drucksache 19/8965 mit dem Titel „Keine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere am Jemenkrieg beteiligte Staaten" unter Beibehaltung der Debattenzeit von 38 Minuten aufgerufen werden.

Schließlich soll auch der Tagesordnungspunkt 29 c abgesetzt werden.

Damit kommen wir zur **Feststellung der Tagesordnungen** für die heutige 92. und die morgige 93. Sitzung mit den eben genannten Ergänzungen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen der übrigen Fraktionen so beschlossen.

Damit rufe ich den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch**

Drucksache 19/8691

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 der GO

(B) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Bundesfinanzminister Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stärken wir die Verbindung zwischen den Prinzipien des Sozialstaats und des Rechtsstaates. Es geht um die Tätigkeiten des Zolls, der ein sehr, sehr breites und großes Spektrum hat. Zu diesen großen Aufgaben, die er heute schon hat, gehört auch der Kampf gegen illegale Beschäftigung und gegen organisierte Kriminalität in der Arbeitswelt. Der Zoll kontrolliert und ermittelt in Betrieben, auf der Straße und auf Baustellen, und er hat mit dem, was er bisher macht, schon viele Schäden aufgedeckt. 1,8 Milliarden Euro ist die Zahl, die wir zuletzt berichtet bekommen haben. Natürlich kontrolliert er auch bei Verstößen gegen den Mindestlohn und der Ausbeutung von Arbeitskräften. Wir können stolz sein auf den Zoll. Er leistet bereits heute eine sehr, sehr gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber eines ist auch ganz klar: Der Zoll muss mit den Instrumenten arbeiten, die ihm heute zur Verfügung stehen. Das sind gar nicht alle die, die man sich vorstellt, (C) wenn man den Zoll im Blick hat. Das hat historische Gründe. Die haben etwas damit zu tun, dass der Zoll die Aufgaben der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit übertragen bekommen hat, Aufgaben, die vorher zum Sozialversicherungsbereich gehörten. Aber tatsächlich ist es eine Behörde mit viel mehr Ermittlungskompetenzen, wenn es um die klassischen Felder der Zolltätigkeit geht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir angesichts der wachsenden Kriminalität gerade in diesem Bereich die Beamtinnen und Beamten besser ausstatten, dass wir sie in die Lage versetzen, denjenigen entgegenzutreten, die mit hoher krimineller Energie arbeiten, dass wir Missbrauchsformen aufdecken, die viel komplexer werden, und dass wir dagegen vorgehen können, wenn Täter grenzüberschreitend am Werke sind, wenn es Geflechte gibt mit Subunternehmern und Scheinfirmen. Der Zoll braucht zusätzliche Kompetenzen. Diese bekommt er mit dem neuen Gesetz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum machen wir das? Unser Wirtschaftssystem, der Arbeitsmarkt, der Sozialstaat, alles das, was wir gemeinsam so schätzen, sind darauf angewiesen, dass nicht irgendjemand die Regeln umgeht und Missbrauch betreibt. Das ist wichtig für die Unternehmerinnen und Unternehmer und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich an die Regeln halten. Aber es ist auch wichtig, damit wir immer wissen, dass nicht mitten in unserer Gesellschaft Milieus und gesellschaftliche Struktu- (D) ren entstehen, die sich außerhalb der Regeln, die wir miteinander besprochen haben und die wir festgelegt haben, entwickeln. Deshalb kann man nur sagen: Wir lassen uns das, was an neuer Entwicklung im Bereich der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung zu beobachten ist, nicht gefallen.

Der Rechtsstaat hat die Pflicht und die Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden. Diejenigen, die sich an die Regeln halten, müssen sich eben darauf verlassen können, dass wir das machen. Darum brauchen wir einen gut ausgestatteten Zoll, der die Möglichkeiten hat, den Rechtsstaat auch durchzusetzen. Die Beamten sollen nicht mehr zusehen müssen, wenn zum Beispiel bandenmäßige Tätigkeiten zu beobachten sind, durch die der Sozialstaat hintergangen wird. Das können wir in wachsendem Maße feststellen: Was in großem Umfang eine Rolle spielt und was wir immer wieder sehen, sind Scheinfirmen und Scheinrechnungen, in großem Stil organisiert und mit all den Strukturen, die man bei organisierter Kriminalität wahrnehmen kann. Deshalb brauchen wir neue zusätzliche Möglichkeiten und Kompetenzen, um dagegen vorgehen zu können.

Man muss auch etwas tun können, wenn ganz offensichtlich zu sehen ist, dass es in unserer Gesellschaft Dinge gibt, die nicht in Ordnung sind. Viele kennen Orte, an denen oft Männer und Frauen stehen, die ihre Arbeitskraft anbieten, wo dann irgendwelche Autos vorbeifahren, diese Menschen einsammeln und irgendwohin fahren. Jeder weiß, was dort genau geschieht: Es geht nämlich um ille-

Bundesminister Olaf Scholz

(A) gale Beschäftigung und um die Verletzung vieler Regeln, die wir miteinander haben. Es ist gut, dass der Zoll jetzt die Möglichkeit bekommt – diese existiert heute noch nicht –, schon bei einem Verdacht einschreiten zu können und dafür zu sorgen, dass man solche Entwicklungen in unseren Städten, in unseren Gemeinden verhindern kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir alle haben davon in vielen Berichten gelesen, haben oft auch nachgeschaut und kennen das aus den Städten, in denen wir aktiv sind, nämlich dass es Schrottimmobilien gibt, in denen Männer, Frauen, Familien zu Wucherpreisen wohnen, in denen die Wohnungen vollkommen überbelegt sind. Hier sieht man alle möglichen Strukturen, die wir in unserer Gesellschaft nicht haben wollen. Deshalb muss es möglich sein, dass man dort besser kontrollieren kann, als das heute der Fall ist, um solche Missstände in unserer Gesellschaft zu unterbinden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich gehört dazu auch, dass wir etwas dagegen tun, wenn zum Beispiel Kindergeld kassiert wird, ohne dass überhaupt Kinder da sind. Die Regeln sind heute nicht präzise genug, um das alles aufgreifen zu können. Mit den vielen Veränderungen, die wir jetzt vorschlagen, werden wir solche Missstände besser aufdecken können. Kindergeld ist eine Leistung, die für Kinder da ist, und nicht etwas, was man über Scheinstrukturen als zusätzliche Einnahmequelle nutzen kann. Auch da kann der Zoll,
(B) können die zuständigen Behörden jetzt besser vorgehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darum ist es wichtig, dass wir das angehen. Das machen wir mit unserem Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch. Der Zoll bekommt all die Kompetenzen, die er braucht, um effektiv handeln zu können. All die Befugnisse, die wir benötigen, werden bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit gebündelt. Wir passen insgesamt 15 Gesetze an, damit wir in der Praxis besser handeln können, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich nenne ein Beispiel: Den Mindestlohn, den wir in Deutschland beschlossen haben und um den so lange gerungen wurde, soll jeder, der in diesem Land arbeitet, auch tatsächlich erhalten. Wir können nicht akzeptieren, dass immer wieder Berichte auftauchen, in denen zu erfahren ist, dass mit irgendwelchen Scheinverträgen Leute viel weniger verdienen als das, was ihnen zusteht. Das müssen wir kontrollieren und unterbinden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Kompetenzen, die neu entstehen, werden dazu beitragen, dass der Zoll diese Tätigkeiten auch wahrnehmen kann, zum Beispiel dann, wenn es darum geht, selbstständig Ermittlungen gegen Scheinselbstständigkeit und verschiedene andere Verfahren durchzuführen. Oft ist das heute sehr kompliziert. Deshalb ist es sehr gut, dass die Staatsanwaltschaft vom Zoll unterstützt werden kann und dass der Zoll gewissermaßen aus eigener Kraft (C) und durch seine Aktivitäten die Staatsanwaltschaften in die Lage versetzen kann, Anklagen zu erheben.

Dazu gehört etwa auch, dass es in bestimmten Bereichen der Kriminalität, der illegalen Beschäftigung die Notwendigkeit gibt, zum Instrument der Überwachung der Telefone zu greifen, damit wir die bandenmäßigen Strukturen im Hintergrund aufdecken können. Auch müssen wir Unterkünfte von Arbeitnehmern überprüfen können, was bisher rechtlich nicht so einfach möglich ist, sondern juristisch eine hochkomplizierte Angelegenheit ist. Das wird jetzt alles viel besser werden. Ich glaube also, dass wir mit diesem Gesetz dazu beitragen, dass Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in unserem Land zurückgehen werden.

Dieses Ziel werden wir auch dadurch erreichen, dass die Kontrolldichte größer wird. Das Gesetz betrifft die rechtlichen Möglichkeiten. Was wir zusätzlich brauchen, sind viele Beschäftigte beim Zoll. Deshalb ist es eine gute Botschaft, dass in den letzten Jahren die Zahl der Beschäftigten beim Zoll zugenommen hat, dass die Zahl derjenigen, die sich mit der Kontrolle der Schwarzarbeit beschäftigen, größer geworden ist. Es werden viele, viele tausend zusätzliche Stellen in den nächsten Jahren sein, damit der Zoll all das tun kann, was wir ihm jetzt als gesetzlichen Auftrag geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe es schon gesagt: Wir stärken den Rechtsstaat und den Sozialstaat. Das gehört zusammen. Das gehört (D) auch zum Selbstbild unserer Gesellschaft. Der Zoll ist eine hochleistungsfähige Behörde unseres Landes und ist in der Lage, dazu beizutragen, dass das Leben in unserem Land besser wird, indem er dafür sorgt, dass sich alle an die Regeln halten. Ich glaube, das ist wichtig für eine der größten kulturellen Errungenschaften unseres Landes, nämlich den Sozialstaat.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Stefan Keuter, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Keuter (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Zuschauer! Die Bundesregierung legt heute einen Gesetzentwurf vor gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch. Das klingt erst einmal gut. Kurz gesagt: Gut gedacht, schlecht gemacht!

Billigfriseure, die Haarschnitte für 8 Euro und weniger anbieten, Dönerbuden mit Kampfpreisen von 2,50 Euro und Handwerkerkolonnen, die Pfusch zu Niedrigstpreisen verkaufen, sind nur einige Beispiele, die unsere Bürger tagtäglich wahrnehmen. Nennen wir die Probleme beim Namen: Es geht um die Baumafia. Es geht um

Stefan Keuter

(A) Arbeiterstriche, wo zumeist osteuropäische Tagelöhner vermittelt werden. Es geht um Verschleierung von Zahlungspflichtigen für Steuern und Sozialabgaben. Es geht um Lohndumping.

Und es geht um Kindergeldbetrug. Die Bundesregierung schreibt selbst in der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf:

> Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass vom Kindergeld eine nicht beabsichtigte Anreizwirkung für einen Zuzug aus anderen Mitgliedstaaten ausgeht.

Ach was! Wir von der AfD weisen bereits seit 2014 auf diese Fehlentwicklungen hin und werden dafür von links-grünen Weltverbesserern mit ihren Realitätsverweigerungsbrillen ständig diffamiert.

(Ulli Nissen [SPD]: Oh!)

Mit dieser Verweigerungshaltung von Ihnen, die Sie schon länger in diesem Hause sitzen, haben Sie Deutschland großen Schaden zugefügt.

(Beifall bei der AfD)

Herr Scholz, wissen Sie, wie so etwas praktisch abläuft? Schlepper bringen systematisch Menschen aus Osteuropa nach Deutschland, quartieren sie in Schrottimmobilien ein, besorgen ihnen teils gefälschte Arbeitsnachweise, damit sie hier Kindergeld kassieren können – auch für Kinder, die nur auf dem Papier existieren. Wie reagiert die Bundesregierung? Der Zoll muss massiv aufgerüstet werden. Er braucht neue Rechte bei der Ermittlung und Durchsetzung. Bundesminister Scholz – (B) wir haben ihn gerade gehört – sprach vollmundig von der Durchsetzung. Das klingt zunächst einmal gut, aber wir wollen genauer hinschauen.

Der Zoll soll auf Arbeiterstrichen Platzverweise aussprechen dürfen, hat aber andererseits nicht die Möglichkeit des Durchsetzungsgewahrsams. Wie soll das funktionieren, Herr Scholz? Auch wäre eine Anbindung an die IT-Systeme der Polizei sinnvoll, um Doppel- und Dreifacharbeit zu vermeiden. Die Strukturen des Zolls und auch die Zusammenarbeit mit der Polizei müssten effektiver sein. Der hier vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, dass die beim Zoll angesiedelte Einheit Finanzkontrolle Schwarzarbeit, auch FKS genannt, deutlich aufgestockt werden soll. Das passt wieder ins Konzept der SPD: die große Gießkanne, 3 500 neue Stellen zusätzlich zu den bisher geplanten. Über die Kosten hat Bundesminister Scholz eben nicht gesprochen. Ich sage es Ihnen: eine knappe halbe Milliarde Euro jährlich zuzüglich Einmalkosten von über 100 Millionen Euro.

(Zuruf der Abg. Katja Mast [SPD])

Wir müssen tiefer an die Wurzel des Problems. Die Bekämpfung von Kriminalität ist das eine; die Einwanderung in die Sozialsysteme zu stoppen, ist das andere. Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger aus Rumänien und Bulgarien hat sich seit 2015 mehr als vervierfacht.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind Leute, die hier arbeiten!)

(C) Das ist nicht mit normaler Arbeitslosigkeit zu erklären, schon gar nicht angesichts der angeblich ach so boomenden Wirtschaft, die ja jetzt schwächelt. Durch das für diesen Personenkreis vergleichsweise hohe Versorgungsniveau werden die Menschen geradezu eingeladen, in unsere Sozialsysteme einzuwandern.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der LINKEN: So ein Unsinn!)

Wer bedürftig ist und die Solidarität seines Volkes benötigt, soll diese auch bekommen – von seinem Volk.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Es ist nicht mehr vermittelbar, dass sich die deutschen Arbeitnehmer immer weiter einschränken und länger arbeiten sollen, während Zuwanderer – nicht nur aus der EU – es sich in unseren Sozialsystemen gutgehen lassen. Die Anreize für Zuwanderung in die Sozialsysteme müssen deutlich reduziert werden,

(Beifall bei der AfD)

sonst doktern wir ewig an den Symptomen herum, ohne echte Lösungen zu bekommen.

Wir freuen uns auf die Beratungen im Finanzausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

(D) Nächste Rednerin ist die Kollegin Antje Tillmann, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Antje Tillmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Nach der Rede von Finanzminister Scholz hatte ich schon befürchtet, dass es eine langweilige Debatte wird; denn ich konnte jedem Wort, das der Minister gesagt hat, nur zustimmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD und der FDP: Oh!)

Aber Herr Keuter hat die Stimmung sozusagen gerettet. Nach Ihrer Rede war klar, dass es hier eine sehr kontroverse Diskussion geben wird. Denn Sie haben das Thema wieder genutzt, um Menschen zu diffamieren, die in Deutschland mit uns zusammen am Sozialstaat arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Das Sozialstaatsprinzip zeigt sich darin, dass Leistungsstärkere mit ihren Leistungen, also durch Steuern und Sozialabgaben, Leistungsschwächere unterstützen. Das Sozialstaatsprinzip ist ziemlich unbestritten und breiter Konsens in der Bevölkerung. Leistungsträger sind auch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit langem auf

Antje Tillmann

(A) dem deutschen Arbeitsmarkt für uns und mit uns zusammen unseren Wohlstand sichern.

(Beifall der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das lassen wir uns von Ihnen, Herr Keuter, nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich danke der Bevölkerung, dass sie das überwiegend genauso sieht.

Natürlich verstehe ich die Verärgerung derjenigen, die den Sozialstaat tragen, wenn es Missbrauch gibt. Gegen diesen Missbrauch wollen wir mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf vorgehen. Diesen Missbrauch betreiben übrigens Deutsche und Ausländer. Das ist eine kleine Gruppe von Menschen, die sich nicht an die Regeln halten wollen. Aber da ist es mir völlig egal, ob es ein rumänischer Schlepper oder ein Deutscher von der Baumafia ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen gegen Missbrauch von beiden Seiten vorgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Fallgruppen hat Herr Minister Scholz ja schon (B) vorgetragen: im Baugewerbe, wo durch fingierte Rechnungen Schwarzarbeit gefördert wird, auf der Straße, wo Menschen ausgebeutet werden – der Billigste wird genommen, und dann werden ihm Sozialleistungen auch noch vorenthalten –, aber auch beim Kindergeld, wo Menschen fingierte Geburtsnachweise vorlegen. Das Kindergeld kommt dann nicht Kindern zugute, sondern Schlepperbanden. Ich betone ausdrücklich, dass es bei diesem Gesetz nicht darum geht, den berechtigten Anspruch von Kindergeld im europäischen Ausland zu reglementieren. Darum geht es hier nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vielmehr geht es um Verbrecher, um Schleuser, um Kriminelle, denen wir das Handwerk legen wollen. Dies wird mit diesem Gesetz auch passieren.

(Andrea Nahles [SPD]: Jawohl!)

Es ist nicht so, dass wir seit 2014 nichts gemacht haben. Wir brauchten nicht die AfD, um festzustellen, dass es da Probleme gibt. Wir haben auch schon in der letzten Legislaturperiode Maßnahmen ergriffen, um diesem Missbrauch entgegenzuwirken. Wir haben nämlich die Möglichkeit, Kindergeld rückwirkend zu beantragen, auf sechs Monate beschränkt. Wir haben einen besseren Informationsaustausch zwischen Meldestellen und Familienkassen eingeführt. Das hat schon zu einer erheblichen Verbesserung geführt.

Wir schließen mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf die Lücken, die noch bestehen. Wir wollen, dass die Menschen, die in diesem Land mit ihrer Arbeit, mit ihrer (C) Leistungsfähigkeit zum Wohlstand beitragen, auch weiterhin davon überzeugt sind, dass der Sozialstaat für uns alle gut ist, nicht nur für diejenigen, die davon leben.

Der Zoll wird zusätzliche Kompetenzen bekommen, Gott sei Dank auch zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich danke all denjenigen, die schon heute ihre Arbeit beim Zoll tun. Das ist nicht immer vergnügungsteuerpflichtig, nicht immer werden sie fröhlich aufgenommen. Von daher herzlichen Dank! Ich wünsche mir, dass viele junge Menschen die Stellen, die wir zusätzlich zur Verfügung stellen, sehr schnell besetzen und sich in diese Ausbildung begeben.

Wir wollen bei Verdachtsfällen frühzeitiger reagieren. Wir wollen Regelungen, um bereits bei der Anbahnung von illegaler Beschäftigung eingreifen zu können. Wir wollen beim Inverkehrbringen von Scheinrechnungen den Tatbestand der Ordnungswidrigkeit einführen. Der Zoll soll bei der Überwachung von Verdächtigen die Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung bekommen. Wir wollen, dass beim Kindergeldanspruch stärker an die wirtschaftliche Betätigung angeknüpft wird. Wir wollen, dass Kindergeldzahlungen vorläufig gestoppt werden, wenn es den Verdacht auf Missbrauch gibt.

Das sind lauter Maßnahmen, die wir im Gesetzgebungsverfahren mit den Kolleginnen und Kollegen überprüfen. Ich bin auf Ihre konkreten Änderungsvorschläge sehr gespannt. Seien Sie sich gewiss, dass wir prüfen werden, ob nicht der eine oder andere dabei ist, den wir vielleicht noch aufnehmen. Solange Sie Ihre Vorschläge (D) frei von Hetze und sachgerecht vortragen, sind wir natürlich bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir wollen einen besseren Informationsaustausch zwischen Familienkassen und Zollämtern. Wir wollen auch, dass inländische Einkünfte besser nachgewiesen werden können; das ist für den Bezug von Sozialleistungen wichtig. Ich bin sicher, dass das Sozialleistungsprinzip und das Sozialstaatsprinzip in der Bevölkerung auch weiterhin breiten Rückhalt haben, wenn wir sicherstellen, dass es keinen Missbrauch gibt. Dazu fordere ich uns alle auf. Wir müssen den Sozialstaat und dieses soziale System stärken, indem wir den Missbrauch bekämpfen. Dieses Gesetz ist ein guter Weg in die richtige Richtung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Markus Herbrand, FDP.

(Beifall bei der FDP)

Markus Herbrand (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass wir Sozialleistungsbetrug, Schwarzarbeit und auch Lohnausbeutung beim sogenannten Arbeiterstrich bekämpfen

Markus Herbrand

(A) müssen, ist doch selbstverständlich. Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass der Missbrauch beim Kindergeldbezug endlich bekämpft wird; da hat sich ja eine regelrechte Industrie entwickelt. Insofern benennt und identifiziert der Gesetzentwurf selbstverständlich bestehende Schwachstellen.

Es stimmt auch: Der Zoll nimmt elementare Aufgaben für den Staat wahr. In letzter Zeit kommt aber eines viel zu kurz: Weil er viel zu lange stiefmütterlich behandelt wurde, krankt er inzwischen massiv an mehreren Stellen. Dabei denke ich vor allem an die halbherzigen Übertragungen immer neuer Aufgaben in den letzten Jahren: die Verwaltung der Kfz-Steuer, die Überprüfung im Falle von Schwarzarbeit, die Bekämpfung der Geldwäsche und die Überprüfung der viel zu bürokratischen Mindestlohndokumentation. Das alles führt zu strukturellen Problemen.

(Beifall bei der FDP)

In den Chor der Koalition, der nur Lobeshymnen auf diesen Gesetzentwurf singt, werden wir aber nicht einstimmen. Denn auch wenn Sie durchaus relevante Probleme identifiziert haben, ist Ihr Gesetzentwurf aus unserer Sicht noch kein großer Wurf. Unsere Skepsis beruht auf mehreren Gründen.

Erstens. Zunächst hat die FDP Bedenken, ob die zusätzlichen Ermittlungs- und Prüfungskompetenzen rechtsstaatlich angemessen und diesbezüglich verhältnismäßig ausgestattet sind.

(Beifall bei der FDP)

(B) Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Deshalb werden wir diesen Bedenken im Gesetzgebungsverfahren nachgehen.

Zweitens. Der Finanzminister denkt leider nicht im Traum daran, den bestehenden Verwaltungswahn einzustampfen. Verwaltungsvereinfachungen werden nicht ernsthaft angegangen. Gestern hat mein Kollege Dr. Hoffmann hierzu eine Frage gestellt. 34 000 Meldungen werden an der deutsch-schweizerischen Grenze täglich manuell abgestempelt. Ein Wahnsinn!

(Beifall bei der FDP)

Bevor wir immer mehr Personal in die Prüfung stecken, wäre es für den Staat doch ratsam, alle Möglichkeiten von Effizienzsteigerungen auszuloten. Zunächst sollten Arbeitsabläufe hinterfragt und auch Digitalisierungspotenziale ausgeschöpft werden. Wer einmal eine Prüfung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit miterlebt hat, der weiß, dass dort immer noch in ganz hohem Maße analog gearbeitet wird. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit könnte viel schlagfertiger sein, wenn die bereits seit Jahren bestehenden Vorgaben des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes endlich umgesetzt wären. Zum Beispiel ist immer noch nicht sichergestellt, dass die eine Behörde auf die Daten der anderen Behörde zugreifen darf. Das darf nicht weiter so sein.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht wäre es also ratsam, zunächst einmal die bestehenden Gesetze auch umzusetzen.

Die Bundesregierung will mit diesem Gesetz vornehmlich eins erreichen: sich als Vorreiter für die Einhaltung bestehender Gesetze in Szene setzen. Da ist es doch sehr interessant, dass Sie auf eine Anfrage der FDP-Fraktion vergangene Woche haben einräumen müssen, dass ausgerechnet auch beim Zoll nicht alle tarifvertraglichen Vereinbarungen eingehalten werden; (C)

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Ach!)

denn nach Ihrer Antwort auf unsere Anfrage werden nicht für alle tariflich Beschäftigten Arbeitsplatzbeschreibungen vorgehalten.

(Stefan Keuter [AfD]: Na so was!)

Ich glaube, da kann man auch von Doppelmoral sprechen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Das ist heuchlerisch!)

Sehr geehrte Kollegen, ich warne davor, Verbesserungen nur auf dem Papier vorzunehmen. An der hier längst überfälligen Initiative zur Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit müssen wir noch deutlich nachbessern. Wir freuen uns auf die inhaltliche Auseinandersetzung in den zuständigen Ausschüssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Susanne Ferschl, Die Linke. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Susanne Ferschl (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Ja, es ist dringend notwendig, gegen illegale Beschäftigung, gegen Verstöße beim Mindestlohn und gegen Ausbeutung am Arbeitsmarkt vorzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Gesetzentwurf taugt dafür aber nicht; denn er beseitigt nicht die Ursachen von Schwarzarbeit, sondern kriminalisiert die Opfer von Ausbeutung, und er diskriminiert letztlich auch noch EU-Bürger. Ich bin echt sauer, Herr Minister, dass so ein Gesetzentwurf aus dem SPD-geführten Ministerium kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fange trotzdem zunächst mit dem Positiven an, und zwar der Aufstockung des Personals der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Das ist eine Forderung, die wir schon sehr lange erheben, und es ist längst überfällig, diesen Bereich der Zollverwaltung zu stärken. Von Ihrem CDU-Vorgänger im Amt war offensichtlich nicht gewollt, dass die Einhaltung des Mindestlohns ordentlich kontrolliert wird. Insofern ist es gut, dass jetzt mehr Personal dafür zur Verfügung gestellt werden soll. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen beim Zoll und bei der Finanzkontrol-

Susanne Ferschl

(A) le Schwarzarbeit für die Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgabe bedanken.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber rechtsstaatlich bedenklich und fragwürdig, wenn man die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mit einer so großen Machtfülle ausstattet,

(Zuruf der Abg. Andrea Nahles [SPD]

zum Beispiel mit der Möglichkeit der Telekommunikationsüberwachung, bis hin zur Möglichkeit, dass Rechte und Aufgaben einer Anklagebehörde wahrgenommen werden sollen. Dieses Ausmaß ist nicht nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bußgelder und Strafen, die verhängt werden, richten sich gleichermaßen gegen Beschäftigte wie Arbeitgeber. Um dies einmal deutlich zu machen: Opfer von Ausbeutung, also Menschen, die ihre Arbeitskraft auf den Tagelöhnerbörsen verkaufen, werden genauso bestraft wie die kriminellen Unternehmen, die davon profitieren. Das sind doch die eigentlichen Kriminellen, und das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Fokus auf der Kriminalisierung der Opfer lenken Sie von den eigentlichen und hausgemachten Ursachen für illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit ab. Es ist so, als ob man jahrelang Öl ins Feuer gießen und dann plötzlich die Feuerwehr verstärken würde, ohne (B) dem Feuer endlich die Nahrung zu entziehen. Illegale Beschäftigung dämmt man ein, indem man den Niedriglohnsektor austrocknet und den Arbeitsmarkt reguliert.

(Beifall bei der LINKEN – Andrea Nahles [SPD]: Machen wir doch! – Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Ich glaube, die Rede ist schon ein bisschen älter!)

Um dies an zwei Punkten festzumachen:

Erster Punkt. Minijobs sind ein Haupteinfallstor für Schwarzarbeit und Mindestlohnbetrug. Der Minijob wird angemeldet, und der Rest läuft dann schwarz. Aber was macht die Bundesregierung? Sie weitet die Möglichkeiten für Minijobs im Saisonarbeiterbereich auch noch aus. Das ist doch absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke fordert deswegen schon lange: Minijobs müssen in die Sozialversicherung und in den normalen Arbeitsmarkt integriert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweiter Punkt: Tarifbindung. Früher war es für Unternehmen gar nicht lukrativ, Tätigkeiten in Subunternehmen auszulagern, weil auch die Nachunternehmen ordentlich bezahlt wurden. Mittlerweile ist es so, dass nur noch jede oder jeder zweite Beschäftigte unter den Schutz eines Tarifvertrags fällt. Heute wird in Sub-, Sub-Sub- und noch mehr Subunternehmen ausgegliedert, die keiner Tarifbindung unterliegen und mieseste Stundenlöhne bezahlen. Das fördert doch Schwarzarbeit und gehört (C) unbedingt unterbunden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir Tarifverträge, die aufgrund einer Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für alle gelten, ein einheitliches Tariftreue- und Vergabegesetz, damit öffentliche Aufträge auch nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden, und eine Änderung der Vergabepraxis hin zur Qualität von guter Arbeit und weg vom Preis.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Darüber hinaus brauchen wir eine Nachunternehmerhaftung, damit die auslagernden Unternehmen gezwungen werden, stärker darauf zu achten, dass die Subunternehmen auch Mindestlohn und Tariflöhne bezahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Von all dem, Herr Minister, finde ich in Ihrem Gesetzentwurf nichts. Nicht einmal zu einem Verbandsklagerecht hat es gereicht. Das kann doch wirklich nicht wahr sein.

(Ingrid Arndt-Brauer [SPD]: Dafür ist der Finanzausschuss überhaupt nicht zuständig!)

Dafür enthält der Gesetzentwurf einen Punkt, der besonders perfide ist. Sie schließen letztendlich EU-Bürger vom Kindergeldbezug aus. Ja, merken Sie eigentlich noch, dass Sie damit den Rechtspopulisten auf den Leim (D) gegangen sind?

(Andrea Nahles [SPD]: Haben Sie den Gesetzentwurf überhaupt gelesen? Offensichtlich nicht! Das ist nicht Gegenstand des Gesetzentwurfs!)

Kindergeldzahlungen sind geltendes EU-Recht. Das mag Ihnen nicht gefallen, Frau Nahles, aber es ist nun einmal so.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Andrea Nahles [SPD]: Das ist Unsinn, was Sie erzählen!)

Nur 1 Prozent der Kindergeldzahlungen fließen auf ausländische Konten. Das taugt nun wirklich nicht für einen Skandal.

(Michael Schrodi [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Schwachsinn! Unglaublich!)

Schon 2016 hat die Neue Richtervereinigung, als die Bundesregierung die EU-Bürger vom Sozialleistungsbezug ausgeschlossen hat, von einer „sozialrechtlichen Apartheid“ gesprochen. Genau da machen Sie weiter. Das ist doch nicht zu fassen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Susanne Ferschl

(A) Sie wollen Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber gleichzeitig gewähren Sie den Menschen nicht die existenzsichernden Leistungen.

(Andrea Nahles [SPD]: Sie haben das Gesetz nicht gelesen!)

Insofern ist es doch traurig, dass die SPD sieben Wochen vor der Europawahl, bei der es darum geht, die Menschen für ein solidarisches Europa zu begeistern, so einen spalterischen Unsinn auch noch mitmacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Spaltungsversuche und auch die Kriminalisierung von Armutsopfern werden wir als Linke nie und nimmer mitmachen.

(Andrea Nahles [SPD]: Das machen wir auch nicht mit!)

Die Linke steht für gute Arbeit für alle Menschen, und zwar in Deutschland und in Europa, für soziale Standards, die überall gelten, und für einen europäischen Mindestlohn.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/Die Grünen, ist die nächste Rednerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass in der EU mehr als 600 000 Menschen von Arbeitsausbeutung betroffen sind, und diese findet auch in Deutschland statt. Diese Menschen bekommen entweder gar keinen Lohn oder zu wenig, und sie haben häufig hohe Abzüge für Vermittlung, Unterkunft oder Verpflegung. Sie müssen lange und hart arbeiten – häufig unter gefährlichen Bedingungen. Sie leben in Matratzenlagern oder in baufälligen Unterkünften. Sie werden ausgebeutet, getäuscht, betrogen und menschenunwürdig behandelt. Das darf es nicht geben. Wir müssen die Menschen vor Arbeitsausbeutung schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Arbeitsausbeutung hat auch Folgen für das Gemeinwesen. Die Stichworte sind „Steuerhinterziehung“ und „Sozialversicherungsbetrug“. Wie hoch die Schäden eigentlich sind, weiß niemand. Davon betroffen sind auch die verantwortungsvollen Unternehmen; denn sie müssen sich gegen diese Schmutzkonkurrenz behaupten. Deshalb wurde vor drei Jahren das Strafgesetzbuch geändert, um Arbeitsausbeutung, Menschenhandel und Zwangsarbeit besser greifen zu können. Diese Änderung brachte aber keinen Erfolg. Das zeigen die Zahlen, die ich gerade erst abgefragt habe: Im Jahr 2017 gab es gerade einmal fünf Ermittlungsverfahren wegen Ausbeutung der Arbeitskraft. Bei Zwangsarbeit waren es ganze drei Verfahren. (C)

Arbeitsausbeutung muss also endlich effektiv bekämpft werden,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

und deshalb geht der Gesetzentwurf an dieser Stelle in die richtige Richtung. Auch wir wollen die Finanzkontrolle Schwarzarbeit stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig, dass die FKS endlich bei Verdacht auf ausbeuterische Arbeitsbedingungen ermitteln darf. Gut sind zum Beispiel auch tarifliche Mindeststandards für Unterkünfte im Arbeitnehmer-Entsendegesetz, deren Einhaltung kontrolliert wird. Und gut ist auch, dass die FKS besser gegen die Ausbeuter vorgehen kann, die Tag für Tag Arbeitskräfte für billiges Geld von der Straße holen.

Was wir aber in diesem Zusammenhang strikt ablehnen, sind Strafen gegen die Menschen, die ausgebeutet werden. Nicht die Menschen, sondern die Ursachen von Armut und Perspektivlosigkeit müssen bekämpft werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Auch an anderen Stellen haben wir noch Diskussionsbedarf. Die Stichworte sind „kleine Staatsanwaltschaft“, „das Betreten der Unterkünfte ohne richterlichen Beschluss“, „Datenschutz“ und insbesondere die „Telekommunikationsüberwachung“. Das sind schon harte Eingriffe, (D)

(Andrea Nahles [SPD]: Das ist notwendig!)

und die müssen genau überlegt und insbesondere gut begründet sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Positiv wiederum ist, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal bekommen soll. Das fordern wir schon lange. Das Problem ist nur – jetzt hört der Herr Minister nicht zu –, dass mittlerweile 1 300 Stellen, und zwar von den alten Stellen, nicht besetzt sind. Das heißt, Herr Minister, Sie dürfen nicht nur ankündigen, sondern Sie müssen auch endlich liefern!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir Grünen wollen, dass es gerecht zugeht auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitsausbeutung darf es nicht geben. Wir wollen faire und gleiche Bedingungen für die Unternehmen. Im Ziel sind wir uns also einig. Aber darüber, ob dieses Ziel alle geplanten Mittel und Befugnisse rechtfertigt, werden wir im Ausschuss noch heftig diskutieren müssen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort der Kollegin Ingrid Arndt-Brauer, SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ingrid Arndt-Brauer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, Sozialleistungsbetrug sowie Kindergeldmissbrauch löst nicht alle Probleme des Landes, aber einige wichtige. Die Sondereinheit des Zolls, die sogenannte Finanzkontrolle Schwarzarbeit, wird zusätzliche Befugnisse bekommen. Sie wird mehr Personal bekommen; 3 500 zusätzliche Stellen sind hier vorgesehen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal, und das ist eine wirksame Maßnahme, die damit in Kraft treten wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf ist grob gegliedert in vier Bereiche. Der erste Bereich ist der Einsatz für faire Arbeitsbedingungen. Die FKS, also die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, darf jetzt schon bei Verdacht auf Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit oder Menschenhandel ermitteln. Schon bei Verdacht! Das Sicherheitsgewerbe wird in den Branchenkatalog des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes aufgenommen. Auch das ist ein Gewerbe, das unter größere Beobachtung gestellt werden muss. Die Unterkunftsbedingungen von Arbeitnehmern werden auf Einhaltung von Mindeststandards gemäß Arbeitnehmer-Entsendegesetz geprüft, und es wird eingegriffen, wenn diese nicht eingehalten werden.

(B)

Der zweite große Bereich ist das Einschreiten gegen Tagelöhnerbörsen. Im Ruhrgebiet bei uns in NRW sagt man „Arbeiterstrich“ – das trifft es, glaube ich, besser; davon hat jeder eine etwas plastischere Vorstellung. Hier soll schon bei der Anbahnung eingeschritten werden können, also nicht erst, wenn irgendwelche Verfehlungen entdeckt werden konnten. Hier wird auch ganz stark die Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert, weil in diesem Zusammenhang die meisten Missbräuche und Verstöße stattfinden.

Der dritte Bereich, den der Gesetzentwurf beinhaltet, ist der Kampf gegen organisierte Kriminalität. Wir haben es ansatzweise schon gehört. Hier geht es um Kettenbetrug, hier geht es um Scheinrechnungen, hier geht es um Sub-Sub-Sub-Subunternehmen. Hier muss man verstärkt Maßnahmen wie die Telekommunikationsüberwachung ergreifen. Wir müssen verstärkt gegen diese organisierte Kriminalität vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Der vierte Bereich ist der Missbrauch von Sozialleistungen, zum Beispiel beim Kindergeld. Dazu wird mein Kollege Michael Schrodi noch mehr ausführen.

2018 hat der Zoll einen Schaden für den Staat in Milliardenhöhe verhindert und das Geld eintreiben können. Der Gesellschaft wird wirklich Geld entzogen, wenn es zum Schaden kommt. Im Jahr 2018 sind 52 579 Ermittlungen durchgeführt worden. Es sind also keine Ausnahmen. Das betrifft Sozialversicherungsbetrug, das betrifft den Mindestlohn, der nicht eingehalten wird, und das betrifft organisierte Schwarzarbeit.

(C)

Wir brauchen stärke Überprüfungsrechte. Wir brauchen neue Ermittlungsbefugnisse. Und wir brauchen einen besseren Datenaustausch. Ich denke, der Zoll kann damit in Zukunft besser arbeiten. Er arbeitet jetzt schon sehr gut. Ich bedanke mich bei allen, die beim Zoll arbeiten. Ich wünsche dem Zoll, dass er in Zukunft noch besser für unsere Gemeinschaft, für unseren Sozialstaat arbeiten kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt hat das Wort der Kollege Kay Gottschalk, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Kay Gottschalk (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Liebe Gäste! Liebe Menschen und Bürger an den Bildschirmen! Zunächst einmal – das ist verräterisch – bedanke ich mich als Volksvertreter an dieser Stelle recht herzlich bei den Menschen des Zolls, die trotz der ganzen Behinderungen staatlicherseits und des Murks der EU andererseits so engagiert sind und so hervorragende Arbeit leisten. Vielen Dank an die Mitarbeiter!

(D)

(Beifall bei der AfD – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zoll ist Staat! – Zuruf des Abg. Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU])

Ein zweites Dankeschön möchte ich an die EU richten – für Ausbeutung von Arbeitnehmern, Kindergeldmissbrauch, organisierte Kriminalität, einen Arbeitnehmerstrich, den ich hier zitiere. Auch das sind alles Errungenschaften Ihrer so abgefeierten EU. Die EU macht es möglich, und das verschweigen Sie an dieser Stelle. Liebe Bürgerinnen und Bürger, erteilen Sie der EU – nicht Europa, sondern der Europäischen Union – als Folge daraus im Mai bei der Europawahl eine ganz klare Abfuhr, indem Sie AfD wählen,

(Ulli Nissen [SPD]: Hetze!)

damit auch das in der EU bekämpft werden kann, was hier von Ihnen mit Katzenjammer beklagt wird.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD)

Die Bundesregierung setzt hier einige Punkte aus dem Koalitionsvertrag um. Man fragt sich, aus welchem: dem der CDU, der SPD, der CSU, vielleicht hat die FDP auch schon ein bisschen mitgeredet. Dennoch bin ich hocherfreut, dass Sie tatsächlich erkannt haben: Wir müssen gegen Schwarzarbeit und OK vorgehen.

Aber es sind Placebos. Die FDP hat schon wieder Bedenken und argumentiert mit Bürgerrechten.

(Zuruf des Abg. Dr. Marco Buschmann [FDP])

Kay Gottschalk

(A) Beispielsweise ist das größte Problem bei der FIU, dass sie nicht auf die Dateien der Landeskriminalämter zugreifen kann. Teilweise sind Ihre Vorschläge genauso Placebos fürs Volk, mit denen Sie effiziente Verbrechensbekämpfung bekämpfen. Das ist die FDP 4.0, die Digitalisierung fordert. Herzlichen Dank, auch darauf können wir verzichten.

(Christian Dürr [FDP]: Kracherpunkt, Herr Gottschalk!)

Meine Damen und Herren, wir als AfD haben – das ist hier schon genannt worden; vielen Dank für das Kompliment – die Bundesregierung auf den tatsächlich rechten Pfad gewiesen. Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf:

> Zusätzlich erfolgt eine zielgenaue Änderung der Voraussetzungen für einen Kindergeldanspruch, durch die eine unangemessene Inanspruchnahme des Systems der sozialen Sicherheit in Deutschland verhindert wird. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass vom Kindergeld eine nicht beabsichtigte Anreizwirkung für einen Zuzug aus anderen Mitgliedstaaten ausgeht.

Meine Damen und Herren, ganz offensichtlich wirkt endlich die AfD. Entweder Sie sind teilweise belehrbar geworden, oder Sie sind populistisch geworden. Beides ist mir recht, weil auch Populismus an dieser Stelle richtig ist.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der AfD – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Das sagt die AfD! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das war ja ein richtiger Brüller!)

Meine Damen und Herren, fraglich wird aber sein, ob die anderen Maßnahmen durchgreifend sein werden. Für mich stellt sich die Frage – Cum/Ex wird an der Stelle ja auch noch auf uns zukommen –, wie diese Regierung ihre Prioritäten setzt. Es scheint mir nämlich so, als mache sie von allem ein bisschen, aber nichts richtig. Auf Dauer, meine Damen und Herren, werden Sie mit dieser Art, Gesetze in die Welt zu setzen, die Sie nicht nachvollziehen, die Sie nicht durchsetzen können, alles andere als Lösungen erwirken. Manchmal kommt es mir sogar so vor, dass Sie das billigend in Kauf nehmen.

(Zuruf)

– Ja, Sie reden von Populismus, ich nenne es Lebensrealität.

Ich habe in den letzten Tagen eine schöne Dokumentation bei „Kontraste“ gesehen. Da ging es mal wieder um das Thema „arabische Clans“ und wie diese ihre Macht weiter ausbauen. Mir und auch vielen anderen Bürgern, die sich bei mir gemeldet haben – Otto Normalbürger, den Sie ja vertreten –, ist aufgefallen, dass viele dieser Herren Luxuskarossen fahren, die sich viele Menschen da draußen mit harter, ehrlicher Arbeit gar nicht werden leisten können. Obwohl: Auf die Frage, welcher Tätigkeit sie nachgehen, wurde gesagt: Wir beziehen Hartz IV, und wir leihen uns diese Karossen von Familienmitgliedern. – Es scheint also in diesen arabischen Großfamilien eine Menge netter, reicher Menschen zu geben, die gerne ihre 100 000-Euro-Autos verleihen.

(C) Vielleicht sollte die Bundesregierung hierauf ein Augenmerk legen; denn ein Sozialstaat lebt von Gerechtigkeit und der Akzeptanz der Menschen dort draußen. In einigen Stadtteilen und Großstädten der Bundesrepublik Deutschland scheinen Sie vollends die Kontrolle verloren zu haben. Ich sage nur: No-go-Areas. Die gibt es; auch das haben Sie geleugnet. Inzwischen sind ja einige, zum Beispiel Stadtteile in Duisburg, genannt worden.

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Herr Kollege, achten Sie bitte darauf, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Kay Gottschalk (AfD):

Das mache ich. – Zu guter Letzt lassen Sie mich damit schließen, dass das, was Sie wahrscheinlich gerne möchten, nämlich das Bargeld abzuschaffen, nicht zu weniger Schwarzarbeit führen wird;

(Ulli Nissen [SPD]: Noch ein Scherz!)

aber es wird die Freiheit der Menschen da draußen einschränken. Wir werden Ihre Gesetze weiter kritisch begleiten. Wir liefern gute Vorschläge, –

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Herr Kollege.

Kay Gottschalk (AfD):

(D) – die aufgenommen werden, wie der zur Bekämpfung des Kindergeldmissbrauches; dafür bedanke ich mich.

Viel Spaß bei den Debatten.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Thomas de Maizière, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Thomas de Maizière (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist Opposition wirklich schwer.

(Kay Gottschalk [AfD]: Bei Ihnen ist sie aber leicht, Herr de Maizière!)

Die Regierung legt einen guten Gesetzentwurf vor, alle sind irgendwie dafür. Die einen finden ein Haar in der Suppe, wie die FDP und die Grünen; darüber kann man reden. AfD und Linke reden über etwas ganz anderes und sagen: Das steht aber gar nicht im Gesetzentwurf.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da geht es um Rechtsstaatlichkeit!)

Es ist keine Schande, dass auch die Opposition mal einem guten Gesetzentwurf zustimmt. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Christian Dürr [FDP]: Das ist genau umgekehrt! Das dürft ihr auch bei uns machen!)

Dr. Thomas de Maizière

(A) Trotzdem beginne ich mit einer Kritik. Manche Arbeitgeber kritisieren den Zoll und sagen, dass es zu viele verdachtsunabhängige Stichproben gibt und man die Großen laufen lässt. Der Zoll wiederum kritisiert die Bundesagentur für Arbeit und sagt, dass er nicht weiß, welche Erkenntnisse dort über Fälle von Schwarzarbeit und Leistungsmissbrauch vorliegen. Die kommunalen Jobcenter kritisieren die Agentur für Arbeit und sagen, dass deren Datenbestand für sie zu sehr abgeschottet ist. Der Zoll weiß zu wenig über Verdachtsfälle bei der Familienkasse und umgekehrt. Der Zoll und die Deutsche Rentenversicherung wissen zu wenig voneinander im Hinblick auf das Problem der Scheinselbstständigkeit. Natürlich bedeutet das nicht, dass nicht oder nicht gut zusammengearbeitet wird – wir haben das gehört in Gesprächen mit Kommunen –; aber das läuft über Papier oder Telefon und ohne Vernetzung der Datenbanken. All das wird mit diesem Gesetzentwurf geändert. Jetzt ist ein Datenaustausch vorgesehen, der eine effektive Zusammenarbeit aller ermöglichen soll. Das ist gut.

Zur FDP will ich sagen: Sie sagen, der Finanzminister solle die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen. Einverstanden. Das geht aber nur durch Datenaustausch von Behörden, und da sind Sie meistens dagegen.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: So ist das!)

Ich bin gespannt, wie Sie dann damit umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Kay Gottschalk [AfD]: Das habe ich doch gesagt! – Zurufe von der FDP)

(B) Wozu brauchen wir diesen Datenaustausch? Jetzt sind wir beim Kern der Sache; darüber ist schon geredet worden. Wir wollen nicht, dass Menschen, insbesondere auch EU-Bürger, in Deutschland ausgebeutet werden.

(Andrea Nahles [SPD]: Richtig!)

Wir wollen nicht, dass sie auf einen Arbeiterstrich geschickt werden. Wir wollen nicht, dass sie nach Deutschland gelockt werden, um hier Sozialleistungen zu bekommen, von denen sie das Meiste wieder abgeben müssen. Wir wollen nicht, dass sie in Wohnungen zusammengepfercht werden und Wuchermieten zahlen. All das ist kriminell, schädigt die Finanzkassen und ist unseres Landes nicht würdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Ihr regiert doch!)

Es ist schon davon geredet worden, dass wir die Eingriffsschwelle – so nennen wir das – auf die Verdachtsfälle vorverlegen wollen. Das ist gut und richtig. Ich bin gespannt, wie sich alle dazu verhalten. Eine kleine Nebenbemerkung: In anderen Fällen der inneren Sicherheit werden hinsichtlich der Vorverlegung auf Verdachtsfälle viele Bedenken geäußert. Hier wird es zustimmend zur Kenntnis genommen. Das ist gut so, das sollte man sich bei anderen Fällen vielleicht auch einmal überlegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, für uns ist wichtig, dass wir festhalten, dass der Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der EU, auch aus Bulgarien und Rumänien, hier korrekt lebt und arbeitet und Steuern zahlt, und wenn sie Sozialleistungen bekommen, dann auch Gründe dafür bestehen. Bei einer Minderheit ist das aber anders. Und diese Minderheit diskreditiert die Akzeptanz gerade der Bulgaren und Rumänen in unserem Land. Mit diesem Gesetz wollen wir das beenden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun will ich auch noch ein Wort zur AfD sagen. Sie haben gesagt: Vor Ort sieht das alles anders aus. – Wir haben mit den Kommunen gesprochen. Sie haben alle gesagt: Wir warten auf dieses Gesetz.

(Andrea Nahles [SPD]: Ja!)

Das kommt eher zu spät, aber es ist auf jeden Fall richtig. – Und sie sagen übrigens auch: Wir brauchen noch ein paar Änderungen. – Herr Scholz, darüber wird auch noch einmal zu reden sein. Herr Kollege Steiniger wird gleich noch über das Kindergeld reden. Wir wollen auch noch einmal darüber reden, ob die Definition des Beschäftigungsbegriffes präzise genug ist oder ob nicht auch mit diesem Gesetz immer noch der Begriff der Beschäftigung so missbraucht werden kann, dass es in Wahrheit eine Scheinbeschäftigung ist, die dann wiederum zum Bezug von Sozialleistungen berechtigt. Das ist ein EU-Problem – ich weiß das wohl –; aber wir wollen sehen, ob wir da noch etwas schärfer rangehen können. Wir wollen das, was das EU-Recht uns ermöglicht, soweit es irgend geht, ausschöpfen. Ich hoffe, dass wir dazu noch gute Beratungen führen werden. (D)

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Wie lange brauchen Sie denn noch?)

Wir stehen an der Seite der Kommunen, die diesen Kampf führen. Wir stehen an der Seite derer, die ehrlich Steuern zahlen. Und wir sagen den Chefs und Organisatoren derjenigen den Kampf an, die ausgebeutet werden und dafür nichts können.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und deshalb auch nicht bestraft werden dürfen! Das muss unbedingt geändert werden!)

Dieses Gesetz leistet dazu einen guten und wichtigen Beitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Pascal Kober, FDP, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der FDP)

Pascal Kober (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass Sie sich des Themas Sozialmissbrauch annehmen, gar keine Frage. Wir als FDP haben mit einer

Pascal Kober

(A) Kleinen Anfrage auf den Umstand hingewiesen, dass es einen bandenmäßigen Missbrauch von Sozialleistungen in Deutschland gibt.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hätte ohne Sie keiner gemerkt!)

Die Schadenshöhe beziffert sich auf etwa 50 Millionen Euro. Allerdings – das wissen Sie auch – ist das nicht die volle Wahrheit; denn über viele Tatbestände konnten Sie als Bundesregierung gar keine Auskunft geben. Sie konnten nur darüber Auskunft geben, welche Schäden in den Jobcentern anfallen, die von der Bundesagentur für Arbeit betrieben werden, sonst haben Sie keine Informationen. Auch über Schäden durch Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII konnten Sie nichts sagen. Das ist natürlich unzureichend. Da müssen Sie besser werden. Da muss die Bundesregierung besser informiert sein über das, was in der Bundesrepublik Deutschland los ist.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt legen Sie einen Gesetzentwurf vor, in dem Sie im Wesentlichen die Möglichkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit ausweiten. Das ist ein Schritt, über den wird man auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten beraten müssen, gar keine Frage. Aber an die einfachsten Dinge denken Sie nicht. Überlegen Sie mal: Wie ist es denn möglich, dass auf eine Schrottimmobilie in einer Kommune mehrere Mietverträge laufen, für die dann Wohnkosten aus dem Hartz-IV-System bezogen werden, ohne dass es jemandem auffällt? Ich kann Ihnen sagen, woran das liegt. Das liegt daran, dass die Mitar-
(B) beiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern mit Bürokratie so überlastet sind, dass sie keine Zeit mehr haben, nachzudenken bzw. auch mal die Immobilie vor Ort von außen – da geht es nicht um Schnüffeln unter der Bettdecke – in Augenschein zu nehmen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier konkrete Vorschläge eingebracht, wie man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern von Bürokratie entlasten könnte. Denen sollten Sie zustimmen. Damit würden wir viel bewirken für die Menschen, aber auch gegen den Sozialleistungsmissbrauch.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Jobcenter beispielsweise auch dahin gehend stärken, dass die Sprachbarrieren besser überwunden werden können. Es müssen den Jobcentermitarbeiterinnen und -mitarbeitern zuverlässige Sprachmittlerdienste zur Verfügung stehen. Es muss auch möglich sein, Dokumente aus anderen Ländern in fremder Sprache zuverlässig zu prüfen. Das sind alles Dinge, mit denen man präventiv Sozialleistungsmissbrauch begegnen kann. Dazu haben Sie keine Vorschläge gemacht, und das reicht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es um den Tatbestand der Schwarzarbeit geht, dann muss man vielleicht auch einmal sagen, dass die Zuverdienstgrenzen im Hartz-IV-System so ungerecht sind, dass es sich für kaum jemanden lohnt, über eigene Arbeit überhaupt etwas dazuzuverdienen. (C)

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt wird es langsam lächerlich! Es geht hier um Arbeitsausbeutung!)

Wenn wir über Schwarzarbeit reden, geht es deshalb eben auch darum, dass wir die Zuverdienstgrenzen gerechter gestalten, dass es sich für die Menschen lohnt, legal zu arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Das wäre eine notwendige Maßnahme. Dazu fordern wir Sie auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Gesetzentwurf weiter beraten. Wir glauben aber, dass es möglich ist, sehr viel unkomplizierter sehr viel mehr zu erreichen. Damit wollen wir Sie in Zukunft nicht alleine lassen. Wir werden weiterhin gute Vorschläge machen. Ich bitte Sie, diese in Zukunft nicht nur abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab einmal einen SPD-Politiker, dessen Motto war: „Versöhnen statt spalten.“ Er war Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, sogar zeitweise mit absoluter Mehrheit – so etwas gab es damals noch –,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran wollen wir uns nicht erinnern, an die Zeiten!)

und später Bundespräsident. Jetzt gibt einen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD und Vizekanzler, der von sich sagt, er könne auch Kanzler werden, der immer vorne mit dabei ist, wenn es um die Einschränkung von Sozialleistungen von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern geht.

Ich rede über einen Paragrafen, der sich hier so ein bisschen eingeschmuggelt hat. Da geht es nicht um Sozialmissbrauch; es geht auch nicht um Kinder, die nicht vorhanden sind, sondern es geht um Kinder, die hier rechtmäßig leben. Es geht um Familien, die nach Deutschland kommen. In diesem Gesetzentwurf steht, dass diese kein Kindergeld erhalten sollen. Und das geht gar nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das geht gar nicht, weil es aus sozialpolitischen Gründen verwerflich ist, wenn Familien, die hier rechtmäßig leben, das Kindergeld verweigert wird. Es ist übrigens

(A) eine Ergänzung im Einkommensteuerrecht. Das macht noch einmal deutlich, um welche Leistung es hier geht: Es ist eben keine Sozialhilfeleistung. Solche Leistungen, Leistungen im Einkommensteuerrecht, aber auch Familienleistungen insgesamt, dürfen nach EU-Recht nicht eingeschränkt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie verstoßen mit diesem Absatz klar gegen EU-Recht. Es gibt eine ausführliche Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins, in der das ganz klar und eindeutig erklärt wird. Lesen Sie die mal! Dann wissen Sie, dass der Paragraf dagegen verstößt.

Ich frage mich: Was sagt eigentlich die Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl dazu? Sie ist ja, glaube ich, noch Justizministerin und Mitglied in diesem Kabinett. Sie muss dem ja auch zugestimmt haben – einem Paragrafen, der klar gegen EU-Recht und gegen grundlegende EU-Prinzipien verstößt.

Ich appelliere an die Fraktionen hier – Sie haben ja „christlich“ und „sozial“ in Ihrem Namen –, an alle, die noch christlich und sozial oder auch europäisch denken oder sich mit europäischem Recht auskennen: Sorgen Sie dafür, dass dieser Paragraf aus diesem Gesetzentwurf gestrichen wird.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(B)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Michael Schrodi, SPD, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der SPD)

Michael Schrodi (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bringen hier eine zielgenaue Maßnahme gegen Schwarzarbeit – das heißt übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, auch für guten Lohn für gute Arbeit – und gegen ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen – hier ist es das Kindergeld – auf den Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn falsche Angaben, zum Beispiel zur Anzahl der Kinder, gemacht werden, dann ist das Missbrauch, und dieser muss bekämpft werden. Dazu wollen wir – Herr de Maizière hat es schon erwähnt – den Datenabgleich der Behörden verbessern, aber beispielsweise eben auch das Prüfungsrecht der Familienkassen über die Gewährung des Kindergeldes und über die vorläufige Einstellung der Kindergeldleistungen bei begründeten Verdachtsfällen einführen. Das ist gut, um Missbrauch zu verhindern und zu bekämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir tun das im intensiven Austausch mit der kommunalen Ebene und mit den Oberbürgermeistern, die uns immer wieder gesagt haben: Wir haben hier einen (C) Problemfall. Es gibt Schlepper. Es gibt diejenigen, die Familien mit falschen Versprechungen nach Deutschland holen, die diese Familien dann in Schrottimmobilien unterbringen, die sie Kindergeld beantragen lassen, auch ohne Arbeit aufzunehmen, und ihnen hohe Mietpreise abpressen. – Das wollen wir nicht. Wir wollen Menschen schützen. Wir wollen den Städten helfen, und wir wollen den Schleppern das Wasser abgraben.

(Beifall bei der SPD)

Das wollen wir in enger Anknüpfung an das EU-Freizügigkeitsrecht tun, das es auch schon ermöglicht, die Grundsicherung für drei Monate auszuschließen, wenn keine Arbeitsaufnahme, keine Beschäftigung vorliegt. Wir wollen, dass das auch für die Kindergeldzahlungen gilt, um Missbrauch zu verhindern, um Schleppern das Wasser abzugraben. Wir bringen eine zielgenaue Maßnahme auf den Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist an dieser Stelle auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen eben keine billigen Ressentiments und keinen Populismus. Ich denke, das haben Sie vollkommen vertauscht. Es geht hier eben nicht um die Kindergeldindexierung. Es ist bei vielen, auch bei den Kommunen, schon angekommen: Diese ist eben keine Maßnahme für eine sachgerechte Lösung des geschilderten Sachverhalts. Wir brauchen und wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem europäischen Ausland. Darin liegt übrigens auch eine Ursache für steigende Kindergeldzahlungen. Sie kommen hierher. Sie arbeiten hier. Sie zahlen Steuern und Sozialabgaben. Sie tragen mehr (D) zum sozialen Zusammenhalt als Sie von der AfD bei. Sie haben ein Recht auf Kindergeld, und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Michael Schrodi (SPD):

Wir wollen Missbrauch bekämpfen. Wir wollen Arbeitnehmerrechte schützen. Das schafft dieses Gesetz. Es stärkt den Zusammenhalt, und deswegen ist es ein gutes Gesetz, dem Sie gut und gerne zustimmen können.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Alois Rainer, CDU/CSU, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Rainer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heute von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwurf gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch ist ein wichtiger Gesetzentwurf. Wie Sie alle

Alois Rainer

(A) wissen, ist es leider nicht möglich, den Umfang und die Entwicklung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zu messen und mit absoluten Zahlen zu belegen; denn es liegt bekanntlich in der Natur der Sache, dass sich Schwarzarbeit als Teil der Schattenwirtschaft nicht freiwillig zu statistischen Erhebungen meldet. Deshalb kann nicht mit validen Zahlen operiert werden.

Dennoch geht aus dem Dreizehnten Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung aus dem Jahr 2017 hervor, dass der Umfang der sogenannten Schattenwirtschaft in Deutschland nach vorsichtigen Schätzungen auf circa 350 Milliarden Euro beziffert werden kann. Dieser volkswirtschaftliche Schaden, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist enorm.

Wir reden heute aber nicht nur über Schwarzarbeit. Wir beraten in erster Lesung insbesondere über geeignete Mittel und Wege, mit denen illegale Beschäftigung und der Missbrauch von Sozialleistungen noch besser bekämpft werden können. So sollen mit dem Gesetzentwurf die Ermittlungs- und Kontrollmöglichkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessert werden, um Arbeitnehmer gegen rechtswidrige Lohnpraktiken zu schützen.

Gleichzeitig soll die Finanzkontrolle Schwarzarbeit aber auch gegen den Sozialversicherungsbetrug und gegen das Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen vorgehen, damit illegale Beschäftigung besser eingedämmt werden kann. Meine Damen und Herren, da
(B) dürfen wir als Rechtsstaat und Gesetzgeber nicht wegschauen, sondern müssen handeln. Das wird mit diesem Gesetzentwurf getan.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenngleich der Erfüllungsaufwand für den Bund bei voller Jahreswirkung im Jahr 2030 rund 464 Millionen Euro pro Jahr betragen wird, bin ich sehr zuversichtlich, dass wir der Schattenwirtschaft mit diesem Gesetz entgegentreten können und ein Gutteil dieses Geldes dem Bundeshaushalt wieder zur Verfügung gestellt wird. Schließlich ist ein Ziel des Gesetzes, Ausfälle bei den Beiträgen zur Sozialversicherung und Ausfälle bei den Steuereinnahmen zu bekämpfen. Hierfür sollen die Befugnisse der Finanzkontrolle Schwarzarbeit umfangreich erweitert werden. Die Maßnahmen wurden von meinen Vorrednern schon dargestellt. Ich will das hier nicht wiederholen.

Ich möchte auf eine Maßnahme aber dennoch eingehen; denn sie ist mir besonders wichtig. Wir machen mit dem Gesetz weitere wichtige Fortschritte bei der Bekämpfung des missbräuchlichen Bezuges von Kindergeld. Uns geht es mit diesem Gesetz nicht um den generellen Bezug von Kindergeld von EU-Ausländern, sondern um den missbräuchlichen Bezug von Kindergeld. In Zukunft wird der Leistungsanspruch für EU-Bürger, die nach Deutschland ziehen, stärker an die wirtschaftliche Aktivität geknüpft. Das bedeutet: Kindergeld gibt es zukünftig grundsätzlich nur noch, wenn in den ersten drei Monaten inländische Einkünfte nachgewiesen werden können. (C)

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das ist kein Missbrauch, sondern das ist deren Recht! – Gegenruf des Abg. Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Nein! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Ergänzend wird gerade in diesem Bereich der Informationsaustausch verbessert. Der Zoll übermittelt gewonnene Daten an die Familienkassen, die überdies neue Möglichkeiten erhalten, laufende Kindergeldzahlungen in begründeten – begründeten! – Zweifelsfällen vorläufig einzustellen. Meine Damen und Herren, ich habe vollstes Vertrauen, dass unsere Zöllnerinnen und Zöllner das Beste aus diesen neuen Möglichkeiten machen werden. Letztendlich sind sie es, die dieses Gesetz für uns vollziehen müssen und die letztendlich den erhofften Ertrag und Erfolg für uns einfahren müssen. Die Einsatzfreude unserer Zöllnerinnen und Zöllner steht für mich völlig dabei außer Frage.

Daher möchte ich zum Abschluss eines sagen: Ich befürworte alle Kontrollen und Überprüfungen, aber diese Kontrollen und Überprüfungen sollten mit dem notwendigen Augenmaß und Fingerspitzengefühl durchgeführt werden. Ich wünsche alles Gute für die Beratungen im Finanzausschuss und freue mich auf ein gutes Gesetz.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Damit erteile ich das Wort der Kollegin Dr. Frauke Petry.

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer Lohndumping und unkontrollierte Einwanderung zulässt, der braucht sich über Sozialleistungsbetrug und Schwarzarbeit nicht zu wundern. Jedes Jahr steigen die Kosten für dieses Gesetz, bis sie im Jahr 2030 – Sie haben es gehört – fast 500 Millionen Euro jährlich betragen. 500 Millionen Euro jährlich! Wie wäre es, wenn die Bundesregierung statt immer neuer Gesetze, neuer Steuern und neuer Ausgaben endlich einmal die bestehenden Ausgaben in Angriff nähme, um Bürokratie abzubauen und die Steuerzahler zu entlasten? Raten Sie einmal, welches Land die kleinste Schattenwirtschaft hat. Die Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar nicht, weil die Amerikaner so eine großartige Steuermoral hätten, sondern weil die Steuern schlichtweg geringer sind und sich deshalb das Risiko der Steuervermeidung einfach nicht lohnt. Die allgegenwärtige Steuerverschwendung hierzulande macht es Schwarzarbeitern und deren Kunden auch noch leicht, ihre Steuervermeidung zu rechtfertigen.

Aber anstatt sich in neuer Ausgabendisziplin zu üben, will die Bundesregierung wieder einmal neue Behördenstellen schaffen. Haben Sie eigentlich einmal

(A) durchgerechnet, ob es sich tatsächlich lohnt? Wie viel Schwarzarbeit werden Sie unterbinden, wenn Sie es in den letzten Jahren auch nicht geschafft haben? Wenn der Staat sich anschickt, über Jahre Milliarden in Gesetze zu investieren, können wir als Bürger erwarten, dass die Regierung sich zuvor wenigstens ordentlichen Rat eingeholt. Wir finanzieren ja nicht umsonst Hochschulen und Forschungsinstitute. Ist das passiert? Der Gesetzentwurf behauptet nur, eine „konkrete Bezifferung“ der Gesetzeseinnahmen sei „nicht möglich“. Wir wollen ja auch keine Angaben auf den Cent, sondern eine grobe Abschätzung der Größenordnung; aber auch die leisten Sie nicht. Sie scheinen nicht zu wissen, dass Ökonomen auch die Schattenwirtschaft untersuchen können. Sie begründen Ihr Unwissen mit der Natur der Sache. Also keine Kosten-Nutzen-Analyse für Ihr neues Gesetz.

So ist auch die Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs fadenscheinig. Sie feiern einen angeblich großen Sprung. Jetzt führen Sie sogar eine dreimonatige Wartefrist für die Einwanderung ins Sozialsystem ein. Was für eine Leistung! Sie täuschen darüber hinweg, dass Sie bei diesem Thema auf voller Linie versagt haben. Vor kurzem wollten Sie immerhin noch durchsetzen, dass das Kindergeld für EU-Ausländer richtigerweise an die Lebenshaltungskosten im Empfängerland angepasst wird. Als Brüssel drohte, wurde der Kopf vor der EU-Kommission eingezogen – nicht das erste Mal –, aus Angst vor einem Vertragsverletzungsverfahren. Die Verfahren werden jedoch – das wissen wir alle – nicht dazu verwendet, die europäische Rechtsordnung durchzusetzen. Seit Beginn hält sich kaum einer an die Regeln, auch (B) Deutschland nicht, und die Kommission schikaniert nach Belieben diejenigen, die sie politisch unterbuttern will. Politische Verwaltung eben. Dabei sitzen in der EU reihenweise Deutsche aus Ihren eigenen Parteireihen, liebe Bundesregierung. Anstatt also hier die Interessen der Bürger zu vertreten, verstecken Sie sich hinter Brüssel. In Österreich läuft das anders. Also: Anstatt die wahren Probleme – Steuerverschwendung, Schwarzarbeit, Leistungsmissbrauch –, die es tatsächlich gibt, anzugehen, servieren Sie uns ein halbgares Gesetz. So eine Regierung kann man als Bürger nicht mehr ernst nehmen.

(Beifall des Abg. Uwe Kamann [fraktionslos])

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Voraussichtlich letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Johannes Steiniger, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Johannes Steiniger (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit ein paar Wochen läuft in den sozialen Netzwerken eine sehr erfolgreiche Kampagne der Unionsfraktion. Sie heißt: #Starker Staat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir machen da klar, was wir unter einem starken Staat verstehen. Ein starker Staat ist ein Staat, auf den sich die (C) Menschen verlassen können, ein Staat, der unsere Bürgerinnen und Bürger schützt, zu Hause, auf der Straße und im Internet. Aber es ist auch ein Staat, der diejenigen konsequent bekämpft, die diesen Rechtsstaat angreifen, indem sie beispielsweise auf unsere Polizistinnen und Polizisten losgehen.

Was wir hier heute einbringen, ist ein weiterer Baustein für einen starken Staat, beispielsweise wenn es darum geht, den Kampf gegen Sozialleistungsmissbrauch aufzunehmen. Wir gehen mit diesem Gesetzentwurf gegen diejenigen vor, die den Sozialstaat angreifen, indem sie bandenmäßig unberechtigt Kindergeld kassieren. Die Botschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, die von diesem Gesetzentwurf ausgeht, ist: Wir machen Schluss mit Kindergeldmissbrauch in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es wurde heute schon erwähnt: Der Gesetzentwurf ist auch eine Reaktion auf den Hilferuf der Kommunen, den wir im Sommer 2018 erlebt haben. Sie haben uns darauf hingewiesen, dass es ein Problem gibt mit kriminellen Banden, die Schrottimmobilien anmieten, die Arbeitsverträge fingieren und die Kindergeld für Kinder kassieren, die es gar nicht gibt. Wir legen hier einen Gesetzentwurf vor, der Antworten gibt und der ein ganzes Maßnahmenpaket vorschlägt, um den Kindergeldmissbrauch zu verhindern. Das Ganze geht in zwei Richtungen:

Erstens erweitern wir die Möglichkeiten, Missbrauchsfälle aufzudecken, durch mehr Personal, mehr Kompetenzen, aber vor allen Dingen auch durch einen besseren Datenaustausch zwischen den Behörden. Das (D) hört sich vielleicht am Anfang etwas unsexy an, ist aber aus meiner Sicht einer der wichtigsten Punkte dieses annähernd 100 Seiten langen Gesetzestextes. Schauen wir uns einmal an, welche Behörden damit zu tun haben: Ausländerbehörden, Jobcenter, Familienkasse, Zoll, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Arbeitsagentur, Rentenversicherung. All diese Behörden sind an dem Prozess beteiligt. Wir wollen, dass diese Behörden dank des automatischen Datenabrufsystems in Zukunft leichter auf die Informationen anderer Behörden zugreifen können, und somit die Schlagkraft bei Ermittlungen erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens geht es darum, Herr Strengmann-Kuhn, die Anreize massiv zu verringern, nur wegen des Kindergeldes nach Deutschland zu kommen. Das erreichen wir zum einen dadurch, dass, wie es gerade eben schon gesagt worden ist, neu zugezogene arbeitslose EU-Ausländer, die hier noch nicht in die Sozialkassen eingezahlt haben, in den ersten drei Monaten kein Kindergeld beziehen können.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verstößt gegen EU-Recht!)

Wir führen eine Beweislastumkehr ein. Das heißt, es muss nachgewiesen werden, dass es ein Arbeitsverhältnis gibt. Die Regelung gilt deshalb für drei Monate, weil man danach ohnehin die Freizügigkeit und den Aufenthaltsgrund infrage stellen würde. Zum anderen – das ist

Johannes Steiniger

(A) ein sehr scharfes Schwert; das wurde heute noch nicht erwähnt – können die Familienkassen in Zukunft bereits beim Verdacht auf Missbrauch die Zahlung des Kindergeldes einstellen. Das heißt: Die Behörden hinzuhalten und für die Dauer dieser Prüfung weiter zu kassieren, funktioniert künftig nicht mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, der Kollege de Maizière hat darauf hingewiesen: Wir haben uns schon vor zwei Wochen mit den Betroffenen zusammengesetzt. Wir haben mit den Kommunen, mit den Oberbürgermeistern gesprochen. Frau Kollegin Ferschl, das würde Ihnen, glaube ich, auch mal guttun. Die haben uns nämlich relativ klar darauf hingewiesen, dass sie auf dieses Gesetz warten, dass sie es brauchen, dass es keine zu hohen Strafen sind, dass es nicht zu viele Kompetenzen sind, wie Sie vorhin in Ihrem Redebeitrag gesagt haben.

(Susanne Ferschl [DIE LINKE]: Sie kriminalisieren die Opfer!)

Vielmehr brauchen wir dieses Gesetz, um gegen Kindergeldmissbrauch vorzugehen. Herr Kollege Kober, die wissen im Übrigen auch genau um die Schrottimmobilien. Sie können im Moment nur eben nicht dagegen vorgehen. Deswegen ist dieser Datenaustausch auch so wichtig.

Es wird dann im gesamten Verfahren, sowohl in der Anhörung als auch im Ausschuss, darum gehen, aus diesem guten Entwurf ein noch besseres Gesetz zu machen. Wir werden noch mal über die Fragen reden: Nutzen

(B) wir beim Datenaustausch alle Möglichkeiten aus? Haben wir beim Thema „Selbstständigkeit und Minijobs“ vielleicht noch Lücken, die wir schließen können? Wir sollten durchaus auch diskutieren, ob man den Zeitraum von drei Monaten, der im Gesetzentwurf vorgeschlagen ist, vielleicht sogar erweitern kann. All das werden wir uns in den nächsten Wochen im Ausschuss und den Anhörungen noch mal in Ruhe anschauen und dann dieses Gesetz hier in zweiter und dritter Lesung beschließen, weil es ein klares Signal an kriminelle Banden darstellt: Kindergeldmissbrauch in Deutschland lohnt sich nicht; denn diese Bundesregierung geht dagegen vor.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf der Drucksache 19/8691 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Thomas L. Kemmerich, Manfred Todtenhausen, Carl-Julius Cronenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

(C) **Mindestlohndokumentation vereinfachen – Bürokratie abbauen**

Drucksache 19/7458

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Dann würde ich gerne die Aussprache eröffnen, sobald Sie die Plätze eingenommen haben. – Das ist der Fall. Das Wort hat der Kollege Thomas Kemmerich, FDP.

(Beifall bei der FDP)

Thomas L. Kemmerich (FDP):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste hier im Saal oder auf sonstigen Kanälen! Mit dem Antrag zur Reduzierung von Bürokratie übernehmen die Freien Demokraten einmal mehr die Hausaufgaben der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der FDP: Einer muss es ja tun!)

Der deutsche Mittelstand benötigt wieder einmal einen Vertrauensbeweis der Politik, und wir machen ein konkretes Lösungsangebot.

(Beifall des Abg. Michael Theurer [FDP])

(D) Dieses scheint umso mehr geboten nach der Diskussion der letzten Stunde, die gezeigt hat, dass Sie dem Mittelstand mehr misstrauen als vertrauen.

(Beifall bei der FDP)

Der Bürokratieaufwand für deutsche Unternehmen für Berichtspflichten an den Staat beträgt nahezu 50 Milliarden Euro im Jahr.

(Michael Theurer [FDP]: Wahnsinn!)

70 Prozent der Betriebe beklagen einen weiterhin gestiegenen bürokratischen Aufwand. Das ist neben dem Mangel an Fachkräften die Hauptsorge der deutschen kleinen und mittelständischen Unternehmen.

(Beifall bei der FDP)

Umweltauflagen, Statistiken – dies auch mehrfach –, Mülltrennung, Achtung von Menschenrechten, Bekämpfung von Korruption, Datenschutz-Grundverordnung: Das ist nur ein kleiner Ausschnitt von alldem, was die Mittelständler neben oder anstatt ihrer eigentlichen Aufgabe zu tun und zu erledigen haben, nämlich ihrem Job nachzukommen. Bei der Mindestlohndokumentation fußt die ganze Regelung auf § 17 des Mindestlohngesetzes. Das heißt, Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit sind binnen sieben Tagen nach Ende des Arbeitstages zu erfassen, und die Dokumente sind zwei Jahre aufzubewahren. Wir halten das für völlig überbordet. Es gibt die Vorschrift nach § 108 der Gewerbeordnung, die vorsieht, dass jeder einen Arbeitszeitnachweis und einen entsprechenden Entgeltnachweis zu fertigen hat. Dies geschieht

Thomas L. Kemmerich

(A) einmal im Monat. Jeder, der des Dreisatzes mächtig ist, kann durch eine Division von Bruttolohn und Arbeitszeit den Stundenlohn ermitteln. Das halten wir für mehr als ausreichend, und das entspricht auch dem, was kleine und mittelständische Betriebe leisten können.

(Beifall bei der FDP)

Betroffen sind nahezu alle Kleinstunternehmen und mittelständische Unternehmen, alle, die in diesem Markt Minijobs anbieten. Alle unterliegen der vollen Kontrolle. Gerade die kleinen Unternehmen sind dazu aufgrund von größeren Datenmengen, aufgrund von größeren Abteilungen oftmals nicht in der Lage. Sie erledigen das nach ihrer Arbeitszeit am Wochenende zulasten ihrer Freizeit, zulasten ihrer Familien. Auch das muss aufhören; denn drakonische Strafen, bis zu 30 000 Euro im Einzelfall, drohen. Das ist unangemessen.

(Beifall bei der FDP)

Die Mindestlohnkommission hat berichtet, dass sich 92 Prozent an das Gesetz halten. 50 Prozent der Verstöße gehen auf fehlerhafte Dokumentationen zurück. Also, bei der Mindestlohnzahlung ist das nicht das große Problem. Ganz im Gegenteil – wir haben es gerade gehört –, es stehen bewaffnete Einheiten des Hauptzollamts in Backstuben, in kleinen Gastgewerben. Mir ist das auch schon passiert. Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Das ist nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Jürgen Braun [AfD])

(B) Woher kommt das Misstrauen der Politik, dass Unternehmen entweder Mitarbeiter hintergehen, die Kunden ausbeuten oder den Staat um Steuern betrügen? Wir brauchen Vertrauen. Wenn der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bleiben oder wieder werden soll, dann müssen wir ihn stärken. Die Konjunkturprognosen zeigen nach unten. Die Gefahr einer Rezession steht vor der Tür. Es finden sich keine Unternehmensnachfolger, es finden sich zunehmend zu wenig Unternehmensgründer, es macht keinen Spaß mehr, Unternehmer zu sein, zu bleiben oder zu werden.

(Beifall bei der FDP – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist extrem lächerlich!)

Die Lösung der Großen Koalition: Fehlanzeige. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die genau diese Attraktivität wieder herstellen, damit der Mittelstand wieder Spaß am Unternehmertum hat. Aber Ihnen, Herr Bundesminister – ich suche ihn vergeblich; Herr Staatssekretär Hirte, nehmen Sie es mit –, ist der ordnungspolitische Kompass abhandengekommen. Ich habe einen dabei, den gebe ich Ihnen gerne, vielleicht für Ihren Minister.

(Beifall bei der FDP)

Wir sollten keine Angst vor Investoren aus dem Ausland haben, vor chinesischen Investoren. Nein, wir sollten Angst vor unserem Misstrauen haben gegenüber den mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern, dass sie Kunden, Mitarbeiter und Finanzämter hintergehen. Wenn wir diese Angst überwunden haben, Mut haben und Vertrauen geben, dann kann der Mittelstand seiner eigentlichen Aufgabe wieder nachkommen, nämlich für Wohlstand und Wachstum in diesem Lande sorgen. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Matthias, einfach zustimmen!)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Kemmerich hat, wenn ich es eben richtig mitbekommen habe, gesagt: Einer der bürokratischen Aufwände sei die Achtung der Menschenrechte. Ich hoffe, dass das nicht stimmt, Herr Kollege Kemmerich. Die Achtung der Menschenrechte sollte für alle Unternehmen in Deutschland kein bürokratischer Aufwand, sondern eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Thomas L. Kemmerich [FDP])

Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP formuliert fröhlich drauf los, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes hätte zu erheblichen bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft geführt. (D)

(Zuruf von der FDP: So ist es!)

Besonders bürokratisch und aufwendig, so schreibt der Antrag, sei die Dokumentation der Arbeitszeit, und zwar deshalb, weil Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit aufzuzeichnen seien.

(Michael Theurer [FDP]: Wann kommt das Bürokratieentlastungsgesetz III?)

Nun war ich selbst einmal Arbeitnehmer und habe meine Arbeitszeiten ebenfalls erfassen müssen. Es hat mich etwa sieben Sekunden pro Tag gekostet. So sieht ein liberales Bürokratiemonster aus, meine Damen und Herren, das besonders aufwendig ist: nicht einmal zehn Sekunden Arbeitszeit pro Tag, wenn ich den Aufwand derjenigen berücksichtige, die besondere Probleme beim Addieren der Arbeitszeiten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. René Röspel [SPD] – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Das ist Quatsch! Das ist völliger Unsinn!)

Wenn sich der politische Liberalismus darin erschöpft, dieses Bürokratiemonster zu töten, dann hat er seine historische Berechtigung längst überlebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Theurer [FDP]: Wann waren Sie denn mal im Mittelstand beschäftigt?)

Dr. Matthias Zimmer

(A) Meine Damen und Herren, der Antrag der FDP erwähnt, dass 92 Prozent der Arbeitgeberprüfungen keine Beanstandung der Dokumentationspflicht ergeben hätten. Daraus ergibt sich zweierlei: Offenbar stellt für 92 Prozent der Überprüften die Dokumentation kein unüberwindbares Hindernis dar; denn es gab keine Beanstandungen, sie kommen damit irgendwie klar. Zweitens war es bei 8 Prozent nicht der Fall. Hier argumentiert die FDP: 8 Prozent ist so wenig, dass es unfair wäre, wenn wir die restlichen 92 Prozent mit in Haftung nehmen würden. Lasst uns also die Regeln lockern! – Das ist liberale wirtschaftspolitische Logik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will es einmal deutlich machen: Bei 3 Prozent der Hartz-IV-Bezieher gibt es Sanktionen, und wir finden das auch richtig. Hier reden wir über 8 Prozent von überprüften Arbeitgebern. Das soll dann nicht in Ordnung sein? So stellt sich der Verdacht ein, meine Damen und Herren, der FDP geht es nicht darum, die Ehrlichen zu verteidigen, sondern darum, zum Schutzpatron der Unehrlichen zu werden.

(Lachen bei der FDP – Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Dürr [FDP]: Herr Kollege Zimmer, wissen Sie, was im Mittelstand los ist? Wissen Sie das? Unfassbar!)

(B) Schauen wir uns einmal die neusten Zahlen aus der Jahresstatistik des Zolls 2018 an: Die Zahl der Prüfungen der Arbeitgeber ist in den Jahren von 2016 bis 2018 deutlich angestiegen, von 40 000 auf knapp 54 000. Offenbar wurde dort mehr gefunden; denn die Zahlen der Ermittlungsverfahren wegen Straftaten aus diesen Prüfungen sind ebenso angestiegen wie die Zahl der Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten. Darunter fallen auch Verstöße gegen das Mindestlohngesetz. Wir haben bei der Erarbeitung des Mindestlohngesetzes keinen zahnlosen Tiger schaffen wollen.

(Zurufe von der FDP)

– Es wäre schön, wenn die FDP einmal zuhören würde, dann könnten Sie vielleicht einmal etwas lernen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie waren damals bei der Erarbeitung des Mindestlohngesetzes nicht im Deutschen Bundestag vertreten.

(Zurufe von der FDP)

Ihr Antrag zeigt, dass Sie vieles nicht verstehen, was wir damals beschlossen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben damals gesagt: Das Mindestlohngesetz gilt, und wer betrügt, wird bestraft. Der Wettbewerb darf nicht damit geführt werden, dass man den Mindestlohn unterschreitet. Gerade die Ehrlichen haben ein Anrecht darauf, (C) dass der Staat den fairen Wettbewerb schützt,

(Beifall der Abg. Jutta Krellmann [DIE LINKE])

auch mit Kontrollen aufgrund der Erfassung der täglichen Arbeitszeiten. Ein wenig kommt mir der Antrag der FDP hier vor, wie das Prinzip „Freie Fahrt für freie Bürger“ auf den Wettbewerb zu übertragen. Das kann nicht funktionieren.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel. Wir haben damals den Schwellenwert auf 2 958 Euro angesetzt. Die FDP will ihn auf 2 000 Euro herabsetzen. Der Schwellenwert ergab sich damals daraus, dass man angenommen hat, es werde mit Genehmigung der Arbeitsschutzbehörde und unter zulässiger Nutzung von Sonntagsarbeit ein Volumen von 348 Arbeitsstunden erreicht und diese würden mit 8,50 Euro vergolten. Das macht einen oberen Schwellenwert von 2 958 Euro.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: So schwachsinnig wie irgendwas!)

Die Idee dahinter war, damit missbräuchlicher Arbeitsgestaltung entgegenzuwirken. Herr Kollege Kemmerich, das ist kein Schwachsinn, wenn wir wollen, dass nicht missbräuchlich Arbeit gemacht wird.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: 348 Stunden im Monat: Das ist Blödsinn!)

– Nein, das ist nicht so, lieber Herr Kemmerich.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun will die FDP den Schwellenwert deutlich senken, obwohl der Mindestlohn seither gestiegen ist. Das kann nicht funktionieren, und ich frage mich, was da in Sie gefahren ist.

Es kann im Übrigen auch nicht funktionieren, wenn jetzt versucht wird, den Mindestlohn politisch nach oben zu schrauben. Ich bin mir sicher: Der Mindestlohn wird irgendwann einmal 12 Euro betragen. Aber das wird nicht dadurch passieren, dass die Politik in die Lohnfindung eingreift, sondern dadurch, dass die Mindestlohnkommission klug und weitsichtig den Mindestlohn nach jenen Parametern festlegt, die wirtschaftlich sinnvoll sind. Es kann doch nicht sein, dass wir die Einführung des Mindestlohns als sozialpolitische Großtat gefeiert haben und nur wenig später ein zentrales Element dieses Mindestlohns wieder abgeräumt werden soll, nämlich die Festlegung des Mindestlohns durch eine Kommission.

Ich finde im Allgemeinen unseren Koalitionspartner ja klug und weitsichtig;

(Bernd Rützel [SPD]: Sehr gut!)

aber wieso die Politik klüger und weitsichtiger sein soll als die Tarifparteien, das hat sich mir noch nie erschlossen, lieber Kollege Rützel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Bernd Rützel [SPD]: Sie können ihn ja auf 12 Euro erhöhen!)

Dr. Matthias Zimmer

(A) Dass Die Linke einen politischen Mindestlohn fordert, ist doch klar: Die tragen keine Verantwortung, werden es wohl auch nie tun und können jeden Tag so tun, als ob im Himmel Weihnachten gefeiert würde. Damit ist sie der FDP ganz nahe: Die tragen auch keine Verantwortung und erklären sich zum Drachentöter der Mühseligen und Beladenen,

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

die gerne betrügen möchten, sich aber wegen der guten Kontrolldichte eines guten Gesetzes nicht so recht trauen.

Wir werden dieses Gesetz nicht verändern; dazu besteht keine Notwendigkeit. Aber wir werden den Antrag der FDP ablehnen; dazu besteht jede Notwendigkeit. Und im Geiste Ihres Vorsitzenden Christian Lindner möchte ich Ihnen zurufen: Lieber keinen Gesetzesvorschlag einbringen als einen schlechten!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Pohl, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Jürgen Pohl (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Die FDP stellt einen ihrer (B) typischen Anträge, diesmal auf Änderung der Mindestlohndokumentation. Wie üblich, hören wir da die neoliberalen Floskeln „Flexibilisierung“, „Deregulierung, „Entbürokratisierung“.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Wir reden über Bürokratieabbau, Herr Pohl!)

Es sind immer die gleichen Schlagworte, die Sie verwenden, wenn es darum geht, die Interessen der Arbeitnehmer auszuhöhlen. Sie waren gegen die Einführung des Mindestlohns, Sie konnten ihn nicht verhindern; jetzt reden Sie von Entbürokratisierung. Sagen Sie doch gleich, dass Sie diesen Antrag als Korrektiv nutzen wollen, um durch die Hintertür am Mindestlohn zu arbeiten.

Ich frage Sie: Wissen Sie denn eigentlich, wer von einer De-facto-Abschaffung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn profitiert? Ich kann es Ihnen sagen: Es sind die großen Konzerne, insbesondere beim Bau, in der Hotellerie und im Versandgewerbe. Nur diese Großkonzerne sind in der Lage, durch ihre Marktmacht den Preis- und letztendlich den Lohndruck zum Beispiel an die Paketdienste und die dort prekär Beschäftigten weiterzugeben. Diese Versandkonzerne bieten kostenlose Lieferung und Abholung ihrer Handelswaren an. Und Sie als vermeintliche Wirtschaftspartei wissen doch: So etwas wie „kostenlos“ existiert nicht.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Es geht um die Dokumentationspflichten! Thema verfehlt, setzen, sechs!)

(C) Die Kosten tragen nur andere: einerseits die Paket- und Kurierdienste und andererseits diejenigen, die dort oft unter erbärmlichen Bedingungen arbeiten.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Das hat doch mit unserem Antrag überhaupt nichts zu tun!)

Es stimmt: Die Paketdienste finden das nicht lustig. Herr Kollege Kemmerich, Sie haben dazu ja etwas gesagt. Denen macht es keinen Spaß, unter diesem Druck zu arbeiten.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Haben Sie den Antrag überhaupt mal gelesen?)

– Wir kommen darauf.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Lesen hilft!)

Schauen wir uns Ihren Antrag mal im Detail an: Es ist richtig, dass bei 8 Prozent der Arbeitgeberprüfungen ein Verstoß gegen die Dokumentationspflichten festgestellt wurde. Nun haben wir uns einfach mal den Zweiten Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns genommen und gelesen – Sie wahrscheinlich nicht –: Erstens gab es laut Bericht einen deutlichen Rückgang der Kontrollen parallel zur Einführung des Mindestlohns. Zweitens wurden in 20 Prozent der Fälle Ermittlungsverfahren eingeleitet, die zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht abgeschlossen waren – Herr Zimmer hat auf diese Problematik hingewiesen – und damit gar nicht in Ihre Statistik einfließen. Drittens kommen weitere 8 Prozent an Mindestlohnverstößen in Branchen hinzu, in denen ein Branchenmindestlohn existierte, wodurch die Verstöße formal nicht unter das (D) Mindestlohngesetz fallen. Das macht in der Summe circa 36 Prozent Verstöße bezogen auf die Kontrollen – nicht 8 Prozent, wie Sie sagen. Ich weise auch noch einmal darauf hin, dass es einen massiven Rückgang bei der Kontrolldichte gegeben hat. Das heißt, Ihre 8 Prozent müssen wirklich hinterfragt werden. Da frage ich Sie: Wenn bei relativ geringer Kontrolldichte mehr als ein Drittel der Arbeitgeber gegen die Dokumentationspflichten verstoßen hat, wie hoch ist dann die Dunkelziffer?

Am 8. Februar dieses Jahres hat das Hauptzollamt Köln in einer bundesweiten Aktion eine ungeheuerliche Zahl von Mindestlohnverstößen festgestellt: Bei 540 überprüften Personen gab es 220 Hinweise auf Mindestlohnverstöße. Dies sind 40 Prozent und nicht, wie Sie vortragen, 8 Prozent. Es besteht also Handlungsbedarf, und das keinesfalls bei der Verwässerung der Dokumentationspflichten.

Sie mögen recht haben, dass kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der Mindestlohnbürokratie und im Vergaberecht Probleme haben und dass dort der Druck zu hoch ist. Da müssen wir ran, da müssen wir die rechtlichen Regelungen ändern, aber keinesfalls die Dokumentationspflichten.

(Beifall bei der AfD – Manfred Todtenhausen [FDP]: Sagt das mal den Leuten draußen!)

Meine Damen und Herren, seit Jahrzehnten, spätestens seit dem Lambsdorff-Papier Anfang der 80er-Jahre, steht die FDP für die Entlastung der Großunternehmen

Jürgen Pohl

(A) und für die Belastung der arbeitenden Menschen und des kleinen Mittelstandes.

(Nicola Beer [FDP]: Träumen Sie weiter!)

Ich kann nur sagen: Gott sei Dank haben die Leute draußen im Land das irgendwann erkannt und genug davon gehabt.

Mit Ihrem Vorschlag, meine Damen und Herren von den Neoliberalen, verfestigen Sie die Wildwestzustände bei den Paketzustellern und in anderen Branchen, und das lehnen wir vollumfänglich ab.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD, als neue Volkspartei, wollen den fairen Ausgleich zwischen den kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihren Mitarbeitern und keine Übervorteilung, weder der einen noch der anderen Seite. Es gilt, in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Es gilt, die abhängig Beschäftigten nicht weiter zu schröpfen. Schauen Sie: 1974 hat eine Kassiererin im Einzelhandel gute 2 000 D-Mark verdient und ihr Manager circa das 15-Fache. Heute verdient ein Manager im Vergleich mit einer Kassiererin das 130-Fache.

Nach den letzten OECD-Berichten ist ein Großteil der deutschen Bevölkerung von Armut bedroht. Unter diesem Aspekt ist es nicht zielführend, die Schlupflöcher zu vergrößern, um den Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, weniger als den Mindestlohn zu zahlen. Es ist nicht zielführend, am Mindestlohn herumzudoktern. Wir müssen ein größeres Ziel anstreben: Nicht die Festigung des Mindestlohnes muss im Mittelpunkt stehen, sondern die
(B) Schaffung eines Wohlstandslohns.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, in der Wirtschaft und innerhalb der Gesellschaft eine Diskussion zu eröffnen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Arbeitnehmer von seiner Arbeit leben, eine Familie gründen und diese Familie auch ernähren kann. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der AfD)

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes war neben der neoliberalen Politik der FDP die Grundlage dafür, dass große Teile der deutschen Arbeitnehmer jetzt mit dem Mindestlohn kämpfen und Aufstocker sind, also bereits heute nebenher Hartz IV, Sozialhilfe, beziehen. Meine Damen und Herren, es wird uns die Gewissheit einen, dass diese Mindestlohnbezieher im Alter unter finanziellen Aspekten nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen werden. War es in Zeiten des Wirtschaftswunders unter Ludwig Erhard normal und richtig, dass ein deutscher Arbeitnehmer für seine Familie ein Haus und Heim errichtete, so ist es heute traurige Normalität, dass viele Arbeitnehmer nach dem Arbeitstag als Aufstocker zum Jobcenter gehen oder nach 67 Jahren eine Rente erhalten, die im Bereich der Grundsicherung liegt.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Mit 67, nicht „nach 67 Jahren“!)

– Mit 67. Völlig korrekt, Herr Kollege Zimmer. – Es kann keinem Arbeitnehmer erklärt werden, warum er nach 45 Arbeitsjahren eine Altersrente unter dem Sozialhilfesatz bezieht, während ein Manager der Automobilindustrie 4 250 Euro Rente nicht monatlich, sondern täglich bezieht. (C)

Jetzt fragen Sie mich oder mögen vielleicht denken: Was hat das mit den Dokumentationspflichten zu tun?

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Ja, bei Ihrer ganzen Rede fragen wir uns das!)

Ich sage es Ihnen: Um sich gegen diese Armut zu wehren, ist es notwendig, dass wir valide Kontrollmechanismen haben. Die AfD, die neue Volkspartei, weist insofern den Antrag als reinen Klientelantrag à la Mövenpick zurück.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Bernd Rützel, SPD.

(Beifall bei der SPD)

Bernd Rützel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Kemmerich, ich hätte es mutig und ehrlich gefunden, wenn Sie hier gesagt hätten: Der Mindestlohn passt uns nicht, der gefällt uns nicht. Wir sind gegen den Mindestlohn, und wir sind auch dagegen, dass das Arbeitszeitgesetz eingehalten werden kann. – Das wäre ehrlich gewesen. Das hätte ich erwartet. (D)

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Das hat doch gar nichts damit zu tun!)

Aber von überbordender Bürokratie zu sprechen, das lädt ein, dass wir uns das Thema genauer anschauen.

Ich gebe Ihnen recht: Es ist immer hilfreich, zu überlegen, wo man Bürokratie abbauen kann. Unnötige Bürokratie braucht kein Mensch; die bauen wir auch gerne ab. Man muss allerdings aufpassen, dass notwendige Regeln dabei nicht über Bord geworfen werden. Es mag beliebt sein, Bürokratie im Ganzen zu verdammen; vernünftig ist das aber nicht. Schon der Soziologe Max Weber hat von der rationalen Form legaler Herrschaft gesprochen. Bürokratie ist für ihn der Versuch, Institutionen vernunftgemäß zu organisieren. Dazu gehören für alle verbindliche Regeln und die schriftliche Dokumentation der Arbeit. Das ist sinnvoll; denn wenn wir wollen, dass unsere Gesetze angewandt werden und für alle gelten, dann brauchen wir Kontrollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Und diejenigen, die kontrollieren, brauchen Kompetenzen und Befugnisse. Ich gehe davon aus, dass wir uns darüber einig sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Streitfrage ist, ob wir den Unternehmen, wie Sie es beschreiben, zu viel Bürokratie in Bezug auf die Doku-

Bernd Rützel

(A) mentation des Mindestlohnes aufbürden, ob man das also einfacher machen kann.

Ich möchte zusammenfassen, was nach dem Mindestlohngesetz dokumentiert werden muss: Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit. – Zusammenfassung beendet.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Sieben Tage nach Abschluss der Arbeitstage und nicht nur einmal im Monat!)

– Ja, sieben Tage hat man Zeit, das aufzuschreiben. – Sie fordern, dass man sich dafür vier Wochen Zeit lassen kann. Ich glaube, nach vier Wochen weiß man das nicht mehr so genau wie nach sieben Tagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU] – Manfred Todtenhausen [FDP]: Es gibt Terminkalender!)

Also ist es sinnvoll, das zeitnah zu erledigen und nicht irgendwie zu verschieben.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Wir haben gesagt, zum Monatsletzten!)

Die Dokumentationspflicht gilt nur für geringfügig Beschäftigte – und dort nicht für diejenigen, die im privaten Bereich beschäftigt sind – und vor allem für die im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz genannten Wirtschaftsbereiche. Diese Aufzeichnungspflichten bedürfen (B) keiner besonderen Form. Es braucht kein digitales Aufzeichnungssystem und keine Zeiterfassung. Es braucht nur einen Stundenzettel, auf dem das Datum sowie Beginn und Ende der Arbeitszeit stehen – das kann man sich selber herstellen –, und einen Kugelschreiber oder einen Bleistift. Wenn man das alles nicht zur Verfügung hat, kann man sich ein entsprechendes Formular von der Webseite des Bundesarbeitsministeriums herunterladen. Dort wird das angeboten. Ich halte deshalb den Aufwand nicht, wie Sie es beschreiben, für eine große Belastung. Es ist ein geringer Aufwand. Sie zahlen doch auch Löhne aus und schreiben Rechnungen. Wie führt man ein Geschäft, wenn das ein großer Aufwand sein soll?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU] – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Willkommen im 19. Jahrhundert! Kugelschreiber und Papier!)

Es ist ein Trugschluss, wie Sie in Ihrem Antrag beschreiben, dass die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeit abgeglichen werden muss. Das ist eben nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass die tatsächlich geleistete Arbeitszeit dokumentiert und abgeglichen werden muss; denn aus ihr berechnet sich der Mindestlohn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und eine Stunde hat 60 Minuten und nicht 90 Minuten, wie bei manchen, die vorher und nachher für lau bzw. für nichts arbeiten sollen. Jede Arbeitsstunde muss bezahlt werden. Wenn das nicht der Fall ist, dann ist das Betrug. (C) Leider Gottes werden immer noch viele Menschen teilweise um ihre Arbeitszeit betrogen. Sie schaffen für lau und für nichts, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU] und Klaus Ernst [DIE LINKE])

Letzte Woche hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Zollstatistik 2018 vorgestellt. 2018 gab es über 6 000 Verstöße gegen den Mindestlohn. Ich weiß aus Gesprächen mit Beschäftigten des Zolls, wie wichtig die Aufzeichnungspflichten für ihre Arbeit sind. An dieser Stelle möchte ich mich – es ist in der letzten Stunde von allen hier bekräftigt worden, wie schwierig die Arbeit beim Zoll ist – sehr herzlich bei allen Beschäftigten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und beim Zoll generell für ihre hervorragende Leistung bedanken. Aus diesen Gründen stärken wir den Zoll mit mehr Personal, mehr Befugnissen und vor allem durch weniger Bürokratie, damit sie ihre Arbeit besser machen können, damit sie besser kontrollieren können. Wir können durch bessere Verfahren Bürokratie abbauen, und das machen wir.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend will ich sagen, dass wir die Umgehung des Arbeitszeitgesetzes nicht zulassen,

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Das wollen wir doch gar nicht!) (D)

dass wir eine Aushöhlung des Mindestlohnes nicht zulassen, und das unter dem Deckmäntelchen des Bürokratieabbaus. Das lehnen wir ab. Darüber werden wir noch diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Susanne Ferschl, Die Linke, ist die nächste Rednerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Susanne Ferschl (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP hat mal wieder – ganz was Neues – einen Antrag zum Bürokratieabbau vorgelegt.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Macht ja sonst keiner!)

Dieses Mal geht es um die Aufzeichnungspflicht beim Mindestlohn, um zu kontrollieren, ob er eingehalten wird.

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Das klingt doch gut, oder?)

Susanne Ferschl

(A) Bürokratieabbau klingt erst mal gut, nach Vereinfachen und Verbessern, aber man muss bei der FDP immer genau hinschauen, was da vereinfacht und vor allem abgebaut werden soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Muster bei Ihnen ist doch jedes Mal das gleiche: Arbeitgeberverbände haben eine lange Wunschliste, welche Regelungen zum Schutz von Beschäftigten abgebaut werden sollen. Sobald die kleinste Verstärkung von Arbeitnehmerschutz droht, laufen sie Sturm – wie man bei der Debatte um die sachgrundlose Befristung sehen kann –, und die FDP trägt die Wünsche der Arbeitgeberverbände im vorauseilenden Gehorsam ins Parlament. Die Notwendigkeit, Schutzgesetze abzubauen, wird – je nach Wetterlage – mit einem drohenden wirtschaftlichen Abschwung, mit den Herausforderungen der digitalen Zukunft oder dem angeblichen Bürokratiemonster begründet. Es ist immer die alte Leier, und ich kann das als langjährige Betriebsrätin und Gewerkschafterin wirklich nicht mehr hören.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dabei geht es bei der Dokumentationspflicht zum Mindestlohn nicht um unnötigen Papierkram, sondern um Nachweise, damit Beschäftigte nicht um ihren Lohn betrogen werden und im Übrigen der Staat nicht um die Sozialversicherungsbeiträge.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

(B) Für das Jahr 2017 sprechen wir hier in Summe von geschätzt 7 Milliarden Euro. Ich meine, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Aber nun zu Ihrem Antrag. Sie behaupten im Feststellungsteil, die überwältigende Mehrheit halte sich an Recht und Gesetz. Kollege Kemmerich, Sie haben aus dem Bericht der Mindestlohnkommission zitiert, dass nur 8 Prozent aller Betriebe beim Mindestlohn schummeln. Aber was Sie verschweigen, steht im Bericht zwei Zeilen weiter. Genau in der Branche, für die sich die FDP immer so ins Zeug legt, dem Hotel- und Gaststättenbereich, sind es nämlich schon 20 Prozent!

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Mövenpick-Steuer, sagen wir da nur! Mövenpick-Steuer!)

Generell frage ich mich aber, wie man die Situation so eindeutig beurteilen will, wenn lediglich 2,4 Prozent aller Betriebe kontrolliert werden. Eines ist doch logisch: Wenn man wenig kontrolliert, dann findet man auch wenig. Mit diesem Argument ein Ende der Kontrollen zu fordern, ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Es gibt aber die Kontrollen der Rentenversicherungsträger!)

Eigentlich müssten Sie alle hier ein Interesse an stärkeren und mehr Kontrollen haben, um Schmutzkonkurrenz zu verhindern; denn die Unternehmen, die sich anständig verhalten, haben dadurch einen Wettbewerbsnachteil. (C)

Ihnen liegen ja besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die sogenannten KMU, am Herzen, wobei die bisweilen gar nicht so klein sind. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die Betriebsinhaber häufig am Wochenende die Aufzeichnungen machen müssen. Mir kommen echt die Tränen. Und so etwas kommt von der Partei, die die Ausweitung des Arbeitszeitgesetzes fordert!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich zeige Ihnen mal was: Das hier ist das Formblatt für Stundenaufzeichnung der Minijob-Zentrale. Da trägt man Beginn und Ende der Arbeitszeit und die Summe ein.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Steinzeit ist das! Sehr digital, sehr modern!)

– Hören Sie zu! – Das können Arbeitnehmer sogar selber machen.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Dürfen sie aber nicht!)

Und zum Thema „digital“: Es gibt vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sogar eine App, mit der die Arbeitszeiten ganz einfach erfasst werden können. „Digitalisierung first, Bedenken second!“, sage ich dazu nur.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Im Vergleich dazu: Das hier ist der Antrag auf Hartz IV, den Erwerbslose und Aufstockerinnen und Aufstocker, die zum Teil um ihren Mindestlohn betrogen werden, ausfüllen müssen. Sechs Seiten, ohne Anlagen!

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Das ist auch zu viel! Vereinfachen Sie das doch mal!)

Merken Sie was? Sechs Seiten im Vergleich zu drei Spalten. Und vor diesen drei Spalten „Bürokratie“ müssen wir die Unternehmen schützen? – Wir als Linke sagen dazu ganz klar Nein!

(Beifall bei der LINKEN)

Aber die Spitze der Absurditätensammlung dieses Antrags ist etwas anderes. Ich zitiere:

> … KMU werden hier vom Gesetzgeber ohne Not der Gefahr von Ordnungswidrigkeiten ausgesetzt.

Also nicht die Unternehmen begehen Ordnungswidrigkeiten, weil sie ihrer Dokumentationspflicht nicht nachkommen, sondern der Gesetzgeber provoziert das durch Regulierung. Das ist ein ganz schön krudes Rechtsverständnis.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Begründung, Kolleginnen und Kollegen oder liebe Bundesregierung, könnten Sie eigentlich alle Gesetze abschaffen, die Unternehmen in irgendeiner Form

Susanne Ferschl

(A) regulieren; denn das ist dann immer eine Provokation zu einer Ordnungswidrigkeit. Keine Gesetze, keine Ordnungswidrigkeiten! Man kann es sich natürlich auch einfach machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als Linke bleiben jedenfalls bei unseren Forderungen, den Mindestlohn auf mindestens 12 Euro zu erhöhen und die Kontrollen auszuweiten. Vier Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns wird es auch endlich Zeit, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit – darüber haben wir vorhin gesprochen – mit mehr Personal auszustatten und diesen Leuten die Arbeit zu erleichtern. Wenn Sie sich mit den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit unterhalten würden, wüssten Sie, dass sie eine Aufzeichnungspflicht ab dem ersten Tag und eine Ausweitung der Branchen fordern. Wir als Linke unterstützen diese Forderungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend noch einmal an die Adresse der FDP: Wir brauchen keinen Abbau, sondern eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten. Das ist keine Bürokratie, sondern notwendiger Schutz von Beschäftigten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Bernd Rützel [SPD] – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Was hat das denn damit zu tun? – Manfred Todtenhausen [FDP]: Lesen Sie den Antrag!)

(B)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/Die Grünen, ist die nächste Rednerin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Wir haben gerade über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung diskutiert, mit dem die Finanzkontrolle Schwarzarbeit gestärkt werden soll. Jetzt fordert die FDP mit ihrem Antrag genau das Gegenteil und redet nur über Bürokratie.

Für uns Grüne geht es bei diesem Thema um die Menschen. Es geht um die Beschäftigten, die von ihrem Lohn kaum leben können. Es geht beispielsweise um die Bedienung im Restaurant, um die Reinigungskraft im Hotel, um den Postboten und um die Beschäftigten in der Fleischbranche. Genau diese Menschen müssen darauf vertrauen können, dass der Mindestlohn nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch wirklich gezahlt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es darf keine Lücken und keine Möglichkeiten geben, den Mindestlohn zu unterlaufen. Deswegen muss der Mindestlohn effektiv kontrolliert werden. Dennoch möchte die FDP die Dokumentationspflichten einschränken. Sie meinen ja, für Kontrollen würden die Dauer der (C) Arbeitszeit und der ausgezahlte Lohn ausreichen. In Ihrem Antrag schreiben Sie sogar, für die Arbeitszeit sei schon der Arbeitsvertrag eine ausreichende Dokumentationsbasis und außerdem könnten die Beschäftigten ja klagen, wenn irgendetwas nicht stimmt. Liebe FDP, das ist absurd; denn das geht in vielen Fällen an der Realität vorbei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer sich schon einmal mit Kontrollen beschäftigt hat, dem ist bekannt, dass jemand, der Mindestlöhne umgehen will, das über die Arbeitszeit macht. Da hilft der Blick in den Arbeitsvertrag kein bisschen. Deshalb fragt die Finanzkontrolle Schwarzarbeit bei den Beschäftigten nach. Sie schaut sich die Abläufe in den Betrieben genau an.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Schwer bewaffnet in der Bäckerstube!)

Das alles vergleicht sie dann mit den dokumentierten Arbeitszeiten. Dafür braucht sie nicht die Dauer der Arbeitszeit, sondern die tatsächlichen Arbeitszeiten. Nur so kann die Finanzkontrolle Schwarzarbeit den Mindestlohn effektiv überprüfen. Deshalb müssen die Dokumentationspflichten so bleiben, wie sie sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Schwer bewaffnet in der Bäckerstube!)

(D)

Diese Aufzeichnungspflichten gelten ja nicht für alle. Bei den Minijobs – das kritisieren Sie ja – macht das aber Sinn; denn gerade hier werden häufig die Rechte der Beschäftigten missachtet. Dann ist die Gefahr groß, dass am Lohn und an den Arbeitszeiten etwas gedreht wird. Entscheidend ist aber: Diese Dokumentationspflichten gelten nur für die Branchen, die im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz stehen. Herr Kemmerich, ich bin mir nicht sicher, ob Sie das tatsächlich verstanden haben. Es geht nur um diese Branchen. Der Fokus auf diese Branchen ist auch nicht willkürlich, ist nicht vom Himmel gefallen. Das sind Erfahrungswerte – wie vor kurzem bei den Kontrollen in der Logistikbranche, die ergeben haben, dass jeder dritte Arbeitgeber zu wenig Lohn zahlt. Für diese missbrauchsanfälligen Branchen möchten Sie, die FDP, jetzt die Dokumentationspflichten reduzieren. Das geht gar nicht;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Weil sie die Dokumentation doppelt und dreifach erledigen! Gehen Sie mal hin!)

denn der Gesetzgeber muss seiner Schutzverantwortung für die Beschäftigten gerecht werden.

Dann gibt es auch noch die Kritik am Schwellenwert, ab dem dokumentiert werden muss. Sind 2 958 Euro oder 2 000 Euro richtig oder willkürlich? An dieser Stelle möchte ich einmal ganz grundsätzlich werden; denn die Empörung der FDP ist so groß, dass man fast meinen

Beate Müller-Gemmeke

(A) könnte, durch den Mindestlohn gäbe es zum ersten Mal die Pflicht, die Arbeitszeit zu dokumentieren. Und das ist einfach falsch.

Darf ich mal kurz etwas sagen? Die Antragsteller in der ersten Reihe schauen nur aufs Handy. Das finde ich irgendwie komisch.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Sie hätten ja auch den Antrag lesen können! Und dann gehen Sie mal zum deutschen Mittelstand!)

– Ich wollte nur einmal sagen, dass mich das irritiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde jetzt also etwas grundsätzlicher. Laut Arbeitszeitgesetz müssen alle Überstunden dokumentiert werden. Aber wie sollen die nachgewiesen werden, wenn die anderen Stunden gar nicht dokumentiert werden? Der Arbeitgeber muss auch darauf achten, dass die gesetzlichen Grenzen bei der Arbeitszeit und die Ruhezeiten eingehalten werden. Schon allein deswegen muss der Arbeitgeber wissen, wann und wie viel seine Beschäftigten arbeiten. Für die Sozialversicherung muss auch das Arbeitsentgelt nachgewiesen werden, und zwar die Zusammensetzung und die zeitliche Zuordnung. Außerdem gibt es genau die gleichen Dokumentationspflichten im Arbeitnehmer-Entsendegesetz und bei der Arbeitnehmerüberlassung. Diese Dokumentationspflichten sind also nicht neu. Bevor Sie sich empören und etwas fordern, sollten Sie erst einmal die Gesetzeslage zur Kenntnis nehmen.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Dokumentation der Arbeitszeit ist im Übrigen auch keine unzumutbare Belastung für die Unternehmen. Im Gegenteil: Sie macht Sinn, und zwar für beide Seiten. Die Beschäftigten können damit ihre Arbeitsstunden nachweisen, damit sie gerecht entlohnt werden. Die Arbeitgeber können die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten kontrollieren. Mir kann keiner erzählen, dass daran niemand Interesse hat. Immerhin wurde die Stechuhr nicht von der Politik, sondern von den Unternehmen eingeführt.

Arbeitszeiten können auch ganz einfach erfasst werden. Viele Möglichkeiten sind hier genannt worden. Das ist kein Bürokratiemonster.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Das steht in § 17 Mindestlohngesetz! Da geht es um Arbeitszeiterfassung!)

Hier sollte sich die FDP den eigenen Wahlslogan, der schon zitiert wurde, einfach einmal zu Herzen nehmen: Digital first, Bedenken second. – Ich finde, dass das auch bei der Dokumentation der Arbeitszeit gelten sollte.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Dann reden Sie mal mit Ihren Handwerksmeistern! Ich glaube, es kommt keiner mehr zu Ihnen!)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble: (C)

Nächster Redner ist der Kollege Torbjörn Kartes, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Torbjörn Kartes (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zumindest in einem sind wir uns, glaube ich, einig: Wir müssen dringend Bürokratie in Deutschland abbauen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das würde auch ich so sagen. Wir müssen Bürokratie dort abbauen, wo sie zu unnötigen – ich sage bewusst: unnötigen – Mehrbelastungen für Unternehmen, aber auch für Bürgerinnen und Bürger führt.

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Das ist so! Gute Erkenntnis!)

In der Tat gibt es da viel zu tun. Das gilt auch für viele Menschen vor Ort. Versuchen Sie heute einmal, vor Ort noch eine Kerwe zu organisieren, oder führen Sie rechtssicher einen Verein. Deswegen gibt es da unbestritten viel zu tun.

Wir haben uns als Unionsfraktion auch vorgenommen, in dieser Legislaturperiode in diesem Zusammenhang einiges auf den Weg zu bringen. Ich möchte nur kurz das dritte Bürokratieentlastungsgesetz erwähnen, das wir einbringen werden. (D)

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Aber wann? Wann denn? Das versprecht ihr seit einem Jahr!)

Das wird nicht alle Probleme lösen. Es gibt aber einen Unterschied: Wir gestalten. Wir werden dieses dritte Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg bringen. Sie machen immer wieder Vorschläge, haben es aber vorgezogen, jetzt in der Opposition zu sitzen. Wir werden da konkret handeln. Wie gesagt, das wird nicht alle Probleme lösen. Es ist aber ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Besser gut regieren als nicht regieren!)

Für mich wird es immer schwierig, wenn Sie hier Vorschläge machen und dabei Regelungen zur Disposition stellen, die zumindest auch dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dienen. Diesen Vorwurf müssen Sie sich an dieser Stelle gefallen lassen;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

denn Sie wollen in großem Umfang die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn abschaffen.

Natürlich ist und bleibt es so, dass der Mindestlohn in erster Linie ein ordnungspolitisches Instrument ist, das der Regulierung des Wettbewerbs dient. Wir wollen dafür sorgen, dass faire Löhne gezahlt werden und dass

Torbjörn Kartes

(A) es nicht Unternehmer gibt, die diesen fairen Wettbewerb mit Dumpinglöhnen untergraben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich schützen diese Dokumentationspflichten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davor, dass sie zwar formal nach Mindestlohn beschäftigt und vergütet werden, faktisch aber unbezahlt mehr arbeiten und in Summe unterhalb des Mindestlohns verdienen. Das ist nicht überall so – das wissen wir –, aber es gibt diese Fälle, und es ist, glaube ich, aller Anstrengungen wert, das zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit Ihrem Antrag wollen Sie nun ganz konkret erreichen, dass die Dokumentationspflichten für diejenigen, die geringfügig oder im Rahmen der Saisonarbeit beschäftigt sind, vollständig aufgehoben werden. Bei der Einführung des Mindestlohns hat man sich ganz bewusst dafür entschieden, gerade dort Dokumentationspflichten vorzusehen. Ich glaube, dass der Grund dafür bis heute nicht entfallen ist. Insbesondere bei den Minijobs kommt es entscheidend darauf an, dass die Verdienstobergrenzen eingehalten werden, und dafür ist es notwendig, dass man sich die tatsächlich geleistete Arbeitszeit genau ansieht. Bei der sogenannten Saisonarbeit, bei der kurzfristigen Beschäftigung, kommt es entscheidend darauf an, dass die tatsächliche Zahl der gearbeiteten Tage vernünftig dokumentiert wird. Deshalb glaube ich, dass es für diese Dokumentationspflicht immer noch gute Gründe gibt.

(B) Schauen wir uns Ihren Vorschlag einmal im Lichte dessen an, was Sie vor kurzem hier eingebracht haben. Sie wollen die Minijobs massiv ausweiten. Ich sage gleich: Mit uns kann man darüber sprechen, die Minijobgrenzen moderat anzupassen. Aber wenn Sie vorschlagen, die Minijobs massiv auszuweiten

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Wo steht denn das?)

– das haben Sie hier eingebracht –,

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Nein! Das steht nirgendwo! Das hat keiner gesagt!)

und gleichzeitig vorschlagen, die Dokumentationspflichten beim Minijob abzuschaffen, dann kann ich nur sagen: Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Unser vorrangiges Ziel ist und bleibt es, Menschen in gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Wenn Sie keinen Mittelstand mehr haben, dann macht das bald keiner mehr!)

Bei denen, die laut Ihrem Antrag in der Dokumentationspflicht bleiben sollen, soll faktisch die monatliche Lohnbescheinigung ausreichen. Ich bin der Meinung, Sie hätten dann eher beantragen sollen, dass die Dokumentationspflicht komplett abgeschafft wird; denn das, was Sie hier beantragen, ist faktisch nichts anderes. Ich sage Ihnen auch: Die Einhaltung des Mindestlohns können Sie damit nicht garantieren, und die Bekämpfung von

(C) Schwarzarbeit – wir haben hier heute Morgen ja schon über Schwarzarbeit gesprochen – können Sie damit auch nicht voranbringen. Deshalb glaube ich, dass Ihr Antrag in die falsche Richtung geht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Übrigen sollten Sie – auch das ist schon gesagt worden – einmal ins Arbeitszeitgesetz schauen. Ich glaube, dass es ein guter Plan ist – es gibt eine ganze Reihe von Regelungen dazu –, Arbeitszeiten zu dokumentieren. Schon nach dem Arbeitszeitgesetz müssen Sie Mehrarbeit dokumentieren.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Herr Kollege, wir machen es deshalb doppelt! Das ist doch der Sinn des Antrags!)

Deswegen ist es sinnvoll, Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit zu dokumentieren. Ich kann nicht erkennen, warum die Abschaffung dieser Dokumentationspflicht zu einem massiven Bürokratieabbau führen sollte. Im Arbeitszeitgesetz ist sie sowieso vorgeschrieben. Ich glaube auch, dass es im Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern fair ist, wenn Arbeitszeiten korrekt dokumentiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Ihrem Antrag schreiben Sie, dass sich der weit überwiegende Teil an die Regelungen hält und wir deshalb die Regelungen abschaffen können. Wir haben gerade eine Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums gelesen, in der deutlich gemacht wird, dass die Zahl der (D) Ermittlungsverfahren wegen Nichtgewährung des gesetzlichen Mindestlohns stark angestiegen ist. Insofern sehe ich gute Gründe, weiter zu dokumentieren.

(Stephan Thomae [FDP]: Christlich-Demokratische Union!)

Angesichts der Arbeitsbedingungen von Paketzustellern – auch darüber diskutieren wir ja zurzeit – gibt es weiterhin einen Bedarf für eine vernünftige Dokumentation. Das zeigt, dass wir hier noch etwas zu tun haben.

Zum Schluss. Die Dokumentation ist nicht so kompliziert, wie Sie suggerieren. Manche haben hier einen Zettel hochgehalten und gesagt, man müsse nur Anfang und Ende der Arbeitszeit aufschreiben. Es gibt sogar eine App dazu. Ich bin nicht begeistert von allem, was aus dem Bundesarbeitsministerium kommt, aber es gibt die App „einfach erfasst“.

(Stephan Thomae [FDP]: Christlich-Digitale Union!)

Arbeitnehmer können sie kostenlos herunterladen. Da machen Sie morgens einen Klick und abends einen zweiten Klick – wir klicken sowieso alle den ganzen Tag auf diesen Kisten rum –, und dann sind die Zeiten erfasst.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Es geht um sieben Tage Aufbewahrungspflicht!)

– Ja, das erkläre ich Ihnen jetzt noch in den letzten Sekunden meiner Redezeit. – Aus der App heraus wird automatisch eine E-Mail an den Arbeitnehmer erzeugt, und

Torbjörn Kartes

(A) schon hat er seine Arbeitszeiten entsprechend dokumentiert. Ich glaube, das geht ganz einfach.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Warum kommt dann eine bewaffnete Einheit in die Bäckereistube? – Gegenruf des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Hören Sie doch auf mit diesem Mist! – Gegenruf des Abg. Thomas L. Kemmerich [FDP]: Stimmt doch!)

Das geht auch digital. Wir sollten viel mehr für diese App werben, damit sie bekannter wird. Sie wird viel zu selten heruntergeladen. Dafür brauchen wir auf jeden Fall Ihren Antrag nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Manfred Todtenhausen für die Fraktion der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Manfred Todtenhausen (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche hier als betroffener Handwerksmeister. Das möchte ich Ihnen, Herr Dr. Zimmer einmal nahelegen:

(B) Wir treiben den Abbau von Bürokratie weiter voran und stärken damit die Wirtschaft. Deshalb wollen wir für diese durch Entlastungen neue Freiräume für ihr Kerngeschäft und neue Investitionen schaffen. Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III werden wir insbesondere die Statistikpflichten weiter verringern.

So steht es im Koalitionsvertrag.

(Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Das sollten Sie allmählich mal angehen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Todtenhausen?

Manfred Todtenhausen (FDP):

Ich rede erst einmal. Dann können Sie sich ja immer noch überlegen, ob Sie eine Zwischenfrage stellen wollen.

Also, schon ein Jahr GroKo, schon ein Jahr Minister Altmaier; aber was hat es mit den Bekenntnissen zum Bürokratieabbau auf sich? Tausendmal diskutiert, tausendmal ist nix passiert, und Zoom hat es erst recht nicht gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Trotz der vielen Ankündigungen lässt der Bürokratieabbau weiterhin auf sich warten. Dabei gibt es Vorschläge von vielen Betroffenen. Schon im vergangen Frühjahr haben einige Verbände erste Vorschläge gemacht, zum Beispiel von den Bäckern; das weiß ich. 43 detaillierte Ideen zur Umsetzung tragen das Datum 22. März 2018. Das ist über ein Jahr her. Sie glauben, kommt Zeit, kommt Rat. Ich glaube, für unsere Betriebe ist Zeit nicht Rat, sondern Geld, Geld, das die kleinen und mittleren Unternehmen bezahlen müssen. (C)

Es geht hier nicht um den Abbau von Leistungen, was immer gesagt wird. Das nervt eigentlich nur. Es geht einfach um den Abbau von Bürokratie.

(Beifall bei der FDP)

Jeder Tag ohne Entlastung bedeutet überflüssige Arbeit, und das für 99 Prozent unserer Betriebe, für mehr als 3,5 Millionen Unternehmen. Die Zeit, die man mit dieser Arbeit verbringt, kann man besser – das weiß ich aus eigener Erfahrung – mit seinen Aufträgen, mit seinen Mitarbeitern, mit seinen Kunden verbringen.

(Beifall bei der FDP)

Was unsere Betriebe am Mindestlohn am meisten nervt, ist nicht, dass es ihn gibt – die meisten zahlen sowieso weit mehr –, sondern die umfangreiche Dokumentationspflicht, auch wenn Sie die hier immer kleinreden. Für mich stellt sich die Frage: Warum ändern Sie das nicht einfach? Warum stellen Sie alle Unternehmer unter Generalverdacht?

(Beifall bei der FDP) (D)

Warum misstrauen Sie den Unternehmen? Bauen Sie doch mal Vertrauen auf. Das, was Sie machen, ist fatal.

(Katja Mast [SPD]: Warum lassen Sie Lohndumping zu?)

Wie sieht es in kleinen und mittleren Unternehmen tatsächlich aus? Da arbeitet der Chef die ganze Woche mit, und abends und am Wochenende erledigt er die Bürokratiearbeit, die Sie ihm auferlegt haben, und da hilft die Frau meistens mit. Ich kenne das so.

(Beifall bei der FDP)

Sie von der SPD wollen die 35- bis 38-Stunden-Woche für Arbeitnehmer. Ob Unternehmer 60 Stunden oder mehr arbeiten, ist Ihnen aber völlig egal. Und Sie reden von Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Bei Unternehmen ist es Ihnen doch völlig egal, was mit den Familien ist.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich langsam zum Schluss.

(Michael Theurer [FDP]: Weitermachen!)

Zwei Drittel der Unternehmen beklagen eine erhebliche bürokratische Belastung. Wir wollen sie deutlich senken. Machen Sie doch mit! Machen Sie es den Unbescholtenen einfacher!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Manfred Todtenhausen

(A) Konzentrieren wir uns doch auf die schwarzen Schafe! Ja, die gibt es, ja, die müssen wir bekämpfen, von mir aus mit drakonischen Strafen; aber mit dieser Dokumentationspflicht schießen Sie weit über das Ziel hinaus.

(Beifall bei der FDP)

Wir machen Ihnen ein praxisnahes Angebot. Sie können das annehmen. Wir schlagen vor, die bürokratischen Auflagen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf ein vernünftiges Maß zurückzufahren. Die Beschäftigten werden genauso gut wie bisher vor rechtswidrigem Verhalten und Ausbeutung geschützt. Machen Sie also mit! Die Betriebe, die Unternehmer und die Arbeitnehmer werden es Ihnen danken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Stephan Thomae [FDP]: Sehr gut! Endlich mal ein vernünftiges Wort!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Der Abgeordnete Klaus Ernst erhält die Gelegenheit zu einer kurzen Kurzintervention.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Die Frage ist eigentlich ganz einfach und auch sehr kurz. Schauen Sie, Herr Todtenhausen, wenn Sie in den Biergarten gehen und sich ein Maß Bier bestellen – bei Ihnen im Bergischen Land ist es vielleicht ein Pils – und wenn Sie noch eins und noch
(B) eins trinken – es werden zwei, drei, vier, fünf –, finden Sie es dann nicht richtig, dass das, was Sie getrunken haben, irgendwie dokumentiert wird? Ich meine, wenn es um die Rechnung geht. Warum soll die Bedienung, die Ihnen die Rechnung bringt und mit einem relativ großen bürokratischen Aufwand – fünf bestellte Biere müssen jeweils aufgeschrieben werden – dokumentiert, was Sie getrunken haben, eigentlich nicht ihre Arbeitszeit aufschreiben dürfen?

(Petr Bystron [AfD]: Was haben Sie denn heute Morgen getrunken?)

Warum ist denn der bürokratische Aufwand für diese Frau höher, wenn sie ihre Arbeitszeit aufschreibt, als wenn sie dokumentiert, was Sie getrunken haben? Wo ist der Unterschied?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen, wo der Unterschied ist: Bei dem einen Fall geht es um Ihren Geldbeutel, und bei dem anderen geht es um den Geldbeutel dieser Frau, und der ist Ihnen egal. Das ist das, was wir kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Herr Todtenhausen.

Manfred Todtenhausen (FDP): (C)

Vielen Dank, Herr Ernst, für Ihren Einwand. – Ich freue mich, wenn ich in einem Biergarten sein kann; aber ich trinke kein Bier, sondern Cola, und die zwei Cola, die ich trinke, kann ich mir merken. Aber es geht doch nicht darum. Natürlich schreibt auch der Handwerker Rechnungen; natürlich dokumentiert auch er, was er gemacht hat.

Es geht doch einfach darum, dass wir Bürokratie im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen abbauen. Über 90 Prozent aller Unternehmen sind ehrlich. Wenn wir von den restlichen 8 Prozent sprechen, dann geht es doch nicht ausschließlich darum, dass sie nicht den Mindestlohn zahlen – schauen Sie sich das doch mal an –, sondern sie haben ihre Dokumentationspflicht nicht immer erfüllt, weil sie oftmals zu spontan sind und weil die Dokumentationen nicht sofort, auch nicht nach einer Woche, vorgenommen worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Da wollen wir doch reingrätschen. Wir wollen die angesprochenen 8 Prozent reduzieren, sodass klar ist, wer die wirklichen Gangster sind und diejenigen, die den Mindestlohn nicht zahlen. Wir wollen nicht diejenigen bestrafen, die vielleicht aus Zeitmangel ihrer Dokumentationspflicht nicht nachgekommen sind. Deswegen ist unser Antrag goldrichtig.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Wir fahren in der Debatte fort. Nächster Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Michael Gerdes.

(Beifall bei der SPD)

Michael Gerdes (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich hoffe, Sie hören mir jetzt auch zu. Ich halte die Klage über die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn für eine Debatte von vorgestern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Weder habe ich den Eindruck, dass die deutsche Wirtschaftsleistung aufgrund überzogener Aufzeichnungspflichten nachgelassen hat, noch haben wir an dieser Stelle ein unüberwindbares Bürokratiemonster geschaffen. Was für ein Quatsch! Das zeigt auch diese Debatte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da gibt es mit Sicherheit schlimmere verwaltungstechnische Vorgänge. Mein Kollege Bernd Rützel und auch Herr Kartes haben darauf hingewiesen und aufgezeigt, wie simpel die Dokumentation tatsächlich ist.

Michael Gerdes

(A) Was ich Ihnen zugutehalten möchte: Bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie war die FDP-Fraktion nicht Teil dieses Hauses.

(Stephan Thomae [FDP]: Da sieht man mal, was dabei herauskommt! Einmal nicht aufgepasst!)

Vor diesem Hintergrund verstehe ich, dass Sie mit dieser Debatte Ihre wirtschaftspolitische Expertise für die Öffentlichkeit dokumentieren wollen. Damit haben Sie anscheinend in diesem Haus ein Alleinstellungsmerkmal.

Gerne unterstreiche ich noch einmal die Haltung der SPD. Verehrter Herr Kollege Todtenhausen: Ohne klare Aufzeichnung von Arbeitszeiten keine Kontrollmöglichkeit, und ohne Kontrolle keine Fairness bei der Bezahlung.

(Beifall bei der SPD – Stephan Thomae [FDP]: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Leninismus pur!)

Eine Tabelle, bestehend aus Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit, kann man auch als komplex bezeichnen, ja. Ich bezweifle auch, dass die Dokumentation für Arbeitgeber einen erheblichen Mehraufwand bedeutet.

(Stephan Thomae [FDP]: „Sozialdemokratische Partei Deutschlands", sage ich nur!)

Wer Rechnungen stellt, in denen Arbeitsstunden enthalten sind, muss diese ohnehin aufschreiben; das haben wir heute hier schon öfter gehört.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstatt sich an der Bürokratie zu stören, sollten wir uns lieber darauf konzentrieren, wie wir die Durchsetzung des Mindestlohns verbessern und Umgehungen der Lohnuntergrenze vermeiden. Die vorangegangene Debatte zum Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch hat gezeigt, dass Union und SPD genau hier ansetzen: Der Zoll wird mit mehr Personal und neuen Befugnissen ausgestattet, und auf diese Weise schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser vor Lohndumping und nicht bezahlten Arbeitsstunden.

(Beifall bei der SPD)

Unseriöse Unternehmen werden damit schneller entlarvt.

Problematisch finde ich auch, dass viele Beschäftigte, die nicht regelkonform bezahlt werden oder Verstöße gegen die Aufzeichnung von Arbeitszeiten feststellen, Angst davor haben, ihre Ansprüche einzufordern. Hier müssen wir überlegen, wie wir Betroffenen den Rücken stärken. Sicherlich kennen die meisten von Ihnen Beispiele aus ihren Wahlkreisen. Hinter vorgehaltener Hand kann man dann von Umgehungspraktiken hören. Da werden Pausenzeiten nicht gewährt, aber abgerechnet, Leerfahrten nicht bezahlt oder Zielvorgaben so gemacht, dass sie in der Arbeitszeit nicht zu schaffen sind, und so lässt man Stundenlöhne sinken. Ein Dialog aus einer Bäckerei: „Uschi, kannst du mal vier Brötchen in *deine* Kasse eingeben? Ich bin ja noch in der Pause." Das sollte uns nachdenklich machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung des Mindestlohnes war ein Meilenstein. Ich wiederhole noch einmal gerne: Der Mindestlohn ist ein Erfolg, (C)

(Beifall bei der SPD)

weil alle Horrorszenarien, wonach Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten, ausgeblieben sind, weil er messbare Einkommensverbesserungen gebracht hat, weil vor allem Frauen, prekär Beschäftigte, Arbeitnehmer in kleinen Betrieben und Beschäftigte mit Migrationshintergrund von ihm profitieren und weil mehr sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich wissen wir auch, dass der Mindestlohn allein nicht alle sozialpolitischen Probleme löst, zum Beispiel macht der Mindestlohn die steigenden Mieten nicht wett. In seiner jetzigen Höhe schützt er auch nicht angemessen vor Armut. Er dient vor allem dazu, dass sich Wettbewerber bei den Löhnen nicht unterbieten und den Preisdruck nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern austragen. Daran müssen wir weiter arbeiten. Das beste Mittel für gute Löhne und vernünftige Arbeitsbedingungen sind umfassend geltende Tarifverträge.

(Bernd Rützel [SPD]: Jawohl!)

Der Mindestlohn hilft vor allem dort, wo keine Tarifbindung vorhanden ist. Eine Diskussion darüber werden wir morgen hier noch führen.

Herzlichen Dank und Glück auf!

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die fraktionslose Abgeordnete Dr. Frauke Petry.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist löblich, dass es immerhin eine Fraktion der schon länger hier sitzenden gibt, die sich hin und wieder für die Interessen des Mittelstandes einsetzt – wenn auch inkonsequent. Es gibt aber nur eine Partei, die blaue Partei, die in diesem Parlament noch eines tut: den Mindestlohn als insgesamt untaugliches Instrument und vor allen Dingen – das vergessen viele – als die Folge einer verfehlten Währungspolitik zu kritisieren.

Vor der Euro-Einführung waren wir Hochlohnland. Heute laufen wir der Gehaltsentwicklung im Vergleich zu anderen Industriestaaten meilenweit hinterher. Millionen Arbeitsstunden, Geld, Strom und CO_2 werden für unproduktive Arbeit seitens der Betriebe – zudem handelt es sich um Steuermittel der Bürger – für die Bürokratie verblasen, nur um eine sowieso ökonomisch sinnbefreite Maßnahme zu kontrollieren, Millionen Arbeitsstunden, in denen keine Werte geschaffen werden – ein Luxus, den sich Deutschland nicht leisten kann.

Dr. Frauke Petry

(A) Im FDP-Antrag heißt es, dass die Lockerungen der Dokumentationsvorschriften – welche wir ausdrücklich unterstützen – zudem die Akzeptanz des Mindestlohns weiter erhöhen würden. Verständlich: Eine Daumenschraube wird zwei Daumenschrauben vorgezogen. Eine freie Gesellschaft, moderne Industrie sollten allerdings auf freie Entfaltung und die Bezahlung von Ergebnissen und den freien Willen aller Individuen Wert legen und nicht darauf, die eigene Vorstellung anderen aufzuzwingen.

Der mündige Bürger, sollte er auf Mindestlohn bestehen, ist laut der Mehrheit in diesem Plenum nicht mündig genug, um gegenüber seinem Arbeitgeber bezüglich Rechts- oder Vertragsbruch eigenständig tätig zu werden. Der mündige Bürger, der Sie hier ins Parlament gewählt hat und Sie bezahlt, ist nach der Wahl für Sie nicht mehr mündig. Bald reden wir über ein soziales Dokumentationssystem nach chinesischem Vorbild; denn offenbar müssen alle sozialistischen Hirngespinste mit Zwang und Gewalt durchgesetzt werden.

Liebe FDP, die Freiheit verteidigt man nicht in Trippelschritten, sondern mit Konsequenz und ohne regelmäßige Anbiederung an Teile der Regierung. Davon sind Sie noch weit entfernt.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion
(B) der CDU/CSU der Kollege Peter Aumer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Peter Aumer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Antrag der FDP „Mindestlohndokumentation vereinfachen – Bürokratie abbauen“. Den wolltet ihr von der FDP vor zwei Wochen schon beraten; da ist euch dann ein wichtigeres Thema dazwischengekommen. Ich glaube, man muss sich entscheiden, wo man Prioritäten setzt.

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Da war ich krank!)

– Ach so, deswegen. Na ja, okay.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Entschuldigt!)

– „Entschuldigt“, genau.

Wenn man, meine sehr geehrten Damen und Herren der FDP, Ihren Antrag liest, stellt man fest: Da steht vieles Richtige drin; aber der Zungenschlag ist doch ein sehr negativer, gerade hinsichtlich der Bewertung des Mindestlohnes. Wir haben darüber gerade schon sehr viel geredet: Es gibt viele positive Aspekte, die der Mindestlohn mit sich gebracht hat. Wir haben gesellschaftspolitisch sehr viel befriedet. Wenn man die Debatte der letzten Jahrzehnte Revue passieren lässt, sieht man, dass die linke Seite gefordert hat, dass der Mindestlohn viel höher (C)
sein muss, als er jetzt ist,

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Sehr! Viel zu niedrig!)

während die rechte Seite des Hauses sagte: Durch den Mindestlohn gehen Arbeitsplätze verloren. – Sie sind nicht verloren gegangen. Ich glaube, dass der Mindestlohn bei uns im Land eine große Akzeptanz erfährt und wir die richtigen Akzente setzen müssen. Dass ihr in eurem Antrag schreibt, die Akzeptanz des Mindestlohns wird durch Bürokratieabbau erhöht, ist, glaube ich, nicht ganz richtig. Es gibt eine gesellschaftliche Akzeptanz des Mindestlohns, und diese müssen wir politisch begleiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte vor kurzem ein Gespräch mit dem Kreisverband der DEHOGA in meinem Wahlkreis. Wie Landwirte, Handwerker und viele Mittelständler kämpfen auch Gastwirte mit den großen Herausforderungen der Bürokratie. Dokumentationspflichten, auch in Bezug auf den Mindestlohn, sind in allen Bereichen ein Thema. Es geht aber natürlich auch um die andere Seite. Es geht um die Einhaltung des Arbeitsrechts. Es geht auch um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich glaube, unsere Aufgabe in diesem Hohen Haus ist, den Ausgleich herzustellen.

Die FDP schreibt in ihrem Antrag, bei 92 Prozent der Geprüften gab es keine Beanstandungen. Das bedeutet aber, dass es bei 8 Prozent welche gab. Es ist daher wich-
tig, dass wir auf diese Zahlen schauen und dies angehen. (D)
Die Frage ist nur, wie man das macht.

Lieber Herr Kollege Kemmerich, in Ihrer Rede sagten Sie, dass Sie die Hausaufgaben der Bundesregierung machen müssten, dass wir als Union mehr Misstrauen als Vertrauen gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern haben und dass unser ordnungspolitischer Kompass fehlt. Sehr geehrter Herr Kollege, darüber sollten wir uns einmal persönlich unterhalten; denn gerade bei uns ist es eben nicht so.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Beweisen Sie es! Wir können uns gern unterhalten!)

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland haben wir einen klaren Kompass: die soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In einer digitalen Zeit diese soziale Marktwirtschaft neu zu denken, ist eine Herausforderung, der wir uns alle in diesem Hohen Hause stellen müssen. Ich bin gespannt, welche Antworten die FDP in dieser Debatte geben wird.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Gucken Sie sich vielleicht mal Kollege Altmaier und seine Industriepolitik an!)

In der sozialen Marktwirtschaft ist der Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein ganz essenziell wichtiger Bestandteil. Deswegen ist dieser Ausgleich beim Thema Mindestlohn so wichtig. An dieser Stelle müssen wir ein Gleichgewicht hinbekommen. Ich bin mir sicher, dass man auch beim Thema Bürokra-

Peter Aumer

(A) tieabbau ganz genau hinschaut. Die Bundesregierung macht es jedenfalls nicht so eindimensional, wie die FDP das tut, ganz nach dem Motto: Mal schauen, welches Thema man hervorholen kann, um wieder einmal über Bürokratieabbau zu reden.

(Manfred Todtenhausen [FDP]: AfD-Niveau!)

Wir als Koalition haben das gesamte Thema Bürokratieabbau auf die Tagesordnung genommen. Wir bringen ein Bürokratieabbaugesetz als Gesamtkonzept in den Deutschen Bundestag ein.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Wann denn? – Manfred Todtenhausen [FDP]: Wann kommt das?)

Dazu gehört natürlich auch, dass man über die Mindestlohndokumentation spricht. Aber es gibt noch viele andere Bereiche. Die Bürokratie ist vor allem im Steuerbereich ein großes Thema, da 43 Prozent des Bürokratieaufkommens dort anfallen. Damit müssen wir uns befassen. Einige Ansätze in Ihrem Antrag sind sicherlich überlegenswert; darüber kann man reden. Man muss aber das Große und Ganze im Auge haben.

Unser Ziel muss es sein, hier im Deutschen Bundestag den Mittelstand und das Handwerk zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man sich die aktuellen Zahlen anschaut, sieht man: Die Wirtschaftsprognosen sind nicht ganz so positiv. Die Wirtschaftsweisen haben ihre Wachstumsprognose
(B) für 2019 halbiert. Deswegen, glaube ich, ist es wichtig, dass wir einerseits unsere Unternehmer und Unternehmerinnen in ihrer Arbeit unterstützen und andererseits natürlich auch den Ausgleich der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinbekommen. Diesen Ausgleich bekommen Sie aber leider nicht hin, meine lieben Kollegen der FDP. Die Debatte von Ihrer Seite war sehr eindimensional.

(Stephan Thomae [FDP]: Wir wollen Ihnen auch nicht zu viel zumuten! – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Dann macht doch mal was!)

– Nein, Sie muten mir nicht zu viel zu. – Wir versuchen, einen Ausgleich hinzubekommen und das Große und Ganze im Blick zu behalten. Ich glaube aber, dass das nur mit uns geht und dass wir hier mit unserem Koalitionspartner und dem Bürokratieabbaugesetz einen Weg beschreiten, der es uns ermöglicht, alle Bereiche anzugehen.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Das gibt es aber nicht!)

Es gibt durchaus Auswüchse in unserem Land, über die man reden muss. Ich hoffe, wir alle haben den Mut, dies gemeinsam anzugehen. Wir als CDU/CSU stehen für eine starke soziale Marktwirtschaft in unserem Land. Wir stehen für den Ausgleich der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Unser Interesse ist es, dass die Wirtschaft in unserem Land weiterhin gut funktioniert. Unser Interesse muss es sein, dass wir Arbeitsplätze sichern, aber auch faire Arbeitsbedingungen für die Zukunft sicherstellen. (C)

Herzliches Dankeschön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Uwe Kamann.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Uwe Kamann (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher! Er wurde 2015 eingeführt, er gilt in allen Branchen, und im Januar dieses Jahres wurde er auf 9,19 Euro erhöht: der Mindestlohn. Der Mindestlohn soll sicherstellen, dass ein Arbeitnehmer von seinem Lohn auch leben kann, egal in welchem Beruf. Jedoch wurde nicht sichergestellt, dass der Mindestlohn nicht zur Höchstbelastung wird, und zwar für kleine Arbeitgeber. Ich meine damit nicht nur die finanzielle Komponente, sondern die Faktoren Zeit und Aufwand.

Es liegt offensichtlich in unserer Natur, alles bis ins Detail regeln und überprüfen zu wollen.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hier geht es um Beschäftigte! Hier geht es um die Sozialversicherung!) (D)

Was sich aber die GroKo mit der Überwachung der Einhaltung der Mindestlohnverordnung ausgedacht hat, geht zulasten sinnvollerer Aufgaben. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sind überfordert.

(Lachen des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Es gilt: Du kannst den Mindestlohn zahlen, aber dokumentierst du falsch, hast du ein großes Problem.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Mann, Mann, Mann!)

Man soll nicht glauben, dass in einem kleinen Betrieb für diese Art der Dokumentation die Zeit bleibt.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Sieben Sekunden pro Tag! Also bitte!)

Herr Dr. Zimmer, ich kann Ihnen sagen: Es geht nicht nur darum, die drei Zeilen auszufüllen. Wenn Sie das denken, dann haben Sie, sorry, Unkenntnis dahin gehend, was notwendig ist. Sie müssen es kontrollieren. Sie müssen es überprüfen. Sie müssen Rücksprache halten, und Sie müssen archivieren, und das nicht nur bei einem Mitarbeiter, sondern das müssen Sie auch mit fünf oder zehn Mitarbeitern in einem kleinen Unternehmen machen. Stattdessen sollten Sie aber lieber Aufträge reinholen, um ihrem Arbeitnehmer auch seinen Arbeitsplatz zu sichern; denn das ist in dem Sinne die Aufgabe eines Unterneh-

Uwe Kamann

(A) mers. Ich kann Ihnen das sagen; denn ich bin Unternehmer. Sie waren es noch nicht.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Das ist doch lächerlich! – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wenn man nicht aufschreibt, muss man nicht nachfragen, oder was?)

Ich bin ganz entschieden dafür, die Dokumentationspflichten zu liberalisieren, die detailgenaue Erfassungspflicht abzuschaffen und nur das abzufragen, was gemäß dem gesunden Menschenverstand ausreicht, um die Einhaltung der Regeln zu dokumentieren.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos] – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Freie Fahrt für freie Bürger!)

Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass der vorliegende Antrag als richtiger Schritt hin zur Entlastung unserer Betriebe von unnötigem bürokratischem Ballast sinnvoll ist und ihm zugestimmt werden sollte.

Herzlichen Dank.

(Beifall des Abg. Mario Mieruch [fraktionslos])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Letzte Rednerin in dieser Debatte ist für die Fraktion der SPD die Kollegin Gabi Hiller-Ohm.

(B) (Beifall bei der SPD)

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fest steht: Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Ich freue mich deshalb, dass auch ich ganz persönlich mit der SPD den Mindestlohn hier im Bundestag gegen erhebliche Widerstände der CDU/CSU, aber vor allem der FDP mit durchsetzen konnte. Millionen Menschen haben seitdem vom Mindestlohn profitiert.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss die Einhaltung des Mindestlohns kontrolliert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen klare Spielregeln; das ist doch überhaupt gar keine Frage. Wir werden die Kontrollen durch die Stärkung des Zolls, der dafür zuständig ist, sogar noch verschärfen, damit kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin in unserem Land auch nur einen Cent weniger bekommt als den Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist uns wichtig; denn wir stehen auf der Seite der Beschäftigten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) Das kann man von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, aber nun wahrlich nicht behaupten.

(Manfred Todtenhausen [FDP]: Ach, hören Sie auf!)

Sie haben schon die Einführung des Mindestlohns 2015 massiv bekämpft, und Sie versuchen es auch heute wieder. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer doch schnurzpiepegal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Manfred Todtenhausen [FDP]: Eben nicht!)

Sie vertreten ausschließlich die Interessen einiger Unternehmen.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Macht ja sonst keiner!)

Und das ist besonders schlimm, weil Ihre Forderungen voll zulasten der Menschen gehen, die sich und ihre Familien trotz harter Arbeit mit dem Mindestlohn gerade eben so über Wasser halten können. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Wir werden sicherstellen, dass der Mindestlohn eingehalten wird – mit Kontrollen und ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen damit auch die Unternehmen, denen ihre Beschäftigten eben nicht egal sind, die vernünftige Löhne zahlen und an einem fairen Wettbewerb interessiert sind.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Da haben wir genug Gesetze!) (D)

Das sind viele. Denn eines ist klar: Fairen Wettbewerb gibt es mit Schwarzarbeit und Lohnmissbrauch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Aber genau das befördern Sie mit Ihrem Antrag. So wollen Sie unter dem Deckmantel des angeblichen Bürokratieabbaus Dokumentationspflichten aufweichen und einige sogar ganz und gar abschaffen. Diese Pflichten zur Erfassung der Arbeitszeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, sind nicht vom Himmel gefallen; denn ihnen liegen – „leider“, muss ich sagen – ganz konkrete Erfahrungen zugrunde.

Schauen wir nur mal auf die Minijobs. Wir wissen doch: Gerade Minijobs verführen Arbeitgeber immer wieder zur Beförderung von Schwarzarbeit.

(Thomas L. Kemmerich [FDP]: Das ist eine Unterstellung!)

Wenn Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, die Dokumentationspflichten für die Arbeitgeber bei den Minijobs zu bürokratisch und zu belastend sind, dann gibt es eine ganz einfache Lösung Ihres Problems: Setzen Sie sich für die Abschaffung der Minijobs ein!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thomas L. Kemmerich [FDP]: Sagen Sie das mal den Studenten! Gehen Sie mal zu den Studenten! Erzählen Sie das da mal!)

Gabriele Hiller-Ohm

(A) Dann müsste überhaupt nichts mehr dokumentiert werden, und wir hätten in Deutschland endlich wieder mehr reguläre und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

(Stephan Thomae [FDP]: Freunde der Arbeitslosigkeit!)

Ihr Herr Lindner von der FDP hat am 1. Mai, am Tag der Arbeit, vor einem Jahr behauptet – ich zitiere –: „Die Beschäftigten waren noch nie so zufrieden wie heute." An dieser Einschätzung wird deutlich, wie weit die FDP vom Alltag der meisten Menschen in diesem Land entfernt ist.

(Stephan Thomae [FDP]: „Der Zeit voraus", meinen Sie!)

Wirklich zufrieden, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, werden die Beschäftigten erst dann sein, wenn das Gleichgewicht zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen wiederhergestellt ist. Was wir dafür brauchen, sind gute Arbeit für alle, starke Arbeitnehmerrechte, faire Löhne, Aufstiegschancen, Verlässlichkeit und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und gute Bedingungen für Unternehmen!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) **Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Vielen Dank. – Das war die letzte Wortmeldung. Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/7458 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 5 a und 5 b sowie die Zusatzpunkte 2 und 3 auf:

5. a) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

70 Jahre NATO – Das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit stärken

Drucksache 19/8940

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

70 Jahre NATO – Aufrüstung und Kriegspolitik beenden

Drucksache 19/8964

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

(C) **Ein klares Bekenntnis zur NATO – Das transatlantische Sicherheitsbündnis für die Zukunft stärken und weiterentwickeln**

Drucksache 19/8954

ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jürgen Trittin, Omid Nouripour, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

70 Jahre NATO

Drucksache 19/8979

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Ich bitte Sie jetzt, Ihre Plätze einzunehmen oder den Raum zu verlassen, wenn Sie gehen wollen, damit wir mit der Debatte beginnen können.

Dann eröffne ich die Aussprache. Als Erste hat das Wort die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung:

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Woche hat mit heftigen Diskussionen begonnen. Es ging um unsere Jugendoffiziere in den Schulen. Ich möchte mich vorweg für viele klare Worte bedanken, die aus diesem Hohen Haus geäußert worden sind. (D)

Aber diese Debatte hat auch im übertragenen Sinne klargemacht, worum es eigentlich geht: Sicherheit und Freiheit fallen nicht einfach vom Himmel. Sie müssen geschützt werden. Wir müssen in sie investieren. Wir müssen das politische Verständnis verbreitern. Wir müssen die Debatte darüber führen. Deshalb ist es gut, dass wir heute Morgen eine ganze Stunde dem Thema „70 Jahre NATO" widmen; denn seit 70 Jahren ist die NATO der Garant für Sicherheit und Freiheit in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte diese Debattenzeit nutzen, um drei Gedanken mit Ihnen zu teilen:

Erstens. Europa und unser Land haben der NATO viel zu verdanken. Es war auch der Schutzschirm der NATO – nicht nur, aber auch –, der dazu beigetragen hat, dass unser Land seine Einheit, seine Freiheit wiedererlangen konnte – auch weil Amerikaner und Kanadier sich entschieden haben, hier in Europa für unsere Freiheit verlässlich einzustehen.

Und wir feiern heute nicht nur den 70. Jahrestag der Gründung der NATO, sondern auch den 20. Jahrestag der ersten Erweiterung um Staaten, die zuvor hinter dem Eisernen Vorhang gefangen waren. Am 4. April 1999 sind Polen, Ungarn und Tschechien dem Bündnis beigetreten. Wir werden bald als 30. Mitglied Nordmazedonien willkommen heißen können. Wichtig ist: Alle diese Länder sind freiwillig der NATO beigetreten. Alle diese Länder

(A) haben enorme Anstrengungen unternommen, um die Kriterien zu erfüllen, um der NATO beitreten zu können. Andersherum wird sogar ein Schuh daraus: Unsere Gegner haben zum Teil mit Gewalt versucht, Länder daran zu hindern, der NATO beitreten zu können. Die NATO hat in vielen, vielen Ländern nach der Erfahrung der kommunistischen Herrschaft überhaupt erst einen sicheren Rahmen geschaffen, dass sie sich stabilisieren konnten, dass sie wachsen konnten, um damit dann auch die Grundvoraussetzungen in diesen Ländern zu schaffen, der EU beizutreten.

Wenn wir heute auf die Sicherheitslage schauen – angesichts der Annexion der Krim und des hybriden Krieges in der Ukraine, angesichts des neuen Selbstbewusstseins Chinas, angesichts des islamistischen Terrors, der alles versucht, um unsere offene Gesellschaft im Mark zu treffen, angesichts der massiven Cyberattacken, die dazu dienen, die Demokratien zu destabilisieren, angesichts der hybriden Bedrohungen –, dann komme ich, wenn ich alles zusammenzähle, zu dem Schluss: Wenn die liberalen Demokratien die NATO nicht hätten, dann müssten wir sie heute erfinden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war schon ein Gedanke?)

Zweiter Gedanke. Die NATO ist unsere Versicherung gegen Katastrophen. Niemand käme auf die Idee, an der Versicherungsprämie zu sparen, nur weil es im eigenen Haus lange Zeit nicht gebrannt hat. Klar, Feuerversiche-
(B) rung und insbesondere die Investition in die Feuerwehr kosten Geld, aber wir alle wissen: Das ist sinnvoll investiertes Geld. – Im übertragenen Sinne gilt das auch für die NATO. Das bedeutet: Wenn wir dauerhaft in Frieden und Freiheit leben wollen, dann müssen wir in das investieren, was uns heute schützt und was uns auch morgen schützen wird. Und das ist auch unsere Bundeswehr, das sind unsere Soldatinnen und Soldaten, jede und jeder Einzelne von ihnen.

Die NATO lebt ja von zwei Prinzipien: Das eine ist die Glaubwürdigkeit des Bündnisversprechens. Das andere ist die Fairness in der Lastenteilung; das heißt, dass alle im Bündnis beharrlich und verlässlich in die Finanzierung unserer Fähigkeiten investieren.

Wenn wir den Blick auf Deutschland richten: Ich finde, beim Beistandsversprechen sind wir gut. Wir sind der zweitgrößte Truppensteller in der NATO, gleich hinter den USA. Wir sind treu und zuverlässig seit 18 Jahren in Afghanistan, inzwischen auch dort der zweitgrößte Truppensteller.

(Jan Korte [DIE LINKE]: Sehr erfolgreich!)

Wir sind der zweitgrößte Nettozahler in der NATO. Wir sind das einzige kontinentaleuropäische Land, das als Rahmennation die östliche Grenze schützt; wir sind in Litauen in der Enhanced Forward Presence.

Aber diese Anstrengung muss genauso für die Fairness in der Lastenteilung gelten. Deutschland muss mehr investieren in die Modernisierung seiner Bundeswehr. Deshalb ist für uns klar: Wir stehen ganz klar zu der Zu-

sage, 1,5 Prozent des Bruttoinlandproduktes in 2024 in (C)
Verteidigung zu investieren und in den Jahren danach weiter das 2-Prozent-Ziel zu verfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Fragen Sie Herrn Scholz!)

Drittens. Die NATO ist nicht nur eine militärische, sie ist auch eine politische Allianz. Die militärischen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika stehen außer Frage. Um es klar zu sagen: Die NATO benötigt sie dringend, auch das, was die Amerikaner weiterhin investieren. Es schmerzt, dass viele unserer Partner – das sind nicht nur die Amerikaner – an der grundsätzlichen Bereitschaft Deutschlands zweifeln, in der Allianz unsere Verpflichtungen zu erfüllen.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Das sagt die Richtige! – Zuruf von der LINKEN: Seien Sie stolz darauf!)

Auf der anderen Seite schmerzt es ebenso, wenn gerade auf der anderen Seite des Atlantiks Zweifel am Beistandsversprechen geschürt werden. Die NATO wird ihren bleibenden Wert für beide Seiten des Atlantiks nur behalten, wenn vollkommen klar ist, dass wir unseren kleinsten und schwächsten Verbündeten genauso schützen werden, wie wir das bei unserem mächtigsten und größten Verbündeten nach Nine Eleven getan haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gilt immer noch: Zusammen sind wir immer stärker, als der Mächtigste unter uns allein es je sein könnte.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Das sind doch Plattitüden!) (D)

Wenn wir nach vorne schauen, wissen wir genau, worauf es ankommt: Wir brauchen ein waches Auge gegenüber China, wir brauchen aus der Position der Stärke und der Einigkeit ein besseres Verhältnis zu Russland, und wir brauchen Wehrhaftigkeit im Cyberraum – alles mit einem starken Europa als wichtiger Pfeiler in der transatlantischen Sicherheit. Wir dürfen keinen Zweifel aufkommen lassen an unserem Zusammenhalt – von Kanada bis Nordmazedonien.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Bis Türkei!)

Denn schlussendlich geht es um nichts Geringes als um den Schutz unserer liberalen Demokratien.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD der Kollege Rüdiger Lucassen.

(Beifall bei der AfD)

Rüdiger Lucassen (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 70 Jahre NATO – stellen Sie sich einmal vor, es gäbe eine große

Rüdiger Lucassen

(A) Familienfeier zu diesem Anlass. Alle sind da: Da sind die Großeltern, die alles zusammenhalten, die den Kindern und Enkeln beim Hauskauf und beim Studium helfen, die netten Onkel und Tanten, verlässlich und grundsolide, stets pflichtbewusst, jeder nach seinen Möglichkeiten. Dann ist da die Generation der Jüngeren, Berufsausbildung fertig, dankbar für die Unterstützung aus der Familie, mit klaren Zielen und Wertvorstellungen. Dann sind da noch die etwas schrägen Verwandten aus dem Süden, offenes Seidenhemd, falsche Goldkette, Porsche mit roten Kennzeichen, immer alles auf Kredit, aber irgendwie trotzdem sympathisch.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Was haben Sie denn für Familienfeste?)

Der Schwager aus dem äußersten Südosten ist nicht zur Feier erschienen. Er ist stattdessen lieber auf ein Treffen von irgendeinem Rockerklub gegangen. Da hängt er jetzt öfter ab. Eigentlich gehörte er nie wirklich zur Familie.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ich bin gespannt, wie die Geschichte zu Ende geht!)

Dann ist da diese ältere komische Tante, die wieder nur sich selbst zum Fest mitgebracht hat, sich nicht an den Kosten beteiligt hat, nicht mit aufbaut und nicht mit aufräumt, dafür aber alle mit ihrer Arroganz nervt,

(Henning Otte [CDU/CSU]: Jetzt kommen Sie mal zum Thema!)

die immer weiß, was das Richtige ist, aber nie da ist, wenn man sie mal braucht.

(B) (Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie haben aber seltsame Verwandte! – Henning Otte [CDU/CSU]: Was ist das für eine Oppositionsrede?)

So ist es auch mit einem Militärbündnis. Auf Dauer kann ein Militärbündnis nur funktionieren, wenn alle ihren Teil zur Gemeinschaft beitragen: die Älteren mehr als die Kinder, die Starken mehr als die Schwachen. Deutschland hält sich schon lange nicht mehr an dieses Prinzip.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wer ist jetzt diese Rockertruppe?)

Die Tante aalt sich stattdessen in Selbstzufriedenheit. In ihrem Antrag zeigt die Regierungskoalition ihre gestörte Selbstwahrnehmung in Bezug auf Deutschlands NATO-Mitgliedschaft.

(Beifall bei der AfD)

Zitat:

> Deutschland wird … auch künftig seinen angemessenen Teil der Lasten im … Bündnis verlässlich übernehmen und somit seiner gewachsenen Verantwortung gerecht werden.

Meine Damen und Herren, die komische Tante nervt nicht nur; sie leidet an Schizophrenie.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Das ist ja eine Karnevalsrede!)

(C) Die NATO ist für Deutschland von zentraler Bedeutung.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Richtig!)

Wir organisieren die Verteidigung unseres Landes in diesem Bündnis – die wichtigste Aufgabe des Staates. Bis 1989 war die Bundeswehr eine tragende Säule dafür, hochgeachtet und verlässlich. Das ist lange vorbei. Die Regierung Merkel hat unsere Streitkräfte so weit heruntergewirtschaftet, dass sie als Ganzes nicht mehr einsatzbereit sind.

Noch schlimmer ist aber die Zukunft: Der neue Finanzplan ist der verteidigungspolitische Offenbarungseid dieser Regierung.

(Beifall bei der AfD)

Damit brechen Sie alle Zusagen, die Sie gegenüber der NATO eingegangen sind.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Richtig!)

Wenn Sie hier das Gegenteil behaupten, dann lügen Sie.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD will eine starke und einsatzbereite Bundeswehr für ein starkes Verteidigungsbündnis. Wir wollen ein Bündnis selbstbestimmter Staaten mit national geführten Armeen. Ineffektive Doppelstrukturen, eine EU-Armee lehnen wir ab. Wir wollen auch keine Zweckentfremdung der NATO als weltweites Interventionsbündnis. Die Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte hat gezeigt, dass das nicht funktioniert und die Verteidigungsfähigkeit der Allianz insgesamt leidet. (D)

70 Jahre NATO – für die AfD heißt das: vorwärts zum Kern der Allianz, vorwärts zu Abwehrbereitschaft und Verlässlichkeit, vorwärts zu einer Bundeswehr als starke Verteidigungsarmee.

Danke.

(Beifall bei der AfD – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Bravo!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank.- Nächster Redner ist für die Bundesregierung der Staatsminister Niels Annen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es steht außer Frage: Die Geschichte der NATO ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn die Außenminister der NATO heute in Washington zusammenkommen, haben sie in der Tat Grund, zu feiern – sie feiern den historischen Beitrag, den diese Allianz zum Frieden, zur Freiheit und zur Stabilität geleistet hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Bijan Djir-Sarai [FDP] – Zuruf von der LINKEN: Wo denn?)

Staatsminister Niels Annen

(A) Ich glaube aber, dass es auch der Wahrheit entspricht, dass viele unserer Bürgerinnen und Bürger nach dem Ende des Kalten Krieges die NATO ein bisschen aus dem Blick verloren haben. Einige hielten sie schlicht für überflüssig,

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Mitglieder der SPD zum Beispiel!)

andere hielten sie für eine Selbstverständlichkeit. Heute wird klar: Beides ist falsch. Seit die regelbasierte Ordnung auch international unter Druck gekommen ist und die zunehmend aggressive russische Politik die Lage in unserer Nachbarschaft, der europäischen Nachbarschaft, beeinträchtigt, wird stärker die Frage gestellt: Wofür brauchen wir dieses Bündnis? Ich glaube, viele Bürgerinnen und Bürger beantworten die Frage heute sehr klar: Wir brauchen die NATO dringender denn je.

Gemeinsam mit der Europäischen Union ist und bleibt die NATO die Grundlage für das friedliche Zusammenleben in Europa. Auch heute, meine Damen und Herren, ist die NATO das zentrale Forum für den Austausch, die transatlantische Debatte, für dieses wichtige Gespräch. Dieses Gespräch ist auch aufgrund der manchmal – ich sage es einmal diplomatisch – ambivalenten Haltung des amerikanischen Präsidenten wichtiger denn je. Das erinnert uns daran, dass die NATO nicht nur ein militärisches, sondern eben auch ein politisches Bündnis ist. Ich glaube, es liegt an uns allen, es liegt auch an diesem Parlament, am Deutschen Bundestag, dieses Bündnis mit Leben zu füllen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Der amerikanische Kongress hat ja mit einer bemerkenswerten Initiative seinen Beitrag geleistet, mit Beschlüssen, die klarmachen: Amerika steht zur NATO. – Diese Botschaft war ganz offensichtlich auch an die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger gerichtet. Diese Botschaft war aber auch an uns gerichtet. Die amerikanische Kongressdelegation auf der Münchner Sicherheitskonferenz war größer als je zuvor. Ich bin dankbar für die Gelegenheit, hier heute sprechen zu dürfen, weil ich auch glaube, dass diese Debatte eine gute Gelegenheit ist, dass der Deutsche Bundestag sein Bekenntnis zur NATO bekräftigt und damit in gewisser Weise auch eine Antwort auf die wichtigen Beschlüsse der amerikanischen Kolleginnen und Kollegen geben kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe über das Ende des Kalten Krieges geredet. Ich glaube, man muss auch darauf hinweisen, dass es in der Geschichte der NATO eine Phase gab, gerade in diesen Jahren, in der es sehr umstrittene Planungen gab. Es wurde darüber diskutiert, ob die NATO ein globales Bündnis werden soll. Ich habe den Eindruck: Die NATO ist in den letzten Jahren und Monaten wieder ganz bei sich. Die NATO ist unter der Führung von Generalsekretär Stoltenberg, dem ich zur Verlängerung seines Mandates herzlich gratulieren möchte, wieder zu der Kernfunktion, Artikel 5, zurückgekehrt. Das ist ein wichtiges Verdienst. (C)
Ich glaube, das stärkt den Zusammenhalt.

(Beifall des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

Denn es war nicht zuletzt das russische Verhalten, das dazu beigetragen hat, diese Politik möglich zu machen. Die NATO hat ihre Verteidigungsstrategie in den letzten Jahren anpassen müssen. Ich will an dieser Stelle nur zwei Beispiele nennen. Mit den multinationalen Einheiten der Enhanced Forward Presence zeigen wir für alle sichtbar, dass die Sicherheit der baltischen Staaten und Polens ein untrennbarer Bestandteil unserer eigenen Sicherheit in der Allianz ist,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und mit der Schnellen Eingreiftruppe, in der wir uns jetzt erneut engagieren, zeigen wir auch, dass die NATO bereit und in der Lage ist, auf jede Krise schnell zu reagieren.

Es war aber vor allem die Bundesregierung, die trotz der Spannungen mit Russland und der Politik, die ich hier eben kurz skizziert habe, ein umfassendes System kollektiver Sicherheit gerade auch mit Russland niemals aus dem Blick verloren hat. Mit der Partnerschaft für den Frieden, mit der NATO-Russland-Grundakte aus dem Jahr 1997 und mit dem NATO-Russland-Rat wurden wichtige Foren zur Diskussion über gemeinsame Sicherheit und Stabilität geschaffen.

(D)

Russland hat sich leider – so will ich hier sagen – spätestens mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014 und natürlich dem laufenden Krieg im Osten der Ukraine von diesem kooperativen Ansatz abgewandt. Gleichwohl stehen wir weiterhin bereit, an unserer früheren Kooperation anzuknüpfen. Aber entscheidend hierfür ist, dass sich die russische Politik bewegen muss, dass dort entsprechend gehandelt werden muss; denn es gilt, einiges hier miteinander zu besprechen, kritisch auf den Tisch zu legen. Ich nenne nur die Cyberattacken – nicht nur auf uns, sondern auch auf wichtige Verbündete.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Deswegen, meine Damen und Herren: Der deutsche Beitrag bleibt zentral, und er hat sich auch in den letzten Jahren gewandelt. Die Bundeswehr beteiligt sich aktiv an allen Maßnahmen, die das Bündnis seit 2014 ergriffen oder verstärkt hat. Natürlich ist es kein Geheimnis, dass das Geld kostet. Es ist eine Binsenweisheit, dass es Sicherheit nicht zum Nulltarif gibt. Aber – und das ist mir an der Stelle besonders wichtig – Sicherheit ist mehr, als zusätzliche Milliardenbeträge in Rüstung zu stecken.

Die Reduzierung auf eine abstrakte Prozentzahl wird der Komplexität der Aufgabe, Frieden zu sichern, nicht gerecht; denn zur Sicherheit gehören auch Investitionen in humanitäre Hilfe, zivile Krisenprävention sowie Konfliktvor- und -nachsorge. Es gehören ebenso die nachhaltigen Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen in den betroffenen Ländern dazu. Gerade in diesem Be-

Staatsminister Niels Annen

(A) reich – das muss ich hier leider auch ansprechen – mussten wir gemeinsam in den letzten Jahren zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen,

(Zuruf von der LINKEN: Richtig!)

auch weil die amerikanische Seite einseitig die Finanzierung beendet oder gekürzt hat.

Die Bundesregierung hat zusammen mit dem Bundestag – dafür sind wir sehr dankbar – in den vergangenen Jahren konsequent die Ausgaben für Verteidigung erhöht. Wir sind bereit – damit hier auch gar kein Zweifel aufkommt! –, einen größeren Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit zu leisten, und dabei steht die Schärfung des sicherheitspolitischen Profils der EU nicht in Konkurrenz zur NATO.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn sich die Ministerinnen und Minister jetzt in Washington treffen, werden sie den Blick in die Zukunft richten. Ich bin froh darüber, dass der Generalsekretär Jens Stoltenberg gestern die Gelegenheit hatte, zu beiden Kammern des amerikanischen Kongresses zu sprechen, mit einer starken, klaren Botschaft. Das sind wichtige Zeichen gerade in Zeiten, wo wir, wie in den letzten Monaten, leider häufiger über Streit im transatlantischen Bündnis reden mussten als über das, was uns verbindet. Es verbindet uns aber mehr, und deswegen, glaube ich, hat dieses Bündnis eine große Zukunft.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(B)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner in der Debatte ist für die Fraktion der FDP der Kollege Bijan Djir-Sarai.

(Beifall bei der FDP)

Bijan Djir-Sarai (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was Staatsminister Annen soeben hier gesagt hat, ist völlig richtig: Wenn wir heute über 70 Jahre NATO sprechen, dann sprechen wir über eine Erfolgsgeschichte, und die NATO ist eine wahre Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wenn es die NATO nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Das ist an dieser Stelle völlig richtig.

Die Aufnahme Deutschlands im Mai 1955 war ein Glücksfall für die junge Bundesrepublik; denn schnell entwickelte sich die NATO zum erfolgreichsten sicherheitspolitischen Bündnis der Welt.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wähnte man sich in Deutschland und Europa in großer Sicherheit: noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei. „Umzingelt von Freunden“ wurde zum Mantra der folgenden zwei Jahrzehnte.

Meine Damen und Herren, heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Welt sich verändert hat. Spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland sind die ursprünglichen Hoffnungen auf friedliche Einbindung Moskaus geplatzt. Spätestens seit dem syrischen Bürgerkrieg und den Gräueltaten des IS ist der Nahe Osten in unsere Nachbarschaft gerückt. Spätestens seitdem Cyberangriffe auf der Tagesordnung stehen, ist klar, dass wir vor ganz neuen Bedrohungsszenarien stehen und es an Antworten mangelt. (C)

Diese Aufzählung ließe sich noch ewig fortsetzen. Die Welt, in der wir heute leben, hat sich grundlegend verändert.

Meine Damen und Herren, eine der wichtigsten Säulen dieses Bündnisses – wenn nicht sogar die wichtigste Säule – gerade in Zeiten der Veränderung ist die Verlässlichkeit. Die Mitgliedstaaten müssen sich jederzeit zu 100 Prozent auf die Solidarität ihrer Partner verlassen können. Das liegt in der Natur eines stabilen Bündnisses.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist der Kern eines stabilen Bündnisses. Das ist die Grundvoraussetzung eines stabilen Bündnisses.

Verlässlichkeit bedeutet vor allem, dass sich Partner an Abmachungen halten, und das ist genau das Gegenteil von dem, was die Bundesregierung hier gerade macht.

(Beifall bei der FDP)

Diese Bundesregierung riskiert den Ruf Deutschlands bei den Bündnispartnern. Sie verschließt die Augen davor, dass wir eben nicht mehr von Freunden umzingelt sind. Sie setzt die Sicherheit dieses Landes aufs Spiel. (D)

Noch im Weißbuch 2016 stellte man fest, dass die Bundeswehr noch nicht optimal aufgestellt ist. Man erklärte sich willens, die NATO-Kriterien von Wales zu erfüllen. So schrieb die Bundeskanzlerin damals im Vorwort – ich zitiere –:

> Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht verpflichtet uns, im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen, um gemeinsam Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht zu verteidigen.

So die Bundeskanzlerin. – Die Verteidigungsministerin, Frau von der Leyen, schrieb ebenfalls:

> Deutschland steht für Verlässlichkeit und Bündnistreue …

Meine Damen und Herren, der aktuelle Finanzplan der Bundesregierung demonstriert aber weder Bündnissolidarität noch sicherheitspolitische Verlässlichkeit. Auch das gehört an dieser Stelle zur Ehrlichkeit in dieser Debatte;

(Beifall bei der FDP – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Sehr richtig!)

denn sonst geht diese Debatte an der Realität vorbei. Auch wenn die deutschen Ausgaben in den vergangenen Jahren angewachsen sind, so hat sich Deutschland zu mehr Verantwortung verpflichtet.

Bijan Djir-Sarai

(A) Für uns Freien Demokraten geht es um mehr als ein Lippenbekenntnis. Wir wollen den Bundeshaushalt in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung schrittweise stärken, und wir fordern, dass alle NATO-Verpflichtungen – alle! – eingehalten werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Armin-Paulus Hampel [AfD])

Der Unmut über die deutschen Verteidigungsausgaben besteht nicht erst seit der Trump-Administration. Den hat es auch schon im Vorfeld bei der Obama-Administration gegeben.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Völlig richtig!)

Es geht hier nicht darum, den Amerikanern oder der US-Administration einen Gefallen zu tun, sondern hier geht es um unsere Interessen, um deutsche Interessen, um deutsche Sicherheitsinteressen, und diese werden von dieser Bundesregierung vernachlässigt, meine Damen und Herren.

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Das kann man noch härter ausdrücken!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht für die Fraktion (B) Die Linke die Kollegin Heike Hänsel.

(Beifall bei der LINKEN)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir sehen keinen Grund, heute zu feiern. 70 Jahre NATO sind genug.

(Beifall bei der LINKEN)

Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und hätte, wie der Warschauer Pakt, aufgelöst werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation erhofften sich viele Menschen hier in Europa eine Friedensdividende. Man sprach von mehr Entspannungspolitik und einem gemeinsamen Haus Europa. Gorbatschow hat es immer wieder vorgeschlagen. Und auch 2002 gab es hier Angebote vom damaligen Präsidenten Putin für eine Kooperation in Europa.

Doch leider kam es ganz anders. Die NATO blieb als alleiniges Militärbündnis bestehen und wurde nun zu einem global agierenden Kriegsbündnis umgebaut. Wir halten das für eine katastrophale Fehlentwicklung, die dringend geändert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen uns schon entscheiden: Wollen wir uns von den USA in eine neue Aufrüstungsspirale und neue Kriege treiben lassen oder aus diesem obsoleten Bündnis austreten und auf Basis des Völkerrechts ein kollektives (C) Sicherheitsbündnis unter Einschluss Russlands aufbauen? Ich finde, die Antwort darauf ist relativ klar.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sehen übrigens auch immer mehr Menschen in Europa so. Laut jüngsten Umfragen ist der Rückhalt der NATO in der Bevölkerung weiter gesunken, in Deutschland auf mittlerweile 54 Prozent.

Die Bilanz der NATO ist nämlich verheerend. Seit dem Angriffskrieg der NATO 1999 gegen Jugoslawien

(Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Rot-grüner Sündenfall!)

nimmt sich die NATO selbst heraus, in völkerrechtswidrigen Kriegen außerhalb des Bündnisgebiets militärisch einzugreifen. Das dient weder dem Frieden in der Welt, noch verstärkt es die Sicherheit vor Terror hierzulande; ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN)

Man braucht sich ja nur Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien anzuschauen.

Deshalb fordern wir ganz klar den Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen dieses Kriegspakts.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie wollen es nicht verstehen!)

Das Grundgesetz – daran möchte ich Sie hier erinnern – (D) kennt keinen Militäreinsatz zur globalen Machtprojektion. Was die NATO seit 1999 treibt, hat mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes nichts zu tun.

(Elisabeth Motschmann [CDU/CSU]: Unerhört! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Skandal!)

Eine der großen Fiktionen der NATO, die auch Staatsminister Annen hier angesprochen hat, ist die transatlantische Wertegemeinschaft. Da frage ich mich doch: Welche Werte teilen wir eigentlich mit dem NATO-Partner Erdogan, der völkerrechtswidrig Teile Syriens besetzt hält? Diese Fiktion ist angesichts der Realität von Erdogan, Orban und Trump völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei der LINKEN – Beifall der Abg. Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

Da hilft es auch nicht, dass Sie es hier gebetsmühlenartig immer wieder erwähnen.

Am besorgniserregendsten für uns ist aber der Aufmarsch der NATO gegen Russland in den letzten Jahren.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Das Versprechen im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses, keine Osterweiterung vorzunehmen, wurde gebrochen

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Freie Erfindung! – Henning Otte [CDU/CSU]: Ein Skandal! Der Parlamentspräsident müsste eingreifen! – Gegenruf der Abg. Sevim Dağdelen [DIE LIN-

(A) KE]: Ruhe da hinten! – Henning Otte [CDU/CSU]: Unerhört! – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Pariser Vertrag!)

und die NATO bis an die Westgrenze Russlands ausgedehnt.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Wenn die Unwahrheit gesprochen wird, muss der Parlamentspräsident eingreifen! Unerhört!)

Mittlerweile sind 13 osteuropäische Staaten in die NATO eingetreten. Deutschland sendet Soldaten ins Baltikum, beteiligt sich regelmäßig an großen Militärmanövern direkt an der Grenze Russlands, was die Gefahr einer militärischen Konfrontation verstetigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden es unfassbar, dass sich die Bundesregierung an den Provokationen Donald Trumps auch noch aktiv beteiligt. Ist das allen Ernstes eine verantwortliche Außenpolitik

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Ist das allen Ernstes Ihre Rede?)

– auch, möchte ich sagen, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte –,

(Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Aber Sie wissen es doch besser! Wer hat Ihnen denn diese Rede geschrieben? War das Oskar Lafontaine? Der hat ja auch so gefaselt!)

(B) deutsche Soldaten im Rahmen der NATO an die russische Grenze zu schicken? Wir meinen klar: Nein.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine dauerhafte friedliche Ordnung in Europa kann nämlich nur auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut werden. Das heißt: Sicherheit in Europa kann es nur mit und nicht gegen Russland geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür brauchen wir auch nicht, wie Sie alle es praktizieren, neue Feindbilder, keinen Kalten Krieg 2.0, sondern es ist jetzt an der Zeit für eine neue Entspannungspolitik,

(Henning Otte [CDU/CSU]: Unglaublich! – Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Aber die Zeit der kommunistischen Weltrevolution ist auch vorbei!)

für vertrauensbildende Maßnahmen, die ein Klima schaffen für Initiativen zur atomaren und konventionellen Abrüstung.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA und im Anschluss auch durch Russland droht Europa wieder zum potenziellen atomaren Schlachtfeld zu werden. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Genau deswegen wollen wir eine neue Entspannung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir halten es auch für fatal, dass die Bundesregierung regelmäßig einseitige US-Positionen übernimmt. Wir fragen uns: Warum fordern Sie nicht, im Gegenteil, endlich den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland? (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Die nukleare Teilhabe in der NATO durch die Bundeswehr muss endlich beendet werden! Es kann doch nicht sein, dass Deutschland mit der Zustimmung des US-Präsidenten sogar Atomwaffen einsetzen könnte. Wir finden das einen Wahnsinn. Das betrifft auch die Rüstungspolitik, die Hochrüstung, die wir jetzt erleben.

(Dr. Marcus Faber [FDP]: Ausstattung!)

Trump will Deutschland in diese neue Hochrüstungspolitik drängen. Wir halten davon gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen entmilitarisiert werden, dass die US-Basen in Deutschland, wie Ramstein, von denen teilweise völkerrechtswidrige Aktionen wie Drohnenmorde ausgehen, endlich geschlossen werden

(Beifall bei der LINKEN)

und dass die 35 000 US-Soldaten abgezogen werden. Das sind, finde ich, vertrauensbildende Maßnahmen.

In der Koalition gibt es einen Disput darüber, ob man 1,5 Prozent für Rüstung ausgeben soll oder 1,3 Prozent. Eigentlich ist das Ziel der NATO ja 2 Prozent. Das hieße, Deutschland würde auch noch die größte Militärmacht in Europa. Wir halten weder etwas von 1,5 noch von 1,3 Prozent. Wir glauben, das ist alles viel zu viel. Jetzt ist die Zeit für Abrüstung, nicht für Aufrüstung! (D)

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Marcus Faber [FDP]: Ausrüstung!)

Die Ostermärsche haben sich das auf die Fahnen geschrieben: Abrüsten statt Aufrüsten! Frieden statt NATO! – Sie werden dafür mobilisieren. Wir Linke sind natürlich mit dabei.

(Beifall bei der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Eine skandalträchtige Rede! – Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Ist die S-400 auch dabei?)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja. – Einen letzten Satz. Sie alle unterstützen die Schüler und Schülerinnen im Hinblick auf Fridays for Future. Wenn Sie das ernst meinen, dann rüsten Sie ab, und investieren Sie in Klimaschutz und in den Sozialstaat, statt weiter aufzurüsten.

(Beifall bei der LINKEN – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Ihr Freund Maduro hat doch die meisten Generäle auf der Welt! – Zuruf von der FDP: Grüße nach Moskau!)

(A)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Nächster Redner in der Debatte ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Jürgen Trittin.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manche Feindbilder halten länger als manche Verteidigungsbündnisse. Wenn Sie zurückblicken auf die Zeit vom 16. Jahrhundert bis heute, dann stellen Sie fest, dass die durchschnittliche Dauer von solchen Verteidigungsbündnissen 15 Jahre beträgt. Gemessen daran ist die NATO mehr als viermal so alt. Das ist unzweifelhaft ein Erfolg.

Am Beginn der NATO stand der berühmte Satz des späteren ersten Generalsekretärs: To keep the Russians out, to keep the Americans in and to keep the Germans down. – Gemessen daran hat die NATO unzweifelhaft etwas erreicht.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Sowjet gewollt hätte – er ist nicht gekommen; wir haben ihn erfolgreich rausgehalten.

Es ist richtig, dass im Rückblick die Chance vertan wurde, nach dem Wegfall des Warschauer Paktes die NATO in ein System kollektiver Sicherheit ganz Europas zu überführen. Wir müssen hinzufügen, dass 2014 ausgerechnet die Außenpolitik von Wladimir Putin die NATO relegitimiert hat. Die Annexion der Krim, der anhaltende Konflikt in der Ostukraine – das alles hat jene europäische Friedensordnung infrage gestellt, und zwar durch Russland, das einst die Sowjetunion mitgeschaffen hat. Mit diesem Konflikt, mit dieser Krise ist die Kernfähigkeit dessen, was die NATO kann, wieder gefordert worden, nämlich kollektive Selbstverteidigung.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an die CDU/CSU gewandt: Mehr Beifall als bei Frau von der Leyen!)

Man muss feststellen, dass die Situation der anderen Anforderungen dieses Satzes schwieriger geworden ist. Im 70. Jahr seit ihrer Gründung befindet sich die NATO in einer existenziellen Krise. Es stellt sich offen die Frage, ob es noch gelingt, „the Americans in“ zu halten. Der Bundesaußenminister hat gesagt: Das hat Trump gar nicht so gemeint. – Aber andere haben das sehr viel ernster genommen. Das ist der Grund, warum Nancy Pelosi und Lindsey Graham parteiübergreifend – die sind sich sonst in keiner Frage einig – im US-Kongress die Mehrheit für einen Beschluss gefunden haben, der es Donald Trump verbietet, einfach aus der NATO auszutreten. Dem Tweet „Raus aus der NATO, rein ins Vergnügen“ ist ein Riegel vorgeschoben worden.

(Zuruf von der LINKEN: Oh!)

Die Kolleginnen und Kollegen im US-Kongress haben aber mit etwas ganz anderem bezogen auf „Germans down“ ein Problem. Sie glauben nämlich, dass wir zu wenig fürs Militär ausgeben. CDU, FDP und AfD sehen das ebenso. Die Kollegen von der SPD wissen das nicht so recht. Partei und Fraktion weisen die Bezugnahme auf 2 Prozent zurück. Heiko Maas hat gestern und heute lauthals versichert: Wir stehen zu unseren Zusagen. – Olaf Scholz gewährt Ursula von der Leyen 1 Milliarde Euro mehr in der Finanzplanung. Aber er streicht dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Außenministerium 1,5 Milliarden Euro. Während CSU-Müller dagegen auf die Barrikaden geht, sagt Heiko Maas artig Danke. Ich sage Ihnen: Man schafft keine Sicherheit, indem man bloß aufrüstet und gleichzeitig die Mittel für Diplomatie und Entwicklung zusammenstreicht.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Marcus Faber [FDP]: Ausrüsten!)

Das solltest du eigentlich wissen, Niels Annen.

Ich finde, es ist nötig, in einer solchen Situation Klartext zu reden. Es gibt keine Beiträge zur NATO. Es gibt nicht einmal eine Beitragsordnung in der NATO. Die Wahrheit ist: Europas NATO-Mitglieder investieren in die Sicherheit heute dreimal so viel wie Russland – ohne die USA, ohne Kanada. Nicht jede Militärausgabe erhöht die Sicherheit, auch das ist richtig. Denken Sie einmal an den weltweiten Drohnenkrieg der USA. Denken Sie an die Ausgaben der Türkei für einen völkerrechtswidrigen Krieg in Syrien. All das erhöht unsere Sicherheit nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Die Bezugnahme auf das Bruttoinlandsprodukt ist bedeutungslos. Estland zum Beispiel ist viel zu klein, um sich alleine verteidigen zu können. Deswegen sind sie im Bündnis, und wir ergreifen Maßnahmen, um Estland mit zu schützen. Aber von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Estland können Sie vielleicht die „Gorch Fock“ reparieren, aber nicht Annegrets neuen Flugzeugträger bezahlen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Es ist gefährlich, dass deutsche Soldaten in Mali von Hubschraubern aus Mittelamerika abhängig sind. Und es ist peinlich, wenn es in internationalen Missionen an Nachtsichtgeräten und Hubschraubern fehlt. Aber wenn Sie all diese Ausrüstungsdefizite beseitigt haben, dann werden Sie immer noch um Milliarden Euro von den 2 Prozent entfernt sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sollte der 70. Jahrestag ein Anlass sein, dass Sie sich ehrlich machen. Deutschland wird die 2 Prozent nicht erfüllen. Es gibt dafür keine militärische Notwendigkeit, und ich sage Ihnen auch: Es gibt dafür keine politische Mehrheit und erst recht nicht nach Neuwahlen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das NATO-Bündnis ist im deutschen Interesse: Kollektive Verteidigung schafft Sicherheit. Aber es geht um noch etwas mehr: Es geht auch um Selbsteinbindung. Wir mit unserer Geschichte haben gute Gründe, unser

Jürgen Trittin

(A) Militär in Bündnisse einzubinden. Wir wollen keine militärischen Alleingänge. Dafür bleibt die NATO weiterhin wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der CDU/CSU der Kollege Jürgen Hardt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser doch ausgesprochen dialektischen Rede von meinem geschätzten Kollegen Jürgen Trittin

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke für die Blumen! – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, dass Sie sie trotzdem verstanden haben!)

weiß ich nicht, ob er nur Außenminister oder vielleicht doch Verteidigungsminister werden will. Die Dialektik, dass wir einerseits mehr Hubschrauber brauchen und andererseits aber kein Geld dafür ausgeben dürfen, fand ich schon etwas steil.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie nicht verstanden offensichtlich! – Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dialektik ist halt zu kompliziert!)

(B) Aber es war auf jeden Fall eine bemerkenswerte Rede, und ich habe an einer Stelle klatschen können: als Sie gesagt haben, dass wir die Bündnisverteidigung auch in Zukunft brauchen.

Bevor ich in meine Rede einsteige, möchte ich einen Satz zur Kollegin Hänsel sagen: Die Absurdität Ihrer Argumentation bezüglich der sogenannten NATO-Osterweiterung ist intellektuell für jeden leicht nachvollziehbar. Warum soll an der Behauptung, man habe der Sowjetunion zugesagt, die NATO nicht zu erweitern, etwas dran sein, wenn die Sowjetunion selbst wenige Wochen nach der Unterschrift unter den Zwei-plus-Vier-Vertrag, nämlich im November 1990, die Charta von Paris der KSZE unterschrieben hat, in der steht: „Jeder Staat hat das Recht, sein Bündnis frei zu wählen“?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist total absurd und beweist, dass diese Gerüchte von Petersburger Trollen und Ex-SED-Trollen und Maduro-Freunden nun wirklich jeder Realität entbehren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Da steht Aussage gegen Aussage!)

Das behauptet außer Ihnen nur die AfD.

Anlässlich des heutigen Geburtstags der NATO – Deutschland ist einige Jahre nach der Gründung beigetreten – möchte ich sagen: Die Entscheidung Deutschlands, der NATO beizutreten, war eine der, wie ich finde, vier wichtigsten Entscheidungen, die in der Bundesrepublik Deutschland jemals getroffen wurden. Die erste Entscheidung war die Entscheidung für die Marktwirtschaft, Stichwort „Leitsätzegesetz 1948“. (C)

(Andrea Nahles [SPD]: Soziale Marktwirtschaft!)

Die zweite Entscheidung war die Unterzeichnung der Römischen Verträge, der Gründungsakte der heutigen Europäischen Union. Die dritte zentrale Entscheidung war der Einheitsvertrag 1990. Und die vierte wirklich fundamental bedeutende Entscheidung war der Beitritt zur NATO 1955. Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik steht auf diesen beiden granitenen Säulen, nämlich der Säule der Europäischen Union und der Säule der NATO, ausgesprochen gut, und das muss so bleiben.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Herr Hardt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Diether Dehm?

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Bitte sehr.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Hardt, in einem haben Sie recht, auch ich hatte einen Punkt in der Rede Jürgen Trittins, bei dem ich klatschen konnte. (D)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Wahrscheinlich ein anderer.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Sie sehen: Ein großer Politiker zeichnet sich eben wohl durch seine Breite aus.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also jeder hatte hier ja die Möglichkeit, Beifall zu klatschen. Ich habe das sogar da drüben rechts an einer Stelle gesehen. – Ich war engagiert bei den Künstlerinnen und Künstlern für den Frieden; ich erinnere an das Plakat des großen Karikaturisten Arno Funke, der dazu eine Karikatur angefertigt hat. Denn es gibt doch augenscheinlich eine Diskrepanz, was die Rüstungsausgaben Russlands und der NATO betrifft. Ich weiß, dass Sie ein nachdenklicher Kollege sind und auch andere zur Nachdenklichkeit anstiften. Dieser Punkt müsste doch auch Sie zur Nachdenklichkeit bringen. 940 Milliarden Dollar umfasst der Militäretat der NATO, davon kommen round about 600 Milliarden Dollar von den USA, 340 Milliarden von den anderen Staaten, inklusive der EU. Dagegen steht der Militäretat Russlands in Höhe von 65 Milliarden. Dann sagt Trump, wir sollen round about 40 Milliarden aus den deutschen Geldern, die wir für Schulen und Krankenhäuser brauchen, drauflegen. Wie können Sie das einer immer geringer werdenden Bevölkerungszahl verständ-

Dr. Diether Dehm

(A) lich machen, wo die Akzeptanz für die NATO auch aus diesem Grund permanent nachlässt? Bei dieser Zahlendiskrepanz ist es doch unverständlich, die NATO weiter aufzurüsten.

(Beifall bei der LINKEN)

Jürgen Hardt (CDU/CSU):

Ich brauche gar nicht Donald Trump zu bemühen, sondern ich bemühe den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, der uns jedes Jahr darauf hinweist, welchen Ausrüstungsnachholbedarf wir bei der Bundeswehr haben. Sogar mein Kollege Trittin hat darauf hingewiesen, dass es gut wäre, wenn wir zum Beispiel für den Mali-Einsatz mehr deutsche Hubschrauber hätten.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben sie! Sie müssen nur fliegen!)

Insofern ist eine angemessene Steigerung des deutschen Verteidigungsetats keine Aufrüstung, sondern lediglich die Sicherstellung, dass unsere Soldatinnen und Soldaten einen guten und sicheren Job im Dienst machen können. In diesem Sinne verstehen wir das auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Stoltenberg sagt: Und gegen Russland, gegen die russische Bedrohung!)

Ich möchte gerne auf die aktuelle Diskussion über das Budget eingehen. Ich finde, wir hätten uns die Diskussion über die mittelfristige Finanzplanung, die ja unsere massiven Anstrengungen, mehr Geld für die Bundeswehr zu
(B) mobilisieren, konterkariert, wirklich sparen können. Ein Blick auf die Haushaltszahlen der letzten Jahre – zumindest seit Ursula von der Leyen Verteidigungsministerin ist – zeigt: Wir haben einen stetigen Anstieg der Verteidigungsausgaben, klar über dem durchschnittlichen Anstieg des Haushalts und überdurchschnittlich über dem Anstieg des Bruttosozialprodukts. In diesem Jahr haben wir von 2018 auf 2019 sogar einen zweistelligen prozentualen Sprung. Und auch für das Jahr 2020 planen wir einen weiteren Anstieg auf 1,37 Prozent BIP-Anteil, das entspricht einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro, wenn man das in NATO-Terms rechnet.

Ich finde, es hätte uns gut angestanden, wenn wir mit dieser Botschaft nach Washington zum 70. Geburtstag der NATO gegangen wären und nicht über Zahlen diskutiert hätten, die dieser Deutsche Bundestag weder beschlossen hat noch beschließen wird. Wir als Koalition werden im Deutschen Bundestag dafür sorgen, dass wir selbstverständlich unsere Zusagen gegenüber der NATO und gegenüber der Europäischen Union – im PESCO-Vertrag haben wir diese Zusage auch gemacht –, unsere Verteidigungsausgaben zu steigern, einhalten werden.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der heute hier noch nicht angesprochen worden ist. Er geht vielleicht ein klein bisschen auch in die Richtung dessen, was Kollege Dehm gesagt hat. Russland gibt Geld für Verteidigung aus; aber Russland investiert auch in Waffentechnologien, die gemäß internationalen Verträgen, gemäß dem INF-Vertrag verboten sind. Das ist für die NATO eine ernsthafte Bewährungsprobe; denn

(C) es geht darum, dass wir es im 70. Jahr unserer Existenz schaffen, eine geschlossene, einmütige Antwort auf die Frage „Was ist die richtige Antwort auf die Verletzung des INF-Vertrags durch Russland?“ zu geben. Ich finde, da wird sich die NATO in den nächsten Monaten beweisen können, ob sie diese Geschlossenheit zeigt. Ich glaube im Übrigen, dass das auch der Test Putins ist, ob wir in der Lage sind, diese Geschlossenheit zu zeigen.

Ich möchte die Bundesregierung ermutigen, sich aktiv an diesem Dialog zu der Frage „Was ist die richtige Antwort auf die Verletzung des INF-Vertrags durch Russland?“ zu beteiligen und sich entsprechend einzubringen, damit die Lösung nicht wieder eine Lösung ist, die zwischen Russland und den USA verhandelt wird, sondern eine, die von der gesamten NATO gut mitgetragen werden kann.

In diesem Sinne, herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD der Kollege Armin-Paul Hampel.

(Beifall bei der AfD)

Armin-Paulus Hampel (AfD):

Danke schön. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste im Deutschen Bundestag und auch liebe Zuschauer an den Bildschirmen! Ja, (D)
das, was Lord Ismay als erster NATO-Generalsekretär damals formulierte, Herr Kollege Trittin, dass es notwendig sei, die Amerikaner drin, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten, war die erste Perspektive der NATO, als wir noch gar kein Mitglied waren. Es hat bis in die 50er-, 60er-Jahre gedauert, bis sich gedanklich da etwas verändert hat.

Seitdem war unter der Perspektive der Bedrohung des Warschauer Paktes das Bündnis nicht nur ein starkes, es war ein geschlossenes Bündnis. Jeder, der in den 60er-, 70er- oder noch in den 80er-Jahren in der Bundeswehr gedient hat, weiß, dass wir damals zutiefst davon überzeugt waren, dass dieses Bündnis zu diesem Zeitpunkt nicht nur richtig war, sondern dass wir dem damaligen potenziellen Gegner, dem Warschauer Pakt, hätten standhalten können und, meine Damen und Herren, auch wollen.

(Beifall bei der AfD)

Was wir heute aus dieser Bundeswehr gemacht haben – von meiner Fraktion ist es oft genug benannt worden –, ist ein Trauerspiel. Wir haben aus dem kollektiven Verteidigungsbündnis ein bisschen Interventionsarmee gemacht. Ich erinnere mich, Volker Rühe 1994, glaube ich, nach Kambodscha begleitet zu haben. UNTAC war einer unserer ersten Auslandseinsätze. Ich erinnere auch an den Einsatz, den wir in Somalia hatten, wo wir ein Feldlager für die Inder aufgebaut haben, die übrigens nie gekommen sind, und an die Schlappe von Erhac, als es

Armin-Paulus Hampel

(A) gegen den Irak ging, und folgende sowie an den Einsatz am Hindukusch, der nun schon 18 Jahre dauert, kein Ende findet und zu keinem Erfolg führt.

Meine Damen und Herren, alle Auslandsinterventionen der Bundeswehr gemeinsam mit NATO-Partnern sind gescheitert und haben nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Das muss uns zu der Überlegung zurückführen, dass wir die Grundidee der NATO, nämlich die Idee eines kollektiven Verteidigungsbündnisses in Europa, und zwar aus dem kollektiven Sicherheitsinteresse Europas heraus, neu schaffen oder wieder stärken.

Genau da sitzt der Ansatzpunkt, den meine Fraktion kritisiert: Wenn unsere amerikanischen Freunde meinen, in der Welt intervenieren zu müssen – ich erinnere nur an den entsetzlichen Irakkrieg, der das Land völlig kaputtgemacht hat, und an andere Kriegszüge –, dann müssen wir doch zu der Erkenntnis kommen, dass wir dieses kollektive Sicherheits- und Verteidigungsbündnis als Europäer erhalten wollen, und mit unseren amerikanischen Freunden auch einmal Klartext sprechen und sagen: Wenn ihr in der Welt intervenieren wollt, dann tut das – aber bitte ohne uns Deutsche, ohne uns Europäer und ohne die NATO; dazu ist sie nicht gegründet worden.

(Beifall bei der AfD)

Dazu gehört natürlich dann, dass der Wille gerade auch in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden ist, dieses Bündnis mit Leben und mit Kraft zu erfüllen. Mein Kollege Jens Kestner hat hier mehrfach angemahnt, dass die innere Ordnung in der Bundeswehr verloren gegangen ist. Sie können Militärausgaben steigern, Rüstung nach-
(B) liefern, Sie können auch die Ausbildungspläne verändern und aktivieren, aber wenn der Wille, das innere Gefüge der Truppe, das Kämpfen-Wollen – eine Armee ist dazu da, im Verteidigungsfall kämpfen zu wollen – nicht mehr vorhanden ist, dann ist alles andere Makulatur.

Wir Deutsche müssen uns an die eigene Nase packen und sagen: Jawohl, wir wollen das Rüstungsziel von 2 Prozent erreichen, wie wir es versprochen haben. Wir wollen die Bundeswehr wieder so stark machen, dass sie für keinen Gegner eine kalkulierbare Armee ist, von der er weiß, dass sie sofort besiegbar ist. Dahin müssen wir zurückkommen.

Zur inneren Haltung und zur Inneren Führung gehören auch die Worte des großen August Neidhardt von Gneisenau aus den Freiheitskriegen, dass nämlich jeder männliche Bürger eines Landes automatisch sein natürlicher Verteidiger ist. Deswegen wissen wir: Als erster Reformschritt muss die Wiedereinführung der Wehrpflicht erfolgen.

(Beifall bei der AfD – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Das kostet aber!)

– Ja, natürlich kostet das. Das kostet deswegen, weil Sie so lange gepennt haben, Herr Hardt. Das ist Klartext.

Meine Damen und Herren, ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit den europäischen Ländern manchmal auch gegen die Amerikaner eine neue Perspektive für die NATO schaffen können, indem wir zu der alten Perspektive zurückkehren. Wir wollen ein kol-

(C) lektives Bündnis der Verteidigung europäischer Staaten und unseres Landes. Dafür müssen wir stark sein. Dafür müssen wir gerüstet sein. Si vis pacem, para bellum – wer den Frieden will, muss für den Krieg gerüstet sein.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Dr. Fritz Felgentreu.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Fritz Felgentreu (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Hampel, Ihre diskriminierende Äußerung über die Dienstauffassung der deutschen Soldaten weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Das haben Sie falsch verstanden!)

Ich kenne die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr als entschlossene, gewissenhafte, loyale Kräfte,

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Sagen Sie das Ihrer Berliner SPD! Das ist eine Unverschämtheit!)

die diese Geringschätzung von Ihnen nicht verdient haben. (D)

Meine Damen und Herren, 70 Jahre NATO feiern wir in diesen Tagen leiser als vor zehn Jahren, als das 60-jährige Bündnisjubiläum begangen wurde. Dafür gibt es auch Gründe; denn bei allem Stolz auf das Erreichte steht die NATO heute unter Druck. Wir erleben, dass die Türkei ihre regionalen Machtinteressen über das Bündnis stellt und sich im Konflikt mit den USA auch auf Kosten der NATO durchsetzen will. Das ist bemerkenswert und gefährlich. Die Türkei ist ein älteres NATO-Mitglied als Deutschland. Wegen ihrer Größe, ihrer geografischen Lage und ihrer historischen Hinwendung zu westlichen Werten ist sie von großer Bedeutung für das Bündnis. Eine Abwendung der Türkei rührt an die Substanz der NATO.

Das Ende des INF-Vertrages führt auch den Letzten vor Augen, dass die Sicherheitsordnung, die nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Europas aufgebaut worden ist, heute keinen Bestand mehr hat. Neue Bedrohungen verlangen der NATO viel ab: politisch, organisatorisch und finanziell. Wir stehen zusammen mit unseren Bündnispartnern in einer Bewährungsprobe, die wir noch nicht erfolgreich überstanden haben.

Am deutlichsten zeigt sich das in dem offenen Streit über eine angemessene Lastenteilung unter den Mitgliedsländern. Mit welchen Maßnahmen sie zu gestalten ist, darüber gibt es weiterhin erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Dieser Streit rührt auch deshalb an die

Dr. Fritz Felgentreu

(A) Substanz, weil die NATO ein Bündnis freier Mitgliedstaaten ist. Es gibt hier kein Vasallentum.

(Andrea Nahles [SPD]: Ja!)

Als Bündnis von Demokratien westlicher Prägung beruht auch die NATO auf Grundlagen,

(Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Türkei!)

die sie selbst nicht garantieren kann. Es kommt auf uns alle an.

Eine immer noch schockierende Konsequenz aus diesen Zusammenhängen ist die neue Haltung der USA. Zum ersten Mal in der Geschichte der Allianz hat ein Präsident dieses Kernlandes mit Rückzug gedroht. Schon diese angedrohte Entgrätung der NATO stellt ihren Fortbestand infrage: Ein Fisch ohne Gräten ist wenig mehr als eine Qualle. Einer ähnlichen Logik, wenn auch auf niedrigerer Ebene, folgt der Präsident der Vereinigten Staaten, wenn er einseitige Entscheidungen, zum Beispiel zum Rückzug aus Afghanistan, ankündigt oder wenn er die Beistandsgarantie des Artikels 5 relativiert. Aber diese Krisensymptome haben vielleicht auch ein Gutes. Nach 70 Jahren machen sie uns den Wert der NATO erneut bewusst und verhindern, dass wir in sicherheitspolitische Lethargie verfallen.

Meine Damen und Herren, als wichtigste Erkenntnis kann *diese* dabei nicht oft genug betont werden: Wir leben in einer historisch einmaligen Situation. Seit fast 75 Jahren halten die großen Nationen Europas Frieden miteinander. Das hat es in der Geschichte des Kontinents
(B) seit dem Ende der Pax Romana nicht gegeben. Den Frieden nach innen verdankt dieses Europa zweifellos ganz wesentlich auch der Europäischen Union. Nach außen aber war es die NATO, ihre Glaubwürdigkeit in Schutz und Abschreckung, die eine stabile Friedensperiode möglich gemacht hat. Dass wir Europäer auch ohne sie in der Lage sind, Frieden zu halten – der Beweis steht noch aus.

Es ist deshalb keine übertriebene Panegyrik, die NATO als das erfolgreichste Verteidigungsbündnis in der Geschichte der Menschheit zu beschreiben. Fehler, die in den langen Jahren nicht ausbleiben konnten, schmälern diese Leistung nicht. Die größte Errungenschaft der NATO ist das gewaltfreie Ende des Kalten Krieges. Ob es in der Phase danach möglich gewesen wäre, Russland einzubeziehen, wird eine Preisfrage für Historiker bleiben. Unumstritten ist demgegenüber, dass die Länder des früheren Warschauer Vertrags, vor allem die Balten, heilfroh sind, dass sie heute unter dem Schutzschirm der NATO stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Anziehungskraft des Bündnisses ist ungebrochen. Auf dem Westbalkan hat Montenegro sich angeschlossen, und es war die NATO-Perspektive, die Griechenland und Nordmazedonien die politische Kraft verliehen hat, ihren Namensstreit beizulegen. Die NATO hat sich nicht nur bewährt, sie wird gebraucht – so dringend wie eh und je.

(C) In dieser Lage ist es unsere Aufgabe, die NATO zu bewahren und weiterzuentwickeln. Im Koalitionsvertrag halten wir dazu unsere Vorstellungen fest. Eine wichtige Grundlage ist das Bekenntnis zu einer fairen Lastenteilung. Wir bekräftigen unsere Selbstverpflichtung. Die Koalition steht zu ihren Zusagen. Sie hat das durch die kontinuierliche Steigerung der Ausgaben für Verteidigung unter Beweis gestellt und wird auch in Zukunft im Zielkorridor bleiben. Die jährlich wiederkehrende Aufregung über die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung wird durch die politische Praxis der letzten fünf Jahre sattsam widerlegt:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir arbeiten Schritt für Schritt an der Vollausstattung unserer nach wie vor kleinen Armee.

Deutschland ist ein zuverlässiger NATO-Partner, und das bleiben wir auch. Zugleich haben wir den Anspruch, dem Bündnis in bewegter Zeit neue Impulse zu geben. Es war immer eine Stärke der NATO, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Diese Stärke ist gerade jetzt wieder gefordert. Wo die NATO mit anderen Ländern zusammenarbeitet, muss sie ihren Blick und ihre Methode über das Militärische hinaus weiten. Sicherheit braucht auch eine funktionierende Gesellschaft, die sie trägt, und wirtschaftliche Entwicklung – das gehört alles zusammen.

Und gerade in dem Jahr, in dem der INF-Vertrag abgewickelt wird, bekennt die Koalition sich zu dem Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Henning Otte [CDU/CSU]) (D)

Wir werden uns deshalb in der NATO weiter und verstärkt für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung einsetzen und dabei nicht nur die Schrecken der Vergangenheit in den Blick nehmen, sondern auch moderne Zerstörungspotenziale einbeziehen: die Gefahren aus dem Cyberraum, von Weltraumwaffen oder von Letalen Autonomen Waffensystemen. Mit der Berliner Konferenz vom vorvergangenen Wochenende ist ein Anfang gemacht. Den Dialog mit Russland wollen wir fortsetzen; denn eine stabile Friedensordnung für Europa setzt voraus, dass auch dieser größte und stärkste Nachbar der NATO seinen Teil der Verantwortung übernimmt.

(Beifall bei der SPD)

Und so wünschen wir der NATO zum Jubiläum Geschlossenheit und vertrauensvolle Kooperation nach innen und Stärke, Friedfertigkeit und Dialogbereitschaft nach außen. Wir sind bereit, unseren Beitrag dafür zu leisten, damit die NATO auch in den kommenden 70 Jahren ein Garant für Frieden und Sicherheit

(Zuruf des Abg. Tobias Pflüger [DIE LINKE])

auf unserem konfliktreichen Kontinent bleiben möge.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die FDP der Kollege Dr. Marcus Faber.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Marcus Faber (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir feiern heute 70 Jahre NATO. Das ist in der Tat ein Grund zur Freude. Es ist auch ein Grund zur Dankbarkeit für 70 Jahre Sicherheit und Stabilität in Europa. In diese Dankbarkeit mischt sich bei mir auch die Hoffnung, dass wir noch viele Geburtstage der NATO feiern können. Diese Hoffnung ist heute leider keine Selbstverständlichkeit; denn wir haben im Oval Office einen Präsidenten, der offen über den Austritt aus der NATO nachdenkt. Wir haben eine Russische Föderation, die in ihre Nachbarländer Georgien und Ukraine einmarschiert. Und in diese Liste gehört leider auch: Wir haben eine Bundesregierung, die zu ihren Zusagen in der NATO nicht steht. Und das ist sehr bedenklich.

(Beifall bei der FDP)

In so einem angespannten sicherheitspolitischen Umfeld brauchen wir Menschen, die bereit sind, für unsere Freiheit, für unsere Sicherheit, für unsere Art zu leben einzustehen. Und die brauchen das Gerät, mit dem sie das auch tun können. Beides kostet Geld. Das ist banal; aber so ist es. Deswegen haben sich die 29 NATO-Staaten vor fünf Jahren darauf verständigt, 2 Prozent des

(B)

Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Sie wollen dieses Ziel in fünf Jahren, also 2024, erreichen. Wir haben also heute Halbzeit. Fast alle Staaten haben dieses Ziel erreicht oder sind auf einem sehr guten Weg dahin – Deutschland nicht.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles Quatsch! Von vorne bis hinten! – Kersten Steinke [DIE LINKE]: Nicht alle!)

Deutschland will 2020 1,37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben, und in den Folgejahren soll dieser Beitrag sogar noch sinken. Ich sage Ihnen: Das ist zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Es ist zu wenig für eine Bundeswehr, die gut ausgestattet ist,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn jetzt mit dem Soli, Herr Kollege?)

für eine Bundeswehr, die funktioniert, die die Hubschrauber, von denen Sie gerade gesprochen haben, auch tatsächlich vor Ort hat. Es ist zu wenig für die internationale Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung. Die Zeiten, in denen Deutschland sich von anderen hat verteidigen lassen, von anderen hat schützen lassen, müssen vorbei sein. Der Kalte Krieg ist vorbei. Heute ist es unsere Aufgabe, dass wir für unsere eigene Sicherheit Verantwortung übernehmen und auch für die unserer Partner. Deutschland ist eines der wohlhabendsten Länder in der NATO. Eines der wohlhabendsten Länder darf nicht das unzuverlässigste Land in der NATO sein. (C)

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir nicht zu unseren Verpflichtungen stehen, wie können wir das denn von anderen Ländern erwarten, denen es lange nicht so gut geht, wie etwa den Griechen oder den Rumänen? Wir haben hier auch eine Vorbildrolle. Während andere den Gürtel immer enger schnallen, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, können wir uns keinen schlanken Fuß machen. Das tun wir aber an vielen Stellen. Wir sind die größte Nation bezogen auf die Bevölkerung in Europa. Wir haben eine Verantwortung als Garant für Sicherheit in Europa. Diese Funktion nehmen wir derzeit nicht wahr, sondern wir stellen sie infrage. Wir müssen für den Zusammenhalt und für die Leistungsfähigkeit der NATO stehen und dürfen sie nicht unterlaufen. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb sage ich Ihnen: Freiheit hat nicht nur ihren Wert, sie hat auch ihren Preis, und wir müssen bereit sein, diesen Preis zu zahlen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Armin-Paulus Hampel [AfD]: Stimmt alles!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der CDU/CSU der Kollege Henning Otte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Henning Otte (CDU/CSU): (D)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 70 Jahre NATO: Das ist doch wahrlich ein Grund, zu feiern, ein Grund zur Dankbarkeit, ein Grund, darauf hinzuweisen, dass wir in Frieden und Freiheit leben dürfen. Es gilt für uns, jeden Tag dafür zu arbeiten, politische Gestaltungskraft wahrzunehmen, dass dies so bleibt und dass wir auch in Zukunft in Frieden und Freiheit leben dürfen. „One for all and all for one“, so sagte es NATO-Generalsekretär Stoltenberg anlässlich der Feierlichkeiten – einer für alle, alle für einen.

(Zurufe der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Ich erinnere gerade heute einmal daran, dass in die Amtszeit von Manfred Wörner, der von 1988 bis 1994 NATO-Generalsekretär war, der Fall der Mauer fiel. Ich sage sehr deutlich: Die NATO ist als transatlantisches Bündnis eine Erfolgsgeschichte, der Garant für Frieden und Freiheit in Deutschland und auch in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Frank Müller-Rosentritt [FDP])

Ich sage allen 28 Partnern der NATO zu, dass wir zu unseren Werten stehen. Auch in der Parlamentarischen Versammlung der NATO – die deutsche Delegation wird seit Jahren von Professor Karl Lamers und von Ulla Schmidt geführt – wird immer wieder deutlich gemacht, dass wir zu unseren Werten stehen; denn die NATO ist notwendiger denn je. Die Welt ist in Unruhe. Schauen wir in den Nahen Osten, schauen wir auf den afri-

Henning Otte

(A) kanischen Kontinent, und schauen wir vor allem – und da bitte ich auch die Linken, dies einmal wahrzunehmen – nach Russland. Russland ist mit einem Aggressionskurs unterwegs, will seine Machtsphäre ausweiten. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim hat einen Klimawechsel herbeigeführt, und es ist Russland, das den INF-Vertrag gebrochen hat. Das werden wir immer wieder betonen, und ich bitte Sie, Frau Hänsel, das bei Diskussionen aufzunehmen und hier nicht die Unwahrheit bzw. Halbwahrheiten zu sagen. Die Kündigung des INF-Vertrages beruht auf der Verletzung durch Russland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Sie haben keine Beweise! Das ist zu überprüfen, direkt!)

Wir sind zweitgrößter Truppensteller, wir sind zweitgrößter Beitragszahler, wir erfüllen unsere Verpflichtungen aus voller Überzeugung: für unsere baltischen Freunde, bei der Vornestationierung, bei Air Policing, bei VJTF und seit Jahren auch in Afghanistan. Wir haben ein elementares Interesse an Frieden und Freiheit, und deswegen sagen wir: Wir müssen investieren in die Modernisierung, in die Ausrüstung und auch in die Ausbildung. Wir investieren viel, aber noch nicht genug. 1,5 Prozent sind angemeldet für das Jahr 2024, und wir haben das 2-Prozent-Ziel klar im Auge, stellen aber fest, dass die mittelfristige Finanzplanung dies noch nicht abbildet. Da müssen wir ganz klar nachbessern; denn es geht um nicht weniger als um die Sicherheit unseres Landes.

(B) Wir wollen dabei den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO stärken, und wir wollen einen 360-Grad-Blick haben: für Land, für See, für Luft, für Space und auch für den Cyberraum. Es geht nicht um Aufrüstung, sondern es geht um Ausrüstung. Wir brauchen noch den schweren Transporthubschrauber, die U-Boot-Kooperation, das Luftverteidigungssystem. Es geht nicht um einen Rüstungswettlauf – den wollen wir verhindern –, sondern es geht darum, unsere Truppe zu stärken.

Der AfD kann ich nur sagen: Wer der Bundeswehr suggeriert, sie sei nicht handlungsfähig,

(Armin-Paulus Hampel [AfD]: Das wissen wir beide!)

der versucht bewusst, den Dienst eines jeden Soldaten in den Schmutz zu ziehen, und das lassen wir nicht zu, meine Damen und Herren!

Die Bundeswehr ist ein Part der NATO, ein Garant für Frieden und Freiheit. Wir werden dieses Bündnis weiter stützen. Wir stehen als CDU/CSU in der Koalition für dieses Bündnis als Garant für Frieden und Freiheit, von dem selbst die Linken mit ihrer Frechheit profitieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Mario Mieruch.

(C) **Mario Mieruch** (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die europäische Sicherheit ein Haus ist, dann ist die NATO ihr Fundament; denn seit der Gründung hat das Nordatlantische Bündnis die Freiheit im Angesicht einer kommunistischen Bedrohung verteidigt. Die Abschreckung in Form des Kräftegleichgewichtes war dabei nur das eine Mittel, das andere war die Aufnahme von Mitgliedstaaten, die sich bis dahin auch mit gegenläufigen Interessen gegenüberstanden und sich zuvor noch säbelrasselnd traktierten. Das Paradebeispiel ist die gleichzeitige Aufnahme von Griechenland und der Türkei im Jahre 1952 – zwei Länder, die vorher eine innige Feindschaft pflegten und die sich bis heute immer noch ganz gerne ein wenig beharken. Die NATO hat damit zu diesem Zeitpunkt durch ihre reine Existenz Kriege verhindert. Das gilt ebenso für Großbritannien, Italien und zuletzt auch für uns, Deutschland.

Vergessen wir nicht, dass unsere Bundesrepublik nicht von Anfang an Mitglied der NATO war. Stattdessen wurde die NATO ein wichtiger Teil der Westintegration unter Bundeskanzler Konrad Adenauer, der Deutschland damit nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ein Stück zurück in die Völkergemeinschaft geführt hat. Der einstige Feindstaat Deutschland wurde plötzlich zum Verbündeten, nur zehn Jahre, nachdem die Wehrmacht kapitulierte. Der Eintritt Deutschlands in das westliche Bündnis ist daher eine besondere Wegmarke in unserer deutschen Geschichte, auf die wir durchaus stolz sein dürfen.

(D) Die Geschichte der NATO beinhaltet aber auch zwei existenzielle Wahrheiten. Die erste ist: Das Abschreckungsgleichgewicht hat den Frieden in Europa bewahrt. Nicht die wirtschaftlichen Verflechtungen, nicht die EWG, schon gar nicht die EU sind dafür verantwortlich, dass wir heute ohne Krieg in der Mitte unseres Kontinentes leben,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ein Quatsch!)

sondern es ist in allererster Linie Artikel 5 der NATO-Charta: Wenn ein Land der Vertragsstaaten angegriffen wird, ist es so, als würde das gesamte Bündnis angegriffen. – Das verunmöglicht militärische Konflikte nicht nur von außen, sondern auch innerhalb der NATO. Und das hielt natürlich auch den Warschauer Pakt auf Abstand.

Wir leben nicht in Frieden, weil wir die EU haben, sondern die EU konnte sich entwickeln und zum Frieden beitragen, weil wir die NATO haben. Wer das anders darstellt, verbiegt die Geschichte.

Die zweite, diesmal unangenehme Wahrheit lautet: Wir vernachlässigen unsere Bündnispflichten. Die Mitgliedstaaten haben sich selbst verpflichtet, 2 Prozent des Haushaltes für den Verteidigungsetat aufzubringen. Wir reden über 1,5 Prozent oder weniger. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die Solidarität innerhalb des Bündnisses und auch eine Herausforderung gegenüber Washington. Trump hat es mehrmals deutlich gesagt, wie die Konsequenzen ausschauen: Wenn die Verpflichtungen nicht erfüllt werden, dann zieht er ab.

Mario Mieruch

(A) Das deutsche moralische hohe Ross wird bei unseren Partnern nur noch einmal mehr als Arroganz wahrgenommen, gerade auch, weil wir militärisch nicht gerade in der ersten Liga spielen. Ohne die Amerikaner wird die europäische Sicherheitsarchitektur wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Diese NATO ist existenziell für unseren Kontinent und auch für uns. In diesem Sinne erinnere ich an den Kernsatz der amerikanischen Vandenberg-Resolution, die der Gründung der NATO voranging: Jedes Land, das von den USA verteidigt werden will, muss vorher zusagen, auch die USA zu verteidigen. Sollten wir machen.

Vielen Dank.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Letzter Redner in der Debatte ist der Kollege Christian Schmidt für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christian Schmidt (Fürth) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Glückwunsch für 70 Jahre NATO! Glückwunsch an wen? An uns, weil wir diejenigen sind, die die NATO tragen. Wir, das sind nicht nur Staats- und Regierungschefs – ich sehe auch nicht nur die Generalsekretäre –, sondern das sind die Bürger. Ohne die Existenz von offenen Gesellschaften in den wesentlichen Ländern der NATO-Staaten hätte es eine solche Substanz für die NATO auch nicht gegeben.

(B) Das ist übrigens auch der große Unterschied zu Ihren Fantastereien, Frau Hänsel. Ich habe immer gedacht, Sie kommen jetzt mit der Agitprop-Nummer von Frau Margot Honecker.

(Kersten Steinke [DIE LINKE]: Die kennen Sie doch gar nicht! Wovon sprechen Sie denn!)

Die DDR war eine militaristische Gesellschaft, die schon die Kinder zum Militarismus und zur NATO-Feindschaft erzogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Ich komme aus Stuttgart!)

Deswegen lernen Sie einmal, wie es in einer freien Gesellschaft funktioniert, wo man demonstrieren kann.

(Zurufe der Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE] und Heike Hänsel [DIE LINKE])

– Hören Sie doch auf. – Große Demonstrationen am 1. Mai und am Tag der Gründung, am 7. Oktober, wo man den Waffen hinterherwinken durfte – das soll es gewesen sein? Nein. Hier haben Sie eine freie Gesellschaft, aber auch einen Auftrag. Einen Auftrag an uns,

(Zuruf der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

dass wir denjenigen, die uns und die NATO mit der kommunistischen Propaganda jahrelang quasi in eine gefühlte Aggression hineinreden wollten,

(Zuruf von der LINKEN: Stahlhelm!)

klarmachen, dass das nicht der Fall ist und der Fall war, (C)

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Afghanistan! Jugoslawien! Libyen!)

sondern dass erstens die Sicherheit im Bündnis der NATO gut aufgehoben ist

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ja, in Libyen! Toll! Ein Desaster!)

und dass wir zweitens deswegen auch dafür arbeiten müssen, dass es auch um eine politische Struktur geht und nicht nur um eine militärische. Deswegen bedarf es eines New Deal, auch innerhalb der NATO, der stärker das Politische in den Vordergrund rückt.

Zur Frage der Finanzierung ist genügend gesagt worden. Ich kann mich im Wesentlichen dem anschließen, was Kollege Hardt und andere sowie die Frau Ministerin gesagt haben.

Wir müssen jetzt den New Deal einer neuen transatlantischen Charta, wie es Henry Kissinger vor einigen Jahren beschrieben hat, in den Vordergrund rücken. Und wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, überzeugen. Das ist ja gerade der Unterschied zu dem, was mit Propaganda in anderen Machtblöcken gemacht wurde. Hier geht es darum, zu überzeugen und mitzunehmen.

Ja, Verteidigung, Sicherheit und Militär werden nicht per se positiv gesehen. Schon Konrad Adenauer hatte, als im Jahre 1955 die Wiederbewaffnung eine große Thematik war, festgestellt, dass die Meinungsumfragen nicht eine hundertprozentige Zustimmung gegeben haben zu (D) dieser nüchternen und richtigen Entscheidung von ihm, dass sich Westdeutschland in das westliche Bündnis einbindet. Übrigens war die NATO die Voraussetzung dafür, dass es überhaupt einen deutschen Verteidigungsbeitrag geben konnte. Ein eigenständiger wäre – man denke noch einmal an Lord Ismay – nie akzeptiert worden. Dabei lag Ismay übrigens falsch. Es ging nicht darum: to keep the Germans down, but to put the Germans in the structure, also uns zu integrieren. – Das haben wir erreicht, und das muss jetzt fortgesetzt werden im Sinne eines politischen Dialogs.

Es müssen insbesondere bei denen, die Skepsis haben, die Argumente stärker in den Vordergrund geschoben werden. Ich höre, dass zum Beispiel in Serbien unmittelbar nach den NATO-Maßnahmen, die nach dem Krieg, der um den Kosovo ging, die Zustimmung zur NATO höher war, als sie jetzt ist. Ich kann mir vorstellen, dass Serbien genauso wie der Kriegsgegner Kosovo und andere ehemalige jugoslawische Staaten wie Montenegro,

(Zaklin Nastic [DIE LINKE]: Ihnen ist schon klar, dass Kosovo ein Teil Serbiens ist?)

bald Nordmazedonien dann im Sinne einer gemeinsamen Friedensordnung in einem gemeinsamen Friedensbündnis sein können, das eben nicht nur ein Militärbündnis ist mit rollenden Ketten, sondern ein politisches Wertebündnis, bei dem der Frieden im Vordergrund steht. Deswegen hat es 70 Jahre gehalten – nicht weil die Propaganda so groß war, sondern weil die Substanz das Entscheidende ist.

Christian Schmidt (Fürth)

(A) Glückwunsch an die NATO und Glückwunsch an uns alle!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der LINKEN: Buh!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Das war der letzte Redner, deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung – zunächst Tagesordnungspunkt 5 a – über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/8940 mit dem Titel „70 Jahre NATO – Das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit stärken“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? –

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Die Mehrheit! – Zaklin Nastic [DIE LINKE]: Ja, rechnen Sie jetzt mal! – Zuruf von der AfD: Mehrheit!)

Wer enthält sich? – Das Präsidium kommt zu dem Ergebnis, dass es nicht eindeutig ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Herr Oppermann, jetzt einmal ehrlich sein! – Kersten Steinke [DIE LINKE]: Das war total eindeutig!)

Wenn im Präsidium Unstimmigkeit ist, dann kann ich kein Ergebnis feststellen. Es ist nicht eindeutig, deshalb (B) wiederhole ich jetzt die Abstimmung. So sehen unsere Regeln das vor. Wer ist für diesen Antrag? –

(Mitglieder der Bundesregierung verlassen die Regierungsbank und begeben sich in die Reihen der CDU/CSU-Fraktion – Zurufe von der AfD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Wer ist gegen den Antrag? –

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Die Mehrheit!)

Enthaltungen? – Es besteht Uneinigkeit. Darum müssen wir jetzt einen Hammelsprung durchführen. Tut mir leid! Ich bitte Sie deshalb, den Saal zu verlassen. Danach werden die Türen geschlossen, und Sie werden einzeln beim Eintreten gezählt.

Ich bitte die Kollegen und Kolleginnen noch einmal, den Saal zu verlassen, damit die Abstimmung durchgeführt werden kann. – Letzte Aufforderung an alle noch anwesenden Kollegen, jetzt tatsächlich den Raum zu verlassen; denn wir wollen gleich mit der Abstimmung beginnen.

Haben jetzt alle Kollegen und Kolleginnen den Saal verlassen? – Dann bitte ich, die Türen zu schließen. – Sind alle Türen besetzt, alle Schriftführer dort anwesend? – Dann eröffne ich jetzt die Abstimmung und bitte die Kollegen und Kolleginnen, einzeln den Plenarsaal bei „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ zu betreten, sodass ihre Stimmen gezählt werden können.

Vizepräsidentin Petra Pau: (C)

Ich bitte um ein Zeichen, ob noch Kolleginnen und Kollegen in der Lobby sind, die sich an der Teilnahme der Abstimmung behindert sehen. Um die Abstimmung ordnungsgemäß durchführen zu können, wäre es für den Sitzungsvorstand sehr gut, wenn uns die Kolleginnen und Kollegen, die schon im Plenarsaal sind und sich vor den Abstimmungstüren aufhalten, bitte die Sicht freimachen, sodass wir uns davon überzeugen können, dass jede Kollegin und jeder Kollege an der Abstimmung teilnehmen kann. Setzen Sie sich bitte in die Reihen Ihrer Fraktion oder auf den Platz Ihrer Wahl. Nach der Feststellung dieses Abstimmungsergebnisses werden wir noch weitere Abstimmungen zu absolvieren haben.

Ich deute die Signale, die ich bekomme, so, dass wir die Abstimmung schließen können. Ich bitte, die Türen zu schließen, das Abstimmungsergebnis festzustellen und an den Sitzungsvorstand zu übermitteln. Die Kolleginnen und Kollegen, die an der Abstimmung teilgenommen haben und wieder im Plenarsaal sind, bitte ich, die Ordnung herzustellen und Platz zu nehmen, sodass wir bei folgenden Abstimmungen die Abstimmungsergebnisse zweifelsfrei feststellen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 19/8940 mit dem Titel „70 Jahre NATO – Das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit stärken“ bekannt: abgegebene Stimmen 569. Mit Ja haben 324 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein stimmten 245. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Gleichzeitig haben wir uns vergewissert, dass der Deutsche Bundestag beschlussfähig ist.

Tagesordnungspunkt 5 b. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/8964 mit dem Titel „70 Jahre NATO – Aufrüstung und Kriegspolitik beenden“. Wer stimmt für den Antrag der Fraktion Die Linke? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Zusatzpunkt 2. Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/8954 mit dem Titel „Ein klares Bekenntnis zur NATO – Das transatlantische Sicherheitsbündnis für die Zukunft stärken und weiterentwickeln“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Zusatzpunkt 3. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/8979 mit dem Titel „70 Jahre NATO“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Die Grünen mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für ein Europa das schützt – Soziale Absicherung europaweit garantieren

Drucksache 19/8287

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die großen Herausforderungen, die auf uns zukommen – Klimakrise, globale Gerechtigkeit, Digitalisierung, Globalisierung –, werden wir nur durch eine starke Europäische Union meistern können.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir nicht mehr Nationalismus, sondern mehr Europa. Wir brauchen mehr Zusammenhalt in der EU; denn nur gemeinsam sind wir stark.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist der Zusammenhalt in der EU bedroht. Mit dem Brexit bricht jetzt sogar ein ganzes Land weg. Aber auch in den anderen Ländern gibt es nationalistische Bestrebungen, nationalistische Parteien, die die EU schwächen wollen. Diesen nationalistischen Parteien müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen und für ein starkes Europa kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein starkes Europa geht nur mit einem stärkeren sozialen Zusammenhalt. Wir müssen die Herzen der Menschen erreichen. Deswegen muss deutlicher werden, dass dieses großartige Projekt Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsunion ist, sondern auch und gerade für die Menschen da ist. Wir müssen das soziale Europa stärken und weiter ausbauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Bundesregierung oder die Mitglieder der Regierungskoalition reden in Sonntagsreden immer mal wieder über das soziale Europa – und wahrscheinlich auch gleich in dieser Debatte. Schöne Reden reichen aber nicht. Die Regierung muss sich an ihren Taten messen lassen. Von den positiven Punkten, die es im Koalitionsvertrag ja zum sozialen Europa gibt, hat sie allerdings (C) so gut wie nichts umgesetzt. Die CDU, allen voran ihre Vorsitzende, hat sich jetzt sogar explizit gegen weitere Schritte in Richtung soziales Europa ausgesprochen.

Aber es ist noch schlimmer: Immer dann, wenn es um die Einschränkung von Sozialleistungen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger geht, ist die Große Koalition vorne mit dabei – nicht nur CDU und CSU, sondern auch die SPD. Sie haben sich auf EU-Ebene dafür eingesetzt – zum Glück erfolglos. Aber national hat die Große Koalition in den letzten Jahren den Sozialleistungsbezug von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern eingeschränkt. Und just heute Morgen hat sie einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem sogar Kindern das Kindergeld verweigert werden soll. Das ist nicht mehr, sondern weniger soziales Europa.

Wir brauchen aber mehr soziales Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Und das fängt hier bei uns an. Wir Grünen schlagen hier und heute elf Punkte vor, wie wir das soziale Europa stärken können.

Uns Grünen ist besonders wichtig, die Armut in der Europäischen Union zu verringern. Dazu braucht es auf EU-Ebene eine gemeinsame Strategie und gemeinsame Ziele. Wir haben uns alle im Rahmen der Agenda 2030 dazu verpflichtet, die Armut in allen Staaten der Welt bis 2030 zu halbieren. Wie wäre es, wenn wir uns dieses Ziel auch auf EU-Ebene setzen würden und mit gemeinsamen Maßnahmen hinterlegen würden? Das wäre doch mal ein (D) starkes Zeichen an die Bevölkerung in der EU.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zentraler Vorschlag, den wir Grüne dazu machen, ist, uns in der EU darauf zu verständigen, dass es in allen Mitgliedstaaten eine Grundsicherung gibt, die vor Armut schützt. Eine Grundsicherung überall in der EU – das wäre eine wichtige Basis für ein soziales Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Um Beschäftigte besser abzusichern, fordern wir, uns in der EU auf Mindestlöhne zu verständigen, die vor Armut schützen, das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz“ überall durchzusetzen und außerdem dafür zu sorgen, dass Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit endlich auch den gleichen Lohn erhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Um die Absicherung von Arbeitslosen zu verbessern, schlagen wir eine Rückversicherung der Arbeitslosenversicherungen vor, die mit Mindeststandards für die nationalen Systeme verbunden werden kann. Dadurch werden Arbeitslose besser abgesichert. Gleichzeitig stabilisiert das die Wirtschafts- und Währungsunion. Hier können wir zwei Ziele mit einem Mittel gut erreichen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

(A) Wir müssen mehr gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa machen und dafür sorgen, dass alle jungen Menschen in der EU einen Ausbildungsplatz bekommen. Europäische Betriebsräte müssen gestärkt werden, und wir können auch für Gesundheitssysteme und Alterssicherung Mindeststandards verabschieden. Und: Wir sollten uns für eine bessere soziale Absicherung der Freizügigkeit einsetzen und damit bei uns anfangen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kleinwächter [AfD]: Grüne Traumtänzerei!)

All diese Maßnahmen sind jetzt schon möglich. Wir sollten aber auch darüber hinausdenken. So schlagen wir Grüne wie viele andere Initiativen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere eine Ergänzung der Europäischen Verträge vor, die darauf abzielt, dass soziale und wirtschaftspolitische Ziele gleichwertig sind, also eine soziale Fortschrittsklausel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Mittelfristig ist es darüber hinaus aber auch wichtig, die sozialen Sicherungssysteme stärker zu europäisieren, zum Beispiel durch eine europäische Arbeitslosenversicherung oder ein europäisches Kindergeld, um zu verdeutlichen: Wir sind alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, überall in der EU, und wir stehen füreinander ein.

(B) 2017 hat die Europäische Union die Europäische Säule sozialer Rechte proklamiert. Es ist jetzt an uns, diese sozialen Rechte zu konkretisieren und verbindlicher zu machen – für mehr sozialen Zusammenhalt, für ein starkes Europa.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun Dr. Katja Leikert das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Katja Leikert (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren heute über einen Antrag, mit dem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert, mehr soziale Absicherung von europäischer Seite zu garantieren. Die in dem Antrag genannten Forderungen sind – wir haben es gerade von Dr. Strengmann-Kuhn gehört – wirklich sehr weitreichend: EU-Vorgaben für die Grundsicherungssysteme, für Mindestlöhne, für die Gesundheits- und Altersvorsorgesysteme und sogar eine europäische Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherungen, womit wir auf dem Weg in eine Transferunion wären. Wenn man den Antrag liest, gewinnt man den Eindruck, in sozialer Hinsicht in der Europäischen Union quasi im Wilden Westen zu leben.

(C) Heute ist kein Sonntag, und wir halten keine Sonntagsreden, aber wir sehen es Ihnen nach, dass Sie in Wahlkampfzeiten hier eine kleine Wahlkampfrede halten. Uns von der CDU/CSU-Fraktion ist aber auch in Wahlkampfzeiten wichtig, dass wir uns mit den Realitäten beschäftigen. Wie sehen die aus?

Erstens enthält das europäische Regelwerk bereits sehr hohe Sozialstandards.

Zweitens werden wir uns in einem wichtigen Punkt immer von Ihnen unterscheiden: Für uns geht Solidarität immer einher mit Eigenverantwortung. Wenn man den Antrag liest, stellt man fest, dass darin kein einziges Wort davon zu lesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Wenn es um europäische Sozialpolitik geht, dann ist klar: Wir haben von Anfang an für eine soziale Marktwirtschaft in Europa gekämpft. Wir stehen für einen starken Sozialstaat, der die Schwächeren mitnimmt und unterstützt. Das ist unser Anspruch, national und in der Europäischen Union. Dafür setzen wir uns ein.

Erst heute Morgen haben wir über den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Zolls gesprochen. Ziel ist, illegale Arbeit zu bekämpfen und Mindeststandards bei den Unterkünften einzuführen, was insbesondere die Situation von osteuropäischen Arbeitskräften in unserem Land verbessert. Wir haben aber auch zu diskutieren über den Missbrauch von Sozialleistungen – darüber können Sie nicht immer hinwegsehen –; denn das birgt Sprengkraft für Europa. Wir konnten das an der Debatte in Großbritannien über den Brexit erkennen. Zusammenhalt in (D) der Europäischen Union erreichen wir nur, wenn Recht durchgesetzt wird. Sie können sich ganz sicher sein: Wir schauen ganz genau hin, wenn es um illegale Beschäftigung und Arbeitsausbeutung in Europa geht; das haben wir in der Debatte heute Morgen bewiesen. Während Sie das in Ihrem Antrag noch fordern, handeln wir schon.

Lassen Sie mich noch auf andere Aspekte in Ihrem Antrag eingehen, die eher grundsätzlicher Natur sind. Der Sozialstaat hat in Europa eine Tradition von über 100 Jahren. Alle europäischen Staaten setzen unterschiedliche sozialpolitische Schwerpunkte. Die Schweden beispielsweise betonen stärker den Bereich Arbeitsschutz, andere die Arbeitssicherung, andere wiederum die Familienpolitik. Die Forderungen, die Sie in den elf Punkten Ihres Antrags benennen, bedeuten – das ist wirklich wichtig – sehr tiefe Einschnitte und Eingriffe in die ureigenste Verantwortung und die Befindlichkeiten der Staaten. Sie wollen mit Transfersystemen vorpreschen. Das kann aus unserer Sicht nicht der richtige Ansatz sein. Dafür gibt es kein Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir gehen in der Europäischen Union einen besseren Weg: Wir sorgen dort für Konvergenz, wo wir einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger erzielen können, aber die einzelnen Staaten nicht überfordern. Es ist historische Realität, dass bereits mit den Römischen Verträgen die Koordinierung im Sozialbereich begonnen wurde. Wir haben bereits jetzt ein hohes Maß an Harmonisierung in den Bereichen Gesundheitsschutz und

Dr. Katja Leikert

(A) Sicherheit am Arbeitsplatz. Wir haben beispielsweise europaweit einheitliche Grenzen für Nachtarbeit und Ruhepausen, und wenn wir als EU-Bürger in einem anderen Land krank werden, dann werden wir dank der Europäischen Krankenversicherungskarte überall behandelt. Und wir haben den Europäischen Sozialfonds.

Es ist also nicht so, dass wir nichts tun würden. Fast 90 Milliarden Euro werden in der Europäischen Union für die Themen „Beschäftigung“ und „soziale Eingliederung“ ausgegeben, um die sozialen Unterschiede, die in den 28 Staaten der Europäischen Union natürlich groß sind, abzubauen. Darüber hinaus zielt die Strategie „Europa 2020“ mit konkreten Maßnahmen auf die Armutsbekämpfung, und das ist gut. Auch das fordern Sie in Ihrem Antrag ein. Aber auch das ist, wie gesagt, schon längst auf dem Weg der Umsetzung.

(Zuruf der Abg. Heike Hänsel [DIE LINKE])

Die Grunderkenntnis der Sozialpolitik ist und bleibt aber, dass die beste Absicherung ist, dass die Wirtschaft läuft und die Menschen Arbeit haben. Nehmen Sie abschließend das Beispiel Polen: Polen ist 2004 der Europäischen Union beigetreten und hat nicht einmal zehn Jahre später das Pro-Kopf-Einkommen verdoppelt und die Arbeitslosenquote halbiert.

Wenn wir von der CDU/CSU über die europäische Sozialpolitik sprechen, dann ist für uns klar, dass wir uns in erster Linie für einen starken Binnenmarkt einsetzen, für globale Wettbewerbsfähigkeit und für Innovationskraft. Das ist unser Konzept, wenn es um Europa geht.

(B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Leikert, Sie können gerne weitersprechen, tun das aber auf Kosten Ihrer Fraktionskollegen.

Dr. Katja Leikert (CDU/CSU):

Ich habe das schon antizipiert. – Dafür kämpfen wir. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Martin Hebner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Hebner (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Soziale Absicherung europaweit garantieren“ – ja, natürlich. Und warum den Weltfrieden nicht gleich mit garantieren oder E-Mercedes und Strom aus der Steckdose für alle Menschen! Der Titel des Antrags hört sich so gut an, so gut wie ein Versprechen von Finanzdienstleistern. Bei diesem Antrag der Grünen gilt: Je schöner der Titel, desto apokalyptischer der Inhalt.

(Beifall bei der AfD)

Der Inhalt des grünen Antrags ist eine europaweite Verschleuderung von Rücklagen der deutschen Arbeitnehmer. Das steht, wie auch bei Versicherungsverträgen üblich, im Kleingedruckten: (C)

> Bei der Schaffung und Umsetzung ... sollen die ökonomisch schwächeren Mitgliedstaaten durch die stärkeren Mitgliedstaaten ... unterstützt werden.

Kurz und klar: Die Sozialbeiträge der deutschen Arbeitnehmer wollen Sie an alle in der EU verteilen. Wir nicht!

(Beifall bei der AfD)

Die Grünen wollen neben der Übernahme der Schulden für Euro-Pleite-Staaten, den Target2-Salden, den Kohäsionsfonds und vielen weiteren Transfers die deutschen Arbeitnehmer auch noch zur Ader lassen. Das ist eine sozialistische Verteilungsidee, mit der wir in keiner Weise übereinstimmen. Als ein mit den höchsten Abgaben und Steuern belastetes Land hat Deutschland laut OECD gar nicht für den anstehenden demografischen Wandel – die geburtenstarken Jahrgänge gehen jetzt in Rente – vorgesorgt. Wir haben bereits heute europaweit die geringsten Rentenzahlungen im Alter. Die deutschen Privathaushalte sind erwiesenermaßen – erwiesen durch eine Studie der Europäischen Zentralbank – fast die ärmsten in Europa.

Der Reichtum der Deutschen besteht in der Leistungsfähigkeit, spiegelt sich aber leider nicht in ihrem Vermögen wider. Und jetzt wollen Sie Grüne auch noch Sozialabgaben der Arbeitnehmer in Deutschland verschleudern. Ist es nicht genug, dass seit 2015 laut statistischer Erhebung dieser Regierung – Quelle: Destatis – (D) über 5 Millionen Menschen ins Land eingewandert sind, darunter in weiten Teilen unberechtigte Asylanten – plus noch kommender Familiennachzug –, und laut Aussage von Herrn Weise, ehemals BAMF, 80 Prozent der Asylmigranten auf dem Arbeitsmarkt weder einsetzbar noch vermittelbar sind? Und jetzt sollen die Bürger in unserem Lande noch weiter, EU-weit, zur Kasse gebeten werden. Sie nennen das Solidarität; wir nennen das Enteignung.

(Beifall bei der AfD)

Solidarität ist gerade keine einseitige Sache. Solidarität setzt im Wesentlichen Leistungsbereitschaft, Leistungswillen und auch Leistungsgerechtigkeit voraus. Ansonsten ist es keine Solidarität, sondern es ist ein „verlorener Zuschuss“, wie es im Subventionsbetrieb sprachlich korrekt bezeichnet wird. Sie wollen Menschen, die in Deutschland ihre Beiträge im Vertrauen auf spätere Sicherheit bereits im Voraus leisteten, zu bloßen Zahlmeistern für jedermann degradieren. Das geht gegen jede Leistungsgerechtigkeit. Das ist bloßes Ausbluten dieses Staates. Es erfolgt aus Ihrer Sicht so lange, solange wir in Deutschland noch zahlungsfähig sind, und daran arbeiten Sie.

Wir Deutsche sollten schon heute viel mehr aus der Rentenkasse der älteren Generation bekommen, als eingezahlt wird. Das heißt in dem Falle: Wir haben momentan definitiv im Alter eine riesige Problematik der Altersarmut, und der Lebensabend ist bereits heute nicht ausreichend ausgestattet. Unsere Bürger verarmen, was immer weniger kaschiert werden kann, genauso wie die

Martin Hebner

(A) Infrastruktur Deutschlands immer mehr vernachlässigt wird, ja geradezu verkommt. Das müssen wir ändern, und da sollten wir herangehen.

(Beifall bei der AfD)

Was Ihren Antrag betrifft, so nehmen Sie ihn einfach, stecken Sie ihn in den Papierkorb, und recyceln Sie ihn bitte nicht. Denn wir sollten mal zur Abwechslung gemeinsam an die hiesige arbeitende Bevölkerung denken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Angelika Glöckner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Angelika Glöckner (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute reden wir über einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für bessere Sozialstandards in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – ein gutes Thema. Der Koalitionsvertrag sieht vieles vor – was wir auch schon umgesetzt haben –, um sozialen Verwerfungen in Europa entgegenzutreten. Dass wir vieles umgesetzt haben, hat, Herr Strengmann-Kuhn, uns die Europäische Kommission in ihrem Länderbericht bestätigt.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

(B)

Wenn ich beispielsweise an Brückenteilzeit oder an Mindestlohn oder auch an viele Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf denke, dann komme ich zu dem Ergebnis: Es wirkt bei den Menschen ganz konkret und verbessert ihre Lebenslagen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber eben nur in Deutschland und nicht in der Europäischen Union, also nicht EU-weit. Hier sage ich ganz klar: Uns als SPD-Fraktion geht vieles zu langsam und auch nicht weit genug.

Ich möchte Ihren Antrag nutzen, um auch mal auf einige Punkte hinzuweisen, die uns wichtig sind und die wir eben nicht nur in Sonntagsreden vertreten, sondern die wir auch stringent verfolgen, zuletzt in unserem Europawahlprogramm.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage ganz deutlich: Es gibt die Europäische Sozialcharta, die verkündet wurde. Hiermit stehen wir für eine soziale Agenda mit verbindlichen Mindeststandards für alle europäischen Mitgliedstaaten, und zwar im Bereich der Mindestlöhne, auch im Bereich der Grundsicherungssysteme. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat schon vor längerem ein kluges Modell vorgeschlagen, mit dem er sagt, er möchte einen europäischen Fonds einrichten, in den die Mitgliedstaaten in Zeiten, in denen es ihnen wirtschaftlich gut geht, einzahlen können und aus dem sie, wenn Beschäftigungskrisen kommen, finanzielle Unterstützung für ihre nationalen Arbeitslosenversicherungen abrufen können. Es ist ein großer (C) Vorteil für die Menschen; denn es trägt dazu bei, dass in Zeiten, wo es ohnehin schwierig ist und es ihnen nicht gut geht, nicht noch zusätzlich Sozialleistungen gekürzt werden müssen. Das Modell von Olaf Scholz ist ein guter Vorschlag, und den unterstützen wir.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir wollen auch im Bereich der Arbeitsbedingungen und im Bereich des Arbeitsschutzes viel verbessern, und deswegen brauchen wir starke Betriebsräte in den Betrieben. Wir brauchen eine Stärkung der Tariftreue, und wir wollen die Unternehmen belohnen, die sich tariftreu zeigen, beispielsweise ganz konkret durch eine verstärkte Berücksichtigung in Vergabeverfahren. Das ist ein wichtiger Punkt; denn damit verhindern wir innerhalb Europas, innerhalb der Europäischen Union, Tarifflucht und Mitbestimmungsflucht.

Lassen Sie mich über Digitalisierung sprechen. Wir sehen die Digitalisierung als Chance. Aber wir sagen auch: Digitalisierung muss allen nutzen – den Unternehmen und den Beschäftigten. Deshalb sagen wir Ja zu modernen Arbeitszeitmodellen. Aber wir sagen Nein dazu, dass immer mehr Beschäftigte quasi wie Tagelöhner auf Abruf für ihre Arbeit bereitstehen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wir sagen Nein dazu, dass Beschäftigte 24 Stunden lang online für ihre Unternehmen verfügbar sein müssen. Da sagen und fordern wir: Wir brauchen europäische Regeln. (D)

(Beifall bei der SPD)

Genauso überfällig sind Regelungen für Onlineplattformen. Solche Plattformen gilt es einfach vom Markt auszuschalten, wenn ihr Geschäftsmodell darin besteht, dass sie sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie permanent Mindeststandards unterlaufen. Das sind klare Positionen von uns, und sie sind keinesfalls nur in Sonntagsreden zu finden.

Bei allem, was wir sagen, muss ich auch ganz klar darauf hinweisen: Wir müssen immer an die Menschen mit Behinderungen denken. Das Thema Inklusion begleitet alle Themen, auch europaweit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen fordert die SPD einen Masterplan für europäische Inklusion, um das Leben, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen europaweit zu verbessern. Davon habe ich in Ihrem Antrag, ehrlich gesagt, nichts gelesen.

Ich sage auch, Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns auf das konzentrieren, was wesentlich ist. Es wurde vielfach gesagt: Armut und Ausbeutung entgegenzuwirken, das macht die Akzeptanz bei den Menschen in der Europäischen Union größer, das verstärkt das Vertrauen, weil sie die Vorteile einer Europäischen Union spüren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kommen Sie bitte zum Punkt.

(A)

Angelika Glöckner (SPD):

Mein letzter Satz. – Abschließend will ich sagen: Es geht nicht nur darum, mit einem sozialeren Europa nationalistische und populistische Tendenzen zu verhindern. Schauen Sie nach draußen, und sehen Sie, was sich in der Welt tut. Wir brauchen eigene europäische Antworten in Bezug auf die neuen Haltungen in der Welt, und das bekommen wir nur mit einem sozialeren Europa, mit verbindlichen Mindeststandards, die den Menschen zugutekommen, und darüber wollen wir von der SPD mit Ihnen reden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für den weiteren Verlauf der Debatte: Die Ankündigung des Abschlusses des Redebeitrages ersetzt diesen Punkt nicht. Wir gehen mit allen Fraktionen gleich um. Das heißt, Sie sprechen nach meiner Ermahnung in jedem Fall auf Kosten der nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion.

Das Wort hat der Abgeordnete Carl-Julius Cronenberg für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Carl-Julius Cronenberg (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eröffnete den Europawahlkampf – Katja Leikert hat

(B)

darauf hingewiesen – mit einem Antrag mit dem schönen Titel „Für ein Europa, das schützt“. Wie könnte man dagegen sein? Nach der Einführung habe ich verstanden, was die Grünen eigentlich wollen: mehr Deutschland in Europa. Meine Damen und Herren, wir Freie Demokraten wollen kein deutsches Europa; wir wollen ein europäisches Deutschland. Das macht den Unterschied.

(Beifall bei der FDP)

Ich erahne schon die Reaktion unserer europäischen Partner, wenn sie in Fragen der Sozial- und Arbeitspolitik ihr Heil in den Vorstellungen der deutschen Grünen finden sollen. Mehr Zusammenhalt in Europa erwarte ich davon jedenfalls nicht. Was meinen Sie eigentlich genau mit dem Satz – ich zitiere –: „... Arbeits- und Sozialstandards sind … unterentwickelt.“ Finden Sie, sie sind in China, in den USA oder in Indien weiter entwickelt? Europa erwirtschaftet mit 7 Prozent der Weltbevölkerung 23 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und steht für 40 Prozent der weltweiten Sozialausgaben. Meine Damen und Herren, das ist nicht unterentwickelt; das ist der Erfolg von sozialer Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Ist deswegen alles in Ordnung? Nein, natürlich nicht. Arbeits- und Sozialstandards sind immer weiterzuentwickeln – die Vorredner sind darauf eingegangen –, allein schon deswegen, weil sich Technologien und Märkte stetig ändern. Allerdings haben wir uns in der EU entschieden, die Ausgestaltung der sozialen Sicherung in der Souveränität der Mitgliedstaaten zu belassen, und

(C)

zwar aus gutem Grund: Sozialleistungen sind der größte Posten im Haushalt, beitrags- oder steuerfinanziert, und immer extrem eng miteinander verwoben. Da aber die EU keine Steuern erhebt, fehlt ihr schlichtweg die demokratische Legitimation, in die Arbeits- und Sozialsysteme einzugreifen. Einzige Ausnahme ist die Koordinierung grenzüberschreitender Tatbestände. Wer also einen europäischen Sozialstaat fordert, der verletzt das Prinzip der Subsidiarität und delegitimiert damit Europa. Das schafft keinen Zusammenhalt; das spaltet.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Petr Bystron [AfD])

Wie wollen Sie beispielsweise unseren Nachbarn in Tschechien erklären, dass sie jetzt so etwas wie das französische Revenu de solidarité active einführen sollen? Tschechien hat 2,3 Prozent Arbeitslosigkeit, Frankreich 9 Prozent. Tschechien hat 34 Prozent Staatsverschuldung, Frankreich 100 Prozent. Tschechiens Wirtschaft wächst um 3 Prozent, Frankreichs gerade einmal um die Hälfte. Tschechien befindet sich mitten in der Aufwärtskonvergenz, genau wie viele andere Länder in Ost-, Nordost- und Südosteuropa. Wir sollten sie nicht dabei stören.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Nehmen wir die Forderung nach einem europäischen Mindestlohnrahmen. In Österreich gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn. Wollen Sie die zwingen, obwohl Österreich hohe Sozialtransfers und -standards, eine niedrige Arbeitslosigkeit und ein großzügiges Rentensystem (D) hat? Oder geht es in Wahrheit darum, durch die politische Hintertür den deutschen Mindestlohn auf über 12 Euro zu hieven und die unabhängige Mindestlohnkommission zu entmachten? Da finde ich die Linken schon ehrlicher, die die 12 Euro direkt fordern.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wir sind immer ehrlich! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir wollen aber auch nur einmal anheben!)

Sie fordern den gleichen Stellenwert für soziale Rechte von Arbeitnehmern und wirtschaftliche Freiheit des Binnenmarktes. Da geht der Vertrag über die Europäische Union doch heute schon deutlich weiter. In Artikel 3 steht, dass die soziale Marktwirtschaft den Zielen des sozialen Fortschritts zu dienen hat. Was wollen Sie denn noch mehr? Entscheidend ist doch, dass wir die Sozialtransfers erst dann auszahlen können, wenn vorher etwas erwirtschaftet wurde. Solide Finanzen im Staatshaushalt und in den sozialen Sicherungssystemen sind Voraussetzung für soziale Sicherheit. Schauen Sie nach Italien, schauen Sie nach Griechenland. Die haben hohe Schulden und hohe Arbeitslosigkeit. Das taugt doch auch nichts.

Der Zusammenhalt in Europa ist uns wichtig. Ich rate, auf Bevormundung und Besserwisserei zu verzichten und stattdessen auf Mehrwert und Aufwärtskonvergenz zu setzen. Respektieren wir die Souveränität in der Arbeits- und Sozialpolitik, und nutzen wir die Chancen des

Carl-Julius Cronenberg

(A) größten Binnenmarktes der Welt! So stärken wir den Zusammenhalt in Europa, den wir uns alle wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Alexander Ulrich das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! CDU/CSU, FDP und AfD haben mit der heutigen Debatte dem sozialen Europa eine Absage erteilt. Insoweit ist die heutige Debatte schon mal gut; denn so können wir mit diesen Klarheiten in die nächsten Wochen gehen.

Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise befindet sich die Europäische Union in einer Dauerkrise. Die Krisenbewältigung hat auch dazu geführt, dass dieses Europa nicht sozialer geworden ist, sondern unsozialer. Denn in den betroffenen Mitgliedsländern ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, und der soziale Abstieg hat sich verstärkt. Und diese europäische Realität für die Menschen, diese Verschlechterung ist durch die Europäische Union, durch die Troika verordnet worden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie empfinden diese Art der europäischen Politik nicht als Lösung ihrer Probleme, sondern mit als Ursache ihrer Probleme,

(B) (Beifall bei der LINKEN)

und sie verlieren durch diese Art der Politik auch das Vertrauen in die EU.

Als Herr Juncker damals seine Kommission vorgestellt hat, hat er gesagt, das wäre die Kommission der letzten Chance. Er hat gesagt: Wir haben nur dann Erfolg, wenn wir die Europäerinnen und Europäer näher an Europa heranbringen. – Er sagte sogar, er wolle ein Europa mit einem sozialen Triple-A-Rating; das sei genauso wichtig wie ein wirtschaftliches und finanzielles Triple-A-Rating. Das war zu Beginn der Juncker-Kommission. Heute müssen wir leider feststellen: Diese letzte Chance hat die EU bisher nicht genutzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit einer Politik der Privatisierung, des Sozialabbaus und der Marktradikalisierung haben die Armut und die soziale Spaltung in den letzten Jahren noch mehr zugenommen. Schuld daran hat auch die Bundesregierung in Deutschland, die in persona Merkel und Schäuble diese unsoziale Politik nach Europa getragen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Troika hat in die Tarifautonomie verschiedener Länder eingegriffen, damit das Lohnniveau gesenkt wird. Sie hat den Wettbewerb nach unten in der ganzen EU verschärft. Was „Flexicurity“ genannt wird, zielt darauf, Tarif- und Sozialstandards abzusenken. So wie diese EU aufgestellt ist und so wie auch diese Bundesregierung in der EU-Politik agiert, kommen dabei nur mehr Niedriglöhne, prekäre Arbeit und die Zunahme von Armut und (C) Umverteilung von unten nach oben zustande. Diese Politik muss am Tag der Europawahlen am 26. Mai 2019 abgewählt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Folgen sind sehr gravierend. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man, dass inzwischen jeder fünfte EU-Bürger von Armut bedroht oder arm ist. Der größte Skandal ist: 25 Millionen Kinder leben in einkommensschwachen Haushalten. Wer da davon redet, dass diese EU Wohlstand für alle bringt, verkennt diese Realitäten. Deshalb muss klar sein: Wir müssen aufhören mit einer Politik, die nur die Banken, die Großwirtschaft und die Kapitalseite in den Mittelpunkt rückt. Wir müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt rücken.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag der Grünen geht in die richtige Richtung. Man könnte auch sagen: Es steht vieles aus unserem Wahlprogramm drin. – Deshalb können wir diesen Antrag auch unterstützen. Aber, Herr Strengmann-Kuhn, eine Frage müssen Sie natürlich trotzdem irgendwann beantworten. Ihre Parteiführung robbt sich fast täglich an die CDU/CSU für eine große Koalition ran. Wir haben heute aber wieder gemerkt: Mit der CDU/CSU kriegen Sie diese Politik nicht umgesetzt. Deshalb wäre es gut, wenn wir vom sozialen Europa nicht nur in Wahlkämpfen reden, sondern auch in den fünf Jahren dazwischen, wie es meine Partei und Fraktion Die Linke macht.

(Beifall bei der LINKEN) (D)

Dass diese Politik, diese Spaltung, auch schlimme Auswirkungen hat, sieht man daran, dass immer mehr Menschen abgehängt werden. Das führt genau dazu, dass Rechtspopulisten so erfolgreich sind – auch in Deutschland. Deshalb sage ich ganz deutlich: Wenn wir den Rechtspopulisten in Europa und Deutschland das Wasser abgraben wollen, brauchen wir eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer das nicht unterstützt, wird den Rechtspopulisten im Prinzip zu weiteren Wahlerfolgen verhelfen. Deshalb müssen endlich auch die CDU/CSU und die FDP erkennen, was hier in Europa schiefläuft.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Petry [SPD])

Herr Strengmann-Kuhn, natürlich brauchen wir eine soziale Fortschrittsklausel, damit die sozialen Rechte der Arbeitnehmer dann auch den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes gleichgestellt wird. Natürlich brauchen wir einen europäischen Mindestlohn, der von 60 Prozent des Durchschnittslohnes ausgeht. Natürlich brauchen wir Grundsicherungen in den Bereichen Pflege, Gesundheit und Arbeitslosigkeit. Ja, wir wollen auch eine europäische Arbeitslosenversicherung, aus der sich die Länder in Krisenfällen bedienen können. Das brauchen wir für ein soziales Europa; da haben Sie unsere volle Unterstützung. Wir diskutieren das ja auch immer im Europaausschuss.

Alexander Ulrich

(A) Was Sie aber in Ihrem Antrag vergessen, ist: Wir brauchen für eine soziale Gerechtigkeit auch Umverteilungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte, damit die AfD mit ihrer Rhetorik keinen Erfolg hat, indem sie sagt, der deutsche Arbeitnehmer müsste bezahlen, was Sie fordern, einmal deutlich machen: Soziale Gerechtigkeit und Umverteilung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir müssen Reichtum, hohe Einkommen und Vermögen in Europa endlich stärker besteuern, damit das auch vernünftig finanziert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Petry [SPD])

Es wäre wünschenswert, wenn wir vielleicht in den Ausschussberatungen noch ergänzen könnten, wie die Finanzierung aussieht. Denn noch einmal: Ich glaube, dass diese fehlende Umverteilungspolitik mit dazu führt, dass die sozialen Gräben in Europa und auch in Deutschland immer größer werden.

Wir müssen darüber hinaus die Gewerkschaften auf europäischer Ebene stärken. Wir brauchen mehr europäische Tarifverträge. Wir brauchen mehr Mitbestimmung und einen Ausbau der Europäischen Betriebsräte. All das ist dringend notwendig und müsste auf europäischer Ebene umgesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B) Ich komme zum Schluss. Wir haben am 26. Mai 2019 alle die Chance, einem sozialen Europa Rückenwind zu geben. Das bedeutet natürlich auch, dass man CDU/CSU, FDP und AfD nicht wählen sollte. Denn ein soziales Europa ist mit diesen Parteien nicht möglich. Bei SPD und Grünen ist es aber auch so. Wir müssen endlich davon wegkommen, nur kurz vor Wahlen darüber zu reden. Wir müssen diese soziale Politik auch nach den Wahlen endlich umsetzen. Denn noch ist es nicht zu spät, diesem Europa eine letzte Chance zu geben. Wir als Linke machen klar: Wir streiten für die Millionen und nicht für die Millionäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Philipp Amthor [CDU/CSU]: Eijeijei!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Florian Hahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen werben in ihrem Antrag für ein Europa, das schützt, und damit mit dem Leitgedanken aus der Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Europäischen Union im September 2016. Dieses Motiv wurde später auch vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz für die österreichische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 übernommen. Nun also auch die Grünen. (C)

Der vollständige Titel der damaligen Juncker-Rede lautete übrigens: „Hin zu einem besseren Europa – einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt". Das ist richtig. Wir müssen uns aber auch dem sozialen Frieden in Europa widmen; denn dieser ist momentan in erheblichem Maße bedroht. Es ist die grassierende Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in den südeuropäischen Ländern, die uns Sorgen machen muss. Ausgebildete junge Leute stoßen in ihrer Heimat auf einen Arbeitsmarkt, der ihnen keine Perspektive bietet. Ursachen hierfür sind fehlendes Wachstum und fehlende nationale Wirtschafts- und Innovationspolitik.

Ein gutes Beispiel dafür ist aktuell Italien. Die OECD stellt in ihrem jüngsten Bericht vom Anfang dieses Monats fest, dass Italien wirtschaftlich stillsteht. Das BIP wird 2019 schrumpfen. Die Neuverschuldung steigt stärker als geplant um 2,5 Prozent und die Gesamtverschuldung auf einen neuen Rekordwert von 134 Prozent. Matteo Salvini, übrigens ein Freund der AfD, wird zum gefährlichsten Schuldenmacher Europas.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Metin Hakverdi [SPD]: Hört! Hört! – Petr Bystron [AfD]: Ha, ha!)

Im Europawahlprogramm der AfD ist zu lesen, sie wolle die Bürger vor der Euro-Krise schützen. Das ist angesichts solcher Freunde einmal mehr völlig unglaubwürdig. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Petr Bystron [AfD]: Die Schulden hat Italien schon vorher gemacht! – Weiterer Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Die Arbeitslosigkeit wird in Italien voraussichtlich weiter steigen. Völlig zu Recht mahnt die OECD deshalb Italien zu Strukturreformen und zur Einhaltung des europäischen Stabilitätspaktes.

(Petr Bystron [AfD]: Ihr habe keine Schulden gemacht, oder was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo Wirtschaft wächst. Deshalb ist klar: Das soziale Europa fängt damit an, dass jedes Land seine wirtschaftspolitischen Hausaufgaben erledigt. Dazu bedarf es einer verantwortungsvollen Politik, die Wachstumsimpulse setzt, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und neue Arbeitsplätze schafft – gerade für die junge Generation. Was macht stattdessen die italienische Regierung? Sie gönnt ihrer Klientel soziale Wohltaten: einen üppigen Bürgerlohn, eine kostspielige Rentenreform. Sie zeigt der OECD die kalte Schulter und denkt nicht an Umkehr. Das ist eine ungeheuerliche Verantwortungslosigkeit, insbesondere im Umgang mit dem Schicksal der jüngeren Bürgerinnen und Bürger, die heute arbeitslos sind und morgen die italienischen Staatsschulden bedienen dürfen.

Nun komme ich zum Antrag der Grünen.

(A) **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Hahn, bevor Sie das tun, muss ich Sie fragen, ob Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Kleinwächter aus der AfD-Fraktion zulassen.

Florian Hahn (CDU/CSU):

Ja, bitte.

Norbert Kleinwächter (AfD):

Frau Präsidentin! Vielen Dank, sehr geehrter Herr Hahn, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben in Ihren Ausführungen gerade eine Quasiidentität hergestellt aus Herrn Salvini und der AfD. Gerade haben wir in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die Diskussion – ausgerechnet insbesondere die EVP verfolgt diese Strategie –, dass alle Parteien, die in dieser großen Versammlung vertreten sind, in eine europäische Parteienfamilie gezwungen werden sollen bzw. dass Fraktionsbildungen nur dann zugelassen werden, wenn die Parteien einer europäischen Parteienfamilie angehören. Dagegen sind wir.

Ist es überhaupt Teil Ihres Gedankenkonstrukts oder Ihrer Vorstellungskraft, dass Parteien in Europa mit anderen Parteien reden, ohne deren Inhalte zu teilen, dass man Unterschiede hat und dass man auch das ganze Konzept europäischer Parteienfamilien ablehnen könnte? Wir stehen gerade nicht dafür, dass alle das Gleiche vertreten sollen, sondern dafür, dass jede Partei in jedem einzelnen Land versuchen muss, für jeden einzelnen ihrer Bürger
(B) das Beste herauszuholen. Das ist doch die Position echter souveräner Zusammenarbeit in Europa und nicht, dass von oben nach unten Dinge vorgegeben werden, was dann zu Quasiidentitäten zwischen unterschiedlichen Parteien in unterschiedlichen Ländern führt, wie Sie das gerade angedacht und insinuiert haben. Ist das im Rahmen Ihrer Vorstellungskraft?

(Beifall bei der AfD)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Herr Kollege Kleinwächter, ich weiß nicht, was Ihre Zwischenfrage mit dem Antrag zur europaweiten sozialen Absicherung – so dessen Überschrift – zu tun hat. Ich will Ihnen aber trotzdem antworten; denn tatsächlich ist sozusagen innere Substanz von Demokratie, dass man sich miteinander auseinandersetzt und miteinander redet, dass selbstverständlich auch verschiedene Parteien miteinander reden. Das ist gar keine Frage. Aber es ist natürlich schon auffällig, dass Sie am liebsten mit denjenigen reden, die Europa rückabwickeln wollen, die Europa wieder zurück zu den Nationalstaaten bringen wollen, die den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand Europas gefährden. Das wollen wir Ihnen und den Bürgerinnen und Bürgern Europas jedes Mal deutlich machen. Bei dieser Europawahl geht es darum, genau dagegen anzukämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber nun zum Antrag der Grünen. Die Gedanken – (C)
das hat die Kollegin Katja Leikert schon ausgeführt – der Subsidiarität und der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik kommen in Ihrem Antrag praktisch nicht vor. Sie wollen stattdessen alles harmonisieren und einen neuen Topf schaffen, eine neue europäische Arbeitslosenversicherung. Also wieder neue Umverteilung statt Innovation! Dabei müsste die Eigenverantwortung doch der Ausgangspunkt sein, insbesondere in der Arbeits- und Sozialpolitik. Wenn die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten im Sinne der Subsidiarität verneint wird, haben die Populisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums leichtes Spiel, die Schuld für die wirtschaftliche Misere in den Ländern auf Brüssel zu schieben und die Axt an den Zusammenhalt Europas zu legen. Das wäre grob fahrlässig.

Es ist ein gutes politisches Prinzip der EU, nach dem Subsidiaritätsgedanken die Verantwortung dort zu verorten, wo die Probleme am besten gelöst werden können. Deshalb ist klar: Die Mitgliedstaaten bleiben für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder der Altersvorsorge selbst verantwortlich. Eine europäische Arbeitslosenversicherung kommt für CDU und CSU deshalb nicht in Frage, genauso wenig wie eine unverantwortliche Erleichterung beim Zugang in unsere sozialen Sicherungssysteme. Die europäische Ebene muss sich auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten konzentrieren. Zudem müssen wir die Mobilität von Arbeitnehmern in der EU weiter verbessern, möglichst unbürokratisch gestalten und besser koordinieren. Dabei
gilt es auch, den Missbrauch der Sozialsysteme zu bekämpfen, insbesondere beim Kindergeld. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die europäische Erfolgsgeschichte wollen CDU und CSU fortschreiben: mit soliden Finanzen, mit verlässlichen sozialen Sicherungssystemen, mit Förderung von privaten Investitionen und Reformen für Wachstum und Beschäftigung. In den kommenden fünf Jahren sollen so 5 Millionen neue Arbeitsplätze in ganz Europa entstehen. Das ist unser Europa, das schützt und den Zusammenhalt in Europa stärkt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Jörg Schneider für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Schneider (AfD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Soziale Absicherung EU-weit, das möchten die Grünen. Nun, ich denke, wenn es üblich wäre, dass man in Frankreich und Spanien studiert, danach in Deutschland und Italien arbeitet und seine Rente dann vielleicht abwechselnd in Finnland und in Griechenland genießt, würde das vielleicht noch Sinn machen. Aber so ist es doch nicht. Gerade einmal 2 Pro-

Jörg Schneider

(A) zent der Bürger der Bundesrepublik Deutschland leben im EU-Ausland. Die wenigen, die tatsächlich solche internationalen Biografien haben, sind doch in aller Regel sehr gut ausgebildete Menschen, die auch gut verdienen und deswegen gar nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Ja, für wen brauchen wir dann Sozialsysteme? Nun, zum Beispiel für die Menschen, die schon in ihrem Heimatland Probleme haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Deren Probleme sollten wir bitte schön nicht zentral lösen, sondern in den Heimatländern.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen sagen wir ganz klar Nein zu einer europäischen Sozialversicherung. Sozialversicherung und letztendlich auch Sozialgesetzgebung müssen weiter eine nationale Aufgabe bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Die Grünen wünschen sich Mindeststandards im Gesundheitssystem. Aber es ist sozusagen eine Errungenschaft der EU, die daran gerade die Axt anlegt. Ich spreche von der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Diese hat katastrophale Folgen. Ärzte verlassen in Scharen zum Beispiel Rumänien. Rumänien hat mittlerweile die geringste Ärztedichte in der EU. Nutzt uns das? Ich sage es einmal so: Wenn ein Arzt aus Rumänien nach Deutschland auswandert, dann hat Rumänien einen Arzt weniger, und wir haben einen Hilfskrankenpfleger mehr; denn dieser Arzt ist auf Jahre hinaus alleine aufgrund sprachlicher Defizite hier als Arzt nicht einsetzbar.

(B)

(Christian Petry [SPD]: Du lieber Himmel! Kleingeist!)

Es ist letztendlich die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die unsere Standards gefährdet: in Rumänien dadurch, dass dort Ärzte fehlen, und hier bei uns dadurch, dass wir immer mehr Ärzte haben, die nicht vernünftig Deutsch sprechen können. Die EU ist hier nicht Teil der Lösung, die EU ist hier ganz klar das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Florian Hahn [CDU/CSU]: Grenzen hochziehen, oder?)

Dann sagen Sie, die EU solle zur Garantin sozialer Rechte werden. Wenn ein Staat Mitglied der EU werden will, dann muss er die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllen. Dazu gehört auch eine demokratische Ordnung. Jetzt gibt es mehrere Möglichkeiten: Hat ein Staat diese demokratische Ordnung nicht, dann hat er in der EU nichts verloren. Hat ein Staat diese demokratische Ordnung, dann sollen die Menschen bitte schön in diesem Land darüber entscheiden, wie viel Sozialstaat sie möchten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vermutlich gibt es noch eine dritte Möglichkeit: Am grün-sozialistischen Wesen soll die EU genesen! Ihnen ist es vollkommen egal, was die Menschen in den einzelnen Mitgliedsländern wollen. Sie wollen per EU-Verordnung Ihre Vorstellung von Sozialpolitik in allen 28 EU-Ländern durchpeitschen, egal ob die Menschen das wollen oder nicht. (C)

(Beifall bei der AfD)

Das ist das grün-sozialistische Europa: Es ist zentralistisch, es ist bürgerfern, und es ist vor allen Dingen undemokratisch. Wir von der AfD stehen für ein Europa, das bürgernah ist. Wir stehen für ein Europa der freien Vaterländer.

(Zuruf des Abg. Christian Petry [SPD])

Wir stehen vor allen Dingen für eine demokratische EU. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die parlamentarische Staatssekretärin Bettina Hagedorn.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Florian Hahn [CDU/CSU])

Bettina Hagedorn, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ein Europa, das schützt – das ist eine Überschrift, die wir uns – Kollege Hahn hat schon darauf hingewiesen – in der Großen Koalition gerne zu eigen machen. Dies wird durch unseren Koalitionsvertrag bestärkt, in dem wir uns im ersten Kapitel, also an prominenter Stelle, mit Europa befassen. (D) Das gab es noch nie zuvor so in einem Koalitionsvertrag in der Bundesrepublik Deutschland. Dort bekennen wir uns zu diesem starken Europa mit ehrgeizigen Reformzielen. Diese Bundesregierung ist jetzt seit gut einem Jahr im Amt, und wir haben vor, noch eine Weile im Amt zu bleiben.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lange denn noch?)

Darum kann ich Ihnen versichern, dass wir gewillt sind, diesen Koalitionsvertrag und auch die Punkte im ersten Kapitel glaubwürdig und konsequent Schritt für Schritt umzusetzen.

Lieber Kollege Dr. Strengmann-Kuhn, Sie haben vorhin von Sonntagsreden gesprochen. Mit Verlaub, das wird dieser Bundesregierung mit ihrer Europapolitik nun wirklich nicht gerecht.

(Beifall des Abg. Metin Hakverdi [SPD] – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn ein Koalitionsvertrag ist ein Vertrag und keine Sonntagsrede.

(Beifall der Abg. Angelika Glöckner [SPD])

Wir arbeiten seit zwölf Monaten gemeinsam in enger Abstimmung zwischen Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Scholz und – das ist ganz wichtig – im permanenten Dialog mit unseren französischen Freunden daran, die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und

Bettina Hagedorn

(A) damit auch die Finanzkraft für ein soziales und solidarisches Europa durch die nötigen Reformen zu stärken. Wir befinden uns damit auch auf der Basis des Beschlusses zur europäischen Säule sozialer Rechte vom 17. November 2017. Dies ist für uns eine Art Kompass.

Ich möchte für all diejenigen, die das nicht mehr so im Kopf haben, aus dem Koalitionsvertrag zitieren:

> Soziale Grundrechte, insbesondere das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der EU, wollen wir in einem Sozialpakt stärken. Wir wollen faire Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik.

Weiter heißt es – auch Zitat –:

> Wir wollen einen Rahmen für Mindestlohnregelungen sowie für nationale Grundsicherungssysteme in den EU-Staaten entwickeln.

(Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen Sie doch mal!)

– Einen Rahmen, wohlgemerkt.

> Wer konsequent gegen Lohndumping und soziale Ungleichheiten in wirtschaftlich schwächeren Ländern in Europa kämpft, sichert auch den Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft in Deutschland.

(B) (Beifall bei der SPD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klingt gut! Machen! – Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schöne Prosa!)

Wir haben uns in intensiven Verhandlungen mit Präsident Macron und Minister Le Maire schon im Juni 2018 in Meseberg – das war nur wenige Monate, nachdem diese Regierung ins Amt kam – verbindlich auf wichtige Schritte verständigt, zum Beispiel auf einen Fahrplan für einen eigenen Euro-Zonenhaushalt. Wir haben uns auf Pläne zur weiteren Stabilisierung des europäischen Bankensektors, der Bankenunion verständigt. Wir haben Vorschläge zur Fortentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM, gemacht.

Es gab in Meseberg auch einen Prüfauftrag für eine Arbeitslosenrückversicherung als EU-Fonds. Das war ein Vorschlag von Finanzminister Olaf Scholz, der in der Bundesregierung bislang zwar noch nicht einhellig geteilt wird – das ist richtig – und der auch nicht – wie die anderen Dinge – im Dezember auf dem Euro-Gipfel verabredet worden ist, der aber auch nicht in der Versenkung verschwunden ist. Wie gesagt, wir wollen ja noch ein bisschen länger miteinander regieren. Auch wenn die Grünen jetzt in Punkt 8 ihres Antrags diesen Vorschlag quasi abgeschrieben haben, bleibt das Urheberrecht beim Finanzminister.

Ich möchte Folgendes festhalten – das hatte ich nicht vor, aber jetzt muss ich es sagen, Frau Kollegin Leikert, weil hier wieder fälschlicherweise gesagt wurde, dass (C) eine Arbeitslosenrückversicherung angeblich ein Weg in die Transferunion ist –:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Philipp Amthor [CDU/CSU]: Das ist so!)

Klar ist, dass es kein Transfersystem ist, sondern ein Rückversicherungssystem mit klaren Regeln als Basis.

(Zuruf des Abg. Philipp Amthor [CDU/CSU])

Klar ist auch, dass es keine Umverteilung – zuhören, Herr Amthor! – zulasten deutscher Steuer- oder Beitragszahler ist. Klar ist, dass ein Anspruch auf ein Darlehen nur diejenigen Länder haben, die selbst in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Hagedorn.

Bettina Hagedorn, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Es soll einen Anreiz bilden, dass in den Ländern, in denen es noch keine eigene nationale Arbeitslosenversicherung gibt, diese in nationaler Souveränität aufgebaut wird. Damit ist es ein System, das den Respekt vor nationalen Werten gewährleistet.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Hagedorn, ich habe die Uhr angehalten, aber ich muss auch die Chance haben, Ihnen die Frage zu stellen, ob Sie eine Frage oder Bemerkung von den Grünen zulassen. (D)

Bettina Hagedorn, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Von wem? Ich habe es akustisch nicht verstanden.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Von den Grünen!)

– Von den Grünen, ja.

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank für die Gelegenheit, die Zwischenfrage zu stellen. – Frau Staatssekretärin, da Sie uns ermutigen, einfach darauf zu vertrauen, dass diese Regierung noch lange arbeiten will und die Punkte schon abgearbeitet werden, möchte ich jetzt auf das zu sprechen kommen, was Sie gerade zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung gesagt haben. Uns ist sehr wohl bekannt, dass Finanzminister Scholz und die Sozialdemokraten Sympathien für diese Idee haben, aber mir ist bisher nicht bekannt oder bestätigt worden, dass dieses Vorhaben auch konsequent im Rahmen Ihrer Regierung weiterverfolgt wird. Wenn Sie das hier jetzt so vortragen, möchte ich fragen: Ist es so, dass die Idee einer Arbeitslosenrückversicherung, wie wir sie im Antrag skizziert haben, durch Ihr Regierungshandeln in dieser Legislaturperiode weiter vorangetrieben wird? Können Sie das für die Große Koalition sagen?

(A)

Bettina Hagedorn, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Liebe Kollegin Hajduk, ich habe das, glaube ich, eigentlich schon beantwortet, aber ich will es gerne noch einmal betonen. Ich habe gesagt, dass das in Meseberg vorgebracht worden ist und dort gemeinsam in der Großen Koalition ein Prüfauftrag gestellt wurde. Ich habe auch gesagt, dass dieser Vorschlag im Moment nicht Gegenstand von Regierungshandeln ist, er aber trotzdem nicht in der Schublade verschwunden ist.

Ich will Ihnen auch erklären, warum ich das so gesagt habe, Kollegin Hajduk. Letzten Endes befinden wir uns in vielen Bereichen auf europäischer Ebene immer noch mitten in Verhandlungen. Ich habe ja schon einige Stichworte genannt: die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, der ESM, die Bankenunion, auch der Aufbau eines Euro-Zonenbudgets. Das alles sind Dinge, die wir uns gemeinsam mit Frankreich vorgenommen haben und die natürlich nicht über Nacht vervollkommnet werden.

Ich will darauf hinweisen – das habe ich gestern im Haushaltsausschuss schon getan –, dass Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2020 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird. Das ist nach der Europawahl. Das ist nach der Amtsübernahme einer neuen Kommission. Dann wird es in Europa darauf ankommen, diese Dinge gemeinsam zusammenzuführen. Wir werden uns dann auf Augenhöhe mit allen anderen 26 Partnern auf ein Gesamtpaket verständigen müssen.

(B)

Ob das dann da eine Rolle spielt oder nicht – ich würde mir das wünschen, die Kollegen von der Union vielleicht nicht –, weiß ich nicht. Aber wir müssen am Ende zu guten Lösungen für Europa kommen. Dazu mag das ein Baustein sein. Denn – dieser Satz sei mir noch gestattet – ich glaube, es ist für jeden erkennbar gewesen, dass Emmanuel Macron in seinem Artikel, den er im März veröffentlicht hat, das Soziale eindeutig stärker betont als in der Rede in der Sorbonne. Insofern weckt das bei uns die Hoffnung, dass da mehr geht, als man am Anfang vermutet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Staatssekretärin, ich habe jetzt die Situation, dass Sie es geschafft haben, noch zwei weitere Wortmeldungen zu generieren. Gleichzeitig bin ich gehalten, dafür zu sorgen, dass sich die Redebeiträge hier nicht verdoppeln oder verdreifachen. Es haben sich gemeldet: der Abgeordnete Hebner aus der AfD-Fraktion und die Abgeordnete Brantner aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wenn Sie die Wortmeldungen überhaupt zulassen, dann würde ich dafür plädieren, dass sich beide jeweils maximal auf eine Minute beschränken. Wenn die Antwort, wenn es irgendwie geht, dann auch in einer Minute möglich ist, wäre das wunderbar. Dann können Sie zum sicherlich auch absehbaren Ende Ihres Beitrages kommen, und wir kommen in der Debatte voran.

(C)

Bettina Hagedorn, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Ich glaube, dass ich jetzt die Mehrheit des Parlamentes auf meiner Seite habe, wenn ich sage: Mit Blick auf den langen Debattentag

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und da ich die Frage von Frau Hajduk beantwortet habe, haben vielleicht alle Kollegen dafür Verständnis, wenn ich jetzt einfach fortfahre. Ich habe auch nur noch gut eine halbe Minute Redezeit. In dieser möchte ich meinen Gedanken zu Ende führen.

Ich hatte ja gerade dargestellt, was eine Arbeitslosenrückversicherung ist. Nur die Länder, die eine Arbeitslosenversicherung haben und in diese Rückversicherung eingezahlt haben, haben überhaupt die Chance, etwas herauszubekommen. Das soll dazu beitragen bzw. einen Anreiz bieten, dass Länder, die keine Arbeitslosenversicherung haben, diese aufbauen. Eines ist auch richtig: Es ist kein Geschenk, sondern ein Darlehen.

Eine abschließende Bemerkung sei mir noch gestattet. Die Große Koalition – es war allerdings eine frühere – hat in einer großen Krise 2008/2009 gute Erfahrungen damit gemacht, dass wir das Geld hatten, um das Kurzarbeitergeld zu implementieren, übrigens unter einem Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz. Das hat uns, der Großen Koalition, und Deutschland damals geholfen, gut durch die Krise zu kommen, und das sollten wir doch auch unseren europäischen Nachbarn gönnen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat Pascal Kober für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Pascal Kober (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, fordern Sie die Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Beispielsweise fordern Sie die Einführung einer europäischen Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, gut gemeinte Umverteilung kann auch dazu führen,

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass man soziale Probleme zementiert, und das darf nicht geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Richtig ist, dass Europa stark ist, wenn wir soziale Probleme verhindern und ihnen vorbeugen. Richtig ist, dass Europa stark darin ist, soziale Probleme zu überwinden.

Die sozialen Probleme sind in den Ländern unterschiedlich. Auch der Arbeitsmarkt ist unterschiedlich. Schon in Deutschland ist er zwischen Norden und Süden

Pascal Kober

(A) und Ost und West an vielen Stellen unterschiedlich. Der Arbeitsmarkt in Portugal ist nicht vergleichbar mit dem in Deutschland, Luxemburg oder Rumänien.

(Metin Hakverdi [SPD]: Pinneberg!)

Deshalb müssen wir Lösungen zulassen und in Lösungen investieren, die passgenau sind für die konkreten lokalen Herausforderungen. Das ist schon seit 1957 mit dem Europäischen Sozialfonds gelungen. Passgenaue Lösungen sind das, was wir brauchen und was den Menschen am meisten hilft.

Richtig wäre es auch, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen – in diese Richtung argumentieren Sie auch; das ist der Teil Ihres Antrags, den ich unterstütze –, wenn wir beispielsweise in einen gemeinsamen Berufsausbildungsmarkt investieren würden. Dieser würde es den Schulabgängerinnen und Schulabgängern, den Abgängern aus Ausbildungen und Hochschulen ermöglichen, leicht in einen gemeinsamen Arbeitsmarkt einzutreten und leicht in den unterschiedlichsten Mitgliedstaaten Fuß zu fassen. Das wäre richtig. Es darf schließlich nicht sein, dass in manchen europäischen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit grassiert und in anderen Ländern die Entwicklung wegen des Fachkräftemangels gehemmt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Richtig wäre es auch, in die Zukunft zu investieren, zum Beispiel in den Glasfaserausbau, in den Infrastrukturausbau. Mithilfe dieser Investitionen würden wir so-
(B) ziale Probleme erst gar nicht entstehen lassen oder sie überwinden. Das wäre kluge europäische Politik. Darin sollten wir unsere soziale Politik für Europa sehen. Europapolitik muss Europa stark machen, aber nicht gleich machen. Das wäre nicht der richtige Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht nun die Kollegin Katrin Staffler.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Katrin Staffler (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Diskussion heute viele Vorschläge dafür gehört, wie wir es schaffen, ein sozialeres Europa, eine sozialere Europäische Union zu gestalten. Manchem kann ich zustimmen, anderem definitiv nicht. Aber je länger ich mir diese Debatte anhöre, desto mehr bekomme ich das Gefühl, dass wir bei all diesen Vorschlägen, bei all den Maßnahmen, die hier heute auf den Tisch gelegt worden sind, das aus dem Blick verlieren, was eigentlich die zentrale Fragestellung sein sollte: Wie können wir die Europäische Union so weiterentwickeln, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in Freiheit, in Wohlstand und in Sicherheit leben können?

Der Antrag, den wir hier heute beraten, versucht, eine (C)
Antwort auf die Frage zu geben. Aber um das zu Beginn dieser Rede auch schon vorwegzunehmen: In der Unionsfraktion haben wir eine andere Vorstellung davon, mit welchen Reformen es uns gelingen wird, das Ziel, das ich formuliert habe, zu erreichen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir ein modernes und nachhaltiges soziales Europa brauchen, damit wir die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen können und damit wir sicherstellen, dass allen EU-Bürgern die gleichen Ausgangsbedingungen geboten werden können.

Wir glauben aber auch, dass die Weiterentwicklung der sozialen Dimension der EU eben nicht dem Ziel dienen soll, dass man nationale Sozialsysteme harmonisiert und angleicht. Vielmehr muss es uns gelingen, die einzelnen Systeme auf Basis von gemeinsamen Prinzipien besser aufeinander abzustimmen. Dabei müssen wir den Menschen in den europäischen Mitgliedstaaten in Bezug auf die sozialen Fragen Minimalstandards garantieren. Das alles muss dann unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips passieren.

Warum habe ich das Subsidiaritätsprinzip genannt? Weil die Sozialmodelle der Mitgliedstaaten über die Jahre und Jahrzehnte hinweg unabhängig voneinander und individuell entstanden sind. Wenn wir jetzt versuchen, einzelne Teile vollständig zu verändern, dann wäre es so, als ob wir versuchen würden, einem komplexen Bauwerk eine tragende Säule zu entnehmen und durch eine Säule aus einem völlig anderen Haus zu ersetzen. Mir persönlich wäre die Gefahr, dass dann beide Häuser zusammen- (D)
brechen könnten, ehrlich gesagt zu groß.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb glaube ich nicht, dass ein einheitlicher europäischer Sozialstaat die richtige Antwort für Europa ist. Ich wünsche mir aber, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft europaweit greift, dass alle EU-Staaten in Eigenverantwortung ihre Hausaufgaben machen, um am Schluss das Ziel zu erreichen, das wir in Artikel 3 Absatz 3 des Vertrags über die EU beschrieben haben, nämlich eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt.

Was heißt das konkret? Konkret heißt das zum Beispiel, dass die Freizügigkeit des Binnenmarkts dazugehört. In dem Rahmen muss man beispielsweise die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer EU-weit verbessern. Wir müssen sie unbürokratisch gestalten, und wir müssen sie besser koordinieren, damit wir überall in der EU zu fairen Bedingungen arbeiten können.

Was wir außerdem brauchen, sind gemeinsame Grundstandards bei den Arbeitnehmerrechten. Für die sozialen Sicherungssysteme, für den Mindestlohn, für die Altersvorsorge sind am Ende des Tages allerdings die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich, und ich bin der Meinung, dass sie dies auch bleiben sollen.

Wir müssen darüber hinaus sicherstellen, dass die Freizügigkeit nicht zum Missbrauch der Sozialsysteme von einzelnen Mitgliedstaaten führt; Herr Kollege Hahn

(A) hat das schon ausgeführt. Dies bedarf aber einer engeren Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten.

Ich möchte zum Schluss auf einen Punkt zu sprechen kommen, den ich, ehrlich gesagt, für viel, viel wichtiger halte als die Sozialsysteme, die die Menschen auffangen. Jetzt verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Natürlich brauchen wir die soziale Absicherung; diese ist ohne Frage wichtig. Aus meiner Sicht gibt es aber noch etwas, was viel wichtiger ist. Ich meine, dass wir uns erfolgreich darum kümmern müssen, dass die Menschen diese Sicherungssysteme erst gar nicht benötigen. Was wir dringend brauchen, sind Investitionen in die Zukunft der Menschen. Deswegen ist es richtig, dass wir in den vergangenen Jahren mehr Geld in Bildung, in Ausbildung und in Qualifizierung gesteckt haben. Erasmus+, Europäischer Sozialfonds, Beschäftigungsinitiative für junge Menschen – all das sind Beispiele dafür.

Die Initiativen sind es aus meiner Sicht, die den jungen Menschen tatsächlich mehr Sicherheit für ihre Zukunft geben. Deswegen müssen wir diese Projekte nicht nur fortschreiben, sondern wir müssen uns, wenn wir in die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen eintreten, auch dafür einsetzen, dass künftig mehr Mittel für den Bereich Bildung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn es uns dann auch noch gelingt, dass in allen Mitgliedstaaten auch ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und alle, die es schwer auf den Arbeitsmärkten haben und die unsere Unterstützung brauchen, von den
(B) genannten Förderungen profitieren können, dann ist genau das das soziale Europa, das ich mir wünsche; denn dann hat jeder eine Chance auf Teilhabe am Wohlstand und kann sein Leben eigenverantwortlich selbst bestimmen. Ich glaube, das ist es, wofür wir gemeinsam kämpfen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Metin Hakverdi für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Metin Hakverdi (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, den wir heute beraten, wird mit Artikel 3 des EU-Vertrages eingeleitet. Das hat mich sehr gefreut; denn Artikel 3 des EU-Vertrages erinnert uns daran, worum es in Europa und in der Europäischen Union geht. Die Union fördert den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen der Völker. Wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Europa und die europäische Integration in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, dann meinen wir genau diese Ziele.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns darum, dass die Menschen bei uns in (C)
Deutschland, in Ihren Wahlkreisen, in meinem Wahlkreis Hamburg-Bergedorf, Harburg und Wilhelmsburg ein gutes Leben führen können. Ich meine ein Leben in Freiheit, ein Leben in Frieden und ein Leben in Sicherheit – auch in sozialer Sicherheit. Darum ging es uns, als wir im Koalitionsvertrag mit der Union das Kapitel zu Europa an die erste Stelle setzten und dem Koalitionsvertrag die Überschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa“ gaben.

Wir assoziieren mit Europa keine Geldpipeline, die in irgendwelche Länder verlegt wird, so wie das Herr Lindner und die FDP tun. Bei solchen Bildern wie „Geldpipeline“ geht es nicht um Frieden, Freiheit und Sicherheit. Mit solchen Bildern fördert man Nationalismus und Ausgrenzung.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit solchen Bildern will man keine Verantwortung für unseren Kontinent und für die Menschen in unserem Land übernehmen. Und dass Herr Lindner keine Verantwortung für unser Land übernehmen will, ist uns ja hinlänglich bekannt; wir durften das am Anfang der Legislaturperiode erfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist mehr als eine Wettbewerbsgemeinschaft. Es ist mehr als die Organisation eines international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraums. Es muss auch mehr sein; denn nicht immer profitieren alle gleichermaßen von den Errungenschaften Europas und den Entwicklungen in Europa. (D)

Ich begrüße den Antrag der Grünen ausdrücklich, finde ihn aber einseitig begründet. Klar, die Finanzkrise hat zu großen sozialen Verwerfungen geführt, für die sich alle Mitgliedstaaten verantwortlich fühlen müssen; da bin ich ganz bei Ihnen. Aber was ist mit dem ganz normalen Strukturwandel? Der Werftenkrise? Der Kohlekrise? Der Krise im Automobilsektor in den letzten Jahrzehnten? Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, dass diese Krisen unter dem Dach Europas gelöst werden müssen.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch nicht falsch!)

Wir sind der festen Überzeugung, dass Europa mehr ist als eine reine Wettbewerbsgemeinschaft. Wir sind der Überzeugung, dass Europa eine Werte- und eine soziale Gemeinschaft ist. Es kann uns nicht egal sein, dass die Jugendarbeitslosigkeit im Süden unseres Kontinents besonders hoch ist, nur weil sie in Deutschland niedriger ist.

Und wir sehen in die Zukunft: Was passiert im Strukturwandel der Zukunft? Ja, wir sind positiv gestimmt in Bezug auf die Digitalisierung. Die Digitalisierung hat das Potenzial, unser Leben besser zu machen. Aber auch in Zukunft wird es Menschen in Europa geben, die den schnellen Anpassungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt nicht so schnell hinterherkommen oder die sich in einer regional bestimmten Strukturkrise wiederfinden. Für die-

Metin Hakverdi

se Menschen – egal ob Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, Spaniens, Frankreichs, Portugals usw. – muss Europa da sein.

Viele Menschen fragen sich und zweifeln, ob sie wirklich jede Entwicklung der Zukunft mitmachen können, ob sie das schaffen. Wir sehen überall in Europa, dass diese Verunsicherung Menschen auf die Straßen treibt. Diese Unsicherheit kann das europäische Projekt als Ganzes gefährden. Frau Kramp-Karrenbauer – die CDU/CSU insgesamt – tut sich schwer mit dieser Herausforderung. Aber Sie können doch nicht allen Ernstes als erste Antwort auf den französischen Präsidenten den Vorschlag unterbreiten, einen Flugzeugträger zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Antrag der Bündnisgrünen. Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wer soziale Sicherheit anstrebt, sollte die Menschen nicht verunsichern. Ihre Vorschläge zum Zugang zu den nationalen sozialen Sicherungssystemen sind meines Erachtens nach weltfremd und überfordern alle. Ich freue mich allerdings, dass Sie den Vorschlag von Olaf Scholz, eine Arbeitslosenrückversicherung einzuführen, aufgenommen haben. Eine Arbeitslosenrückversicherung ist nicht nur solidarisch – das ist hier in unserer Runde heute vielleicht etwas untergegangen –, sie leistet vor allem einen Beitrag zur Finanzmarktstabilität. Ich freue mich auf die weiteren Debatten im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es freut uns sehr, dass Sie schon so zahlreich zur Abwicklung der folgenden Tagesordnungspunkte, unter anderem elf Abstimmungen, erschienen sind. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen und den beiden folgenden Rednern in dieser Debatte auch noch zu folgen. – Das Wort hat die Abgeordnete Dr. Frauke Petry.

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kurz vor der Europawahl präsentieren Sie, liebe Grüne, Ihr sozialistisches Wunschkonzert. Sie beseitigen darin nicht nur die Erfolgsrezepte dieses Kontinents, nämlich Freiheit, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb, sondern auch die nationale Souveränität der Bürger gleich mit. Sie erfinden neue angebliche Rechte von Arbeitnehmern und zerstören dabei vor allem im Mittelstand gut funktionierende Partnerschaften zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten, ganz ohne Gewerkschaften.

Was meinen Sie eigentlich mit der Demokratisierung der Wirtschaft? Gleiche Bezahlung für Akademiker und Arbeiter, für Erzieher und Professoren, weitere Quoten, von denen Sie ja offenbar nie genug bekommen?

Ihre Ideen lesen sich in weiten Teilen wie der Gründungsmythos der Deutschen Demokratischen Republik. Erst demokratisieren, dann verstaatlichen. Später verfolgen Sie dann EU-Kritiker so wie einst die DDR ihre Staatsfeinde und Dissidenten. Dabei haben Sie mit Manfred Weber, dem Spitzenkandidaten der Union, schon jetzt einen eifrigen Helfer. Herr Hahn von der CSU, Sie haben sich heute für ein freiheitliches Europa der demokratischen Kontroverse ausgesprochen. Dafür genießen Sie offenbar noch nicht einmal Rückhalt in Ihrer eigenen Partei.

(Philipp Amthor [CDU/CSU]: Doch!)

Es ist erschreckend, wie nur 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, nach Mauertoten, vertriebenen Familien und Unternehmern, nach einer indoktrinierten und ideologisch gleichgeschalteten Gesellschaft die menschenfeindlichen, sozialistischen Ideen in Deutschland und Europa Raum gewinnen. Ebenso erschreckend ist, dass ehemalige Christ- und Sozialdemokraten diesen Utopien mindestens in Teilen selbst auf den Leim gegangen sind und immer noch glauben, dass sie linke Ideologen dadurch zähmen können, dass sie auf allen politischen Themenfeldern vor ihren sozialistischen Blütenträumen zurückweichen.

Und auch die Methoden der Durchsetzung sind die alten. Sie wollen den deutschen Steuerzahlern weitere finanzielle Lasten aufbürden: Sie sollen für mehr Europäer in die Grundsicherung zahlen, für eine europäische Arbeitslosenversicherung und für die Unterstützung der Sozialsysteme anderer EU-Länder. Ich bin gespannt, wie Sie dies auf Dauer finanzieren wollen.

Der Euro zeigt leider, wie es nicht funktioniert. Gemeinschaftliche Haftung, 1 Billion Euro an Target2-Forderungen deutscher Steuerzahler, Griechenland-Kredite, Bargeldabschaffung und Negativzinsen sind die Symptome einer sichtbar kollabierenden Finanzpolitik, am Ende zulasten all derer, die privat und gesellschaftlich der Verlockung billigen Geldes widerstanden und schlicht nach den Maßstäben der schwäbischen Hausfrau gewirtschaftet haben.

Sie versprechen mit ihren sozialistischen Ideen eine europaweite Absicherung und vollführen ein groß angelegtes Täuschungsmanöver, indem Sie sagen, dass der Staat besser für die Bürger sorgen kann, als mündige Bürger und stabile Familien das selbst können. Wenn Sie Sozialismus und staatliche Kontrolle so schön finden, dann wandern Sie nach China oder Nordkorea aus; dort bekommen Sie die praktischen Erfahrungen im real existierenden Sozialismus, die Ihnen offenbar fehlen.

Um Europa zurück auf den Erfolgsweg zu führen, braucht es mehr regionale und nationale Autonomie und vor allem finanzielle Eigenverantwortung, zum Beispiel in Form einer deutschen Parallelwährung für Löhne, Gehälter, Renten und Spareinlagen. Wir Blauen stehen für ein tolerantes Europa der demokratischen Eigenverantwortung, für wirtschaftlichen Erfolg und Innovation, für kulturelle Vielfalt statt Harmonisierung –

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

(A)

Dr. Frauke Petry (fraktionslos):

– und für sozialen Frieden, ganz ohne grünen Sozialismus.

(Daniela Wagner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herzlichen Glückwunsch! Wahnsinnsrede!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Philipp Amthor für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Philipp Amthor (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, zumindest in einem Punkt können wir uns am Ende der Debatte einig sein – das haben die Grünen gesagt –: Ja, ein soziales Ungleichgewicht innerhalb der Europäischen Union ist durchaus dazu geeignet, den Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu gefährden.

Jenseits dieser Erkenntnis fordern Sie mit Ihrem Antrag aus unserer Sicht – das haben wir deutlich gemacht – zuallererst Widerspruch heraus. Denn aus unserer Sicht wird darin ein inkohärentes Bild der europäischen Sozialpolitik gezeichnet, außerdem gehen Sie aus meiner Sicht von einer völlig inkohärenten Auslegung des europäischen Unionsrechts aus.

(B)

Aber zunächst zu der Frage: Wie macht man in Europa eine gute Sozialpolitik? Sie verweisen in Ihrem Antrag auf die Finanzkrise und auf die Lehre, die man aus der Finanz- und Währungskrise ziehen müsste. Das ist sicherlich der richtige Ausgangspunkt, aber Sie ziehen daraus die völlig falschen Rückschlüsse. Sie sagen, das Ziel müsse mehr Umverteilung, mehr staatliche Leistungen und das soziale Füllhorn sein. Wir können Ihnen sagen: Das ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn immer mehr soziale Verteilung im Rahmen der Sozialpolitik in Europa bekämpft in aller Regel nur die Symptome und nicht die Ursachen. Eine gute Sozialpolitik ist eine Politik, die bei der Bekämpfung der Ursachen ansetzt. Das tut man mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik. Uns muss es im Wesentlichen darum gehen, nicht auf mehr soziale Verteilung zu setzen, sondern auf solide Finanzen, auf eine Förderung von Investitionen, auf Reformen und Wachstum sowie auf Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Man kann sagen: Europaverdrossenheit löst man nicht durch Sozialgeschenke; ganz im Gegenteil.

(Christian Dürr [FDP]: Warum habt ihr die Rente mit 63 gemacht?)

All diese Vorschläge, die hier auf dem Tisch liegen – europäischer Mindestlohn, weitere Verschärfung der Entsenderichtlinie oder auch eine ausgreifende Diskussion über eine europäische Arbeitslosenversicherung –, untergraben geradezu die Subsidiarität und das Prinzip der Eigenverantwortung. Wir lassen uns nicht von Sozialromantik leiten, sondern von Subsidiarität und Eigenverantwortung; das ist unser Konzept.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen eine Politik, die nicht Arbeitslosigkeit fördert, sondern Arbeit. Wir setzen auf ein System von Subsidiarität, Eigenverantwortung und Haftung. So geht eine kohärente Sozialpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jenseits dieser groben Fehlvorstellung, wie man Sozialpolitik in Europa macht, will ich auch darauf hinweisen, dass ich in keiner Weise damit einverstanden bin, wie Sie die europäischen Verträge in rechtlicher Hinsicht auslegen. Das tun Sie nämlich viel zu extensiv, viel zu weitgehend, und Sie wollen dann auch noch Leistungsrechte aus der Grundrechtecharta konstruieren. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist unionsrechtlich einfach schief. Schauen wir uns einmal an, welche Kompetenzen die Europäische Union hat. Ich zitiere aus Ihrem Antrag, wie Sie diese ganzen Sozialgeschenke kompetenziell begründen wollen:

> Gemäß den Artikeln 9, 151 und 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union und in vielen weiteren Artikeln

– man merke auf: in vielen weiteren Artikeln –

> in diesem Vertrag hat die EU die Möglichkeit, dies mit verschiedenen Maßnahmen … umzusetzen.

(D)

Ich sage Ihnen eines: Das, was Sie hier in der Auslegung von Unionsrecht produzieren, ist ein Wünschdir-Was und nicht das, was wir unter dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung verstehen. So läuft nämlich die Europäische Union. Für uns ist hinsichtlich der Kompetenzen wichtig: Die Sozialpolitik ist und bleibt ein Reservat der Nationalstaaten. Das soll im Kern auch so bleiben. Das ist die richtige Auslegung des Geistes der europäischen Verträge zur Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte auch davor warnen – das klingt ja immer toll –, die europäische Grundrechtecharta zu sozialen Leistungsrechten auszulegen. Wozu soll das führen? Sie sagen: Die Grundrechtecharta und die Versprechen der Grundrechte, die sozialen Leistungsrechte sollen vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sein. Ich kann Ihnen sagen: Das ist doch eine offensichtlich falsche Vorstellung. Wenn abstrakte Grundrechte von einem Gericht konkretisiert werden sollen und nicht vom Gesetzgeber, dann beschneiden Sie sich selbst. Wie man soziale Grundrechte auslegt, ist vor allem Aufgabe des Gesetzgebers, und die werden wir wahrnehmen. Wir werden sie nicht sozusagen losgelöst in Europa wahrnehmen, sondern zuallererst hier. Das ist auch die Antwort, die die anderen europäischen Länder brauchen: Reformen, kohärente Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik im Rahmen der nationalen Möglichkeiten. Nur so kann ein wettbewerbsfähiges Europa gelingen, nicht durch Ihre Sozialgeschenke. Wir treten dem entgegen. Wir setzen

Philipp Amthor

(A) auf Eigenverantwortung. Das ist unser Prinzip für ein sicheres und starkes Europa.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/8287 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ein kleiner Hinweis an die interfraktionellen Versammlungen auf beiden Seiten des Saales: Wir haben jetzt noch elf Abstimmungen vorzunehmen. Helfen Sie uns als Sitzungsvorstand bitte, die Abstimmungsergebnisse zweifelsfrei festzustellen, das heißt, sie ihren Fraktionen zuzuordnen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 29 a, 29 b, 29 d und 29 e sowie die Zusatzpunkte 4 a bis 4 f auf:

29. a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Fahrlehrergesetzes**

Drucksache 19/8751

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss

(B)

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Alexander Ulrich, Hubertus Zdebel, Fabio De Masi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

EURATOM-Vertrag auflösen – Keine EU-Subventionen für die Atomindustrie

Drucksache 19/7479

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Thomas Lutze, Dr. Gesine Lötzsch, Lorenz Gösta Beutin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Motorradfahrende besser schützen – Unterfahrschutz muss Regel werden

Drucksache 19/8647

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (f)
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Tourismus

e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jörn König, Andreas Mrosek, Andreas Bleck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Automatische Anpassung der Vergütung für das Leistungssportpersonal – Anpassung der Förderrichtlinie Verbände – Abschnitt FR V (C)

Drucksache 19/8989

Überweisungsvorschlag:
Sportausschuss

ZP 4 a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Stefan Schmidt, Canan Bayram, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches und anderer Gesetze – Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit (Mieter-Grundsteuer-Entlastungsgesetz)**

Drucksache 19/8827

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Nachhaltige Finanzen

Drucksache 19/7478 (D)

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Theurer, Reinhard Houben, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Lenkende Industriepolitik ablehnen – Änderung der Außenwirtschaftsverordnung zurücknehmen

Drucksache 19/8953

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Brigitte Freihold, Helin Evrim Sommer, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Koloniales Unrecht in Deutschland umfassend aufarbeiten – Nachkommen einbeziehen

Drucksache 19/8961

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Margarete Bause, Kordula Schulz-Asche, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

sowie der Abgeordneten Stefan Liebich, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

25 Jahre Völkermord in Ruanda – Unabhängige historische Aufarbeitung in Deutschland

Drucksache 19/8978

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

f) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gyde Jensen, Alexander Graf Lambsdorff, Nicole Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

25. Jahrestag des Genozids in Ruanda – Krisenprävention stärken

Drucksache 19/8958

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (f)
Auswärtiger Ausschuss

(B)

Es handelt sich um **Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte.**

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 30 a bis 30 k auf. Es handelt sich um die **Beschlussfassung** zu Vorlagen, zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

Wir kommen gleich zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses.

Tagesordnungspunkt 30 a:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 227 zu Petitionen

Drucksache 19/8594

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 227 ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 b:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 228 zu Petitionen

Drucksache 19/8595

(C)

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 228 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 c:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 229 zu Petitionen

Drucksache 19/8596

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 229 ist gegen die Stimmen der FDP-Fraktion mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 230 zu Petitionen

Drucksache 19/8597

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 230 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 e:

(D)

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 231 zu Petitionen

Drucksache 19/8598

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 231 ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 f:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 232 zu Petitionen

Drucksache 19/8599

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 232 ist gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 g:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 233 zu Petitionen

Drucksache 19/8600

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 233 ist gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 h:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 234 zu Petitionen

Drucksache 19/8601

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 234 ist mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 235 zu Petitionen

Drucksache 19/8602

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 235 ist gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der übrigen Fraktionen des Hauses angenommen.

(B)

Tagesordnungspunkt 30 j:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 236 zu Petitionen

Drucksache 19/8603

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 236 ist gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion angenommen.

Tagesordnungspunkt 30 k:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 237 zu Petitionen

Drucksache 19/8604

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Sammelübersicht 237 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die diesen beliebten Tagesordnungspunkt mit uns gemeinsam gestaltet haben und auch die Feststellung der Abstimmungsergebnisse unterstützt haben.

(C) Ich rufe den Tagesordnungspunkt7 auf:

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD

Wahl einer Stellvertreterin des Präsidenten (3. Wahlgang)

Drucksache 19/8856

Die Fraktion der AfD schlägt auf der Drucksache 19/8856 die Abgeordnete Mariana Iris Harder-Kühnel vor.

Die Wahl erfolgt mit verdeckten Stimmkarten, also geheim. Im dritten Wahlgang ist die Bewerberin nach unserer Geschäftsordnung gewählt, wenn sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, also die Zahl der Jastimmen größer ist als die Zahl der Neinstimmen. Enthaltungen bleiben insofern unberücksichtigt.

Für diese Wahl benötigen Sie Ihren gelben Wahlausweis, den Sie, soweit noch nicht geschehen, Ihrem Stimmkartenfach in der Lobby entnehmen können. Die für die Wahl gültige gelbe Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag erhalten Sie von den Schriftführerinnen und Schriftführern an den Ausgabetischen oben neben den Wahlkabinen.

Die Wahl ist geheim. Sie dürfen Ihre Stimmkarte daher nur in der Wahlkabine ankreuzen und müssen die Stimmkarte ebenfalls noch in der Wahlkabine in den Umschlag legen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer sind verpflichtet, jeden, der seine Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine kennzeichnet oder in den Umschlag legt, zurückzuweisen. Die Stimmabgabe kann in diesem Fall jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden. (D)

Gültig sind nur Stimmkarten mit einem Kreuz bei entweder „ja“, „nein“ oder „enthalte mich“. Ungültig sind Stimmen auf nicht amtlichen Stimmkarten sowie Stimmkarten, die mehr als ein Kreuz, kein Kreuz, andere Namen oder Zusätze enthalten.

Bevor Sie die Stimmkarte in die Wahlurne werfen, müssen Sie der Schriftführerin oder dem Schriftführer an der Wahlurne Ihren gelben Wahlausweis übergeben. Die Abgabe des Wahlausweises dient als Nachweis für die Beteiligung an der Wahl. Kontrollieren Sie daher bitte, ob der Wahlausweis Ihren Namen trägt.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen. – Haben alle Schriftführerinnen und Schriftführer ihre Plätze eingenommen? – Offensichtlich sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an ihrem Platz. Ich eröffne die Wahl und bitte, die entsprechenden Dokumente an den Ausgabetischen entgegenzunehmen und sich an der Wahl zu beteiligen.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Haben alle Mitglieder des Hauses ihre Stimmkarte abgegeben und gewählt, auch die Schriftführerinnen und Schriftführer? – Dann schließe ich die Wahl. Das Ergebnis der Wahl wird Ihnen später bekannt gegeben.[1)]

[1)] Ergebnis Seite 10950 A

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der FDP

Steigende Strompreise stoppen – Energie bezahlbar machen

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Christian Dürr.

(Beifall bei der FDP)

Christian Dürr (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau 20 Jahren, am 1. April 1999, ist in Deutschland das Stromsteuergesetz in Kraft getreten, etwa ein Jahr später das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

– Hören Sie genau zu!

(Johann Saathoff [SPD]: Gute Entscheidung!)

Jürgen Trittin hat damals gesagt, die Energiewende kostet einen normalen Haushalt so viel wie eine Kugel Eis im Monat. Eis ist in Deutschland seitdem nicht dramatisch teurer geworden, sondern die deutsche Energiepolitik ist teuer geworden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

(B) Ich will Ihnen konkrete Zahlen der Bundesregierung nennen: Bis zum Jahr 2020 wird diese Energiewende die Menschen in Deutschland eine halbe Billion Euro kosten, und sie ist, was den Klimaschutz betrifft, nicht erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zwei Zahlen dazu. Seit Beginn der Energiewende im Jahr 2000 wurde im Stromsektor der CO_2-Ausstoß von etwa 350 Millionen Tonnen auf lediglich 320 Millionen Tonnen im Jahr reduziert. Wir sind in Deutschland keine Klimaschutzvorreiter. Kein anderes Land der Welt gibt so viel Geld für Klimaschutz aus und erreicht dabei so wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

1998 hat eine schwarz-gelbe Bundesregierung den Strommarkt in Deutschland liberalisiert, mit sehr großem Erfolg: niedrige wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie, wettbewerbsfähige Strompreise und niedrige Strompreise für die privaten Haushalte in Deutschland. Stand heute, Große Koalition: Deutschland trägt bei den Strompreisen gemeinsam mit Dänemark in Europa die rote Laterne. Über 50 Prozent des Strompreises sind Steuern und Abgaben. – Der große Profiteur davon, meine Damen und Herren, ist nicht der Klimaschutz. Es ist der Bundesfinanzminister, der von dieser Politik profitiert, und nicht das Weltklima.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Armin-Paulus Hampel [AfD])

Deswegen sage ich sehr deutlich in Richtung der Kol- (C) legen von CDU/CSU, auch vor dem Hintergrund des zu erwartenden Rückgangs beim Wirtschaftswachstum in Deutschland: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um die Stromsteuer für die Unternehmen und die privaten Haushalte in Deutschland endlich zu senken. Fangen Sie es endlich an!

(Beifall bei der FDP)

Die Grünen sind schon seit 2005 nicht mehr an der Bundesregierung beteiligt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Leider wahr!)

Sie regieren seit dem Jahr 2005 und machen einen riesigen Fehler, indem Sie als Union die grüne Energiepolitik in Deutschland eins zu eins fortsetzen. Das ist das historische Versagen von CDU/CSU. Auch das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen streben Sie einen superteuren Kohleausstieg an; über 80 Milliarden Euro für einen symbolischen Kohleausstieg, der dem Klima überhaupt nichts bringt. Richtig wäre es an dieser Stelle, als Staat die Verschmutzungsrechte aus dem Emissionshandel zurückzukaufen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese nationalen deutschen Alleingänge haben bisher überhaupt gar nichts gebracht. Sie waren schlicht und einfach nur teuer. Deswegen ist es kein Wunder, dass die Überschriften in deutschen Zeitungen in den letzten Wochen gelautet haben: „Deutschland versagt beim Klimaschutz", (D) „Planwirtschaftlicher Irrweg", massive Kritik des Bundesrechnungshofs an der deutschen Energiepolitik. Der Chef der Wirtschaftsweisen kritisiert Sie sowie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, in Deutschland bei der Energiepolitik umzusteuern. Fangen Sie endlich an!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD – Johann Saathoff [SPD]: Gibt es einen Vorschlag?)

Zudem – es wurde schon erwähnt –: Dieser historisch lange Aufschwung geht langsam, aber sicher zu Ende – wir haben heute Morgen das Frühjahrsgutachten zur Kenntnis nehmen müssen –: von 1,9 auf 0,8 Prozent. Deswegen will ich in aller Klarheit sagen: Die Menschen und die Unternehmen zahlen historisch und im Vergleich zu vielen anderen Ländern hohe Strompreise. Das ist – das sage ich in Richtung der Kollegen der SPD – vor allem eines, es ist sozial ungerecht. Haushalte mit kleinen Einkommen zahlen Ihre Energiepolitik, und das hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun. Das ist das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Deswegen: Wir brauchen weniger Stromsteuer und mehr Emissionshandel. Wir brauchen weniger Klimanationalismus und mehr Energiebinnenmarkt in Europa. Wir brauchen, um es deutlich zu sagen, weniger Jürgen

Christian Dürr

(A) Trittin und mehr Ludwig Erhard, auch bei der Strompolitik in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Zum Schluss. Mich ärgert in diesen Tagen wirklich, dass von der Linkspartei bis hin zur Union in Sonntagsreden die Demonstration vom Freitag gelobt wird, aber ab Montag wird dann eine Klimaschutzpolitik gemacht, die dem Klima auf der Welt einen Bärendienst erweist. Das ist Ihr Versagen. Sie nehmen die Schüler nicht ernst, die am Freitag sagen: Wir müssen das Klima retten. – Sie erweisen der ganzen Sache einen historischen Bärendienst. Die Energiepolitik ist nicht ökologisch, sie ist nicht sozial, sie schadet unserem Standort, und am Ende zahlen es die Verbraucher. Hier muss umgesteuert werden, und das ist auch die Aufgabe der Union.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner: der Kollege Mark Helfrich für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mark Helfrich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 war der gesellschaftliche Konsens in Deutschland für die Energiewende groß. (B)

(Karsten Hilse [AfD]: Wie viele Strahlentote? Kein einziger!)

Es gab dafür eine breite Mehrheit in Politik und Gesellschaft. Deshalb haben wir dann auch den Atomausstieg bis Ende 2022 beschlossen und die Energiewende noch intensiver vorangetrieben.

Seitdem sind acht Jahre vergangen. Aktuelle Umfragen zeigen uns zweierlei: Erstens. Eine große Mehrheit der Bevölkerung, nämlich 90 Prozent, steht weiterhin hinter der Energiewende, und zwar quer durch alle Bildungs-, Alters- und Einkommensgruppen. Zweitens. Eine große Mehrheit der Verbraucher, nämlich 73 Prozent, ist sogar bereit, höhere Strompreise zu zahlen, wenn der Strom aus erneuerbarer Energie stammt.

(Karsten Hilse [AfD]: Ja super, klasse!)

Damit sind wir beim Thema dieser Aktuellen Stunde, nämlich dem Anstieg der Strompreise. Zunächst einmal muss gesagt werden, dass der Strompreis in den vergangenen Jahren vergleichsweise stabil geblieben ist.

(Lachen des Abg. Karsten Hilse [AfD])

2013 betrug der amtlich ermittelte durchschnittliche Strompreis für private Haushalte 29,24 Cent je Kilowattstunde. Fünf Jahre später, also 2018, lag er dann bei 29,88 Cent. Das ist ein Anstieg von durchschnittlich 0,43 Prozent pro Jahr; er liegt damit deutlich unter der Inflationsrate. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Das ist die Ausgangslage der Diskussion, die wir gerade führen.

Nichtsdestotrotz sind die Schlagzeilen der letzten Tage nicht gänzlich falsch. Wenn wir uns anschauen, wo wir herkommen, dann sehen wir, dass sich die Stromkosten privater Haushalte im Vergleich zum Jahr 2000 mehr als verdoppelt haben. Aber – und das ist ein sehr großes Aber – Deutschland hat es in dieser Zeit geschafft, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf über 38 Prozent zu erhöhen und damit zu versechsfachen. Allerdings liegt noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns, um das Ziel eines Anteils von 65 Prozent bis 2030 zu erreichen.

Wo liegen nun aber die Gründe für diese Preissteigerung? Ein Grund sind die gestiegenen Einkaufspreise der Energieversorger. Man könnte auch sagen, liebe Freunde von der FDP, der Markt war's.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, Kohle und Gas sind teurer geworden! Das war's!)

Die Beschaffungskosten befinden sich nicht nur auf einem Rekordniveau, sondern haben nach Angaben der Bundesnetzagentur im vergangenen Jahr um knapp ein Drittel zugelegt. Das hat vor allem zwei Ursachen: Zum einen ist der Marktpreis für den Rohstoff Kohle gestiegen, zum anderen hat sich der Preis für CO_2-Zertifikate im Jahr 2018 verdreifacht; (D)

(Lorenz Gösta Beutin [DIE LINKE]: Das hat keine Auswirkungen!)

denn die EU-Kommission hatte beschlossen, die Zahl der Zertifikate zu verknappen. Damit stieg dann auch deren Preis.

Wenn ich mich richtig entsinne, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, dann steht in Ihrem Wahlprogramm, dass Sie den Emissionshandel stärken wollen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Sie haben ja auch, Kollege Dürr, diese Forderung hier heute als einen von zwei legendären Vorschlägen, die Sie uns präsentiert haben, wiederholt.

Natürlich sorgt nicht nur der Einkaufspreis für den aktuell hohen Strompreis; ein großer Brocken sind in der Tat auch Abgaben und Umlagen, die rund 30 Prozent des Strompreises ausmachen.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: In Summe 70 Prozent!)

Die EEG-Umlage, über die der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert wird, ist dabei der größte Posten. Zu den harten Fakten der Energiewende gehört, dass die EEG-Umlage über viele Jahre stark gestiegen ist.

(Christian Dürr [FDP]: Ja, während Ihrer Regierungszeit!)

Mark Helfrich

(A) Beginnend mit dem Jahr 2014 bzw. dem EEG 2014 haben wir dem entgegengewirkt und von der Festvergütung für erneuerbaren Strom auf ein marktorientiertes Ausschreibungsmodell umgestellt. Die Wirkung dieser Umstellung lässt sich direkt beobachten: Die Vergütungssätze sinken, und auch die EEG-Umlage ist mittlerweile rückläufig. Diesen Erfolg wollen wir mit einer stärkeren Marktorientierung der erneuerbaren Energien fortsetzen, um die System- und EEG-Kosten so gering wie möglich zu halten.

Meine Damen und Herren, die Investitionen in die Energiewende, die von Bürgern und Betrieben über die EEG-Umlage getragen werden, sind sehr hoch. Wir sind uns dessen und unserer Verantwortung für bezahlbare Energiepreise sehr bewusst. Deshalb werden Sie auch von der Union keine so dümmlichen Eiskugelpreisvergleiche hören, die man von einigen in der Vergangenheit gehört hat.

(Beifall der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber die Frage ist doch ehrlicherweise: Gibt es denn günstigere Alternativen? Dass von Ihnen von der FDP in dieser Debatte die Forderung nach Steuersenkungen kommt, war jetzt nicht ganz überraschend.

(Christian Dürr [FDP]: Dass Sie keine Steuersenkungen wollen, wissen wir!)

Die Kosten, die auf uns zukämen, wenn wir nicht in Maßnahmen gegen den Klimawandel investieren würden, wären mit Sicherheit höher. Damit meine ich nicht

(B) nur Klimafolgekosten, sondern vor allem auch drohende milliardenschwere Strafen, wenn wir unsere Klimaziele verfehlen.

(Karsten Hilse [AfD]: Wer soll denn die einfordern?)

Sehr verehrte Damen und Herren, die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wir müssen sie so effizient und marktwirtschaftlich wie möglich umsetzen. Es ist allemal besser, jetzt in Klimaschutz zu investieren, als später zu reparieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Kollege Dr. Bruno Hollnagel.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Bruno Hollnagel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der letzten Anhörung im Finanzausschuss beklagte sich praktisch jeder Sachverständige über bestimmte Begriffe, die nicht klar definiert worden sind. Es wurde auch der ausufernde Bürokratismus beklagt. Wir erwarten von der Regierung entsprechende Reaktionen.

Der Staat ist der größte Strompreistreiber in Deutschland. 54 Prozent des Strompreises, das heißt mehr als die Hälfte, resultieren alleine aus Abgaben und Umlagen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (C)

(Beifall bei der AfD)

Schon deswegen sollten die Stromsteuern auf ein Minimum gesenkt, wenn nicht gar ganz abgeschafft werden.

Erheblicher Preistreiber sind vor allem die erneuerbaren Energien. Wenn Sie den Anteil der erneuerbaren Energien von 38 Prozent so feiern, dann sage ich: Damit treiben Sie den Preis für Energie in die Höhe.

(Timon Gremmels [SPD]: Beleg für Ihre These?)

Sie sind nur wegen der Subventionen wirtschaftlich wettbewerbsfähig.

Die staatlich verursachte Preistreiberei hat für vielen Menschen ganz erhebliche Nachteile gebracht.

(Beifall bei der AfD)

Alleine im Jahr 2018 wurde 344 000 deutschen Haushalten der Strom gesperrt, weil sie ihn nicht bezahlen konnten, und 4,8 Millionen drohte die Sperrung. Das muss sich ändern; da haben Sie einen Handlungsbedarf zu erfüllen.

(Beifall bei der AfD)

Ursprünglich sollten Einsparungseffekte erzielt werden. Was für ein Ziel verfolgen Sie eigentlich heute? (D) Welches Ziel auch immer Sie verfolgen, Sie wollen es in jedem Fall über den Preis erreichen. Da gibt es Leute, die sagen: Wir müssen den Strom aus regenerativen Quellen verteuern,

(Zuruf von der SPD: Was? – Mark Helfrich [CDU/CSU]: Sitzen die bei Ihnen in der Fraktion, oder was?)

weil damit Sozialleistungen finanziert werden müssen. – Sie wollen also über diese Abgaben Sozialleistungen finanzieren.

(Johann Saathoff [SPD]: Was?)

Sie wollen durch den höheren Preis aber auch den Stromverbrauch drosseln. Trotz Preissteigerungen ist in der Vergangenheit aber keine Reduzierung der verbrauchten Strommengen erzielt worden. Warum? Weil wir alle von Strom abhängig sind. Ob wir damit kochen, ob wir damit produzieren, ob wir damit unsere Handys oder Computer betreiben – wir brauchen den Strom. Der Strombedarf wird steigen. Strom dient der Deckung von Grundbedürfnissen.

Hohe Strompreise, meine Damen und Herren, machen natürlich auch die E-Mobilität uninteressant, sie stehen ihr sogar entgegen. Sie schaden natürlich auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels [SPD]: Die AfD schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland!)

Dr. Bruno Hollnagel

(A) Andere wollen Strom billiger machen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und auch die E-Mobilität zu fördern. Doch die E-Mobilität hat ein ganz anderes Problem, nämlich das Problem der Batterien.

Wenn nun auch CO_2-Emissionen, die durch die Stromerzeugung verursacht werden, direkt oder indirekt besteuert werden, so hat der Staat ein Interesse daran, dass CO_2 emittiert wird; denn dann generiert er Einnahmen. Er will offiziell die CO_2-Emissionen reduzieren, braucht aber die Einnahmen aus dem Verkauf von CO_2-Emissionszertifikaten für seinen Haushalt. Das Prinzip ist widersprüchlich und deswegen grundsätzlich falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben keine Konzepte. Das ist Ihr Problem.

(Timon Gremmels [SPD]: Das sagt ja der Richtige!)

Was wäre der richtige Ansatz? Richtig wäre, Abgaben auf Umweltverschmutzungen zu erheben und die Gelder, die man darüber einnimmt, für die Reinigung der Umwelt auszugeben. Das wäre logisch, und das wäre konsequent. Sie sind aber nicht in der Lage, daran auch nur zu denken.

Die Sachverständigen erkannten, dass die Stromsteuer ein Lenkungsinstrument ist. Wir alle wissen, was es bedeutet, wenn der Staat lenken will. Das ist Planwirtschaft, und wir sind gegen jede Art von Planwirtschaft, weil sie ineffektiv und auch unsozial ist.

(Beifall bei der AfD)

(B) Wir wollen eine Marktwirtschaft und keine Planwirtschaft. Wir wollen Realismus statt Ideologie. Wir wollen freie Bürger statt Bürokratie.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Bernd Westphal.

(Beifall bei der SPD)

Bernd Westphal (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu meinem Vorredner will ich mich gar nicht äußern, da kommt energiepolitisch wenig Konstruktives. Ich war gestern zusammen mit dem Wirtschaftsausschuss dieses Hauses auf der Hannover Messe. Dort sieht man: Es geht nicht um Planwirtschaft, sondern um Innovationen und Investitionen in Zukunftstechnologie.

(Beifall bei der SPD)

Das hat viel mit Energie zu tun. Dort werden Projekte vorgestellt, die zeigen, wohin die Entwicklung in Zukunft gehen wird. Viele Unternehmen forschen und investieren in diesem Bereich.

Herr Dürr, Sie beschweren sich über zu hohe Energiepreise. Ich kann nur sagen: Wenn die FDP mitregiert, wird es richtig teuer. Sie haben in der Zeit regiert, in der der Wechsel hin zum Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen worden ist. Dieser Wechsel hat zu hohen Kosten geführt, und nicht das, was wir mit konstruktiver Politik auf den Weg bringen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Christian Dürr [FDP]: Da haben Sie keine Mehrheit in Ihrer eigenen Partei, glaube ich!)

Sie behaupten, wir bezahlen europaweit die höchsten Preise für Energie. Ich glaube, in der Debatte muss man fairerweise darauf hinweisen, dass die Kaufkraft und die Wirtschaftsleistung eines Landes in die Berechnung einbezogen werden müssen. Sie können das Durchschnittseinkommen in Prozent in Deutschland nicht mit dem in Ländern wie Litauen oder anderen vergleichen. Man muss zum Beispiel auch anführen, dass in Frankreich mit Strom geheizt wird. All das muss man mit anführen, wenn man Vergleiche anstellt. Deshalb ist das, was Sie vorgetragen haben, nicht ganz richtig.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Sie müssen über den Weg reden, aber das machen Sie nicht!)

Ein weiterer Punkt ist: Nicht jeder Strompreisanstieg ist zwingend auf die Energiewende zurückzuführen. Auch die Kosten für die Rohstoffe Kohle, Öl und Gas, die wir importieren müssen, sind ausschlaggebend dafür, wie sich die Strompreise an der Börse entwickeln. Deshalb darf man sich nicht nur darauf fokussieren, was energiepolitisch auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD) (D)

Die Rohstoffkosten sind immerhin für 20 Prozent der Strompreise verantwortlich. Aber es gibt natürlich auch noch Steuern, Abgaben und Umlagen, und wir müssen an die Abgabensystematik ran, weil es in diesem Bereich Fehlsteuerungen gibt.

Mit der Energiewende und der Einführung des EEG geht eine Technologieförderung einher. Mit diesem Instrument fördern wir Innovation und Entwicklung in Unternehmen. Die Lernkurve der letzten 20 Jahre zeigt, dass dieses Instrument dazu führt, dass wir heute zu den gleichen Kosten, teilweise geringer, Strom erzeugen können als mit fossilen Energien, auf jeden Fall geringer als mit Kernenergie, weil die Folgekosten eben nicht eingepreist waren. Die Endlagerfrage ist noch nicht geklärt, und es ist nicht klar, welche Kosten auf uns zukommen werden. Deshalb ist es der richtige Weg, jetzt in erneuerbare Energien zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Einführung von Ausschreibungen haben wir ein marktwirtschaftliches Instrument etabliert, das dazu führt, dass zum Beispiel hohe Pachtpreise, die Landwirte teilweise für Flächen nehmen, nicht mehr zusätzlich in die Kalkulation von Windanlagen einfließen. Das hat in der Produktion, in der Planung und in der Projektion großer Windparks dazu geführt, dass Kosten reduziert werden können. Damit wird dem neuen Weg, zukünftig Energieversorgung sicherzustellen, Rechnung getragen.

(Beifall bei der SPD)

Bernd Westphal

(A) Zukünftig müssen wir ein Preisschild daran kleben, was wir durch hohe Preise verhindern wollen, nämlich die CO_2-Emissionen. Deshalb bitte ich darum – der Wirtschaftsminister sitzt dort –, dass wir versuchen, in einer Gruppe darüber zu diskutieren, inwieweit es möglich ist, die soziale Balance, die wir jetzt durch das EEG eben nicht haben, durch eine Bepreisung der CO_2-Emissionen und durch Sektorkopplung zu fördern, neue Entwicklungen und Planungssicherheit zu etablieren und damit dafür zu sorgen, dass die Energiewende zusätzlich an Dynamik gewinnt.

(Karsten Hilse [AfD]: Seien Sie doch ehrlich, was Sie wirklich wollen! Zusätzliche CO_2-Preise! Das ist ungerecht!)

Wenn wir jetzt nicht investieren, um ein zukünftiges Energiesystem für die nächsten Generationen aufrechtzuerhalten, wird es noch teurer. Von daher sind die Investitionen absolut richtig und gerechtfertigt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Mark Helfrich [CDU/CSU])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis über den dritten Wahlgang** einer Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Bundestages bekannt: abgegebene Stimmzettel 665. Mit Ja haben gestimmt 199 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 423 Abgeordnete, Enthaltungen 43. (B)

(Beifall des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Die Abgeordnete Mariana Iris Harder-Kühnel hat die erforderliche Mehrheit nicht erreicht und ist damit nicht zur Stellvertreterin des Präsidenten gewählt.[1)]

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass nach § 2 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kein weiterer Wahlgang mit einer im dritten Wahlgang erfolglosen Bewerberin stattfindet; es sei denn, es wird ein weiterer Wahlgang im Ältestenrat vereinbart. Wird hingegen eine neue Bewerberin oder ein neuer Bewerber vorgeschlagen, so ist in einem neuen Wahlverfahren wieder die entsprechende Mehrheit erforderlich. In jedem Fall aber ist zu vereinbaren, an welchem Tag die Wahlen stattfinden.

Wir fahren in der Aktuellen Stunde fort. Ich rufe den Kollegen Lorenz Gösta Beutin für die Fraktion Die Linke auf.

(Beifall bei der LINKEN)

Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ja, die steigenden Strompreise sind ein Problem. Sie sind ein Problem für die Kindergärtnerin genauso wie für den Durchschnittsrentner. 2018 gab es 344 000 Stromsperren, das heißt, 344 000 Haushalten ist der Strom abgestellt worden. Wir als Linke sagen: Das muss ein Ende haben. Stromsperren müssen verboten werden. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Aber schauen wir uns die Problematik genauer an. Woran liegt es, dass die Strompreise steigen? Da hilft vielleicht ein Blick auf Ihre Stromrechnung. Auf Ihrer Stromrechnung finden Sie beispielsweise die Kosten für den Einkauf an der Strombörse und auch die Kosten für die Gewinne, die die Unternehmen machen.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Kosten für die Gewinne? Was ist das denn für ein Blödsinn!)

An der Strombörse sind die Strompreise seit 2010 teilweise gesunken, aber die Stromkonzerne haben nicht den Schritt gemacht, die Strompreise für die Endverbraucherinnen und -verbraucher zu senken. Ganz im Gegenteil: Nur wenn die Strompreise an der Börse steigen, legen die Konzerne das auf die Verbraucherinnen und Verbraucher um. Wir Linke sagen: Es ist ein Unding, dass auf dem Rücken der Verbraucherinnen und Verbraucher die Gewinne der Konzerne finanziert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

25 Prozent der Kosten machen die Netzentgelte aus. Die Netzentgelte sind die Kosten, die anfallen, damit Strom durch die Stromnetze geschickt werden kann. Hier haben wir ein weiteres Ungleichgewicht. Im Osten der Bundesrepublik sind die Netzentgelte 5 Cent pro Kilowattstunde teurer als im Westen der Republik. (D)

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Das ist ja unmöglich!)

Das heißt, in den Gebieten, in denen es sowieso schon ein Lohngefälle gibt, in denen niedrigere Löhne gezahlt werden, müssen die Menschen noch viel mehr für ihren Strom ausgeben als im Westen der Republik. Das ist eine Ungerechtigkeit, die abgeschafft gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

In meinem Heimatland Schleswig-Holstein wird rechnerisch ein Anteil an erneuerbaren Energien von 150 Prozent erzeugt. Trotzdem müssen die Stromkundinnen und -kunden in Schleswig-Holstein verglichen mit den Stromkundinnen und -kunden im Saarland jährlich 200 Euro mehr an Netzentgelten bezahlen. Das heißt, die Stromkundinnen und -kunden in Schleswig-Holstein werden dafür bestraft, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Das ist in Brandenburg auch so!)

Auch das gehört beendet, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt und vollständig.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem bezahlen einkommensschwache Haushalte über die EEG-Umlage Subventionen für die Großkonzerne. Wie funktioniert das? Sie alle haben auf Ihrer Stromrechnung den Anteil für die Förderung der erneuerbaren Energien ausgewiesen, die sogenannte EEG-Umla-

[1)] Namensverzeichnis der Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 2

Lorenz Gösta Beutin

(A) ge. Die EEG-Umlage bezahlen aber nur 75 Prozent der Stromkunden. Mehr als 2 000 Unternehmen sind von der EEG-Umlage ausgenommen. Das heißt, 6,5 Milliarden Euro – so viel sparen die Großkonzerne durch die Ausnahme – werden über die Strompreise auf uns alle umgelegt. Das heißt, durch höhere Strompreise werden die Gewinne der Konzerne finanziert.

Auch das muss beendet werden. Die Industrierabatte können zu einem großen Teil gestrichen werden. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der AfD)

Es war eine gesellschaftliche Entscheidung, zu sagen: Wir wollen die Energiewende. Wir wollen raus aus der Atomkraft. Und ja, wir müssen möglichst schnell raus aus der Kohle. – Deswegen bildet sich über die EEG-Umlage die Energiewende direkt in den Strompreisen ab. Das heißt, man könnte den Eindruck gewinnen, Kohle und Atom würden nicht gefördert. Aber weit gefehlt! Die Subventionen sind direkt staatlich, und sie sind versteckt. Sie bilden sich eben nicht in den Strompreisen ab.

Hinzu kommen zusätzliche Kosten für Gesundheit, für Umwelt, für Nachsorge und selbstverständlich auch für die sogenannte Endlagerung der Abfälle der Atomstromproduktion, wo wir wissen: Es gibt keine sichere Endlagerung. – All das wird auf uns Stromkunden umgelegt.

(B) Und wir müssen ganz klar sagen: Die wahren Preistreiber sind nicht die Erneuerbaren; die wahren Preistreiber sind die fossilen Energien.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der AfD: Unfug!)

Wir als Linke schlagen ein Konzept für sozial gerechte Energiepreise vor. Wir sagen: Kohleausstieg machen, erneuerbare Energien fördern, die Subventionen für die fossilen Energien streichen, die Stromsteuer abschaffen. Wir sagen auch: CO_2 besteuern, um deutlich zu machen, wo das Problem liegt,

(Zuruf von der AfD: Das liegt bei den Linken!)

nämlich bei den CO_2-Emissionen.

Das muss sozial gerecht vonstattengehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Die einkommensschwachen Haushalte müssen durch Sockeltarife bei den Stadtwerken entlastet werden. Mit unserem Konzept hat die Kindergärtnerin, hat die Pflegekraft, hat die Rentnerin schließlich mehr am Ende des Jahres. Das sind gerechte Strompreise – und nicht das, was hier von der FDP vorgeschlagen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich: (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt ein **Antrag** der AfD-Fraktion **zur Geschäftsordnung** vor, nämlich die Sitzung für eine Stunde zu unterbrechen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um das Handzeichen.

(Christian Dürr [FDP]: Nein! Nach der Aktuellen Stunde ja, jetzt nicht! – Zurufe von der SPD: Aber nach der Debatte! – Weitere Zurufe: Nein, jetzt nicht!)

– Der Antrag lautet: jetzt, nach diesem Redner.

(Christian Dürr [FDP]: Nein, auf gar keinen Fall! Jetzt nicht! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach Ende der Debatte! – Zuruf von der SPD: Was für eine Debattenkultur! – Weitere Zurufe: Nein! – Missachtung des Parlaments!)

Wollen Sie den Antrag modifizieren? Sonst muss ich darüber abstimmen lassen. – Dann lasse ich darüber abstimmen. Der Antrag lautet: jetzt sofort eine Unterbrechung von 60 Minuten. Ich bitte um das Handzeichen, wer dafür ist. –

(Zurufe von der AfD: Hammelsprung!)

Die AfD-Fraktion ist dafür. Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Antrag so abgelehnt.

(Die Abgeordneten der AfD verlassen den Plenarsaal – Timon Gremmels [SPD]: Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen! – Gegenruf des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD]: Wir kommen wieder rein! Haben Sie keine Sorge! – Gegenruf des Abg. Timon Gremmels [SPD]: Jetzt haben wir aber Angst, Herr Gauland!) (D)

Ich rufe den Kollegen Oliver Krischer auf.

(Zuruf von der SPD: Wir sind mitten in der Debatte! Das ist unverschämtes Verhalten gegenüber dem Parlament! – Weitere Zurufe)

Lieber Kollege Krischer, bitte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gar nicht schlecht, wenn es da leer ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Aber gut. Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen. Schauen wir mal, was dann passiert.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Herr Dürr, Sie haben hier das Thema Strompreise – jetzt telefoniert er; es gibt offensichtlich Wichtigeres zu regeln – auf die Tagesordnung gesetzt und ungefähr jedem in diesem Haus, der in der Vergangenheit mal Verantwortung getragen hat, einen mitgegeben. Nur: Wenn man sich die Strompreisentwicklung der letzten 20 Jahre

Oliver Krischer

(A) anschaut, dann sieht man etwas Interessantes. In den Jahren 2010 bis 2014 sind die Strompreise nämlich in der Tat regelrecht explodiert. Und welche Partei hat da die Verantwortung getragen? Es war die FDP, meine Damen und Herren, mit den Wirtschaftsministern Brüderle und Rösler.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wenn irgendeiner bei diesem Thema Strompreise mal piano machen sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dann sollten das eigentlich Sie sein. Sie haben hier schon bewiesen, dass Sie es nicht können – um das mal klar zu sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich frage mich, wenn Sie hier andere angreifen – man kann die GroKo ja an vielen Stellen angreifen; darüber, dass sie den Klimaschutz nicht hinbekommt,

(Bernd Westphal [SPD]: Doch!)

kann man viel reden –: Wo ist eigentlich das energie- und klimapolitische Konzept der FDP?

(Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist es?)

Da habe ich, ehrlich gesagt, bisher überhaupt nichts gehört. Insofern ist es schon ein Witz, wenn Sie das hier
(B) machen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann gehört es auch dazu, dass man sich vielleicht mal mit den Fakten auseinandersetzt.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Genau da fangen wir jetzt an!)

Das scheint bei einigen hier nicht der Fall zu sein. Schauen wir uns einmal an: Wieso sind im letzten Jahr die Strompreise gestiegen? Die EEG-Umlage, die Sie hier so problematisiert haben, und die Netzentgelte, das heißt die staatlichen Bestandteile, sind gesunken. Was gestiegen ist, ist der Börsenpreis. Und das sind die Kohle- und Gaskraftwerke. Die haben deutlich getrieben. Fossile Energien sind der Treiber für den Strompreis, meine Damen und Herren.

Gibt es denn überhaupt noch eine bessere Begründung für die Energiewende? Erneuerbare machen den Strom billiger. Genau das ist passiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Martin Neumann [FDP]: Das glauben Sie selbst nicht!)

Deshalb muss es eine Konsequenz geben, die wir anpacken müssen. Wir müssen nämlich die Erneuerbaren konsequent ausbauen. Denn wenn wir auch die Folgekosten der Fossilen als CO_2-Preis einrechnen, dann werden die Kosten noch mehr steigen. Deshalb brauchen wir

(C) auch einen CO_2-Preis. Mit ihm können wir dann sogar Strompreisbestandteile wie die EEG-Umlage oder die Stromsteuer senken.

Das wären die Maßnahmen. Alles das lehnen Sie von der FDP aber ab, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der FDP: Aus gutem Grund!)

Das ist, ehrlich gesagt, nicht zukunftsfähig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Wahrheit gehört auch, dass man eines sagt. Wenn man sich beispielsweise anguckt: „Wer zahlt denn hier die hohen Strompreise?“, dann sieht man, dass die von den Umlagen und Entgelten befreite Industrie heute, im Jahr 2019, die niedrigsten Strompreise aller Zeiten hat.

(Zurufe von der FDP)

Und wer zahlt das? Das zahlen die privaten Haushalte, meine Damen und Herren. 17 Milliarden Euro – 17 Milliarden! – werden von den privaten Haushalten auf die Industrie umverteilt.

Herr Pfeiffer, man kann ja durchaus für die eine oder andere Sache sein. Aber welche Ausmaße das angenommen hat, muss hier diskutiert werden. Das ist die größte Umverteilung und Subvention in unserem Land, und das kann so nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Christian Dürr [FDP]: Das geht doch durch den Kohleausstieg noch weiter, Herr Krischer! Das wird doch alles noch viel schlimmer!) (D)

Dann komme ich zu dem Punkt, dass die Ärmsten in unserem Land in der Tat die höchsten Strompreise zahlen. Wir haben ein Konzept der Grundversorgung. Das bedeutet, dass die Ärmsten das Höchste zahlen. Ich sage klipp und klar: Damit haben schon mal Kanzlerkandidaten der SPD – sie hießen Steinbrück und Schulz – Wahlkampf gemacht. Die SPD trägt seit Jahren Verantwortung für das Thema, macht aber in dem Bereich überhaupt nichts.

(Timon Gremmels [SPD]: Was? Nein! Bis jetzt war es eine gute Rede!)

Da können Sie sich auch nicht hinter der Union verstecken.

Es muss endlich Schluss sein mit dem Konzept der Grundversorgung. Wir dürfen es nicht mehr zulassen, dass die Ärmsten in unserem Land die höchsten Strompreise zahlen, meine Damen und Herren. Auch sie müssen von der Energiewende profitieren, nicht nur die befreite Industrie. Das ist ganz wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nun komme ich zum Thema Stromsperren. Das ist ja eben schon angesprochen worden. Es ist in der Tat ein Skandal, dass 300 000 Menschen im Jahr der Strom abgestellt wird. In vielen Städten unseres Landes gibt es hervorragende Modellprojekte, wie man das vermeiden kann. Sorgen Sie endlich dafür, dass im Gesetz die Ver-

Oliver Krischer

(A) pflichtung verankert wird, dass Stadtwerke, Verbraucherzentrale und Jobcenter sich um diese Menschen kümmern. Dann kann man Stromsperren vermeiden. Das machen Sie nicht. Dies wäre Aufgabe einer Großen Koalition – aber da hört man von Ihnen gar nichts –, um Strompreise zu senken.

Wir brauchen den Ausbau der Erneuerbaren. Wir brauchen einen CO_2-Preis. Das macht in Zukunft Stromkosten günstiger. Das macht es auch erschwinglich. Das wird am Ende dazu führen, dass die Menschen auch von der Energiewende profitieren – noch mehr, als das bisher der Fall war.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Der nächste Redner: der Kollege Carsten Müller, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf die FDP: Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde ist leider deutlich zu kurz gesprungen. Denn wenn wir uns über Energiepolitik unterhalten, dann spielt Strom eine Rolle;

(B) (Dr. Martin Neumann [FDP]: Das ist aber entscheidend!)

aber Wärme spielt eine weitere Rolle. Ich bedaure sehr, dass dieser Punkt bisher noch gar nicht angesprochen worden ist.

(Beifall des Abg. Timon Gremmels [SPD] – Dr. Martin Neumann [FDP]: Kommt noch!)

Der Union ist sehr wichtig, dass wir eines nicht aus dem Auge verlieren: Wenn wir uns über Energiepolitik unterhalten, müssen wir uns nämlich daran erinnern, dass es hierbei gilt, ein Zieldreieck zu verfolgen, nämlich: Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und – ganz wichtig – Versorgungssicherheit.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Und Akzeptanz!)

Meine Damen und Herren, dabei ist eines allerdings klar: Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Das ist auch in weiteren Teilen der Gesellschaft akzeptiert. Mein Kollege Helfrich hat das schon mit einigen Zahlen untermalt. Im Jahr 2002 haben 61 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung gesagt, sie seien bereit, Strompreisaufschläge für eine Klima- und Umweltschutzpolitik, für einen Ausbau der Erneuerbaren zu akzeptieren. Dieser Anteil hat sich bis zum Jahr 2017 nicht wesentlich verändert; er ist sogar geringfügig angestiegen. Das ist im Übrigen auch Maßgabe für unsere Politik. Interessant hierbei ist, dass eine überdurchschnittliche Bereitschaft, so etwas zu akzeptieren, bei Anhängern der FDP vorhanden war, und – meine Damen und Herren, man glaubt es kaum; die Kolleginnen und Kollegen von der AfD können es jetzt nicht verfolgen – selbst bei 50 Prozent der Anhänger der sogenannten AfD – Sie wissen ja selbst, dass 50 Prozent eine magische Größenordnung sind – besteht die Bereitschaft, solche Investitionen in Klima- und Umweltschutz zu akzeptieren. (C)

Meine Damen und Herren, wir reden hier auch über eine soziale Dimension. Dieser sozialen Dimension begegnet man aus unserer Sicht am besten, wenn man marktwirtschaftliche Werkzeuge bei der Energie- und Klimapolitik einsetzt. Wir machen das.

(Abg. Karsten Hilse [AfD] betritt den Plenarsaal)

Wir haben einen Großteil der Fördersätze bei den Erneuerbaren auf ausschreibungsbasierte Vergaben umgestaltet. Das zeitigt Erfolg: Der Strompreis für private Haushaltskunden konnte stabilisiert werden. Wenn wir uns die Zahlen zum Stichtag 1. April ansehen, stellen wir fest, dass wir es in den vergangenen zwei Jahren mit einem Anstieg um lediglich 0,08 Cent pro Kilowattstunde zu tun haben. Wenn wir uns die Strompreise in den letzten fünf Jahren ansehen, stellen wir fest, dass der Anstieg mit 0,64 Cent pro Kilowattstunde für Haushaltskunden deutlich unter der allgemeinen Preissteigerung liegt. Woran liegt das? Die EEG-Umlage ist im Jahr 2019 abermals gesunken. Das war keine Kleinigkeit.

(Timon Gremmels [SPD]: Und sie wird wieder sinken!)

Wir reden hier über ein Absinken um 6 Prozent, und das in einem Zeitraum – seit 2014 –, in dem wir den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien um über 50 Prozent gesteigert haben. (D)

Wir arbeiten an diesem Thema rund um die Uhr. Ende letzten Jahres haben wir das sogenannte Energiesammelgesetz verabschiedet. Die Union hat sich für Innovationsausschreibungen starkgemacht, weil wir die feste Überzeugung haben, dass wir den Herausforderungen einer klugen Energie- und Umweltpolitik nur dann begegnen können, wenn wir ganz neu denken. Wir arbeiten auch an der Akzeptanz. Aus Sicht der Union ist es nicht dauerhaft hinnehmbar, dass wir Milliardenbeträge für Redispatch aufwenden. Das ist den Stromkunden nicht zu vermitteln. Deswegen setzen wir hier an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ziel unserer Umwelt- und Energiepolitik ist eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieerzeugung. Meine Damen und Herren, dazu gehören für uns – lassen Sie mich das im Vorgriff auf eine heute noch anstehende Debatte sagen – auch der Strom und die Wärme aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Wir als Union hätten uns gewünscht, dass wir bei diesem Thema hier sehr schnell zu einem Entschluss gekommen wären, dass wir im Rahmen der NABEG-Beratungen der KWK-Branche Sicherheit gegeben hätten. Ich appelliere an dieser Stelle an unseren Koalitionspartner, dieses Thema im Auge zu behalten; der Kollege Saathoff hat aufmerksam zugehört. Das ist Politik für die Menschen, und das ist Klima- und Umweltschutzpolitik, und das ist auch Wirtschaftspolitik.

Carsten Müller (Braunschweig)

(A) Lassen Sie mich in den wenigen Sekunden Redezeit, die mir noch verbleiben, noch einen wichtigen Gesichtspunkt ansprechen. Wir haben mit großer Zufriedenheit das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 28. März dieses Jahres zur Kenntnis genommen. Beihilferechtliche Fesseln in Bezug auf das EEG-System wurden gelöst. Wir von der Union wollen diesen Urteilsspruch nutzen, um ganz wesentlich zum Bürokratieabbau im Bereich der Energiepolitik und der Energieerzeugungspolitik beizutragen.

Was ist für den Verbraucher wichtig zu wissen? Häufiger mal den Anbieter wechseln, also das nutzen, was wir unter Unionsführung eingeführt haben, nämlich den Wettbewerb auf dem Strommarkt! Wichtig ist energieeffizientes Verhalten. So kann man am sinnvollsten die Umwelt entlasten und den eigenen Geldbeutel. Wir begrüßen sehr, dass Peter Altmaier einen Strompreisgipfel angekündigt hat; das halten wir für richtig. Er wird in Kürze stattfinden. Das ist vertretbare, gute, ausgewogene Energiepolitik mit der Union.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die Fraktion der AfD hat das Wort der Kollege Karsten Hilse.

(Zuruf von der SPD: Jetzt ist aber ruhig!)

(B) **Karsten Hilse** (AfD):

Kein Problem, wenn es ruhig ist. Aber es wird gleich laut. Das verspreche ich Ihnen.

(Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was soll diese Drohung? – Ulli Nissen [SPD]: Sie können uns keine Angst machen! Da können Sie aber sicher sein!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Landsleute! Mit Ihrer Genehmigung beginne ich mit einem Zitat aus einem Tweet eines offensichtlichen Spezialexperten für Energieversorgung und Stromrationierung, des ehemaligen Präsidenten des NABU, Staatssekretär Flasbarth. Auf die Frage „Welche Energieform soll nach der Abschaltung der Kohle- und Kernkraftwerke die Grundlast sichern bzw. diese Kraftwerke ersetzen?“ antwortete er – Zitat –:

> Grundlast wird es im klassischen Sinne nicht mehr geben. Wir werden ein System von Erneuerbaren, Speichern, intelligenten Netzen und Lastmanagement haben.

Ein wahrer Experte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben aber auch nichts verstanden!)

Offensichtlich ist Herr Flasbarth bei Annalena Baerbock in die Lehre gegangen, die behauptete, dass man Strom in Netzen speichern kann, was zeigt, dass nicht nur bei den Grünen, sondern auch bei den Spezialdemokraten Spezialexperten am Werk sind. (C)

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So wenig Ahnung!)

Das Wirken dieser Spezialexperten gemeinsam mit der ehemals konservativen CDU hat nicht nur für die höchsten Strompreise in Europa gesorgt und Hunderttausende wertschöpfende Arbeitsplätze gefährdet; dieses Wirken führt auch dazu, dass die Gefahr eines großflächigen mehrtägigen Stromausfalls mit all seinen katastrophalen Folgen, wie in der Bundestagsdrucksache 17/5672 eindringlich beschrieben, mit jedem abgeschalteten Grundlastkraftwerk exponentiell steigt.

Laut „Manager Magazin“ sind wir am 10. Januar dieses Jahres nur knapp an einem europaweiten Blackout vorbeigeschrammt – mit sogenannten Lastabwürfen; auf Deutsch: Mit Abschaltungen und dem schnellen Hochfahren von zwei Kraftwerken wurde das Schlimmste verhindert. Die Anzahl der Eingriffe in die Netze, sogenannte Redispatch-Maßnahmen – wir haben gerade davon gehört –, stieg in Deutschland von 3 bis 4 pro Jahr im Jahre 2006 auf fast 8 000 allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2018. Im Jahr 2017 kosteten allein solche Maßnahmen 1,4 Milliarden Euro.

Aber was passiert, wenn wir unsere Grundlastkraftwerke nach und nach abschalten, nur noch Zappelstrom produzieren und der Wind dann gerade nicht weht? Stellen Sie sich bitte vor Ihrem geistigen Auge vor: Sieben Tage lang fällt in Deutschland der Strom aus. – Für die Ideologen hier, die sich als Experten für alles bezeichnen, aber wenig Ahnung von Stromproduktion und Netzstabilität haben: Bei einem großflächigen Stromausfall können Sie nicht einfach einen Hebel umlegen. Sie können nur langsam einen Erzeuger nach dem anderen und dementsprechend auch die Verbraucher wieder zuschalten. – Jetzt noch einmal: Sieben Tage ohne Strom, ohne Wasser, ohne Benzin, ohne frische Lebensmittel, ohne ausreichende medizinische Versorgung, da tritt die Gesetzestreue unserer Bürger sehr schnell hinter den Selbsterhaltungstrieb zurück; das kann ich Ihnen versprechen. Kommunen, Gemeinden, Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen sind nicht im Mindesten auf einen solchen Fall vorbereitet. Notstromaggregate können in den meisten Krankenhäusern zwischen 24 und 48 Stunden lang Intensivstationen und Operationssäle mit Strom versorgen. Was kommt danach? (D)

In der schon erwähnten Drucksache werden auch die Kosten geschätzt. Die Berechnungen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts fallen etwas höher aus. Nach deren Berechnung kostet ein deutschlandweiter einstündiger Stromausfall durchschnittlich 400 Millionen Euro. Das wären fast 10 Milliarden Euro pro Tag.

Kommen wir zurück zu den Menschen. In Deutschland gibt es 60 000 bis 80 000 Dialysepatienten, 280 000 Schlaganfälle pro Jahr.

(Timon Gremmels [SPD]: Kein Argument ist zu blöd für die AfD!)

Karsten Hilse

(A) Laut Gesundheitsberichterstattung des Bundes werden täglich durchschnittlich 50 000 teilweise lebensnotwendige Operationen durchgeführt. Dazu kommen pflegebedürftige Menschen in Pflegeheimen, aber auch zu Hause, die dann nicht mehr im erforderlichen Maß versorgt werden können.

(Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie schrecken vor nichts zurück!)

Jeder hier kann sich ausrechnen, sofern er es denn will, wie viele Todesopfer ein solcher Blackout fordert. Ich hoffe sehr, dass wir nie einen solchen Blackout erleben werden; aber wenn Sie Ihre Energiepolitik nicht ändern, ist er unausweichlich. Und Sie alle werden dann die Verantwortung für jeden einzelnen Toten tragen.

(Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geschmacklos!)

Und wofür das Ganze? Wenn Deutschland nicht 1 Gramm CO_2 mehr ausstieße und die Theorie vom menschengemachten Klimawandel stimmte, könnten wir die hypothetische Erderwärmung um 0,000653 Grad Celsius verringern. Für diesen aberwitzig geringen Wert auch nur 1 Cent auszugeben, auch nur einen Arbeitsplatz zu vernichten oder auch nur ein einziges Menschenleben zu gefährden, ist rein ideologischer Irrsinn.

Ich schließe mit einem Zitat aus dem genannten Bericht:

> Die Folgeanalysen haben gezeigt, dass bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden.

(B)

Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen: das Vertrauen seiner Bürger. Dieses Vertrauen, werte Regierung, haben Sie bereits verloren, zumindest bei einem ziemlich großen Teil der Bevölkerung.

Danke schön.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Johann Saathoff.

(Beifall bei der SPD)

Johann Saathoff (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hilse, es ist wie immer: eine Politik des Angstmachens – den Leuten Angst indoktrinieren wollen –,

(Karsten Hilse [AfD]: Die Angst machen Sie: vor der Apokalypse!)

antieuropäischer Blickwinkel. Mit verantwortungsvoller Energiepolitik hat das so gut wie gar nichts zu tun, und deswegen gehört das letzten Endes in die Ecke, in die Sie es gestellt haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Es wird der Eindruck vermittelt – auch von Ihnen –, dass die erneuerbaren Energien schuld seien an der Höhe der Strompreise. Das ist eine sehr, sehr verkürzte Darstellung, die wir hier immer wieder mitkriegen; denn der Strompreis setzt sich aus vielen unterschiedlichen Bestandteilen zusammen.

(Karsten Hilse [AfD]: Genau!)

Die EEG-Umlage – das haben wir heute schon zwei-, dreimal gehört – ist im letzten Jahr sogar leicht gesunken.

Die gute Botschaft ist, Herr Dürr: Sie wird auch in den kommenden Jahren sinken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Karsten Hilse [AfD]: Ja, ganz genau!)

Die ersten Anlagen fallen nämlich aus der 20-jährigen Förderung heraus; das sind die Anlagen, die wir ganz besonders stark gefördert haben. Das heißt, es ist eindeutig zu erwarten, dass die EEG-Umlage sinken wird. Der ein oder andere weiß, dass ich nicht Präsident des Fanklubs für Ausschreibungen bin; aber das muss man ja sagen: Die Einführung von Ausschreibungen hat zu deutlichen Kostenreduktionen geführt. Im Offshorebereich hat sie sogar dazu geführt, dass wir 0-Cent-Gebote gehabt haben. Damit haben wir die Erneuerbaren noch viel kostengünstiger gemacht, als sie ohnehin schon waren. (D)

(Christian Dürr [FDP]: Herr Saathoff, das haben Sie doch mal kritisiert!)

Der Börsenstrompreis selbst ist wegen der erneuerbaren Energien und der damit verbundenen Überkapazitäten in den letzten Jahren deutlich gesunken und etabliert sich auf niedrigstem Niveau. Diese Entlastung der Börsenstrompreise muss man eigentlich bei der Belastung der Haushalte durch die EEG-Umlage gegenrechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [FDP]: Ach, so ist das!)

Ich höre immer die Diskussion über die Frage: Welche Energieerzeugung ist am günstigsten? Sie trauen sich ja nicht, zu sagen, dass Sie vielleicht doch lieber die Kernenergie behalten wollen. Aber wenn man Zehntausende von Jahren Kernenergiebrennelemente lagern muss – keine Nation auf der Welt weiß, wie das zu machen ist –, dann können Sie mir nicht erzählen, dass das eine günstige Energieform ist.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie mit der Kohleenergie weitermachen, wenn Sie die Kosten durch die CO_2-Emissionen bei der Berechnung einfach außen vor lassen, dann berücksichtigen Sie nicht die Folgekosten, die tatsächlich entstehen und die lebensgefährlich sind, zum Beispiel, wenn man direkt am Deich wohnt. Deichbaukosten, Entschädigung für Landwirte aufgrund von Klimaschäden und drohende

Johann Saathoff

(A) Strafzahlungen bei Verfehlung unserer Klimaziele, all das ist teuer. Also, glauben Sie mal nicht, dass Kohleenergie billig ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine sichere, saubere und langfristig günstige Energieversorgung muss das Ziel unserer Energiepolitik sein, und langfristig günstige Energieversorgung gibt es nur mit Erneuerbaren.

Den entscheidenden Anteil am Strompreis machen die Netzentgelte aus. Wir haben Fortschritte beim Bau und beim Betrieb gemacht. Einen Baustein beschließen wir heute mit der Änderung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes. Damit sorgen wir für Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung des Netzausbaus. Darüber hinaus brauchen wir auch noch ergänzende Regeln zum Netzbetrieb. Wir brauchen ein Netzbetriebsoptimierungsgesetz, damit Digitalisierung und Intelligenz endlich auch im Netzbetrieb Einzug finden. Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Erneuerbare in den Süden Deutschlands kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kohleausstieg ist für 2038 avisiert. Ein Großteil der Erzeugung im Süden wird aber wegfallen. Wir haben zwei Möglichkeiten: entweder Stromnetze ausbauen oder die Erneuerbaren, vor allen Dingen Windenergie, in den Süden bringen. Leider wird beides notwendig sein;
(B) nur Stromnetze ausbauen wird nicht reichen. Wenn man eine einheitliche Preiszone in Deutschland behalten will, dann muss man hier wesentlich mehr Erneuerbare ausbauen. Also, Herr Minister – er ist nicht mehr da, schade; es möge ihm jemand ausrichten –, müssen wir neue Windenergieanlagen im Süden bauen. Deswegen brauchen wir keine 10H-Regelung mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Also müssen wir mehr PV ausbauen. Deswegen muss der 52-GW-Deckel weg, und die von Minister Altmaier versprochene Südquote muss dringend her.

Darüber hinaus werden wir grundsätzlich über die Frage der Finanzierung der Energiewende diskutieren müssen. Um die in Paris vereinbarten Klimaziele zu erreichen, werden wir uns damit beschäftigen müssen, dass CO_2 auch einen Preis hat,

(Karsten Hilse [AfD]: Es hat doch schon einen Preis!)

und dabei dürfen wir die Belange der Menschen mit kleinem Geldbeutel und die Belange der Menschen, die in den ländlichen Räumen wohnen, nicht vergessen. Diese können zum Beispiel auch den Stromanbieter wechseln. Sie könnten durch einen Wechsel des Stromanbieters sogar günstiger grünen Strom bekommen können.

(Karsten Hilse [AfD]: Ganz genau!)

Aber es gibt das Problem der Haushaltskunden – Olli Krischer hat darauf hingewiesen –, die nicht wechseln können, weil sie negative Schufa-Einträge haben. Das ist in höchstem Maße ungerecht; das ist überhaupt keine Frage. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darum wollen und werden wir uns kümmern.

„Dat Een unnerschkett de Tat van't Drööm", sagt man in Ostfriesland, oder: Das Ende unterscheidet die Tat vom Traum. Darum wollen wir kämpfen: dass diesen Menschen künftig geholfen wird, ihren Stromanbieter zu wechseln.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Kollege Dr. Martin Neumann.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Martin Neumann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme auf das Ziel zurück: Das Ziel der Energiewende ist, CO_2-Emissionen zu senken.

(Christian Dürr [FDP]: Genau!)

Heute wurde schon mehrfach gesagt, dass wir nicht nur die höchsten Strompreise in Europa haben, sondern vor allen Dingen auch – das macht Sorge – die höchsten CO_2-Vermeidungskosten. (D)

(Beifall des Abg. Christian Dürr [FDP])

Das ist meiner Ansicht nach der Punkt. Diese Preise haben wir bei einer nur marginalen Reduzierung der CO_2-Emissionen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Westphal und auch Herr Krischer haben es ja angesprochen.

Ich will darauf zurückkommen. Sie ergötzen sich daran, dass Sie sich über die Installation von Erneuerbaren hier loben lassen wollen.

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

Es kommt aber darauf an – das ist für die Wirtschaft und für die Verbraucher wichtig –, dass rund um die Uhr, 8 760 Stunden im Jahr, Energie zur Verfügung steht; das ist das entscheidende Kriterium. Sie können dann den Faktor fünf oder den Faktor zehn nehmen – mal unabhängig von der Akzeptanz, inwieweit Sie Onshoreanlagen tatsächlich aufstellen können.

Ich finde es einfach dreist – ich sage es noch mal so –, wenn Sie hier versuchen, den Menschen weiszumachen, dass hohe Strompreise für einen guten Zweck stehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Karsten Hilse [AfD])

Dr. Martin Neumann

(A) In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, stehen die hohen Energiekosten für den falschen Weg.

(Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist Ihr Weg, Herr Neumann? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Sie stehen für ein ineffizientes System und – das ist das Schlimme – für ein katastrophales Management. Das ist, glaube ich, der wichtige Punkt an dieser Stelle.

Mehrfach angesprochen wurde das Thema der Verdopplung.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für eine Verdopplung? – Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist schwer, zu folgen, Herr Neumann!)

Das will ich alles nicht wiederholen. Wichtig ist im Prinzip auch – das müssen wir zur Kenntnis nehmen –, dass Energiepolitik – Stichwort „Strom“ – ein ganz wichtiger Standortfaktor ist. Bei solchen Strompreisen leidet die Wettbewerbsfähigkeit, meine Damen und Herren. Ich glaube, das müssen wir in den Vordergrund rücken.

(Beifall bei der FDP)

Es geht mir da nicht um die große Industrie, die im Zweifelsfall weggeht, sondern es geht mir um die mittelständischen Unternehmen, es geht mir um die Familienunternehmen, die darunter leiden. Das muss man hier tatsächlich noch einmal betonen.

(B) (Beifall des Abg. Frank Müller-Rosentritt [FDP])

Jetzt noch ein weiterer Punkt. Die Preise, die wir aktuell haben, schaden der Energiewende; ich sage Ihnen das

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Herr Müller hat das Thema Wärme angesprochen. Wenn wir teuren Strom haben: Denken Sie an die Wärmepumpen! Wenn die Wärmepumpe effizient laufen soll, braucht sie, wenn sie Umweltenergie ins Gebäude bringen soll, günstigen Strom. Genau das untergraben wir, wenn wir so weitermachen. Darum geht es.

(Beifall bei der FDP – Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Haben Sie sich mal mit den aktuellen Entwicklungen beschäftigt! Das wäre sinnvoll gewesen!)

Wie gesagt, wir haben einen Antrag zur Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß eingebracht. Das kann aber nur – das betone ich – ein erster grundlegender Schritt sein.

Bei der CO_2-Bepreisung – mehrfach angesprochen; ich will es nur noch mal deutlich machen – geht es nicht um eine willkürliche Festlegung, sondern man muss auf ein Maß kommen, damit Wettbewerb tatsächlich auch funktionieren kann. Es könnte zum Beispiel sein, dass man sich darüber Gedanken macht, den C-Gehalt, also den Kohlenstoffgehalt, eines Energieträgers in den Wettbewerb zu stellen. Wir haben es mehrfach gesagt: Wir sind dafür, einen Wettbewerb emissionsarmer Energieträger zu organisieren. Und: Wir brauchen – das ist, (C) glaube ich, jedem klar, der sich mit dem Thema beschäftigt – deutlich mehr Forschung für emissionsarme Energieträger, insbesondere für Wasserstoff. Das ist ja auch mehrfach angesprochen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein letzter Punkt – mit Blick auf die Uhr –: Wir brauchen stärkere Anreize für Investitionen in intelligente Netztechnik; das wissen wir alle. Wir können mit der Symbolpolitik einfach aufhören. Wir brauchen diese 7 700 Kilometer Stromleitungen, und davon ist bisher nur ein Bruchteil, nämlich 950 Kilometer, fertiggestellt. Das reicht nicht. Auch Sie, Herr Müller, haben das Thema Netzstabilität angesprochen: Die Netzstabilität macht das Ganze teuer; denn die Redispatch-Kosten treten immer wieder auf, und wir müssen sie auf die Rechnungen der Verbraucher umlegen.

(Carsten Müller [Braunschweig] [CDU/CSU]: Darauf kriegen wir heute Nachmittag eine Antwort! Stimmen Sie beim NABEG einfach mit!)

Das macht das Ganze teuer und letztendlich nicht effizient.

Ein allerletzter Punkt; ich komme zum Schluss. Ich will an der Stelle mal mit Tabus aufräumen. Aussichtsreiche Lösungen, die wir diskutiert haben, die auch global oder international eine große Rolle spielen, wie zum Beispiel CCU – das steht übrigens im Koalitionsvertrag –, kommen nicht voran. Vor allen Dingen unter den Energie- und Umweltpopulisten gibt es immer wieder Widerstand, indem man etwa fragt: Warum öffnen wir das Ganze nicht, um zu einer Lösung zu kommen? (D)

Noch ein letzter Satz dazu. 95 Prozent – oder 80 Prozent; wir reden ja über verschiedene Zahlen – weniger Treibhausgase bis 2050 werden ohne Technologien im Bereich CCU oder CCS nicht erreichbar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich denke, wir müssen raus aus Wolkenkuckucksheim und ehrlich zu den Menschen sein. Ich glaube, dann schaffen wir Akzeptanz und auch den Erfolg der Energiewende.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Jens Koeppen [CDU/CSU])

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Andreas Lenz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute den von der FDP beantragten Punkt „Steigende Strompreise stoppen – Energie bezahlbar machen“. Da werden im Titel schon zwei unterschiedliche Dinge sozusagen zusammengeworfen: Das eine ist die Strom-

Dr. Andreas Lenz

(A) preisentwicklung, und das andere ist die Energiepreisentwicklung.

Ja, Deutschland hat relativ hohe Strompreise, auch im internationalen Vergleich; keine Frage. Aber wir haben trotzdem eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, weil unsere Wirtschaft innovativ ist und eben auch kreativ ist und ihre Chancen auf dem Weltmarkt zu nutzen weiß.

Was noch dazukommt: Wir haben es die letzten Jahre geschafft, das Wirtschaftswachstum vom Energiebedarf zu entkoppeln. Das spricht eben auch für die Effizienz der deutschen Wirtschaft.

Die Energiepreise in Deutschland für andere Energieträger, gerade wenn man an Heizöl, an Gas, an andere fossile Energieträger denkt, sind im moderaten Bereich, eher sogar im mittleren, im unteren Bereich, wenn man auch die europäische Perspektive hier bemüht.

Wenn man jetzt sagt: „Das macht alles gar keinen Sinn, wenn es um den Gesichtspunkt der Einsparung von CO_2 geht", dann möchte ich nur betonen: Wir haben im letzten Jahr 4,2 Prozent CO_2 eingespart. Es ist also nicht so, dass nichts passiert. Wenn man an der einen oder anderen Schraube noch drehen kann, dann machen wir das. Es ist natürlich auch so, dass wir die Strompreise weiter stabilisieren wollen und die Bürger und die Unternehmen entlasten wollen. Aber wenn man sich anschaut, was die letzten Jahre passiert ist, dann muss man feststellen: Das haben wir gemacht. Wir haben es geschafft, dass die Strompreise sich auf einem konstanten Niveau entwickelt haben und dass das System der erneuerbaren Energien insgesamt effizienter wurde.

(B) Wenn man sich die Ausschreibungsergebnisse anschaut, stellt man fest: Wir sind jetzt im Bereich der Photovoltaik bei unter 5 Cent pro Kilowattstunde und bei Wind onshore bei knapp über 5 Cent pro Kilowattstunde. Und Sie kennen ja auch die Ergebnisse der Offshore-Ausschreibung, wo Gebote zu 0 Cent einen Zuschlag bekommen haben. Das ist ein großer Erfolg, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist unser Erfolg, das ist mehr Markt, das haben wir gemacht, das haben nicht Sie von der FDP gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Martin Neumann [FDP]: Was?)

Auch die EEG-Umlage konnte so über die letzten Jahre stabilisiert werden. Wenn man sich anschaut, woher sozusagen der Rucksack im EEG-Konto, in der EEG-Umlage kommt, dann stellt man fest: Das war die Zeit, wo die FDP Verantwortung in der Regierung übernommen hat. Ich gebe Herrn Krischer ungern recht; aber in diesem Punkt hat er recht.

(Heiterkeit des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Ich widerspreche dann auch noch mal. – Aber wenn man schaut, wer für die Stabilität verantwortlich war: Das sind wir. Für die Lasten, den Mühlstein aus der Vergangenheit sozusagen, den wir noch tragen müssen, haben auch Sie verantwortlich gezeichnet.

Bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war es uns, der Union, immer wichtig, dass wir bei der Besonderen Ausgleichsregelung für die energieintensiven Industrien im Kontext der Europäischen Union Lösungen angeboten haben. Wir haben hier Lösungen gefunden. Wenn diese Entlastung der energieintensiven Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen, kritisiert wird, dann will ich nur ein Beispiel geben: Durch Abschaffung der Besonderen Ausgleichsregelung könnte man eine durchschnittliche Familie im Jahr um circa 50 Euro entlasten – der volkswirtschaftliche Schaden würde aber circa 500 Euro betragen. Also ist die Entlastung der energieintensiven Industrien ein wichtiger Schritt gewesen, und den haben auch wir rechtssicher ausgestaltet. (C)

Wir brauchen hier natürlich ein Mehr an Planungssicherheit. Spricht man mit Mittelständlern, spricht man mit der Industrie, dann ist es so, dass nicht unbedingt nur die absolute Höhe des Strompreises entscheidend ist – es ist die Planungssicherheit.

Wir haben durch das Urteil des EuGH aus der letzten Woche Spielraum, um eben auch hier mehr Planungssicherheit auszugestalten. Dem Urteil zufolge stellt die EEG-Umlage definitiv keine staatliche Beihilfe dar. Wir wollen so noch mehr Planungssicherheit für die Verbraucher erzielen, auch für die Unternehmen und für die Wirtschaft insgesamt.

Außerdem eröffnet uns das Urteil die Möglichkeit, gezielt Anreize zur Energieeffizienz zu setzen. Bis dato war es so, dass viele Unternehmen gar nicht den Anreiz hatten, tatsächlich Energie einzusparen, weil sie über gewisse Grenzen gestoßen wären, die dann die Besondere Ausgleichsregelung wiederum verhindert hätten. Jetzt haben wir wirklich die Möglichkeit, Energieeffizienz zu belohnen, auch die Besondere Ausgleichsregelung entsprechend umzugestalten. Der billigste Strom – auch der billigste Strom für die Unternehmen – ist natürlich immer noch der Strom, der erst gar nicht verbraucht wird. (D)

(Beifall des Abg. Klaus Mindrup [SPD])

Natürlich ist auch die Stromsteuer oder vielmehr das gesamte Abgabensystem insgesamt ein Thema. Die Abgaben im Strombereich betragen mittlerweile tatsächlich rund 50 Prozent des Strompreises. Wir brauchen also eine Abgaben- und Gebührenreform. Diese muss mehr auf CO_2-Gesichtspunkten basieren und sektorübergreifend erfolgen. Am Ende kann bei einem solchen Prozess natürlich auch ein CO_2-Preis stehen; aber wir dürfen hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, wir müssen das Richtige vielmehr auch richtig machen und auch darauf aufpassen, dass es in einzelnen Sektoren nicht zu negativen Effekten kommt, die wir nicht wollen.

Diese Konzepte müssen wir zusammen diskutieren; dazu lade ich Sie ein. Ich bitte Sie aber auch, den Industriestandort Deutschland gleichzeitig nicht schlechtzureden. Und ich bitte auch, dass wir die Chancen der Energiewende für Mittelstand und Wirtschaft, aber auch für die Gesellschaft insgesamt weiterhin nutzen.

In dem Sinne: Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner: der Kollege Timon Gremmels für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Timon Gremmels (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP versucht, sich hier als Kämpferin, als Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit zu inszenieren; sie will dafür kämpfen, dass die Energiepreise, die Strompreise sinken. Ich finde, etwas mehr Demut, liebe Kollegen der FDP, täte Ihnen in dieser Frage gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man muss sich einfach einmal anschauen, wie die EEG-Umlage sich entwickelt hat: Von 2010 bis 2014 hat sich die EEG-Umlage von 2,5 Cent auf 6,24 Cent fast verdreifacht.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Warum wohl, warum?)

Und welche beiden Wirtschaftsminister der FDP waren damals im Amt? Es waren Herr Brüderle und Herr Rösler; sie tragen die Verantwortung dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Dürr [FDP]: Sie haben damals dagegengestimmt!)

(B)

Es hätte sich gehört, dass Sie hier für Ihre eigene Politik wenigstens auch die Verantwortung übernehmen und nicht versuchen, das anderen Leuten in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [FDP]: Wir sind ausgestiegen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP war Treiber der steigenden Energiekosten; so viel Zeit für die Wahrheit muss sein.

Übrigens: Was auch noch dazu geführt hat, dass die Energiekosten gestiegen sind, ist das ganze Hickhack um den Atomausstieg. Wären wir bei dem rot-grünen Atomausstieg geblieben, wären den Menschen viele Kosten erspart geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch dafür tragen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, die Verantwortung.

(Christian Dürr [FDP]: Ist ja lächerlich! Das Gegenteil ist der Fall! – Gegenruf des Abg. Johann Saathoff [SPD]: Klassisches Eigentor!)

Im Unterschied dazu handelt die SPD: Wir machen den Kohleausstieg. Wir stehen dazu, dass der Kohleausstieg kommt, und zwar ohne Strompreisanstieg, so wie das von der Kommission vereinbart worden ist.

Eine aktuelle Studie von Energy Brainpool belegt, dass erneuerbare Energien sogar einen dämpfenden Effekt auf den Strompreis haben, wenn wir jetzt gleichzeitig aus der Kohle aussteigen: weil wir weniger vergleichsweise teures Gas benötigen. (C)

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Das ist doch falsch!)

Wenn die FDP die Abschaffung des EEG fordert, dann konterkariert sie ihre eigene Forderung nach niedrigen Strompreisen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ist absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [FDP]: Erzählen Sie das mal den Menschen draußen!)

Ja, wir entlasten auch die Menschen. Im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ steht, dass als Ausgleich für Unternehmen und private Haushalte bei einem Strompreisanstieg eine Entlastung bei den Netzentgelten folgen soll. Das ist Beschlusslage,

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Empfehlung ist das!)

ist Kommissionsbeschluss.

(Karsten Hilse [AfD]: Das ist doch kein Beschluss, das ist eine Vorlage! Es ist gar nichts beschlossen!)

Wir, die SPD, stehen zu dieser Empfehlung der Kommission, und ich habe nicht gehört, was Sie von der FDP dazu sagen. Wir stehen zu diesen Empfehlungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass der Strompreis sinkt.

(Karsten Hilse [AfD]: Das wollen Sie nicht! Das machen Sie auch nicht!)

Wir könnten uns auch vorstellen, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken.

(Christian Dürr [FDP]: Da sind Sie dafür?)

Natürlich könnte man auch darüber reden, die Industrierabatte aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Das ist aber eine größere Operation,

(Christian Dürr [FDP]: Ist das die Fraktionsmeinung? Wenn ich Herrn Kahrs im Haushaltsausschuss frage, sagt er das dann auch?)

das würde 10 Milliarden Euro kosten, und das kann man sich nicht einfach so aus den Rippen schneiden. Deswegen müssen wir über eine CO_2-Bepreisung als Gegenfinanzierung diskutieren, und zwar aufkommensneutral und sozial gerecht. Dafür steht die SPD, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [FDP]: Unglaublich, es ist unglaublich! – Christian Dürr [FDP]: Ist das die offizielle Meinung der SPD?)

Wir müssen auch mal fragen, was die FDP als Sofortprogramm fordert.

Timon Gremmels

(A) Ich habe hier einen Antrag von der FDP, Drucksache 19/8268.

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Zur Stromsteuer, oder?)

Darin steht auch die Forderung, die Stromsteuer zu reduzieren – ab dem Jahr 2021. Auch Sie schieben dieses Thema auf die lange Bank, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das haben Sie in Ihrer Rede nicht gesagt. Das ist schon dreist; das muss an dieser Stelle auch gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Martin Neumann [FDP]: Dreist ist was anderes!)

Lassen Sie mich noch deutlich machen: Die EEG-Umlage wird in den nächsten Jahren sinken. Sehr geehrter Herr Dürr, ich biete Ihnen jetzt hier eine Wette an. Ich wette mit Ihnen um eine Kugel Eis,

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

dass die EEG-Umlage in den nächsten Jahren sinkt. Weil ich mich von der SPD nicht knauserig zeigen will, nehme ich sogar Herrn Trittin mit. Dann bezahle ich für Sie und Herrn Trittin die Kugel Eis.

(Jens Koeppen [CDU/CSU]: Pro Stunde! – Gegenruf des Abg. Christian Dürr [FDP]: Ja, pro Stunde! Ich weiß auch, wer die Stromrechnung bezahlt!)

(B) Wenn die EEG-Umlage steigt, Herr Dürr, dann bezahlen Sie das Eis.

(Christian Dürr [FDP]: Sagen Sie jetzt nur, wer die Stromrechnung bezahlt!)

Ich bin gespannt. Ich freue mich auf jeden Fall auf das Eisessen mit Ihnen. Dabei können wir uns ein bisschen über Energiepolitik unterhalten. Vielleicht ist das für Sie auch eine Fortbildung. Das würde mich freuen.

(Johann Saathoff [SPD]: Aber es muss Mövenpick-Eis sein!)

– Mein Kollege Saathoff hat gerade dazwischengerufen. Wir nehmen auch gerne Mövenpick-Eis. Das schmeckt ebenfalls ganz gut.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die SPD, handeln, und zwar sofort. Wir sind sofort bereit, den Bürgerinnen und Bürgern, den Mieterinnen und Mietern durch preiswerten Strom zu helfen.

(Christian Dürr [FDP]: Wie denn?)

– Ich sage Ihnen genau, wie. Ich nenne zum Beispiel das Mietstrommodell. Wir werden in der AG Akzeptanz/Energiewende genau da Konzepte vorlegen,

(Christian Dürr [FDP]: Nach dem Wie habe ich gefragt!)

damit die Mieterinnen und Mieter von preiswertem Solarstrom auf den Dächern ihrer Häuser profitieren. Das geht schnell. Das kriegen wir, wenn wir es wollen und unser Koalitionspartner mitmacht, noch dieses Jahr hin. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Christian Dürr [FDP]: Wer bezahlt das?)

Wir wollen die Menschen entlasten. Wir wollen es denen, die in der Nähe von Windkraftanlagen leben, ermöglichen, von dem preiswerten und auf den Dächern produzierten Windstrom zu profitieren. Auch so können wir Strom preiswert machen.

(Christian Dürr [FDP]: Damit andere Haushalte noch mehr zahlen!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, die Zeit ist um.

Timon Gremmels (SPD):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Mein letzter Punkt ist ein Lob an die Verbraucherschutzzentralen. Am besten hilft es, wenn wir vom teuren Grundtarif wegkommen. Da leisten die Verbraucherschutzzentralen eine gute Arbeit. Wir müssen aber auch zusehen, dass denen, deren Stromanschluss gesperrt wurde, geholfen wird. Dafür sind die Sozialdemokraten Partner der Menschen mit geringerem Einkommen.

(Karsten Hilse [AfD]: Die haben Sie sowieso schon lange verloren!)

Wir stehen dazu. Wir handeln, während die FDP nur redet. (D)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner: Jens Koeppen, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jens Koeppen (CDU/CSU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der FDP-Fraktion für diese Aktuelle Stunde sehr dankbar,

(Beifall des Abg. Dr. Martin Neumann [FDP])

und zwar deswegen, weil ich Ihnen so mein und auch unser Hauptanliegen noch einmal näherbringen kann. Das ist – das sage ich auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen – der gesamtgesellschaftliche Konsens des Zieldreiecks, mit dem wir einmal begonnen haben.

Dieses Zieldreieck besagt, dass wir die Energiewende nur mit Versorgungssicherheit, mit Wirtschaftlichkeit und mit Umweltverträglichkeit ausgestalten können. Wenn wir zu diesen Vorhaben noch die notwendige Akzeptanz für die Energiewende dazutun, dann, glaube ich,

Jens Koeppen

(A) kann die Energiewende gelingen. Ansonsten könnte es sein, dass die Energiewende scheitert. Das alles gehört zusammen.

(Dr. Martin Neumann [FDP], an die CDU/CSU gewandt: Klatscht doch mal!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch kein Schwarze-Peter-Spiel. Es wurde immer vom gesamtgesellschaftlichen Konsens geredet. Übrigens waren bis auf die Neuen bei diesen Entscheidungen fast alle immer mit dabei. Also schauen wir uns an, ob wir diesen gesamtgesellschaftlichen Konsens des Zieldreiecks nicht verlassen. Er ist aus meiner Sicht ganz wichtig.

Jetzt beklagen Sie, übrigens völlig zu Recht, dass in Deutschland europaweit der höchste Strompreis gezahlt wird. Nun wissen wir aber alle, dass die sogenannte Energiewende, der Umbau der Energieversorgung, nicht zum Nulltarif zu haben ist. Wenn man aber, was ich persönlich sehr kritisch sehe – das wissen Sie –, aus allen fossilen Brennstoffen gleichzeitig aussteigen will, dabei auf heimische verfügbare Ressourcen verzichtet, nur auf Gasimporte setzt, für die Erneuerbaren immer mehr Fläche ohne verfügbare Netze beansprucht und deren Verfügbarkeit und Schwankungen völlig vernachlässigt, meine Damen und Herren, dann wird man sowohl bei der Versorgungssicherheit als auch bei der Wirtschaftlichkeit – zwei wichtige Teile des Zieldreiecks – scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Halten Sie doch mal eine neue Rede, Herr Koeppen!)

(B)

Plötzlich scheinen alle überrascht zu sein, dass die Energiepreise steigen. Die Preisanstiege bei den Energiekosten haben aber Ursachen, die jedem bekannt sein sollten. Circa 30 Milliarden Euro im Jahr – das ist wahrscheinlich die Kugel Eis pro Stunde – als EEG-Umlage zahlen die Stromkunden.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Der politisch motivierte Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Kernenergie – die Kameraden waren dabei und haben mit auf der Bank gesessen, also keinen Schwarzen Peter! –,

(Dr. Martin Neumann [FDP]: Ja!)

dann der geplante vorgezogene Kohleausstieg, auch wieder nur in Deutschland,

(Christian Dürr [FDP]: Ja, Fehler!)

der leistungsbezogene Zubau von Windenergieanlagen und Solaranlagen – nur leistungsbezogen, ohne zu schauen, ob am Ende eine Nutzbarkeit vorhanden ist –, dann natürlich der europäische Emissionshandel und die Einführung der Ökosteuer durch Rot-Grün 1999: Diese Kosten sind da. Die können wir so schnell nicht zurücknehmen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie doch was zur Mehrwertsteuererhöhung! Um drei Punkte!)

(C) Dabei sind die Rohstoffkosten, meine Damen und Herren, nicht das Hauptproblem. 18 Prozent des gesamten Strompreises sind die Brennstoffkosten – 18 Prozent! 25 Prozent kosten die Stromnetze.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

55 Prozent kosten Steuern, kosten Abgaben und kostet die Ökostromförderung. Also, dafür sind wir in allen bisherigen Regierungskonstellationen des Deutschen Bundestages zuständig. Entweder wir stehen dazu, oder wir sagen: Wir machen es grundsätzlich anders, mit einem Systemwechsel im Bereich der EEG-Förderung.

Nun kommen zu diesen genannten Dingen noch ganz extreme Akzeptanzprobleme. Der Zubau von hohen Windenergieanlagen in unmittelbarer Nähe von Wohnbebauung ist das eine. Der Bau von Energieleitungstrassen, zum Teil – das wird immer häufiger – ohne ausreichende Abstände zur Wohnbebauung, ist das andere.

Meine Damen und Herren, die Menschen wollen in der Tat eine saubere Energieversorgung. Aber sie zweifeln daran, dass die gegenwärtigen Umbaumaßnahmen wirklich zu einer sauberen, zu einer bezahlbaren und zu einer sicheren Energieversorgung führen. Sie zweifeln auch an einem systemischen Ansatz unserer Energie- und damit auch der Klimapolitik, weil am Ende des Tages mit Aktionismus wenig CO_2 eingespart wird.

Die Energiewende gelingt nur mit systemdienlichen Innovationen, mit denen die erneuerbaren Energien endlich einen verlässlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Wer von der EEG-Branche keine Innovationen verlangt und die staatliche Zusicherung von Zubauraten fordert, der riskiert steigende Strompreise und macht Strom zu einem Luxusgut. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Ich will eine bezahlbare, eine sichere und eine saubere Energieversorgung – für und mit den Menschen. Dazu gehören akzeptable Abstandskriterien.

(Beifall der Abg. Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU] und Karsten Hilse [AfD])

Dazu gehört eine verlässliche und bedarfsgerechte Stromlieferung. Dazu gehört eine bezahlbare Stromrechnung am Ende des Monats.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Koeppen. – Die Rede von Mario Mieruch geht zu Protokoll. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Mir liegt eine Wortmeldung zu einem **Geschäftsordnungsantrag** des Kollegen Grund, CDU/CSU-Fraktion, vor.

Manfred Grund (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der AfD hatte in der laufenden Aktuellen Stunde

Manfred Grund

(A) eine sofortige Unterbrechung der Debatte für eine Stunde beantragt, um eine Fraktionssitzung durchführen zu können. Die Mehrheit im Haus konnte diesem Antrag nicht folgen.

Ich bitte darum, dass wir jetzt die Debatte für eine halbe Stunde unterbrechen, damit die AfD-Fraktion ihre Fraktionssitzung geordnet zu Ende bringen kann und wir dann wieder gemeinsam in die Tagesordnung einsteigen können.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Sind Sie damit einverstanden – darf ich Sie dazu um das Handzeichen bitten? – Das ist der Fall. Dann unterbreche ich die Sitzung bis 16.45 Uhr.

(Unterbrechung von 16.18 bis 17.15 Uhr)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wunderschönen Nachmittag! Sie sehen: Die Sitzungsleitung hat gewechselt.

Wir setzen die Sitzung des Deutschen Bundestages fort.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Zweiten Gesetzes zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Zweites Datenaus-**
(B) **tauschverbesserungsgesetz – 2. DAVG)**

Drucksache 19/8752

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Inneres und Heimat (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss Digitale Agenda

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Stephan Mayer für die Bundesregierung das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Leni Breymaier [SPD])

Stephan Mayer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Ich freue mich, dass ich Ihnen heute namens der Bundesregierung den Entwurf für das Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz vorlegen kann. Bevor ich auf den Inhalt des Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetzes eingehe, erlauben Sie mir bitte, kurz auf das erste Datenaustauschverbesserungsgesetz zurückzublicken. Dieses Gesetz steht mit Sicherheit nicht im Brennpunkt der breiten Öffentlichkeit. Es ist im Jahr 2016, in der Hochphase der Flüchtlings- und Migrationskrise, in Kraft getreten. Ich bin gerade auch im Rückblick der festen Überzeugung, dass dieses erste

Datenaustauschverbesserungsgesetz eines der zentralen (C) Gesetze war und ist, das die Behörden in ganz Deutschland, sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene, in die Lage versetzt hat, mit der Migrations- und Flüchtlingskrise besser und effektiver umzugehen. Dieses Gesetz war eines der wichtigsten Gesetze bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise. Es hat sich bewährt.

Zentraler Bestandteil dieses Gesetzes war es – das wäre vor vier oder fünf Jahren noch undenkbar gewesen –, dass alle Behörden, die mit einem Asylbewerber zu tun haben, alle Daten zentral im Ausländerzentralregister erfassen und dann auch auf diese Daten zugreifen können. Jetzt, nach drei Jahren, novellieren wir dieses Gesetz, bauen es weiter aus. Mit dem Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetz soll insbesondere das Ausländerzentralregister noch aussagefähiger bzw. aussagekräftiger gemacht werden. Wir wollen jetzt insbesondere auch die Jugendämter, die Staatsangehörigkeitsbehörden und auch die deutschen Auslandsvertretungen in die Lage versetzen, in Echtzeit auf das Ausländerzentralregister zuzugreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist ein wichtiger Aspekt, der mit dazu beitragen soll, dass die im Ausländerzentralregister gespeicherten Personen auch wirklich klar identifiziert werden. Viele haben nach wie vor keine Identitätspapiere dabei. Häufig gibt es auch unterschiedliche Schreibweisen der einzelnen Namen. Deshalb ist ein weiterer Bestandteil, dass nicht nur bei den Auskunftsnachweisen wie bisher die AZR-Nummer fortgeschrieben wird, sondern beispiels- (D) weise auch bei Bescheinigungen zur Duldung oder bei Bescheinigungen zur Aufenthaltsgestattung oder bei Fiktionsbescheinigungen.

Darüber hinaus ist es uns mit diesem Gesetz ein wichtiges Anliegen, dass wir den Sicherheitsabgleich, insbesondere auch vor dem Hintergrund der terroristischen Gefahr, effektivieren. In Zukunft soll auch die Bundespolizei in den Sicherheitsabgleich einbezogen werden sowie bei anderen Verfahren ein Sicherheitsabgleich stattfinden, beispielsweise bei asylrechtlichen Rücknahme- und Widerrufsverfahren, aber auch bei Übernahmeersuchen von anderen EU-Mitgliedstaaten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass zukünftig auch die Steuerung zur freiwilligen Ausreise von ausreisepflichtigen Personen bzw. zur Rückführung effektiviert werden soll. Wir haben vor, dass wir in Zukunft bei ausreisepflichtigen Personen, deren Daten im Ausländerzentralregister gespeichert werden, auch biometrische Daten mitspeichern, beispielsweise die Fingerabdrücke, aber auch die Körpergröße sowie die Augenfarbe.

Darüber hinaus ist ein weiterer wichtiger Bestandteil, dass in Zukunft nach Inkrafttreten dieses Gesetzes auch die Bundespolizei in die Lage versetzt werden soll, außerhalb des 30-Kilometer-Korridors nach dem Bundespolizeigesetz erkennungsdienstliche Maßnahmen durchzuführen. Wir wollen insbesondere auch die Steuerung von ausreisepflichtigen Personen dahin gehend effekti-

(A) vieren, dass in Zukunft auch Daten über staatlich geförderte Ausreisen im Ausländerzentralregister erfasst werden, insbesondere staatlich geförderte Maßnahmen, die nicht vom Bund, sondern beispielsweise von den Kommunen oder den Ländern gefördert werden.

Wir wollen aber auch, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, unbegleitete Minderjährige besser schützen, indem beispielsweise in Zukunft die erkennungsdienstliche Behandlung von unter 14-Jährigen ermöglicht wird. Wir wollen das Mindestalter von 14 Jahren auf 6 Jahre reduzieren. Was ist der konkrete Hintergrund? Wir haben mit Stichtag zum 1. März dieses Jahres bei 2 562 minderjährigen Personen keine Kenntnis vom Aufenthaltsort. Darunter befinden sich 865 unter 14-Jährige. Wir sind also der Überzeugung, dass durch eine effektivere erkennungsdienstliche Behandlung von unter 14-Jährigen diesem Umstand besser und effektiver entgegengetreten werden kann. Wir wollen in Zukunft die Jugendämter verpflichten, dass sie Minderjährige erkennungsdienstlich behandeln, und wir wollen auch, dass diese erkennungsdienstliche Behandlung von Minderjährigen in Aufnahmeeinrichtungen bzw. in Außenstellen des BAMF durchgeführt werden kann.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, insgesamt bin ich der festen Überzeugung, dass dieses Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz nach dem schon bewährten ersten Datenaustauschverbesserungsgesetz eine weitere Effektivierung und bessere Steuerung der Verwaltungsverfahren ermöglichen wird und – das ist mir auch wichtig – dazu beitragen wird, die Asylverfahren weiter zu beschleunigen. Wir haben jetzt bei den (B) Neuanträgen eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 3,2 Monaten. Ich bin der Überzeugung, mit diesem Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetz wird auch eine weitere Effektivierung und Beschleunigung der Asylverfahren möglich sein.

Ich bitte Sie deshalb, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, um eine seriöse, um eine inhaltsreiche, vor allem aber um eine zügige Behandlung dieses aus unserer Sicht sehr wichtigen Gesetzentwurfes.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Als nächster Redner hat für die AfD-Fraktion der Kollege Lars Herrmann das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Lars Herrmann (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Opposition ist es natürlich immer einfach, die Bundesregierung zu kritisieren, wenn diese nicht handelt, nicht richtige oder gar falsche Entscheidungen trifft oder Maßnahmen viel zu spät ergreift. Schließlich ist das eine wesentliche Aufgabe der Opposition in unserer Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Jedoch gehört es nach meiner Auffassung ebenfalls dazu, als Opposition auch mal für etwas zu sein, unabhängig davon, wer einen Gesetzentwurf einbringt. Wichtig ist, dass der (C) Regelungsinhalt sinnvoll ist und eine Verbesserung für die Bürger darstellt.

Bei dem hier vorgelegten Entwurf eines Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetzes werden diese Kriterien tatsächlich erfüllt.

(Stephan Brandner [AfD]: Aha!)

Er bringt einen wesentlichen Sicherheitsgewinn in Bezug auf die Sicherung der Identität von Asylbewerbern sowie Ausländern, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich hier unerlaubt aufhalten. Keine Angst, Herr Mayer, ich werde jetzt nicht zu toll und zu sehr loben – nicht dass Sie in die Verlegenheit kommen, Ihren eigenen Gesetzentwurf ablehnen zu müssen.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte als Beispiel herausgreifen, dass die Bundespolizei künftig als zuständige Behörde zur Durchführung der erkennungsdienstlichen Behandlung nach dem Asylgesetz mit aufgenommen werden soll. Genau das hat die AfD bereits 2018 gefordert.

(Stephan Brandner [AfD]: Oha!)

Aber umso mehr freue ich mich darüber, dass die Bundesregierung ebenfalls erkannt hat, dass diese Maßnahme mehr als nur sinnvoll ist, und unsere Forderungen nun übernommen hat. Bisher darf die Bundespolizei einen Ausländer, der ein Asylersuchen vorbringt, nur dann nach § 16 Asylgesetz erkennungsdienstlich behandeln, wenn dieser an der Grenze bzw. im 30-Kilometer-Bereich festgestellt wird. Weil es bekanntermaßen aufgrund (D) des Schengener Abkommens keine Grenzen und Grenzkontrollen mehr gibt, läuft diese Regelung ins Leere. Das Gleiche gilt natürlich auch für Flughäfen, wenn die Asylantragsteller beispielsweise mit dem Flugzeug aus Schengen-Staaten wie Griechenland, Spanien oder Italien nach Deutschland einreisen.

Stellen Sie sich bitte einmal folgende absurde Situation vor: In Leipzig landet ein Flieger aus Griechenland mit zwei türkischen Staatsangehörigen, die sich bei der Bundespolizei melden und dort um Asyl nachsuchen. Die Beamten müssen nun die Landespolizei um Hilfe bitten, da es sich um eine Inlandsfeststellung handelt. Die bestehenden Regelungen gehen also vollkommen an der Realität vorbei, weil die Bundespolizei bisher keine rechtliche Möglichkeit besitzt, diese Personen nach dem Asylgesetz erkennungsdienstlich zu behandeln. Sie muss jedes Mal die Landespolizei um Unterstützung bitten, und das, obwohl bei der Bundespolizei die entsprechende Technik, fachliche Kenntnisse und fast immer die besseren Ressourcen vorhanden sind.

Weiterhin darf die Bundespolizei nach der derzeitigen Rechtslage noch nicht einmal die Asylbewerber verbindlich dazu auffordern, sich zur zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung oder Ausländerbehörde zu begeben. Stattdessen wird sich mit umständlichen und oftmals auffälligen Amtshilfeersuchen beholfen und improvisiert. Das heißt, Flickschusterei in einem Bereich, wo exaktes, genaues und rechtlich einwandfreies Arbeiten zwingend erforderlich ist. Kein Wunder also, wenn bisher die Asylan-

Lars Herrmann

(A) tragsteller schon vor dem ersten Gespräch mit einem BAMF-Mitarbeiter bereits drei Alias-Identitäten und zwei verschiedene Fluchtgeschichten vorweisen können.

Es ist gut, dass die Bundesregierung diese Sicherheitslücke erkannt hat, auch wenn es ein bisschen gedauert hat, und diese nun geschlossen wird. Jedoch sollten wir im Ausschuss noch einmal dringend über die derzeitige Qualität der erkennungsdienstlichen Behandlung nach dem Asylgesetz sprechen. Derzeit dürfen von den Asylbewerbern nämlich nur Lichtbilder gefertigt und die Abdrücke der zehn Finger genommen werden. Zu einer vollständigen erkennungsdienstlichen Behandlung gehören aber immer auch die Abnahme der Handflächenabdrücke, eine vernünftige Personenbeschreibung, die Erfassung körperlicher Merkmale wie Tätowierungen usw. Auch das wäre eine enorme Steigerung der Identifizierungsmöglichkeit von Asylantragstellern und damit die Gewährleistung einer gesicherten Identitätsfeststellung.

(Beifall bei der AfD)

Ich freue mich auf eine konstruktive Beratung im Ausschuss und bin im Übrigen der Meinung, dass auch der AfD-Fraktion ein Bundestagsvizepräsident zusteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Als nächste Rednerin spricht für die SPD-Fraktion die Kollegin
(B) Gabriela Heinrich.

(Beifall bei der SPD)

Gabriela Heinrich (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Register mit Daten über bestimmte Bevölkerungsgruppen wie das Ausländerzentralregister kann man durchaus kritisch sehen. Allerdings: Es kommt auch immer darauf an, um welche Daten es sich handelt. Zum Beispiel können Angaben durchaus sinnvoll sein, um die notwendige Unterstützung des Einzelnen für die Integration herauszuarbeiten.

Hierfür ist das Ausländerzentralregister eine wichtige und letztlich auch unverzichtbare Grundlage. Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind Daten wie Schulbildung, Studium, Ausbildung, Beruf, Sprachkenntnisse und die Teilnahme an Integrationskursen hinterlegt. Das Ausländerzentralregister hat dabei jedoch das Zeug, zu polarisieren. Es gibt das Interesse von Behörden, möglichst viele Daten zu sammeln, um darauf schnell und unbürokratisch zugreifen zu können, und es gibt den Datenschutz.

Der Bundesrat hat Stellung genommen. Und es ist klar, dass unser Gesetzentwurf zwar nicht alle Wünsche der Länder erfüllt, aber er kommt dem Anliegen der Länder entgegen. Künftig sollen auch andere Behörden die für sie notwendigen Daten ohne Umwege einsehen können: zum Beispiel Jugendämter, die Träger der Deutschen Rentenversicherung, das Auswärtige Amt und seine Vertretungen. (C)

Darüber hinaus fordert der Bundesrat unter anderem eine Ausweitung des automatisierten Verfahrens. Alle für Integrationsmaßnahmen zuständigen Stellen der Länder und Kommunen sollen direkt zugreifen können. Damit soll die Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene und besonders die Sozialarbeit gestärkt werden. Das ist sicherlich ein Punkt, über den wir im weiteren parlamentarischen Verfahren noch reden werden.

Aber: Der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung hat zu Recht darauf hingewiesen, dass keine Personenkennzahl entstehen darf. Eine solche Entwicklung würde auch vom Bundesverfassungsgericht nicht akzeptiert. Das Ausländerzentralregister darf Informationen speichern und zur Verfügung stellen, aber eben nicht allumfassend, nicht unbegrenzt, und es darf auch nicht jeder Zugriff darauf haben. Es geht um persönliche Informationen, die geschützt werden müssen.

Bei dem Gesetzentwurf geht es aber nicht nur um eine solide Grundlage für die Flüchtlings- und Integrationspolitik, sondern, wie erwähnt, auch um das Thema Sicherheit. Ein Sicherheitsabgleichsverfahren wurde bereits mit dem letzten Datenaustauschverbesserungsgesetz eingeführt. Terrorismusrelevante Erkenntnisse oder sonstige schwerwiegende Sicherheitsbedenken sollen damit frühzeitig weitergegeben werden. Jetzt soll unter anderem die Bundespolizei mehr Befugnisse erhalten.

Wir haben in den anstehenden Beratungen also noch einigen Gesprächsbedarf. Es wird um die Forderungen der Länder gehen und um die Hinweise des Datenschutzbeauftragten – und um Verfahren, die die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigen. (D)

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist eines klar: Wir wollen Daten für eine funktionierende Flüchtlings- und Integrationspolitik, Datenschutz und Sicherheit für die Bevölkerung im Land. Und wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, diese drei Punkte miteinander zu vereinbaren. Dafür setzen wir uns in den Beratungen ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Heinrich. – Als nächste Rednerin hat die Kollegin Linda Teuteberg, FDP-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Linda Teuteberg (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir jetzt hier leicht machen und mich daran abarbeiten, wie viele Aufgaben die Große Koalition nach bald vier Jahren, seit dem Sommer 2015, noch nicht erledigt hat. Denn die Begründung zu diesem Gesetzentwurf könnte man insoweit auch als Mängelliste bisheriger Regierungsarbeit lesen. Aber als Freie Demokratin will ich die Sache positiv sehen: Es ist gut, dass

Linda Teuteberg

(A) mit diesem Gesetzentwurf endlich Bewegung in die Sache kommt – besser spät als nie –; denn die Grundrichtung dieses Gesetzentwurfes stimmt immerhin.

Die Nutzung von Mehrfachidentitäten zu verhindern oder zumindest zu erschweren, ist dringend notwendig und eine wichtige, ja eine überfällige Lehre aus dem Fall Amri. Auch bei den technischen Verbesserungen in der Behördenkommunikation, der Weiterentwicklung der Datenbanken und der Vereinheitlichung von Schnittstellen gehen Sie in die richtige Richtung. Grundsätzlich vernünftig ist auch die geplante Speicherung von Fingerabdruckdaten Minderjähriger. Da geht es nicht nur um Kontrolle, sondern auch darum, etwa alleinreisende Minderjährige zu identifizieren und mit ihren Angehörigen zusammenzubringen.

Über die konkrete Ausgestaltung dieser und anderer Maßnahmen werden wir noch im Detail sprechen müssen. Gerade auch im Hinblick auf datenschutzrechtliche Regelungen stehen hier noch viele Fragen im Raum, zum Beispiel, was den Kreis der Berechtigten anbelangt, die in den Behörden Zugriff auf diese Informationen bekommen sollen. Da kann ich eine Sorge, die der Kollege de Maizière heute Morgen in einer anderen Debatte geäußert hat, nämlich dass wir Liberalen immer gegen Datenaustausch seien, ganz gelassen entkräften. Wir sind aber immer für die rechtsstaatliche Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe, und das müssen wir hier auch prüfen.

Wir sollten auch die Gelegenheit nutzen, um über weitere Verbesserungen zu sprechen. Der Bundesrat hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir nicht nur bei aus-
(B) länder- und aufenthaltsrechtlichen Fragen einen besseren Datenaustausch benötigen, sondern auch die Sozialämter und die kommunalen Behörden besser mit dem System vernetzen müssen. Dabei geht es nicht nur um die Bekämpfung von Sozialbetrug, sondern vor allem auch um den Ausbau des Ausländerzentralregisters zu einer Integrationsdatenbank. Auch darum müssen wir uns jetzt kümmern, wenn wir nicht in den nächsten Jahren Integrationspolitik im partiellen Blindflug machen wollen.

Zu guter Letzt dürfen wir auch die technische Dimension nicht aus dem Auge verlieren. Ein guter Gesetzestext ist das eine; die vernünftige technische Ausstattung und Vernetzung von Behörden, der Schutz und die Pflege der Datenbanken und die Weiterbildung der Mitarbeiter sind das andere. Hier erwarten wir von der Bundesregierung einen klaren Fahrplan und auch eine transparente, regelmäßige Berichterstattung über den Gesetzesvollzug in der Praxis. Auch dabei werden wir Freien Demokraten der Bundesregierung ganz genau auf die Finger schauen und uns konstruktiv in die weitere Debatte einbringen.

Vielen Dank.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Es kann von der FDP-Fraktion noch jemand klatschen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Heiterkeit bei der SPD – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Unparteiische Sitzungsführung, bitte!)

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Ulla Jelpke, Die Linke, das Wort. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung legt heute den Entwurf eines Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetzes vor. Schon dieser Name führt in die Irre; denn es geht hier nicht um Verbesserungen, sondern um Verschlechterungen,

(Stephan Brandner [AfD]: Dann haben Sie es ein zweites Mal nicht verstanden!)

nämlich darum, den Datenschutz vor allem für Menschen in diesem Land ohne deutschen Pass zu verschlechtern. Das lehnen wir ganz entschieden ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Ausländerzentralregister werden 26 Millionen Datensätze über Ausländer gespeichert, auf die 14 000 Ämter einschließlich der Geheimdienste zugreifen können.

(Stephan Brandner [AfD]: Uh!)

Zu den Daten, die über Asylsuchende gespeichert werden, gehören besonders sensible Informationen, zum Beispiel der Gesundheitszustand oder die obligatorisch erhobenen Fingerabdrücke, der Bildungsstand usw. usf. Die Bundesregierung will diese Daten sogar noch erweitern.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Aus gutem Grund!) (D)

Ich nenne ein Beispiel. Die Altersgrenze für die Abgabe von Fingerabdrücken bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen soll von 14 auf 6 Jahre abgesenkt werden. Gleichzeitig sieht der Gesetzentwurf keine Nutzungseinschränkungen hinsichtlich der erhobenen Daten vor.

(Stephan Brandner [AfD]: Was ist daran so schlimm? Das ist in Ordnung!)

So laufen Kinder trotz Strafunmündigkeit in polizeiliche Ermittlungsverfahren hinein. Vor allen Dingen muss man hier sagen: Dass schon Sechsjährige als mutmaßliche Verbrecher behandelt werden können,

(Stephan Brandner [AfD]: Ach, Frau Jelpke! Was erzählen Sie da für einen Unsinn! Da tun einem ja die Ohren weh!)

ist mit dem Schutz des Kindeswohls und der Achtung der Kinderschutzrechte unvereinbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem soll der Zugriff auf diese Daten noch ausgeweitet werden. Bislang brauchen einzelne Behördenmitarbeiter eigens eine Erlaubnis dafür, Zugriff auf diese Daten zu nehmen. Jetzt können ganze Verwaltungseinheiten die Befugnis bekommen,

(Philipp Amthor [CDU/CSU]: Was?)

Ulla Jelpke

(A) und es muss dann auch nicht mehr akribisch dokumentiert werden, wer wann auf diese Daten zugreift.

(Stephan Brandner [AfD]: Alles ist dann wahrscheinlich ein bisschen schlampiger!)

Das führt zu einem riesengroßen Datenmissbrauchsrisiko. Schon wegen des erhöhten Risikos des Missbrauchs der Daten muss man das ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Des Weiteren sind erhebliche Verschlechterungen im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geplant. Ihre Identifizierung und Erstunterbringung soll nicht mehr länger über die Jugendämter erfolgen, sondern über das BAMF. Ganz besonders schlimm finde ich, dass sie in Erstaufnahmeeinrichtungen für Erwachsene untergebracht werden sollen. Mit Kinderschutz hat das wirklich wenig zu tun; er wird hier immer weiter ausgehöhlt, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Erfassung der Daten von Ausländern wird ständig ausgeweitet. Zugleich fragt man sich aber: Wann wird eigentlich mal überprüft, ob die erhobenen Daten nicht eigentlich bereinigt werden müssten? Beispielsweise hat meine Anfrage an die Bundesregierung ergeben, dass 37 000 Geduldete, die im AZR als ausreisepflichtig erfasst sind, ein laufendes Asylverfahren haben. Rechtlich können sie gar nicht ausgewiesen werden.

(B) (Stephan Brandner [AfD]: Werden sie ja auch nicht!)

Von den angeblich mehr als 50 000 Ausreisepflichtigen ohne Duldung sind viele längst ausgereist. Das gibt die Bundesregierung selbst zu. Die Zahlen stimmen also schon lange nicht mehr. Deswegen finden wir: Statt dafür zu sorgen, dass das AZR um Karteileichen bereinigt wird, betreibt die Bundesregierung mit falschen Zahlen Stimmungsmache, indem in einer Dauerschleife die angeblich zu lasche Durchsetzung der Ausreisepflicht beklagt wird.

(Stephan Brandner [AfD]: Purer Populismus der Bundesregierung! Sie sät Angst und Hass, spaltet die Gesellschaft!)

Mit dem Gesetz treibt die Bundesregierung das Projekt „Gläserner Ausländer“ voran. Das Gegenteil wäre richtig, nämlich mit der Diskriminierung von Menschen – vor allen Dingen jener, die auf die Staatsangehörigkeit zurückgeht – endlich aufzuhören.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Was ist das Gegenteil von „Gläserner Ausländer“?)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Jelpke. – Nun spricht zu uns die Kollegin Luise Amtsberg, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Grünen – um das gleich vorab klarzustellen – haben nichts gegen verbesserte Verwaltungsabläufe oder ressourcenschonende Neuerungen, wir haben nichts gegen schnellere und bessere Asylverfahren und auch nichts gegen das Optimieren behördlicher Abläufe, sodass Schutzsuchende schneller integriert werden können. Wogegen wir aber schon was haben, sind Gesetzentwürfe, die vorgeben, diesen Zielen Rechnung zu tragen, aber an anderer Stelle rechtsstaatliche Grundsätze verletzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das passiert mit Ihrem Gesetzentwurf, meine Damen und Herren.

So soll das Ausländerzentralregister um Angaben zum Asylverfahren, Identifizierungsdaten zur Erleichterung der Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger sowie Daten zu Programmen zur Förderung der freiwilligen Ausreise erweitert werden. Für diesen Zweck sollen künftig sogar private Träger, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbände zur Speicherung und Weitergabe von Daten verpflichtet werden. Ich möchte Ihnen einfach mal einen anderen Blick auf diese Sache eröffnen, meine Damen und Herren: Solche Vorgaben gefährden das Vertrauen zwischen Rückkehrberatungen und Geflüchteten erheblich und machen eine Beratung in einem geschützten Raum quasi unmöglich. Gerade den privaten Trägern wird der nötige Freiraum für eine unabhängige Rückkehrberatung genommen.

Darüber hinaus – es wurde schon erwähnt – ist die Herabsetzung des Mindestalters zur Abnahme von Fingerabdrücken von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geplant. Dieses soll künftig von 14 auf 6 Jahre herabgesetzt werden. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Ein Kind mit, sagen wir mal, sieben Jahren ist aus welchen Gründen auch immer allein nach Deutschland geflohen. Eines der ersten Erlebnisse dieses Kindes wird, nachdem es sicherlich schon eine ganze Reihe schwerer Momente in seinem Leben erlebt hat, die Abnahme von Fingerabdrücken sein, möglicherweise bei der Polizei. (D)

(Lars Herrmann [AfD]: Sie werden ihm nicht abgehackt, sondern sie werden nur gesichert!)

– Die AfD hat gerade hereingerufen und gefragt, was daran so schlimm ist. – Die Altersgrenze von 14 Jahren ist nicht aus blauem Dunst entstanden. Sie richtet sich nach der Verfahrensfähigkeit des Kindes; denn der Schutz der Rechte von Kindern orientiert sich auch daran, dass das Kind in der Lage ist, zu verstehen und einzuordnen, was mit ihm passiert. Das wäre in diesem Fall dann nicht mehr gegeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Skandal!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Anfang der Beratungen. Trotzdem möchte ich etwas grundsätzlicher werden. Es geht bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um das Ausländerzentralregister, eines

(A) der größten automatisierten Register der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Die Daten von über 10 Millionen Menschen sind dort erfasst, 26 Millionen persönliche Datensätze. Zugreifen auf diese Daten dürfen über 100 000 Personen. Diese Zahlen machen einem Sorgen, vor allen Dingen, wenn man weiß, dass die ohnehin schon sehr weitreichende Erfassung, Speicherung und Weitergabe von Daten nun auch noch ausgeweitet werden soll. Dieses Gesetz beschneidet das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht klargemacht, dass in Bezug auf die Datenerfassung von Ausländern der Schutz der Persönlichkeitsrechte zu achten ist. Hinzu kommt – das finde ich wirklich mit den schärfsten Punkt –, dass sich trotz der erheblichen Ausweitung der Zugriffs- und Nutzungsrechte im gesamten Gesetzentwurf keine Regelung findet, die dem Schutz der Betroffenen und ihrer Daten dient. Ich finde, Sie haben wirklich noch Hausaufgaben zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Eine wesentliche datenschutzrechtliche Bestimmung ist aber auch, dass man nicht blind sammelt, sondern dass man anlassbezogen Daten erhebt. Davon ist der vorliegende Gesetzentwurf weit entfernt. Und dann kommt noch hinzu, dass die Grundlage, nämlich das Ausländerzentralregister selbst, ohnehin schon an vielen Stellen rechtsstaatliche Fragen aufwirft. Das Ausländerzentralregister – man muss der Linkenfraktion wirklich dankbar sein, dass sie das durch Kleine Anfragen immer wieder
(B) herausarbeitet – ist eher von Chaos denn von validen Daten geprägt. 230 000 Menschen sind nach dem AZR angeblich ausreisepflichtig. Diese Zahlen hat sich, glaube ich, jeder in der Union gemerkt – ich werde sehr häufig damit konfrontiert –, hinterfragt haben Sie sie aber nie. Dass eine hohe Zahl derer, die als ausreisepflichtig gelten, nicht mehr in Deutschland ist, ein anderer großer Teil sich noch im Asylverfahren befindet und überhaupt nicht ausreisepflichtig sein kann, ist genauso absurd wie der Umstand, dass das Register noch Personen führt, die verstorben sind, mittlerweile eingebürgert wurden oder gar nicht mehr in Deutschland leben. Das ist die Grundlage, auf der Sie Politik machen. Sie nutzen die Zahlen, um Maßnahmen daraus abzuleiten. Ich finde das unseriös. Genauso unseriös ist es aber, diesen Missstand nicht zu beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Amtsberg.

Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nur ein letzter Satz.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident, vielen Dank für die Toleranz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Danke schön. – Als nächster Redner erhält der Kollege Thorsten Frei das Wort. Bevor er erscheint: Wir sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt in der Zeit bei knapp 4 Uhr morgens. Ich bin gebeten worden, in der mir eigenen zurückhaltenden Art dafür Sorge zu tragen, dass die Redezeiten eingehalten werden.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Das ist ja was ganz Neues!)

Dafür werde ich auch sorgen.

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe mich für die 20 Sekunden bedankt!)

Herr Kollege Frei, Sie haben das Wort.

Thorsten Frei (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war 2016 wirklich ein großer Erfolg, als das erste Datenaustauschverbesserungsgesetz den Bundestag passiert hat. Man muss sich vorstellen: Das war in der Hochphase der Migrationskrise. In dieser Situation mehr Ordnung und mehr Steuerung in das Asylverfahren zu bringen, war eine große Leistung und eine klare Verbesserung, (D) weil es gelungen ist, frühzeitig zu registrieren und die erfassten Daten allen relevanten Behörden zur Verfügung zu stellen. Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Damit war eine neue, sehr komplexe und anspruchsvolle IT-Infrastruktur verbunden, mit der es gelungen ist, sehr heterogene Daten und Systeme über die föderalen Grenzen hinweg miteinander zu vernetzen. Das war ein großer Erfolg, den man anerkennen muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es stimmt, dass wir ein gutes Stück weit auf dem Weg vorangekommen sind. Das erste Datenaustauschverbesserungsgesetz ist eine gute Grundlage für all das, was wir jetzt regeln werden. Wenn wir uns jetzt mit dem Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetz beschäftigen, dann können wir das vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten drei Jahre machen.

Aber es ist tatsächlich so, dass wir von unterschiedlichen Vorstellungen ausgehen. Wir wollen, dass die Behörden digital kommunizieren, und wir wollen das unter dem Gesichtspunkt von weniger Bürokratie, besserer Datenqualität und vor allen Dingen mehr Sicherheit erledigen. Deswegen gibt es drei große Bereiche, die beim vorliegenden Gesetzentwurf entscheidend sind:

Erstens. Das Ausländerzentralregister und die damit vergebene Nummer muss so ausgebaut und gestärkt werden, dass möglichst viele Behörden, die betroffen sind, Zugriff haben. Das gilt beispielsweise für die Polizeien von Bund und Ländern, das gilt für die Jugendämter, und

Thorsten Frei

(A) das gilt auch für die Auslandsvertretungen. Es geht darum, dass man klare Zuordnungen vornehmen kann.

Zweitens. Es geht darum, dass wir klare Identitätsfeststellungen ermöglichen, dass wir es beenden, dass es Mehrfachidentitäten gibt, die nicht nur im Bereich der Sicherheit missbraucht werden, sondern beispielsweise auch, wenn es darum geht, dass Verwaltungen Leistungen erbringen, die nicht zulässig sind, weil sich jemand zweite, dritte oder noch mehr Leistungen erschleicht. Das werden wir mit diesem Gesetz beenden können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das wird auch bedeuten, dass eine Person, egal ob er Asylbewerber, ob er anerkannter Flüchtling oder ob er ausreisepflichtig ist, von den Behörden zweifelsfrei identifizierbar ist und deshalb klar ist, mit wem man es zu tun hat.

Drittens. Es geht um mehr Sicherheit. Ich glaube schon, dass wir den Menschen die Frage beantworten müssen, was wir eigentlich tun, damit unter dem Deckmantel der Asylsuche nicht auch Verbrecher und Terroristen nach Deutschland kommen. Was tun wir dagegen? Durch das erste Datenaustauschverbesserungsgesetz wurden wichtige Grundlagen gelegt. Durch einen Abgleich von Datenbanken der Sicherheitsbehörden und der Nachrichtendienste kann man, wenn jemand unerlaubt nach Deutschland kommt, umfassend feststellen, ob irgendwo erkennungsdienstliche Erkenntnisse vorliegen. Genau auf dieser Basis sorgen wir jetzt für Verbesserungen: dass ein Abgleich frühzeitiger möglich ist, dass es eine breitere Datengrundlage gibt und dass es mehr Anlässe gibt, die zugrunde gelegt werden. Es geht darum, (B) dass die Bundespolizei auch außerhalb des 30-Kilometer-Grenzraumes tätig werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht darum, dass wir zusätzliche Möglichkeiten für weitere Behörden schaffen, tätig zu werden. Deshalb ist es das ein guter Gesetzentwurf. Wir werden ihn beraten. Ich kann für unsere Fraktion volle Zustimmung signalisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Frei. – Als nächste Rednerin hat die Kollegin Saskia Esken, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Saskia Esken (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, es gäbe eine eindeutige Kennziffer, die Sie identifiziert und mit deren Hilfe jede staatliche Institution auf jede über Sie verfügbare Information zugreifen könnte: auf Ihren Namen, Ihr Geburtsdatum, Ihre Adresse, aber auch auf Ihre Steuer- und Rentendaten, Gesundheitsdaten, all Ihre Jugendsünden und Verkehrsstrafen, Säumnisse und Offenbarungseide. – Keine angenehme Vorstellung, oder? (C)

Wir haben in Deutschland gegenüber einem Staat, der alles über uns wissen will, ein eher zurückhaltendes Verhältnis. Vielleicht hat das mit unseren Erfahrungen mit Diktaturen zu tun. Der Staat soll uns Nischen lassen, in denen wir ganz privat sein können, er soll ein bisschen vergesslich sein, nicht in alles hinein- und nicht alles überblicken. Was ich da beschreibe, das sieht auch unsere Verfassung so. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Volkszählungsurteil im Jahr 1983 die Nutzung einheitlicher Identifikationsnummern zur offenen Kennzeichnung personenbezogener Daten untersagt.

Natürlich gibt es Identifikationsnummern, und es darf sie auch geben. Wir haben eine Personalausweisnummer, eine Steuernummer und eine Rentenversicherungsnummer. Aber sie sind verschieden, und unter jeder dieser Nummern dürfen jeweils nur spezifische Daten gespeichert sein, und es ist eben nicht alles, was die Behörden über einen Menschen wissen, an einem zentralen Ort gespeichert.

Warum erzähle ich Ihnen das? Ich erzähle Ihnen das, weil wir hier über genau so ein zentrales Register debattieren, das Ausländerzentralregister. In diesem Register sind alle Bürgerinnen und Bürger registriert, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Dennoch haben wir der Einrichtung eines solchen zentralen Registers in der vergangenen Legislaturperiode zugestimmt, weil es in den Jahren der großen Zugangs- (D) zahlen von geflüchteten Menschen im Zusammenspiel von BAMF und Ausländerbehörden notwendig geworden ist, mehr Überblick herzustellen.

Das Ausländerzentralregister oder AZR enthält allerdings eine ziemliche Bandbreite von Daten über diese Menschen. Natürlich gibt es eine Kennziffer, mit der jeder, der in diesem Register gespeichert ist, eindeutig identifiziert werden kann. Diese Ziffer darf aus gutem Grund nur für die Datenübermittlung zwischen dem BAMF und den Ausländerbehörden verwendet werden. Unter dieser Maßgabe haben wir auch zugestimmt.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen jetzt die Verwendung der AZR-Nummer und der Datenaustausch auf weitere Behörden ausgeweitet werden. Dabei geht es nicht nur um weitere Verwaltungsbehörden, sondern auch um Behörden, die mit der Ermittlung bei und der Verfolgung von Straftaten befasst sind. Diese Ausweitung erhöht allerdings die Gefahr, dass die AZR-Nummer zu einer Personenkennzahl wird, also gerade zu dem, was das Bundesverfassungsgericht aus gutem Grund untersagt hat. Die Zusammenführung dieser teils durchaus sensiblen Daten kann zu einer umfassenden Katalogisierung der Persönlichkeit und zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen dienen.

Ich muss es einfach so sagen, wie es ist: Unsere in der Verfassung verankerten Grundrechte, liebe Kolleginnen und Kollegen, gelten für alle Menschen und nicht nur für diejenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informati-

(A) onsfreiheit hat eine ziemlich kritische Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf abgegeben. Er hat unter anderem auf genau diesen Punkt abgehoben.

In der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs muss es uns deshalb zum einen darauf ankommen, das Ausländerzentralregister und vor allem seine Verwendung so auszugestalten, dass es den Grundrechten und dem Datenschutz entspricht. Es kann doch niemand wollen, dass die Gerichte diese Aufgabe für uns übernehmen müssen.

Zum anderen haben wir, um die Qualität unserer Gesetzgebung zu verbessern, die Evaluation von Gesetzen eingeführt. Das ist eine wirklich sehr kluge Vorgehensweise. Denn wie oft müssen wir feststellen, dass sich die Wirkungen unserer Gesetze nicht ganz so einstellen, wie wir es uns gewünscht haben, und unerwünschte Nebenwirkungen aufgetreten sind? Auch das Datenaustauschverbesserungsgesetz soll evaluiert werden.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Die Redezeit.

Saskia Esken (SPD):

Ich bin fertig.

(Stephan Brandner [AfD]: Fix und fertig!)

Leider beraten wir schon heute über eine Weiterentwicklung des Gesetzes, obwohl die Evaluation erst zum Jah-
(B) resende vorgelegt wird. Diese Fragen müssen wir in der Ausschussberatung beantworten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Katharina Landgraf [CDU/CSU])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erhält der Kollege Alexander Throm, CDU/CSU-Fraktion, das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Throm (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sagen immer wieder, dass wir die Migration nach Deutschland, aber auch das Migrationsgeschehen in Deutschland besser steuern wollen, freilich immer wieder aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Und gerade das Ausländerzentralregister ist das zentrale Instrument, mit dem wir die Verfahrensabläufe hier in Deutschland auch steuern können.

Der erste Schritt ist 2016 mit dem ersten Gesetz gemacht worden. Wir entwickeln es jetzt weiter, weil die Praxis gezeigt hat, dass wir uns mit manchen Regelungen auch ein Stück weit selbst behindern. Wie soll man erklären, dass wir beispielsweise beim Jugendamt, bei den Staatsangehörigkeitsbehörden oder bei den Auslandsver-

tretungen nicht auch automatisiert auf die vorhandenen Daten zugreifen können und sollen? (C)

(Zuruf der Abg. Saskia Esken [SPD])

Der Normenkontrollrat, der uns begleitet und unsere Gesetzgebung kritisch verfolgt, stellt hierzu fest: Das Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung und entspricht den Anforderungen der Praxis. – Das ist auch ein Lob und eine Aussage, die wir mit in die Beratungen einbeziehen sollten.

Frau Kollegin Jelpke sagt, wir wollten den gläsernen Ausländer. Das stimmt nicht. Es ist übertrieben. Wir wollen allerdings wissen, wer sich bei uns in Deutschland aufhält. Wir wollen anhand der Daten auch ein geordnetes, schnelles und zügiges Verfahren durchführen. Das ist auch im Interesse des gutwilligen Ausländers, der ein schnelles Verfahren will und sich möglichst schnell integrieren möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie, Frau Kollegin Jelpke, mit Ihrer Fraktion stellen immer wieder Große Anfragen, mit denen Sie viele Daten gerade über das Migrationsgeschehen abfragen. Hin und wieder muss die Bundesregierung mal sagen: Dazu liegen uns leider keine Daten vor. – Sie sind es, die das dann am heftigsten kritisieren.

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Das Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz dient auch dazu, die Daten dann besser zu erheben und Ihnen auch bei Anfragen zur Verfügung stellen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Abnehmen von Fingerabdrücken bei Minderjährigen zwischen 6 und 14 Jahren. Ja, wenn man sich das anschaut, ist es auf den ersten Blick überraschend, dass wir auch von Kindern unter 14 Jahren Fingerabdrücke erheben wollen. Aber eine bestimmte Situation haben wir alle in den letzten Jahren mehrfach zu Recht kritisiert. Wir wissen von knapp 3 000 unbegleiteten Minderjährigen, die in Deutschland waren und vielleicht noch sind; jedenfalls wissen wir heute nicht, wo sie sind. Darunter sind knapp 900 Minderjährige unter 14 Jahren. Insofern dient das Abnehmen der Fingerabdrücke gerade auch dem Schutz dieser Minderjährigen, damit wir besser auf sie aufpassen können,

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: Man kann alles umdrehen!)

zukünftig wissen, wo sie sind, und sie gegebenenfalls auch in Obhut nehmen können.

Gehen Sie bitte nicht davon aus, dass das heute noch irgendwo in einem schummrigen Hinterzimmer mit Tinte und blauen Fingern passiert. Vielmehr muss man einfach die Hand auf eine Glasscheibe legen. Selbstverständlich ist auch eine fachliche Betreuung vom Jugendamt dabei. Ich glaube, wir tun damit etwas im Interesse der Minderjährigen – und keinesfalls gegen sie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Throm. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 19/8752 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 6 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Siegbert Droese, Corinna Miazga, Dr. Harald Weyel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden – Heranführungshilfen sofort stoppen

Drucksache 19/8987

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
Auswärtiger Ausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre hiergegen keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als erster Redner der Kollege Siegbert Droese, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

(B)

Siegbert Droese (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Türkei ist bisher ein zuverlässiger Partner im Rahmen der NATO. Es existieren funktionierende Strukturen im Rahmen der Zollunion. Die Türkei ist eine große Nation im Nahen Osten, eine stolze Nation, die souverän agiert und schon deshalb schwer in das derzeitige Brüsseler Regime integrierbar wäre.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Regime?)

In der Türkei herrscht ein traditionell anderes Politikverständnis, das mit unserer Wertearchitektur nicht kompatibel ist.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion lehnt den EU-Beitritt der Türkei ab, respektiert aber, dass die Türkei unter Erdogan gedenkt, an ihrer Identität und orientalischen Traditionslinie festzuhalten. Dessen ungeachtet fehlen der Türkei fundamentale Voraussetzungen, um Mitglied der EU zu werden. Ich komme auf einige zu sprechen.

Die Türkei müsste die eigenen Regeln den EU-Vorgaben anpassen. Von den 35 Kapiteln, die jeder Beitrittskandidat bearbeiten und abschließen muss, ist bisher lediglich eins vorläufig abgeschlossen. Eine ganze Reihe von Kapiteln wurden seit der Verleihung des Status als Beitrittskandidat 1999 gar nicht erst eröffnet, weil einige Mitgliedstaaten Einwände dagegen hatten bzw. gar keine Aussicht auf Erfolg sahen.

(C)

Die Türkei gehört nicht zu Europa. 1987 wurde noch Marokkos Beitrittsgesuch mit der Begründung abgelehnt, dass nur ein europäisches Land Mitglied der EU werden könne. Die AfD-Fraktion möchte Europa als europäischen Geschichts- und Kulturraum erhalten.

(Beifall bei der AfD)

Die Türkei unter Erdogan missachtet Menschenrechte. Seit dem versuchten Militärputsch im Jahr 2016 sind mehr als 55 000 Menschen verhaftet worden, darunter Anwälte, Richter, Lehrer, Professoren, Universitätsmitarbeiter und einige Journalisten. Presse- und Meinungsfreiheit sind eingeschränkt. Kollegen des Bundestages wurde verweigert, deutsche Soldaten in der Türkei zu besuchen.

Die EU wird von Erdogan als „Christenclub“ abgewertet. Er mischt sich in den deutschen Wahlkampf ein und hetzt seine hier lebenden Landsleute auf. Selbst die EU-Kommission hält in einem Fortschrittsbericht fest – Zitat –:

> Die Türkei hat sich in großen Schritten von der EU wegbewegt.

Ein weiterer Punkt. Der Beitritt der Türkei würde den heute schon uneffektiven EU-Außengrenzschutz vor unlösbare Probleme stellen. Die EU hätte dann einen Grenzverlauf mit einer der zentralen Konfliktregionen des Nahen Ostens. Damit läge der Syrien- und Irak-Konflikt direkt vor unserer Haustür.

(D)

Man könnte noch die Zypern-Frage anbringen und die enormen Kosten für die EU, die ein Beitritt der Türkei mit sich brächte, oder weitere Punkte ansprechen. Aber ich möchte Ihnen, verehrte Kollegen, gerne auch noch ein paar Ansatzpunkte lassen. Bedenken Sie dabei bitte: Der deutsche Wähler wird die Debatte über unseren Antrag sicher recht aufmerksam verfolgen.

Die AfD-Fraktion fordert mit ihrem Antrag die Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU gegenüber anderen Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, die Verhandlungen zum EU-Beitritt der Türkei umgehend zu beenden, weitere Vorbeitrittshilfen komplett zu streichen,

(Beifall bei der AfD)

die von der Türkei geforderte Visafreiheit abzulehnen und sicherzustellen – das ist eine sehr wichtige Forderung –, dass kein deutsches Steuergeld zur Stabilisierung der türkischen Politik unter Erdogan bereitgestellt wird.

(Beifall bei der AfD)

Wie wir alle wissen, lehnte die AfD schon in ihrem Grundsatzprogramm den Beitritt der Türkei ab. Wir erkennen dennoch an, dass auch Vertreter der übrigen Parteien des Hohen Hauses in der Zwischenzeit eine Neubewertung der Türkei-Frage vorgenommen haben. So war von Manfred Weber, CSU, zu vernehmen – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

> Die Türkei passt nicht in die EU.

Kollege Schulz, SPD, ergänzt – ich zitiere –: Es macht keinen Sinn, Beitrittsverhandlungen fortzusetzen. Zitat Ende. Meine Damen und Herren, die Türkei in ihrem

Siegbert Droese

(A) heutigen Zustand passt nicht in die EU. Die EU muss dies jetzt der Türkei in aller Deutlichkeit sagen. Das ist auch eine Frage der Ehrlichkeit gegenüber dem NATO-Partner Türkei. Ich lade Sie ein, gemeinsam mit uns heute, am 4. April 2019, ein Signal der Geschlossenheit des Deutschen Bundestages in der Türkei-Frage zu senden.

Ich möchte mich zum Abschluss bei meiner Kollegin Miazga für die Zusammenarbeit, was den Antrag betrifft, bedanken. Ich freue mich nun auf die Debatte und bin selbstverständlich der Meinung, dass der AfD-Fraktion nach guter demokratischer Sitte und nach der Geschäftsordnung auch ein Bundestagsvizepräsident zusteht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Droese. – Als nächster Redner für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Matern von Marschall das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matern von Marschall (CDU/CSU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD ist, würde ich mal sagen, vor allen Dingen überholt. Der Europäische Rat hat im Juni vergangenen Jahres beschlossen, die Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union auf Eis zu legen. Es werden keine neuen Kapitel eröffnet, und es werden keine abgeschlossen. Das ist im
(B) Übrigen auch die Position der Bundesregierung. Das ist auch die Position, die wir gemeinsam im Koalitionsvertrag niedergelegt haben. Insofern besteht gar kein Handlungsbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Offensichtlich ist Ihr Antrag im Wesentlichen ein Wahlkampfmanöver vor der Europawahl.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Von der Fundiertheit des knapp anderthalbseitigen Antrags will ich jetzt gar nicht sprechen.

(Zuruf von der SPD: Mehr können die nicht! – Siegbert Droese [AfD]: Wir wollten Sie nicht überfordern!)

Ich will Folgendes sagen:

(Stephan Brandner [AfD]: Leichte Sprache!)

Wir haben in vielen Berichten der Europäischen Kommission in den vergangenen Jahren die sukzessiven Verschlechterungen im Rechtsstaatsbereich zur Kenntnis genommen. Diese Berichte sind natürlich deswegen geschrieben worden, weil wir nicht endgültig die Verhandlungen abgebrochen haben, sondern sie nur auf Eis gelegt haben. Es ist also gut, dass wir regelmäßig diese Berichte erhalten.

Zum Zweiten. Wenn ich auf die Kommunalwahlen zurückschaue, bei denen wir erlebt haben, dass die Demokratie in der Türkei weiterhin lebendig ist, bei denen (C)
wir gesehen haben, dass sich trotz erheblicher Behinderungen der Demokratie, der Meinungsbildung und der Pressefreiheit,

(Stephan Brandner [AfD]: In Deutschland, Herr von Marschall!)

auch andere Stimmen Bahn brechen, dann bin ich ganz sicher, dass wir diejenigen unterstützen sollten, die sich auf europäische Werte beziehen. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir die sogenannten IPA-Mittel, die Vorbeitrittshilfen, zwar deutlich reduzieren, aber eben nicht in den Bereichen, in denen wir diejenigen, die sich in der Türkei für Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit einsetzen, unterstützen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig! – Stephan Brandner [AfD]: Wir sind hier aber in Deutschland!)

Deswegen finde ich es sehr gut, dass wir Programme wie Erasmus und Austauschprogramme im Rahmen von Horizon 2020 weiterhin fördern, aber die Förderung in allen anderen Bereichen selbstverständlich reduzieren. Diese Reduktion um 60 Prozent entspricht im Zeitraum 2018 bis 2020 über 1 Milliarde Euro.

Ich bin ganz sicher – das ist von Ihnen ja auch anerkannt worden –, dass wir in der Türkei nicht nur einen wichtigen NATO-Partner haben, sondern dass wir in der
Türkei auch weiterhin einen wichtigen Partner bei der (D)
Unterstützung von über 3 Millionen Flüchtlingen haben, die in der Türkei weiterhin Zuflucht finden. Die diesbezügliche Vereinbarung der Europäischen Union mit der Türkei ist gut. Wir sind der Türkei dankbar, dass sie diese wertvolle und wichtige Arbeit macht. Wir haben jetzt die zweite Tranche zur Auszahlung gebracht. Ich glaube, dass alle Fraktionen in diesem Hause, einschließlich der AfD, froh sind, dass diese Vereinbarung ihre Wirkung zeitigt.

(Norbert Kleinwächter [AfD]: Geld rauswerfen wegen der falschen Politik von Frau Merkel! – Gegenruf des Abg. Christian Petry [SPD]: Herr Nachtwächter, seien Sie doch mal ruhig!)

Ich sehe überhaupt nicht, auch nicht in dem, was Sie in den vergangenen Monaten hier suggeriert haben, was auch andernorts in diesem Hause schon suggeriert worden ist, dass es irgendeinen Zusammenhang zwischen den auf Eis gelegten Beitrittsverhandlungen auf der einen Seite und den Vereinbarungen zur Unterstützung der Flüchtlinge auf der anderen Seite gebe.

Mit anderen Worten: Ich bin ganz sicher, dass trotz aller Schwierigkeiten und trotz aller Defizite im Rechtsstaatsbereich die lange und gute Freundschaft, die Deutschland und die Türkei verbindet und die insofern auch eine wichtige Brückenfunktion innerhalb der Europäischen Union zu diesem Land besitzt, langfristig tragfähig sein wird. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir wieder in andere Zeiten gelangen werden. Im Übrigen

Matern von Marschall

(A) bin ich zuversichtlich, dass die vielen türkischstämmigen Menschen, die hier bei uns im Land leben, ob deutscher oder türkischer Staatsbürgerschaft, eine ganz wichtige Brückenfunktion für den Austausch zwischen unseren beiden Ländern haben. Das möchte ich erhalten, und deswegen bin ich dafür, dass wir in der Sache klar und deutlich reden, dass wir die vielen Defizite im Rechtsstaatsbereich weiterhin anprangern, dass wir die Gespräche hinsichtlich der Visaliberalisierung und der Zollunion nicht voranbringen, solange wir keine Fortschritte sehen, aber insgesamt unsere Freundschaft zur Türkei nicht infrage stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin erhält das Wort die Kollegin Gyde Jensen, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gyde Jensen (FDP):

Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Türkei steht an einem Scheideweg: Möchte sie als Teil Europas anerkannt sein, oder möchte sie ein unfreies Land sein, ein Sultanat, das freie Medien und freie Meinungen mit Staatsgewalt unterdrückt?

(Stephan Brandner [AfD]: Ein Merkel-Land!)

(B) Die Türkei von Präsident Erdogan hat alle Eigenschaften einer illiberalen Demokratie: Mehr als 150 Journalisten sind in Haft, ebenso der Präsidentschaftskandidat Selahattin Demirtas von der HDP; die Medienlandschaft ist weitestgehend unter der Kontrolle von Präsident Erdogan und der AKP. Die Zensur freier Berichterstattung ist Ausdruck von Diktatur. Und die Ausweisungen von Korrespondenten von ZDF und „Tagesspiegel“ zeigen nur eines, und zwar die Schwäche von Präsident Erdogan, sich Kritik nicht offen stellen zu können. Und nicht nur das: Präsident Erdogan tut alles, um unter dem Vorwand des Terrorverdachts andere Meinungen mundtot zu machen.

(Beifall der Abg. Renata Alt [FDP] und Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Da sind zum Beispiel die Veröffentlichung pauschaler Terrorlisten mit Namen oppositioneller Politiker und die Androhung von Strafverfolgung gegenüber Parlamentariern, gar der Ausschluss von HDP-Abgeordneten aus der türkischen Delegation im Europarat. Das alles sind weitere Indizien dafür, wie feindselig der türkische Präsident gegenüber freier, kritischer Meinung eingestellt ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Es ist deshalb umso schöner, zu sehen – Herr von Marschall hat es gesagt –, dass der Machtwechsel bei den Kommunalwahlen, zum Beispiel in Istanbul und in Ankara, ein klares Signal der Wähler für mehr Pluralität in der Türkei ist. Es ist ein Zeichen an Präsident Erdogan, dass das Aushöhlen der Demokratie und das Einsperren von Politikern und Journalisten nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen in Ankara und Istanbul sind. In Europa dürfen wir aber nicht naiv sein und glauben, dass es jemals eine freie Wahl unter Erdogan geben wird; es nährt dennoch die Hoffnung, dass sich die aktive Zivilgesellschaft nicht einschüchtern lässt und trotz ununterbrochener Unterdrückungskampagne friedlich demonstrierend den Weg in dieses Sultanat, das er plant, ablehnt. (C)

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht mehr darum, den Beitritt der Türkei zur EU noch zu realisieren; aber es geht um Reformen, um einen Weg in ein freieres und besseres Leben in der Türkei. Deutschland und die EU müssen deshalb mit Nachdruck unterstreichen, dass die Aushöhlung des Rechtsstaats, das Einkerkern von Journalisten und die Unterdrückung politischer Meinungsäußerungen allen Standards, nicht nur den europäischen, sondern allen internationalen Standards, klar widersprechen, allen Standards, zu deren Einhaltung sich die Türkei im Übrigen selbst verpflichtet hat. Mit europäischen Werten verträgt sich dieses Vorgehen der Türkei nicht, mit einem Status als EU-Beitrittskandidat schon gar nicht. Die Türkei dokumentiert selbst, den Beitritt gar nicht mehr zu wollen. Hier geht es im Übrigen auch nicht darum, dass wir über Möglichkeiten verhandeln, wie die Türkei EU-Beitrittskandidat bleiben kann. Es geht einzig und allein um die Frage: Erfüllt die Türkei die notwendigen Standards, die ein europäisches Land, ein Land in der Europäischen Union laut Vertragswerk erfüllen muss? Das können wir ganz klar verneinen.

(Beifall bei der FDP) (D)

Wir müssen uns als Europäer in die Lage versetzen, gemeinsam universelle Werte zu verteidigen. Dafür sind die Europäische Union und ihr Wertekompass enorm wichtig. Gute Beziehungen müssen immer an die Einhaltung von Menschenrechten und die Werte der Demokratie geknüpft sein.

Meine Damen und Herren, Europa ist für viele Türken weiterhin ein Kontinent jener Regeln, die in der Türkei mit Füßen getreten werden, der Kontinent, der für Pressefreiheit, Bürgerbeteiligung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und auch für Säkularisierung steht.

Den Dialog und die Gespräche über gemeinsame Herausforderungen muss es allerdings weiterhin geben. Einen Kuschelkurs oder gar das Aussparen von Kritik darf es hier auf gar keinen Fall geben. Die Türkei muss die rechtlichen Standards einhalten, zu denen sie sich als OSZE-, als Europarats- und auch als NATO-Mitglied verpflichtet hat. Erst dann kann es überhaupt Gespräche über die Erweiterung der Zollunion, Rüstungskooperationen und Visafreiheit geben. Nur mit dieser Kooperation kommt gleichzeitig auch die Verantwortung, für unsere Werte einzustehen. Wir müssen deshalb viel stärker bereit sein, Kooperation an die Einhaltung menschenrechtlicher Standards zu knüpfen, die ein nachhaltiges Monitoring sicherstellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

(A) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Jensen. – Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Markus Töns, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Markus Töns (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Droese, es ist schon abenteuerlich; das muss man ja sagen. Wie ist denn Ihre Haltung zu den Identitären?

(Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich mich auch gefragt!)

Sie sollten mal ein bisschen bei sich selber aufräumen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich kann Ihnen sagen, Herr Droese: Es gibt hervorragende Aussteigerprogramme, wenn man da rauswill. Herr Kleinwächter, Sie müssen sich nur an die Leute in Ihrem Bundesland wenden, sie werden Ihnen Angebote machen, aus diesem Teufelskreis herauszukommen. Das wird Ihnen helfen; das macht Sie auch glücklicher. Glauben Sie mir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Norbert Kleinwächter [AfD])

Schauen wir uns doch mal den Antrag an, den Sie auf den Weg gebracht haben. Da heißt es zum Beispiel unter „I. Der Deutsche Bundestag stellt fest“:

(B)

> Die jüngsten Restriktionen gegen deutsche Journalisten sind nun nach Auffassung der EU der Tiefpunkt der Beziehungen.

Ich will noch etwas zitieren. Ihre Fraktionsvorsitzende Weidel hat noch im letzten Jahr in einem Facebook-Post erklärt: Deniz Yücel ist ein antideutscher Hassprediger. „Yücel ist weder Journalist noch Deutscher!“ – Ich finde schon, Sie haben eine merkwürdige Umgangsweise mit deutschen Journalisten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich mal festlegen, was Sie an dieser Stelle eigentlich wollen.

(Jan Ralf Nolte [AfD]: Ganz schwach, Kollege! Reden Sie mal zum Thema! – Jürgen Braun [AfD]: Es war doch Ihr Außenminister, der einen deutschen Journalisten in Venezuela im Stich gelassen hat!)

Sie fordern dann – auch das ist spannend – den Abbruch der Verhandlungen. Ich zitiere weiter aus Ihrem Antrag:

> Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf … die Verhandlungen zum EU-Beitritt der Türkei umgehend zu beenden …

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung alleine werden das nicht machen können – sie können das für sich nicht entscheiden –, sondern das müssen die 28 bzw. künftig wahrscheinlich 27 EU-Mitgliedstaaten entscheiden. Also, vielleicht mal ein bisschen genauer lesen. (C)

(Jan Ralf Nolte [AfD]: Ganz schwach!)

Das hilft Ihnen auch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Noch etwas will ich Ihnen sagen; das ist noch viel abenteuerlicher. Unter Punkt 4 Ihres Antrages steht:

> … sicherzustellen, dass kein deutsches Steuergeld zur Stabilisierung der türkischen Politik unter Präsident Erdogan eingesetzt wird.

Ja, kein deutsches Steuergeld soll da eingesetzt werden. Lassen Sie uns darüber doch mal reden. Deutsches Steuergeld fließt dahin nicht zur Stabilisierung der Regierung; denn deutsches Steuergeld fließt in die Türkei – EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei –, um Flüchtlinge und auch Gemeinden, die von Flucht betroffen sind, zu unterstützen. Darum geht es in dieser Frage und nicht darum, mit Steuergeld einen Staatspräsidenten zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da verwechseln Sie wirklich alles; da verwechseln Sie Birnen mit Äpfeln. Vielleicht sollten Sie das noch mal bedenken.

(D)

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Die Türkei ist in dem Zustand, in dem sie sich derzeit befindet, nicht beitrittsfähig. Das kann man eindeutig so sagen. Das Vorgehen gegen Minderheiten, das Vorgehen gegen die Kurden, das Vorgehen gegen Andersdenkende, gegen die Opposition und ganz besonders gegen Journalisten ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es richtig, dass diese Verhandlungen auf Eis gelegt werden. Ich will nur noch mal auf die Proteste im Gezi-Park in Istanbul hinweisen. Sie wissen alle miteinander, dass die Vorgehensweise der türkischen Politik, des türkischen Staates an dieser Stelle falsch war, weil sie Proteste in Zweifel gezogen hat. Vor dem Hintergrund gilt es zu urteilen.

(Karsten Hilse [AfD]: Oh!)

Was wir brauchen und wollen, ist eine europäische Bindung der Türkei, weil wir nämlich die Entwicklung zu Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei unterstützen wollen. Die Türkei ist übrigens an die Verpflichtungen ihres Kandidatenstatus gebunden, und deshalb wäre ein Abbrechen der Verhandlungen falsch. Demokratische Kräfte stärken, das ist wichtig.

Ich will Ihnen zum Abschluss nur noch mal etwas sagen. Die Annahme Ihres Antrages würde Folgendes bedeuten – ich fasse zusammen –:

Erstens: die Schwächung der demokratischen Kräfte. Zweitens. Die Sicherheitslage in der Region würde sich

Markus Töns

(A) erheblich verschlechtern. Drittens. Wirtschaftliche Beziehungen zur Europäischen Union würden sich erheblich verschlechtern.

Das kann nun wirklich nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Als nächster Redner spricht zu uns der Kollege Dr. Diether Dehm, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Hochverehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die AfD sollte nicht nur nicht vergessen, Herr Droese, was Frau Weidel hier gesagt hat, als sie Deniz Yücel hier abgesprochen hat, Journalist und deutscher Staatsbürger zu sein, sondern auch nicht das, was draußen im Lande erzählt worden ist. Wir haben das nicht vergessen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die AKP Erdogans und die AfD von Höcke, ihr seid doch Brüder im Ungeist mit eurer Verachtung für die
(B) demokratische Gewaltenteilung im Staat, für soziale Grundrechte, mit eurer brutalen Verfolgung von allem, was links und freiheitsliebend klingt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Petry [SPD] – Stephan Brandner [AfD]: Hört sich an wie am Ersten Mai! Ist ja gruselig, was Sie hier bieten!)

Die AfD will dem Erdogan-Regime die Finanz- und Kredithilfen abdrehen. Aber zugleich verschweigt ihr in eurem Antrag die deutschen Waffenexporte in die Türkei – vielleicht aus Rücksicht auf eure Spender und deren Rüstungsdividenden. Das könnte ja ein Grund sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die AfD steht so eisern wie Erdogans AKP zu den Finanzspekulanten. Die AfD klingt genauso völkisch-rassistisch wie Erdogan,

(Beifall bei der LINKEN)

nur, der hat noch mehr Macht – noch!

(Stephan Brandner [AfD]: Was spielen Sie denn für ein Theater? Das ist ja Augsburger Puppenkiste!)

Zehntausende Oppositionelle – es wurde schon gesagt – sind inhaftiert; über 100 000 wurden aus dem Staatsdienst entlassen.

Ich stand in einem Gewerkschaftshaus in Istanbul. Die zerschlagenen Fenster stammten noch aus dem April; die Blutflecken an der Wand waren vom Ersten Mai. (C)
In drei Wochen könnte es wieder so weit sein. Verfolgte Gewerkschafterinnen müssen uns hier genauso wichtig sein wie Wissenschaftlerinnen, Journalisten und Künstler im Knast.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Sie haben die Künstlerinnen vergessen!)

Erdogan hat vor der Kommunalwahl alle Andersdenkenden als Terroristen gebrandmarkt.

(Stephan Brandner [AfD]: Das machen Sie doch auch!)

Dennoch haben die Oppositionsparteien, die großartige prokurdische HDP und die CHP, jetzt überraschend gute Erfolge erkämpft, in Istanbul, Ankara und anderen Städten, und dies trotz Manipulation, gleichgeschalteter Medien und den brutalen Folterspitzeln Erdogans. Frau Merkel und Herr Maas, anstatt der peinlichen NATO-Waffenbrüderschaft mit Erdogan können wir der demokratischen Opposition in der Türkei gar nicht genug gratulieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Beitrittsverhandlungen dürfen nicht fortgesetzt werden und die Finanz- und Kredithilfen auch nicht. Deswegen müssen, Kollege Töns, die Verhandlungen offiziell auf Eis gelegt werden – offiziell! –, auch wegen der Finanzen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bilder sind doch zu bitter, wie mit deutschen Panzern die türkische Armee Syrien überfällt und dort die hinmordet, die uns vom IS zu befreien geholfen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Den tapferen Kurdinnen und Kurden gebühren nicht deutsche Kriminalisierung der PKK auf der deutschen Terrorliste, nicht deutsche Granaten aus Erdogans Panzerrohren; denen gebührt Dank vom Deutschen Bundestag.

(Stephan Brandner [AfD]: Sie loben die PKK? Haben Sie noch alle Tassen im Schrank, für Terroristen Werbung zu machen? – Weitere Zurufe von der AfD)

– Genau das. Jetzt halten Sie mal ein bisschen inne, und versuchen Sie mal, wenn Sie schon dazwischenreden, so zu rufen, dass man das hier auch verstehen kann.

Welche Werte machen denn NATO und EU zu einer Wertegemeinschaft? Bruch von Völkerrecht? Verfolgung von Gewerkschafterinnen? Rüstungsexport und Bombenterror? Dann ernennen Sie doch gleich Trump und Erdogan zur doppelt quotierten NATO-Spitze. Mit 70 hat immerhin auch die NATO das Recht auf ein Gesicht, das sie verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm

(A) Die AfD verschweigt, dass die Bundeswehr immer noch im Rahmen einer NATO-Mission in der Türkei stationiert ist

(Stephan Brandner [AfD]: Mein Gott!)

und dass seit zehn Jahren nicht ein einziger türkischer Geheimdienstspitzel aus Deutschland ausgewiesen worden ist, obwohl die hier infiltrieren, schikanieren und terrorisieren. Das ist der Skandal!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, kommen Sie zum Schluss, bitte.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Andersdenkende dieses Bundestages wie meine Kollegin Dağdelen und der Kollege Özdemir sowie ihre Familien können seit langem nur noch mit Polizeischutz in die Öffentlichkeit. Die Linke sagt: Raus mit diesen – –

(Das Mikrofon wird abgeschaltet)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, ich habe Ihnen gerade das Wort entzogen, weil Sie Ihre Redezeit um 40 Sekunden überschritten hatten.

(B) (Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! – Beifall bei der LINKEN – Stephan Brandner [AfD]: Ist ja grausig, was Sie hier erzählen, Herr Dehm! War das ein peinlicher Auftritt!)

Als nächster Redner spricht zu uns der Kollege Cem Özdemir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Jetzt wird es noch schlimmer! Lassen Sie das Mikro gleich aus, Herr Kubicki!)

– Herr Kollege Brandner, das entscheide immer noch ich. Ich brauche Ihre Belehrung in dieser Frage nicht, und eine Wiederholung wird einen Ordnungsruf auslösen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Cem Özdemir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Kompliment anfangen, nämlich mit einem Kompliment an die mutigen Menschen in der Türkei, die sich am vergangenen Sonntag trotz aller Repression,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Mutige Menschen in der AfD!)

trotz aller Zensur und trotz aller Gefängnisandrohung für die Demokratie entschieden haben – von Istanbul über Ankara bis nach Diyarbakir. Dazu gehört Mut; das sind europäische Werte. Diesen Menschen fühlt sich der Deutsche Bundestag verbunden und nahe. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN)

Sie haben eines gezeigt: Es gibt die andere Türkei, die Türkei, die sich für Demokratie, für Toleranz, für Menschenrechte, für Minderheitenrechte, für Gleichberechtigung, also für die Werte Europas, einsetzt. Ihr gilt unsere Solidarität.

Ich sage aber auch: Solange Erdogan Präsident der Türkei ist, solange müssen die Beitrittsverhandlungen genau dort bleiben, wo sie gegenwärtig sind, nämlich im Tiefkühlregal ganz hinten. Mit Erdogan wird diese Türkei ganz sicher nicht Mitglied der Europäischen Union werden können. Das weiß jeder hier im Haus – offensichtlich alle außer Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Ohne Erdogan wird das auch nichts!)

Unsere Kritik – und das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns –

(Stephan Brandner [AfD]: Es gibt noch mehr!)

richtet sich gegen Erdogan; sie richtet sich nicht gegen die Menschen in der Türkei. Wir sind weder antitürkisch noch antimuslimisch, sondern wir sind antidiktatorisch. Das ist es, was die Mehrheit dieses Hauses von Ihnen unterscheidet. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Gyde Jensen [FDP])

Genau das ist mal wieder die Trennlinie zwischen der AfD und dem Rest dieses Hauses.

(Stephan Brandner [AfD]: Wir erzählen auch nicht so einen Blödsinn wie Sie!)

Was immer Ihr Anliegen ist: Es ist ganz sicherlich nicht das Anliegen, die Situation der Journalisten, der Frauen, der Christen, der Schwulen und der Lesben in der Türkei zu verbessern; denn genau diesen Menschen schlagen Sie die Tür vor der Nase zu. Damit erweisen Sie Erdogan übrigens den größtmöglichen Dienst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wissen Sie, was mich an Ihrem Antrag am meisten verwundert?

(Stephan Brandner [AfD]: Erzählen Sie es uns!)

Sie zielen auf Erdogan – so sagen Sie es zumindest –, dabei ist er doch in Wirklichkeit Ihr Bruder im Geiste –

Cem Özdemir

(A) ebenso wie Putin, ebenso wie Trump, ebenso wie Viktor Orban.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie sind alle Mitglieder im selben Machoklub, in dem man als AfDler Ehrenmitglied wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Machen Sie sich doch mal ehrlich!

(Udo Theodor Hemmelgarn [AfD]: Sie sind ein Hetzer!)

Ich versuche gerade, mir vorzustellen, Sie, die Sie hier sitzen, würden in der Türkei ein Wahlrecht besitzen. Eines wissen wir, glaube ich, alle: Sie hätten weder die CHP noch die HDP gewählt, sondern Sie hätten die AKP oder die MHP gewählt, weil die genauso ticken wie Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Die AKP ist eine Partei, die sich der Aufarbeitung der dunklen Kapitel der Geschichte ihres Landes genauso wenig stellt wie die Partei hier vorne rechts, die das Jahrtausendverbrechen des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ bezeichnet,

(Stephan Brandner [AfD]: Herr Özdemir, Herr Özdemir! Machen Sie Feierabend! Peinlich!)

(B) eine Partei, die sich lieber an Moskau statt an Brüssel orientiert, eine Partei, die Anstand und Moral tagtäglich mit Füßen tritt.

(Stephan Brandner [AfD]: Eine Plattitüde nach der anderen!)

Ich muss nach dieser Debatte nur in meinen Twitter-Account schauen; dann sehe ich: Es gibt zwischen AKP- und AfD-Anhängern einen Unterschied, nämlich die Sprache. Die Inhalte sind genau gleich. Ich kann Ihnen das genau übersetzen und zeigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN – Norbert Kleinwächter [AfD]: Hören Sie sich Ihre Vorurteile an!)

Ihnen geht es um vieles, aber es geht Ihnen garantiert nicht um eine demokratische Zukunft für die Menschen in der Türkei. – Übrigens: Ihr Schreien zeigt mir, dass ich recht habe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stephan Brandner [AfD]: Sie schreien doch hier herum! Sie schreien am lautesten!)

Ihnen geht es darum, die Tür zu Europa für alle zuzumachen, die muslimischen Glaubens sind. Sie machen sich zum Handlanger Erdogans.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Stephan Brandner [AfD]: Das war noch peinlicher als der Dehm!) (C)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Özdemir. – Herr Kollege Brandner, für den Zwischenruf „Sie sind ein Hetzer“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Stephan Brandner [AfD]: Ich?)

Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Andreas Nick, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Nick (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand geht aktuell davon aus, dass eine türkische Vollmitgliedschaft in der EU auf absehbare Zeit eine realistische Perspektive ist. Die Beitrittsgespräche sind faktisch zum Erliegen gekommen. Dafür gibt es vielfältige Gründe, und das ist natürlich vor allem eine Folge der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei selbst.

Es ist klar: Derzeit dürfte es der Türkei wohl kaum gelingen, die Kopenhagener Kriterien der EU zu erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Stabilität als Garantie für rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung von Menschenrechten und die Achtung und den Schutz von Minderheiten. Die Schlussfolgerung ist klar: Die innere Verfasstheit der Türkei darf nicht immer stärker in einen Gegensatz zu ihren eigenen strategischen Interessen geraten. Dazu gehören zweifelsohne gute Beziehungen mit dem Westen – politisch wie wirtschaftlich. (D) Wir im Westen haben umgekehrt weiterhin ein vitales Interesse an einer prosperierenden Türkei mit einer stabilen Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Die Kommunalwahlen in der Türkei am vergangenen Wochenende mit einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent und den Wahlsiegen der Opposition in großen Städten wie Ankara, Istanbul und Izmir zeigen die Wertschätzung der türkischen Bevölkerung für pluralistische Demokratie und politischen Wettbewerb.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn aber der Beitritt zur Europäischen Union keine realistische Perspektive ist, ist es an der Zeit, die Beziehungen zur Türkei neu zu vermessen. Aber statt die Tür einseitig zuzuschlagen und die Beitrittsgespräche einseitig zu beenden, sollten wir gemeinsam mit der Türkei eine Perspektive jenseits der EU-Vollmitgliedschaft auf der Grundlage realistischer Erwartungen entwickeln. Dabei sollten wir uns vorrangig auf die Themen konzentrieren, bei denen konkrete Verbesserungen der Beziehungen auch kurzfristig erreichbar sind. Ich nenne die Erweiterung der Zollunion, schrittweise Maßnahmen zur Visaliberalisierung, zum Beispiel für Wissenschaftler und Studenten, die Verstärkung des Jugendaustausches und vermehrte kulturelle Begegnungen. Das alles sind nicht zuletzt Maßnahmen, die sich ganz vorrangig an die Zivilgesellschaft richten.

Der Schlüssel zur Intensivierung der Beziehungen in diesen Bereichen liegt aber in der Türkei selbst. Der Kol-

Dr. Andreas Nick

(A) lege von Marschall hat das vorhin angesprochen: Ohne Fortschritte bei den zentralen Fragen des Schutzes der Menschenrechte, der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der pluralistischen Demokratie sind einer Intensivierung der Zusammenarbeit enge Grenzen gesetzt.

Jüngst haben uns Meldungen über die Nichtakkreditierung deutscher Journalisten oder die Androhung, deutsche Staatsbürger wegen freier Meinungsäußerung in Deutschland bei der Einreise in die Türkei festzunehmen oder zurückzuweisen, beunruhigt. Die Türkei muss auch den Verpflichtungen nachkommen, die sich aus ihrer Mitgliedschaft im Europarat ergeben. Dort ist sie de facto Gründungsmitglied. Hier wird es eine entscheidende Nagelprobe geben, nämlich den Umgang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Freilassung von Selahattin Demirtas, sofern dieses Urteil rechtskräftig wird. Das wird ein entscheidender Testfall werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Denn, meine Damen und Herren, die Türkei ist und bleibt ein wichtiger Nachbar und Partner. Sie hat das Potenzial, eine lebendige Brücke zwischen dem Westen und der islamischen Welt zu sein. Um aber dauerhaft stabil und tragfähig zu sein, muss eine Brücke an beiden Ufern gleichermaßen fest verankert sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Nick. – Bevor wir fortfahren, muss ich mich korrigieren; ich möchte den Kollegen Brandner nicht zu Unrecht beschuldigen.

(Stephan Brandner [AfD]: Doch, lassen Sie ruhig!)

Der Zwischenruf „Sie sind ein Hetzer“ kam nicht von ihm. Insofern nehme ich den Ordnungsruf zurück.

Der Ordnungsruf für diesen Zwischenruf ereilt vielmehr Herrn Kollegen Udo Hemmelgarn, AfD-Fraktion.

(Martin Schulz [SPD]: Egal, trifft immer den Richtigen! – Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Ist das eine Verbesserung oder eine Verschlechterung?)

– Herr Schulz, wir sind in einem Rechtsstaat. Es ist nicht egal, wen der Ordnungsruf trifft. Er darf nur Schuldige treffen und nicht Unschuldige.

Als nächster Redner erhält der Kollege Christian Petry, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD – Martin Schulz [SPD]: Ich bleibe bei meiner Aussage, Herr Präsident!)

Christian Petry (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sinn des Antrages ist ja vom ersten Redner schon genannt worden. Es geht nicht um die Debatte und den Austausch hier, sondern es geht um Wahlkampf. (C)

Der Antrag ist schlecht gemacht, und für den Beginn wurde auch noch schlecht gegoogelt. Trotzdem kann man natürlich seriös über das Thema reden.

Wir haben schon einiges gehört. Ein großer Punkt – Cem Özdemir und Matern von Marschall haben ihn genannt – ist die große Leistung der Türkinnen und Türken bei der Kommunalwahl.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch etwas, was wir sehr schätzen müssen und was uns, sage ich mal, in dem Bemühen bestärken sollte, die Zivilgesellschaft und die demokratischen Kräfte zu stärken.

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016, in der Putschnacht, in Istanbul zu sein. Ich kann euch sagen: Das ist wirklich ein Erlebnis, das keiner braucht. Aber es stimmt nachdenklich, dass so etwas in dieser Form bei uns in der Nachbarschaft möglich ist.

Wenn wir etwas dazu beitragen können, die Kräfte, die jetzt unterdrückt werden – das ist alles genannt worden; ich möchte es nicht wiederholen –, zu stärken, sei es mit Vorbeitrittshilfen oder sonstigen Mitteln, dann wäre ich persönlich dazu bereit. Ich würde mir wünschen, diese Unterstützung zu intensivieren in einem Beitrittsprozess, der sowieso auf Eis liegt. Formal gesehen müsste der Europäische Rat einstimmig beschließen, diesen Prozess auf Eis zu legen. Das ist recht schwierig. Das Europäische Parlament hat das mehrfach beschlossen. Die Kommission sollte sich daran halten; das ist meine feste Überzeugung. Wenn es darum geht, diese Mittel für die demokratische Unterstützung der Zivilgesellschaft einzusetzen, dann sollten wir dies auch tun. Insofern wäre ein Abbruch wirklich das falsche Signal, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht hier um eine schwierige Frage: Macht man die Tür zu und bestraft damit nicht nur einen Despoten, der Menschen verhaftet und die Demokratie abschaffen will, sondern auch den Rest des Volkes, oder lässt man sie offen für die Möglichkeit, mit bescheidenen Mitteln diejenigen zu unterstützen, die es in der Türkei sehr schwer haben? Ich denke, es ist unsere Aufgabe, sie zu unterstützen.

Ein Wort noch zu den Waffen bzw. zum Konflikt. Ich halte es natürlich für nicht richtig, dass die Türkei im Irak

(Ulla Jelpke [DIE LINKE]: In Syrien!)

gegen diejenigen vorgeht, die uns dort mit unserer Unterstützung gegen die Kämpfer des IS und andere verteidigt haben. Diese Kritik muss aus diesem Hause deutlich zu hören sein. Diese Entwicklung müssen wir im Auge behalten; das ist eine ganz schwierige Sache.

Ich bin wirklich der Auffassung, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir die Tür für die proeuropäischen

Christian Petry

(A) Kräfte in der Türkei offenlassen müssen, dass wir die Unterstützung der Europäischen Union darauf fokussieren sollten, die Rechtsstaatlichkeit, den Schutz der Menschenrechte und die Demokratisierung in der Türkei zu stärken. Insoweit geht der Antrag der AfD in die völlig falsche Richtung. Entlarvt wurden Sie heute bereits mehrfach; das muss man nicht wiederholen. Das wäre für Sie zu viel der Ehre.

In diesem Sinne hoffe ich in einem langen Prozess auf deutliche Verbesserungen in der Türkei, darauf, dass dort wieder die Zivilgesellschaft, die Demokratie und der Schutz der Menschenrechte im Vordergrund stehen und wir einen weiteren Annäherungsprozess der Türkei an die Europäische Union starten können.

Herzlichen Dank und Glück auf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Cem Özdemir [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Petry. – Als letzter Redner spricht nunmehr zu uns der Kollege Dr. Volker Ullrich, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Europäische Union und die Türkei haben seit vielen Jahrzehnten gemeinsame Anknüpfungspunkte. (B) Im Europarat ist die Türkei seit 1949 Mitglied. Seit 1952 ist sie Mitglied der NATO. Und im Jahr 2005 sind Beitrittsverhandlungen eröffnet worden. Die Wahrheit ist aber auch, dass nur sehr wenige Kapitel eröffnet werden konnten und es seitdem ständige Debatten darüber gibt, ob die Beitrittsreife der Türkei überhaupt in irgendeiner Art und Weise vorliegt. Auch der Fortschrittsbericht 2018 hat kein Nach-vorne-Gehen, sondern einen Rückschritt konstatiert.

Ja, wir sorgen uns um die Rechtsstaatlichkeit, um die Situation der Grund- und Menschenrechte und um die Gewaltenteilung in der Türkei. Die Situation elementarer Grundrechte und der Zustand des Rechtsstaats sind unter den absoluten Mindestanforderungen, die wir für einen EU-Beitritt voraussetzen. Deswegen kann und darf es einen solchen EU-Beitritt auch nicht geben. Dennoch müssen wir inständig darauf hinwirken, dass sich die Situation verbessert, aus der Verpflichtung der Mitgliedschaft des Europarats heraus, aber auch weil es uns nicht egal sein kann, wenn viele Hunderttausend junge Menschen in der Türkei eine Verbesserung ihrer Situation erwarten. Das haben auch die Wahlen am letzten Wochenende gezeigt. Deswegen ist unser Appell von hier in die Türkei, dass das Ergebnis dieser Wahlen akzeptiert werden muss; denn die Akzeptanz von demokratischen Wahlen ist eine Grundvoraussetzung für die Geltung von Demokratie und Gewaltenteilung.

(Beifall des Abg. Johannes Schraps [SPD])

(C) Ich weiß auch, meine Damen und Herren, dass viele in der Zivilgesellschaft in der Türkei für eine stärkere Anbindung an Europa werben und sich für Demokratie und einen säkularen Rechtsstaat aussprechen. Aber zu einem ehrlichen Umgang gehört auch, dass die Türkei derzeit eben keine Beitrittsperspektive hat. Wir müssen das im Umgang mit der Türkei auch ehrlich kommunizieren, und deswegen müssen wir über die Vorbeitrittshilfen sprechen. Sie sind bereits gekürzt worden. Aber sie werden nicht Jahr für Jahr vergeben, sondern immer für sechs Jahre. Sie sind jetzt bis 2020 festgeschrieben. Vieles von dem, was in diesen Vorbeitrittshilfen vereinbart wurde, kommt auch der Zivilgesellschaft zugute, insbesondere jungen Menschen, die durch die Teilnahme am Erasmus-Programm näher an Europa herangeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Markus Töns [SPD])

Es wird niemals die Situation geben, dass wir der jungen Generation in der Türkei nicht die Hand reichen; denn es ist wichtig, dass wir durch die Handreichung eine Brücke zwischen Europa und der Türkei bilden.

Wir brauchen auch vor dem Hintergrund, dass in unserem Land viele Menschen leben, die ihre Wurzeln in der Türkei haben und bei uns eine neue Heimat gefunden haben, einen fairen, offenen und partnerschaftlichen Dialog mit der Türkei. Das kann eine Privilegierte Partnerschaft sein. Das kann aber auch ein Brückenbauen im Rahmen der Institutionen sein, bei denen wir gemeinsam Mitglied sind: in der OSZE, in der NATO und im Europarat. (D) Hier geht es um gemeinsame Werte, auf die wir bauen und die wir einfordern. Diese Werte zu leben – Pluralität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, aber auch der Schutz der Minderheiten, auch der Schutz der christlichen Minderheit in der Türkei –, ist ein wichtiges Anliegen, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Deswegen sind diese Beziehungen wichtiger, als dass man dies auf einer halben Seite abhandeln könnte, wie Sie von der AfD das getan haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Ullrich. – Damit beende ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/8987 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. November 2017 über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atom-**

Vizepräsident Wolfgang Kubicki

(A)

gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits

Drucksache 19/7835

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

Drucksache 19/9009

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Dr. Barbara Hendricks für die SPD-Fraktion als Erster das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Barbara Hendricks (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Ziele des Abkommens sind die politische Annäherung und die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, also mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Wir beschließen heute den dazugehörigen Gesetzentwurf der Bundesregierung, damit das Abkommen bei uns Rechtskraft erlangen kann. Das Abkommen soll zudem unterstreichen, dass eine intensivierte Zusammenarbeit der EU auch mit den Ländern möglich ist, die wirtschaftlich und politisch auch mit der Russischen Föderation verbunden sind.

(B)

Deutschland ist für Armenien übrigens der wichtigste Handelspartner innerhalb der EU. Weltweit steht Deutschland als Exporteur nach Armenien hinter Russland und China an dritter Stelle.

Wie Sie wissen, wurde schon in den Jahren bis 2013 über ein Assoziierungsabkommen verhandelt. Dieses wurde dann zurückgestellt. Im Jahr 2015 aber ist es dann tatsächlich gelungen, sich wieder anzunähern. Nach einem Jahr Sondierung gab es dann von Dezember 2015 bis März 2017 erneute Verhandlungen. Diese führten zu einem positiven Abschluss im Jahr 2017.

Die Inhalte dieses europäischen Abkommens sind auf Armenien geradezu maßgeschneidert. Große Teile entsprechen dem schon früher ausgehandelten Assoziierungsabkommen. Durch die Mitgliedschaft in der EAWU wird keine Vereinbarung abgelehnt, außer der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone. Wirtschaftlich bedeutsam sind die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, die größere Transparenz im öffentlichen Auftragswesen, der Schutz geistigen Eigentums und eine unabhängige Wettbewerbsaufsicht. Die politischen Inhalte sind allerdings auch von hoher Bedeutung. Dazu gehören die Achtung der demokratischen Grundsätze, der Menschenrechte und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit; diese sind in der Präambel des Vertrages aufgeführt.

Es liegt also durchaus in unserem gemeinsamen Interesse, Armenien beim Aufbau der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Gleichzeitig ist es zu begrüßen, wenn die Staaten der Östlichen Partnerschaft auch zu ihren Nachbarn enge wirtschaftliche Beziehungen unterhalten. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wesentliche politische Inhalte sind darüber hinaus die Bekämpfung des Terrorismus, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung und nukleare Sicherheit, der Kampf gegen internationale Kriminalität und Menschenhandel, die Bekämpfung des Klimawandels und die Konsolidierung der in den letzten zehn Jahren entstandenen Verkehrskorridore.

Wie Sie wissen, hat Armenien im vergangenen Jahr die sogenannte Samtene Revolution erlebt. Die neue Regierung hat sich hohe Ziele gesetzt: Korruptionsbekämpfung, Unabhängigkeit der Justiz, freier wirtschaftlicher Wettbewerb, Auflösung von Monopolen und fairer Parteienwettbewerb. Auf der Basis von CEPA kann die Europäische Union Armenien durchaus dabei unterstützen, voranzukommen. Wir bringen also gute Perspektiven in dieses Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Hendricks. – Als nächster Redner erhält das Wort der Kollege Dr. Anton Friesen, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

(D)

Dr. Anton Friesen (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Zuhörer! Ende Februar bis Anfang März habe ich als erster Bundestagsabgeordneter nach den Parlamentswahlen im Dezember 2018 Armenien besucht und mir vor Ort ein Bild von der Aufbruchsstimmung nach dem demokratischen und friedlichen Machtwechsel zu Paschinjan machen können.

Das Dreiecksverhältnis zwischen der Europäischen Union, Armenien und Russland kann – vor allem im Vergleich zu anderen Staaten im postsowjetischen Raum, zum Beispiel zur Ukraine – als vorbildlich gelten. Armenien ist Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion, gleichzeitig aber eng an die Europäische Union angebunden.

Ich will in der Kürze der Zeit auf zwei wichtige Aspekte eingehen: zum einen auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und zum anderen auf die Rückführung vollziehbar Ausreisepflichtiger.

Besonders relevant ist das Thema Mafia leider in Thüringen. Bei uns im Freistaat Thüringen treiben verschiedene mafiöse Gruppierungen ihr Unwesen, darunter auch die sogenannte armenisch geprägte Mafia.

(Ursula Groden-Kranich [CDU/CSU]: Na klar!)

Die Landesregierungen Thüringens, egal ob schwarz oder dunkelrot, haben bei der Mafiabekämpfung seit

(A) Jahrzehnten mindestens ein Auge zugedrückt. Umso wichtiger sollte es sein, gemeinsam mit Armenien bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zusammenzuarbeiten. Stattdessen haben der MDR Thüringen und „Der Spiegel“ sogar den armenischen Botschafter in Deutschland verdächtigt, selbst über Mafiakontakte zu verfügen. Dies ist eine ungeheure Verleumdung, die kein Diplomat so über sich ergehen lassen muss.

Es ist daher richtig, dass im Partnerschaftsabkommen die Kooperation bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Korruption in Artikel 16 explizit erwähnt wird. Hier spielt auch die Bekämpfung der Veruntreuung bei von internationalen Gebern finanzierten Projekten eine Rolle, auch bei Projekten der Europäischen Union. In einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik heißt es dazu – ich zitiere –:

> Die EU sollte durch eine umsichtige Auswahl auch Vorwürfen im Land begegnen, sie habe in der Vergangenheit mit ihrem Geld staatlich organisierte Pseudo-Nichtregierungsorganisationen … unterstützt.

Wichtig ist auch die Rückführung illegaler Migranten. Bereits seit dem 1. Januar 2014 existiert zwischen der EU und Armenien ein Rückübernahmeabkommen. Zwischen 2014 und 2018 stieg die Anzahl der vollziehbar ausreisepflichtigen armenischen Asylbewerber in Deutschland von 371 auf 1 655. Vor etwaigen Fortschritten im Hinblick auf die Visaliberalisierung muss das Rückführungsabkommen effektiv umgesetzt werden. Es ist schön und
(B) gut, dass das in Artikel 15 Absatz 2 des Partnerschaftsabkommens betont wird. Allein auf die Taten kommt es an!

Die Europäische Union gewährt Armenien zwischen 2017 und 2020 160 Millionen Euro an finanzieller Unterstützung, orientiert wiederum am Partnerschaftsabkommen und den Partnerschafsprioritäten aus dem Jahr 2018. Umgerechnet auf die knapp unter 3 Millionen Einwohner des Landes, sind es ungefähr 55 Euro pro Person. Klar ist, dass diese Unterstützung transparent und konditional erfolgen muss. Ob dies allerdings bei der real existierenden Europäischen Union der Fall sein wird, da haben wir unsere Zweifel.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen werden wir uns bei dieser Abstimmung enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Kraftvoll!)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Manfred Grund, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Christian Petry [SPD])

Manfred Grund (CDU/CSU): (C)

Vielen Dank. – Es gibt mindestens zweierlei, das wir uns nicht aussuchen können: in der Familie die Geschwister, den großen Bruder, die große Schwester, oder als Staaten unsere Nachbarn; auch die kann man sich nicht aussuchen. Genau darüber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, liebe Zuschauer vor den Fernsehern, will ich heute reden.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs vollzogen sich im Osten und Südosten Europas tiefgreifende politische und wirtschaftliche Veränderungen. Viele der früheren sowjetischen Satellitenstaaten sind inzwischen Mitglieder der Europäischen Union geworden. Mit anderen Worten: Völker und Staaten sind in die europäische Staatengemeinschaft, in die europäische Familie zurückgekommen, welche seit Jahrhunderten Teil des europäischen Kulturraums sind. Nicht nur Warschau, Riga und Bukarest sind europäische Metropolen, sondern auch Moskau, Kiew und Jerewan. Diese Städte sind Teil Europas. Diese Länder sind nicht Nachbarn von Europa, sondern unsere Nachbarn in Europa. Auch deswegen kann es keine abschließende, keine ausschließende Antwort nach den Grenzen von EU-Europa geben. Es ist ein offenes Projekt, aber mit Werten und Prinzipien und einer besonderen Verantwortung, nicht nur für die eigenen Bürger, sondern auch für die Nachbarstaaten und die dort lebenden Menschen.

Seit nunmehr zehn Jahren rücken die Nachbarstaaten in Osteuropa, also Ukraine, Georgien, die Republik (D) Moldau, Belarus, Aserbaidschan und Armenien, durch die Politik der Östlichen Partnerschaft näher an die Europäische Union heran. Für die Europäische Union stellt sich jedoch mit Blick auf die Länder der Östlichen Partnerschaft keine Beitrittsfrage. Wir wollen keine falschen Hoffnungen machen, die später nicht erfüllt werden können. Und es muss auch klargestellt werden, dass sich das Programm der Östlichen Partnerschaft nicht gegen andere richtet, auch nicht gegen Russland.

Das Ziel der Nachbarschaftspolitik besteht darin, einen Ring befreundeter Staaten um die Europäische Union zu schaffen, Staaten, die sich an unserem Entwicklungsmodell ausrichten, also an Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Demokratie. Damit wollen wir vor allem wirtschaftliche Entwicklung, Stabilität und Sicherheit an den eigenen Grenzen gewährleisten. Somit geht Nachbarschaftspolitik über den Freihandel und die wirtschaftliche Integration hinaus; denn leider stagniert die Entwicklung in diesen Ländern seit Jahrzehnten. Noch gravierender ist: Diese Länder verlieren ihre Zukunft, da die jungen, gut ausgebildeten Menschen diese in immer größerer Zahl verlassen.

Die rund 70 Millionen Menschen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft verbinden mit der EU-Annäherung ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit und die Chance, eine eigene Entwicklungsperspektive zu gewinnen. Dies wird aber nur gelingen, indem wir ihnen den Zugang zu europäischen Integrationsprozessen öff-

Manfred Grund

(A) nen und die bestehenden Kooperationsformen auf europäischer Ebene vertiefen.

(Beifall der Abg. Ursula Groden-Kranich [CDU/CSU])

Dabei ist die Annäherung an die Europäische Union für die Länder der Östlichen Nachbarschaft keineswegs ohne Alternative. Das Gegenteil ist der Fall: Alle sechs Staaten suchen nach passenden Entwicklungsmodellen für ihre Gesellschaften und ihre modernisierungsbedürftigen Wirtschaften. Für manche ist die Integration in die russisch dominierte Eurasische Wirtschaftsunion eine Priorität, für andere die Annäherung an die Europäische Union. Wir unterstützen das souveräne Recht der Staaten, selbstständig zu entscheiden, Teil welchen Integrationsraums sie werden wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wenn kleine Staaten gezwungen werden, sich zwischen ihren größeren Nachbarn zu entscheiden, können sie dabei eigentlich nur verlieren. Das gilt insbesondere dann, wenn geopolitische Konkurrenz an die Stelle einer Modernisierungsperspektive, einer Modernisierungsagenda tritt. Genau das trifft auch auf die Entscheidung zu, die Armenien 2013 zu fällen hatte. Ein damals mit Armenien ausverhandeltes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen der Europäischen Union wurde nicht unterschrieben, nachdem der damalige Präsident Armeniens, Sersch Sargsjan, nach seiner Moskau-Reise und Gesprächen mit Präsident
(B) Putin ankündigte, Armenien beabsichtige, demnächst der russisch dominierten Zollunion beizutreten. Seine Entscheidung begründete er mit der regionalen Sicherheitslage und Stabilitätsfragen Armeniens.

Das ist von uns zu respektieren. Auch für uns sind Sicherheit und Stabilität in der Region von entscheidender Bedeutung; denn die seit Anfang der 90er-Jahre verhängte türkisch-aserbaidschanische Wirtschaftsblockade gegen Armenien, der gescheiterte Versuch einer türkisch-armenischen Versöhnung von 2009 und der schwelende Konflikt um die international nicht anerkannte Republik Berg-Karabach stellen große Hindernisse für eine effektive Zusammenarbeit in der Region dar.

Für Auswege aus dieser geopolitischen Blockade zwischen der Türkei und Aserbaidschan braucht Armenien die Europäische Union genauso, wie es Russland braucht. Trotz des Beitritts zur Eurasischen Wirtschaftsunion hatte es weiterhin Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und begann erneute Verhandlungen, die mit der Unterzeichnung dieses umfassenden und vertieften Partnerschaftsabkommens endeten. Dieses Abkommen ist ein sehr komplexes Dokument. Es gleicht in großen Teilen dem vorher verhandelten Assoziierungsabkommen, mit Ausnahme einer Freihandelszone, welche wegen des Beitritts Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion, die eher eine Zollunion ist, nicht mehr möglich ist. Dennoch soll eine stärkere Annäherung an das Normen- und Regulierungssystem der Europäischen Union erfolgen, um Handel und Investitionen zu begünstigen.

Mit großem Interesse, meine Damen und Herren, haben wir wahrgenommen, wie sich die außenpolitische Linie Armeniens nach dem politischen Umbruch vom April/Mai 2018 entwickelt; mein Kollege Volker Ullrich wird darauf näher eingehen. Das Gute daran ist: Armenien verfolgt weiterhin seine außenpolitischen Prioritäten und bleibt auch bei der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Insbesondere unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet wäre die armenische Regierung gut beraten, Strategien zu entwickeln, um mithilfe der Europäischen Union ihre Wirtschaft zu modernisieren; denn die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion beinhaltet dazu bisher keine hinreichenden Perspektiven. (C)

Meine Damen und Herren, bei einer erfolgreichen Umsetzung des Partnerschaftsabkommens zwischen Jerewan und Brüssel kann Armenien ein Beispiel setzen, wie eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion und die Beteiligung an Nachbarschaftskonzepten der Europäischen Union in eine kooperative Beziehung gebracht werden. Eine erfolgreiche Umsetzung des Abkommens mit Armenien kann dabei sogar über das Land hinaus Wirkung entfalten; denn die Hand, die wir den sechs Partnerstaaten reichen, ist zugleich in Richtung Russland und der fünf Zentralasienstaaten ausgestreckt. Wir tragen mit unseren Nachbarn und gemeinsam mit Russland Verantwortung für Frieden, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent. Die Republik Armenien als Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion einerseits und der Östlichen Partnerschaft der EU andererseits könnte also ein mögliches Kooperationselement bei der Annäherung dieser beiden Wirtschaftsblöcke sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf den Anfang meine Rede zurückkommen. Wenn man sich seine Geschwister und seine Nachbarn nicht aussuchen kann, muss man alles für ein gutes Miteinander tun. Dieses Abkommen soll dazu beitragen. (D)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Grund. – Als nächste Rednerin erhält für die FDP-Fraktion die Kollegin Renata Alt das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Renata Alt (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! 300 Seiten CEPA haben einen langen Weg hinter sich. Frau Hendricks hat es angesprochen: 2013 wäre noch viel mehr möglich gewesen. Ein Assoziierungsabkommen mit Einrichtung einer Freihandelszone stand kurz vor dem Abschluss. Aber dann trat Armenien unter russischem Druck der Eurasischen Wirtschaftsunion bei. Deshalb bin ich froh, dass das Abkommen mit Armenien doch noch geklappt hat.

Der Südkaukasus ist eine geopolitisch wichtige und umkämpfte Region. Armenien ist ein zerrissenes Land,

Renata Alt

(A) zerrissen zwischen Russland und Europa. Auf der einen Seite ist Russland ein enger strategischer Partner in der Sicherheits-, Wirtschafts- und Energiepolitik Armeniens. Auf der anderen Seite ist die EU für Armenien genauso wichtig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin mir sicher, dass die EU der einzige Partner ist, der die richtigen Impulse für eine Modernisierung Armeniens geben kann.

Armenien durchläuft seit seiner Unabhängigkeit einen schwierigen Transformationsprozess. Die Samtene Revolution und der Regierungswechsel zu Nikol Paschinjan haben eine neue Dynamik entfacht. Die Bevölkerung hofft auf spürbare Reformen. Im Korruptionsindex 2018 von Transparency International steht Armenien auf Rang 105 von 180 Staaten. Einen fairen politischen Wettbewerb, rechtsstaatliche Institutionen, freie Marktwirtschaft sowie eine moderne Sozialpolitik – das sind die Reformen, die Armenien braucht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

CEPA greift genau diese Reformbereiche auf und erweitert den Radius der Zusammenarbeit. Wichtige sicherheitspolitische Themen wie die Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität, Rüstungskontrolle und die regionale Stabilität stehen im Fokus. CEPA kann Armenien an die Standards der EU heranführen. Entscheidend, meine Damen und Herren, ist aber
(B) die Umsetzung von CEPA. Jetzt muss die armenische Regierung den politischen Willen zeigen, sich der EU anzunähern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Entwicklungen unserer östlichen Nachbarn müssen in unserem Interesse sein. Seit 2009 fördern wir mit der Östlichen Partnerschaft Stabilität und politische Reformen vor Ort. Zehn Jahre später müssen wir leider feststellen, dass demokratische Strukturen und Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Armenien instabil sind. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns, Herr Grund, für eine Evaluation und Erneuerung der Östlichen Partnerschaft ein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Südkaukasus scheint vielen in weiter Ferne. Wir wollen diese Region nicht Russland überlassen. Wir wollen Armenien an die EU heranführen. Armenien ist im Aufbruch. Nutzen wir diese Chance! Dafür ist CEPA ein sinnvolles Instrument. Es zeigt, wie multilaterale Zusammenarbeit funktionieren kann.

(Beifall bei der FDP)

Dem Gesetzentwurf stimmen wir deshalb zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki: (C)

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Alt. – Als nächster Redner spricht zu uns der Kollege Andrej Hunko, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Andrej Hunko (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Am 7. Mai begehen wir den 10. Jahrestag der Politik der Östlichen Partnerschaft der EU. Das war ein neues Politikkonzept, das sich auf diejenigen Länder bezieht, die keine Beitrittsperspektive für die EU haben, aber in denen der Einfluss der EU gelten sollte. Das waren Belarus, Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Drei dieser Länder haben ein sogenanntes tiefes Freihandelsabkommen abgeschlossen: Ukraine, Moldawien, Georgien.

Ich glaube, wenn man die Entwicklung insbesondere in der Ukraine anschaut, stellt man fest: Was damals mit diesen Freihandelsabkommen ausgelöst wurde, ist ein Scherbenhaufen. Wir haben es aus zwei Gründen abgelehnt: erstens, weil es geopolitisch gegen Russland gerichtet war, und zweitens, weil es ein Freihandelsabkommen mit neoliberalen Instrumenten für Konzerne usw. ist.

(Beifall bei der LINKEN – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Freie Wahlen sind total der Scherbenhaufen!)

Drei Länder – Belarus, Aserbaidschan und Armenien – haben es nicht unterzeichnet. Armenien hat, ähnlich (D) wie die Ukraine, im September 2013 nicht unterzeichnet. Es hatte damals darauf gedrungen, nur den politischen Teil zu unterzeichnen, aber eben nicht den wirtschaftspolitischen Teil, der zu einer Alternative zwischen Russland und der EU geführt hätte. Das ist damals von der EU abgelehnt worden.

Seit 2015 gab es erneut Verhandlungen. Dieses neue Abkommen, das CEPA, steht jetzt hier zur Ratifizierung an. Wir sagen: Das ist in der Tat ein deutlicher Fortschritt, weil dieses Abkommen Armenien nicht vor die Alternative stellt, sich zwischen Russland und der EU entscheiden zu müssen, und weil es nicht die tiefen Freihandelselemente enthält. Deswegen werden wir das Abkommen nicht ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist sehr interessant, was sich in den letzten Jahren, insbesondere im letzten Jahr, in Armenien getan hat. Es gab die sogenannte Samtene Revolution, Hunderttausende sind gegen Korruption, gegen Oligarchisierung auf die Straße gegangen, über Wahlen hat es dann eine komplette Auswechselung der politischen Regierung gegeben, und das Ganze ohne Einmischung von außen und ohne geopolitische Überlagerung. Das war der große Unterschied zu den Protesten 2013 auf dem Maidan. Wir denken, dass die Entwicklung in Armenien Hoffnung macht. Es gibt eine sehr aktive Zivilgesellschaft. Ich glaube, dass man diese Entwicklungen unbedingt unterstützen sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Andrej Hunko

(A) Es gibt in dem Abkommen auch Elemente, die wir kritisch sehen. Wir wären unter diesen Bedingungen für mehr Visaerleichterungen. Wir wären für eine stärkere Betonung der sozialen Dimension in dem Abkommen. Aber insgesamt sehen wir es, verglichen mit den anderen Abkommen, positiver. Deswegen werden wir uns enthalten.

Ich glaube, die Politik der Östlichen Partnerschaft – es ist zum Teil hier in der Debatte schon angedeutet worden – braucht eine Neuausrichtung. Die Östliche Partnerschaft sollte so gestaltet sein, dass sich die Länder, die zwischen Russland und der Europäischen Union liegen, nicht zwischen beiden entscheiden müssen, dass sie eine Perspektive auf gute Kooperation mit beiden Ländern haben. Deswegen begrüßen wir, dass das im Gesetzentwurf der Bundesregierung sogar explizit im zweiten Satz erwähnt wird. Ich glaube, es kann auch für die anderen Länder der Östlichen Partnerschaft ein Vorbild sein.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner: Manuel Sarrazin für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und (B) Kollegen! Seit 2009 – es ist schon genannt worden – besteht die Östliche Partnerschaft der Europäischen Union mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, der Ukraine und der Republik Moldau. Sie zielt auf Demokratisierung, auf Stabilisierung der Nachbarschaft der Europäischen Union im Osten. Eines der Instrumente sind die genannten Assoziierungs- und Freihandelsabkommen. Die EU hat solche Abkommen mit den drei genannten Staaten – der Ukraine, Georgien und Moldau – geschlossen. Armenien war 2013 ebenfalls im Begriff, ein solches Abkommen abzuschließen, entschied sich nach russischem Druck dann aber für die Zollunion bzw. die Eurasische Wirtschaftsunion.

Es ist relativ klar, dass sich in dieser Situation gezeigt hat: Die Frage des Entweder-oder ist nicht von der Europäischen Union aufgeworfen worden,

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Auch!)

sondern die Eurasische Wirtschaftsunion als Projekt macht es zumindest sehr viel schwieriger bis unmöglich, gleichzeitig bei ihr Mitglied zu sein und Freihandelsabkommen mit Drittstaaten zu schließen. Es gibt Staaten, die das beweisen. Moldau hat weiterhin weitgehenden Freihandel mit Russland, obwohl es Mitglied der DCFTA ist. Wir betreiben Freihandel mit Serbien, das ebenfalls Freihandel mit Russland hat. Die Eurasische Wirtschaftsunion ist das Projekt, das die Staaten zur Entscheidung gezwungen hat. Und sie ist gleichzeitig das Projekt, das Staaten wie Armenien vor die Situation stellt, jetzt eine Kooperation mit uns anzustreben, um progressive Reformen im Sinne von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, (C) Menschenrechten, freien Wahlen und Kampf gegen Korruption voranzutreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn offensichtlich reicht die Partnerschaft mit Russland alleine nicht aus, um die Gesellschaft in der Hinsicht zufriedenzustellen, dass man die Reformen angeht, die überall in der Region drängend sind.

Es ist deswegen gut, dass wir im Jubiläumsjahr der Europäischen Union nach Armenien das Signal senden: Auch wenn ihr euch für die Eurasische Wirtschaftsunion entschieden habt, wollen wir in vollem Respekt dieser Entscheidung so eng wie möglich mit euch zusammenarbeiten. Wir stehen als Partner bereit. – Das CEPA-Abkommen unterstreicht dies ebenso wie die Ratifikation im Bundestag. Deswegen stimmen die Grünen heute zu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wichtig ist mit Blick auf den Südkaukasus die Frage – Kollegin Alt und andere haben es angesprochen –: Welche Entwicklungsmodelle stehen in der Region zur Verfügung? Es ist das russische Entwicklungsmodell, es ist die Türkei, es ist der Iran. Man könnte vielleicht auch noch glauben, dass sich ein Land wie Aserbaidschan versucht an den USA zu orientieren. Aber es ist doch klar, dass das Entwicklungsmodell, das tatsächlich für eine positive Entwicklung in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte steht, das der Europäischen Union ist. Deswegen muss sich die EU stärker engagieren, deswegen muss sich aber auch die Bundesregierung aktiver bilateral zur Unterstützung des armenischen Demokratisierungsprozesses einmischen. Wir erwarten, dass die (D) Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der armenischen Regierung noch intensiver und fruchtvoller wird, als sie nach dem Besuch der Kanzlerin im letzten Jahr angefangen hat. Daran muss weiter gearbeitet werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei sollten wir auch einen besonderen Blick auf die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Institutionen werfen. Die wichtigste Veränderung nach dem Abtritt von Herrn Sersch Sargsjan ist, dass sich die politische Landschaft anders verändert hat, als vorher überhaupt damit zu rechnen war – im Hinblick auf politische Freiheiten, auf Pluralismus, auf das gesellschaftliche Engagement im Land. Wir glauben, dass eine Zusammenarbeit Deutschlands und der Europäischen Union mit Armenien das Ziel haben muss, dass dieses neue armenische Modell einer wirtschaftlichen und strategischen Anlehnung an Russland bei einer Entwicklung von persönlichen Freiheiten nach europäischen Standards erfolgversprechend ist, aber dass es dazu bilateral und europäisch unsere Zusammenarbeit braucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Johannes Schraps [SPD])

Herr Präsident, es bleibt mir keine Zeit mehr, um die Samtene Revolution noch zu würdigen. Aber ich möchte eines sagen: Das Motto der Samtenen Revolution 2018

Manuel Sarrazin

(A) war „Mach einen Schritt“. Die Bedeutung des CEPA-Abkommens ist nicht zu überschätzen, dass es gleich die ganze Welt verändern wird. Aber es ist auf jeden Fall ein wichtiger und herausragender Schritt auf dem Weg, den die EU und Armenien gehen können und sollten. Weitere Schritte müssen aber folgen.

Danke sehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Sarrazin. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Johannes Schraps.

(Beifall bei der SPD)

Johannes Schraps (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die meisten Länder östlich der EU ist die Europäische Union trotz des elendigen Brexits nach wie vor ein Wohlstandstraum, ein Versprechen von Demokratie, guter Regierung und vor allem von Frieden. Mit der Institutionalisierung der Östlichen Partnerschaft haben diese Länder das Versprechen der Nähe zur EU bekommen. Mehr demokratische und wirtschaftliche Reformen verheißen mehr Nähe, explizit jedoch keinen Beitritt zur EU. Diese theoretische Konstruktion der institutionalisierten EU-Nachbarschaftspolitik muss sich
(B) immer wieder im konkreten Fall beweisen. Da ist eben jeder Partner speziell, und jede Partnerschaft muss auch differenziert betrachtet werden. Das gilt auch im Fall von Armenien.

Ist in der Vergangenheit im Umgang mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft vielleicht nicht immer alles richtig gemacht worden, so könnte das vorliegende EU-Armenien-Abkommen für ein Beispiel stehen, dass wir aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse gezogen haben. Denn 2013 – es ist schon mehrfach angesprochen worden – sah sich Armenien im Prinzip vor die Wahl gestellt: Annäherung an die EU oder eine weitere Annäherung an Russland. Beides miteinander in Einklang zu bringen, schien damals nicht möglich. Armenien ist deshalb – auch das ist angesprochen worden – der Eurasischen Wirtschaftsunion beigetreten und hat das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet.

Es war und ist aber auch kein Geheimnis, dass Armenien wirtschaftlich eng mit Russland als wichtigstem Handelspartner verknüpft und verwoben ist. Es ist deshalb natürlich auch stark auf das große Nachbarland angewiesen. Dabei geht es zum einen um die Abhängigkeit von russischem Gas, von Energielieferungen, aber auch um die mindestens 2 Millionen Arbeitsmigranten aus Armenien in Russland, die mit ihren Devisenrücküberweisungen eine wichtige Stütze für viele Familien zu Hause in Armenien sind. Eine engere Verbindung mit der EU – das hat der Kollege Sarrazin gerade richtig angesprochen – hätte in diesen Bereichen möglicherweise Nachteile mit sich gebracht. Armenien sah sich also dem

(C) Druck ausgesetzt, sich zwischen den Partnern auf der einen oder der anderen Seite entscheiden zu müssen. Man muss hier vielleicht tatsächlich selbstkritisch anmerken, dass wir damals vonseiten der Europäischen Union auch nicht immer genug Sensibilität für die Befindlichkeiten des Partnerlandes aufgebracht haben.

Das nun ausgehandelte Abkommen ähnelt zwar in großen Teilen dem 2013 verhandelten Assoziierungsabkommen und impliziert – das ist wichtig – das gemeinsame Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen, zu Menschenrechten und auch zu rechtsstaatlichen Prinzipien, es nimmt aber zum Beispiel die Einrichtung einer Freihandelszone explizit aus. Dennoch werden Handel und Investitionen durch die Übernahme praktisch aller maßgeblichen Regelungen des europäischen Binnenmarktes begünstigt und müssten sich dadurch auch verbessern. Mit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung und nuklearer Sicherheit, aber auch mit der Bekämpfung von Terrorismus, internationaler Kriminalität und Menschenhandel greift das Abkommen zudem auch neue Themen auf. Und all das, ohne eine engere Zusammenarbeit Armeniens mit Russland explizit auszuschließen.

Was haben wir also aus dem ersten Versuch von 2013 gelernt? Erstens. Der Kollege Sarrazin hat das gerade schon angesprochen: Es darf kein Entweder-oder in der Frage geben, ob Länder der Östlichen Partnerschaft mit Russland oder mit der Europäischen Union kooperieren. Zweitens. Für ein solches Abkommen brauchen wir ein gutes Gespür für die aktuelle Lage in dem jeweiligen (D)
Partnerland

(Beifall bei der SPD)

und eine Sensibilität dafür, was für unsere Nachbarn von essenzieller Bedeutung ist. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde dieses Mal ausdrücklich mitgedacht.

(Beifall bei der SPD)

Insofern spielt das vorliegende Abkommen natürlich auch im Kontext des politischen Wandels der Samtenen Revolution eine besondere Rolle, weil es auch eine Unterstützung der Reform- und Transformationsprozesse in Armenien durch die Europäische Union ermöglicht. Aus meiner Sicht könnten in Zukunft vielleicht auch verbesserte Visaregelungen, ähnlich wie bei Georgien und der Ukraine, dazu beitragen, das wechselseitige Verständnis für die jeweiligen Interessen und Positionen des Partners zu erhöhen.

Da für die vollständige Implementierung bei diesem gemischten Abkommen die Zustimmung des Bundestages notwendig ist, bitte ich an dieser Stelle um eine breite Unterstützung für diesen Gesetzentwurf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste und letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt: der Kollege Dr. Volker Ullrich, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Abkommen zwischen der EU und Armenien dokumentiert den Erfolg der Östlichen Partnerschaft. Im März 2009 hat sich die EU aufgemacht, all den Staaten des Europarates und Weißrussland, die nicht Mitglied der EU sind oder nicht Mitglied der EU werden können, auf den Grundlagen der Werte der Europäischen Union ein Angebot zur engeren Zusammenarbeit und Assoziierung zu machen. Wenn wir heute dieses Abkommen im Bundestag beschließen, wird klar und deutlich gemacht, dass diese Länder die ausgestreckte Hand der Europäischen Union entgegennehmen und damit näher an Europa und unsere Werte heranrücken. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen und ein gutes Abkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Und ja, wir haben darüber zu sprechen, dass im Jahr 2013 das fertig verhandelte Assoziierungsabkommen nicht in Kraft treten konnte. Armenien hat es vorgezogen, der Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten. Aber ich bin nicht bereit, dass wir daraus einen Gegensatz konstruieren. Das Gegenteil ist der Fall: Zunächst einmal müssen wir klar und deutlich machen, dass der (B) Beitritt zu einer Union, die Freihandel und offene Märkte propagiert, etwas Gutes ist; denn im 21. Jahrhundert kommt es auch auf Zusammenarbeit und Kooperation an und nicht auf Abschottung und Mauern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Umstand, dass auf der einen Seite ein Abkommen mit der EU zustande kommt und auf der anderen Seite eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion möglich ist, zeigt auch, dass es in beiderseitigem Interesse liegt, dass die beiden Regionen, die Europäische Union und die Länder der Östlichen Partnerschaft, näher zusammenrücken, und dass es auch ein Modell für die Zukunft sein kann, das zeigt, wie sich unterschiedliche Wirtschaftsräume verzahnen können. Es geht um Vernetzung, es geht um Zusammenarbeit und nicht um Abschottung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, dieses Abkommen ist auch eine Würdigung der vielen Menschen in Armenien, die sich im Jahr 2018 aufgemacht haben, noch stärker für Demokratie, für Freiheit und für Menschenrechte einzutreten. Die bereits erwähnte Samtene Revolution hat nicht nur zu einem friedlichen Regierungswechsel und zu beeindruckenden friedlichen Massenprotesten geführt, sondern auch deutlich gemacht, dass es in Armenien auch darum geht, die grundlegenden Elemente einer freiheitlichen Gesellschaft zu verwirklichen. Es liegt jetzt an Armenien, mit der neu gewählten Regierung den

(C)

Weg fortzuschreiten: hin zu Marktwirtschaft, zu demokratischen Reformen und zu einem modernen Staatswesen. Da hat Armenien – da kann es sich sicher sein – die Bundesrepublik Deutschland an seiner Seite.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aus unserer Sicht ist diese Kooperation mit Armenien auch notwendig; denn wir haben ein Interesse daran, dass sich diese Region entwickelt und dass durch eine stabile demokratische Regierung auch Stabilität in der gesamten Region einkehrt. Wir haben ein Interesse daran, dass der Berg-Karabach-Konflikt gelöst wird. Wir legen auch ein deutliches Augenmerk auf die Schwierigkeiten, die Armenien hat. Armenien trägt die Bürde der Geografie: eine lange geschlossene Grenze zur Türkei, ein ungelöster Konflikt mit Aserbaidschan, eine südliche Grenze zum Iran. Es ist ein Land, aus dem seit 1990 mehr als 500 000 Menschen emigriert sind, in dem die Einwohnerzahl zurückgegangen ist, ein Land, das dennoch eine reichhaltige Kultur hat und gerade im Bildungssektor auch Vorbild für andere Staaten sein kann.

Wir wollen mit diesem Abkommen Armenien die Hand reichen und ihm ein Stück weit aus dieser geografischen Bürde heraushelfen, um es näher an Europa heranzuführen. Wenn andere Länder diesem Beispiel folgen, dann kann durch dieses Abkommen auch eine starke und intensive Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Östlichen Partnerschaft und der Europäischen Union gedeihen, um Frieden, Stabilität und Sicherheit in dieser Region zu garantieren. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Ullrich. – Ich schließe die Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt 10.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zu dem Abkommen vom 24. November 2017 über eine umfassende und verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Armenien andererseits. Der Auswärtige Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/9009, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/7835 anzunehmen.

Zweite Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die Grünen und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – AfD und Linke. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus**

Drucksachen 19/7375, 19/7914, 19/8435 Nr. 1

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich

(A) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

Drucksachen 19/8913, 19/9027

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Debatte 38 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch, aber Unruhe. Können Sie sich bitte hinsetzen oder den Saal verlassen?

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist für die Bundesregierung der Bundesminister Peter Altmaier.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute abschließend den Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus. Es ist ein technisches Gesetz. Es ist ein Gesetz, das wir zu später Stunde beraten.

(Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es kann zu einem Meilenstein im Gelingen der Energiewende werden, Herr Krischer.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist doch früh am Abend! Waren Sie lange nicht da!)

(B) Sie haben sich in den Zeiten, in denen Sie noch regiert haben, darum überhaupt nicht so intensiv gekümmert. Es reicht eben nicht aus, jedes neue Windrad mit Blumengirlanden zu begrüßen und sich dann bei jedem Leitungsprojekt in die Büsche zu schlagen. Insofern bin ich sehr dankbar, dass wir dieses Thema heute hier aufrufen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unverschämtheit! Was ist denn das für eine Plattitüde? Denken Sie an Horst Seehofer und seine Blockade!)

Darüber, dass wir mit der Energiewende erfreulicherweise vorankommen, dass aber der Leitungsausbau in vielen Bereichen stockt und wir, was den Ausbau der sogenannten Drehstromleitungen im Übertragungsnetzbereich angeht, vier Jahre hinter den ursprünglichen Planungen zurückhängen, sprechen wir nicht zum ersten Mal. Wir haben in einer Debatte zu einer Regierungserklärung vor weniger als einem Jahr darüber geredet, was geschehen muss. Ich habe erklärt: Wir machen den Netzausbau zur Chefsache. Wir machen ihn zur Chefsache, weil dieser Netzausbau nur gelingen kann, wenn der zuständige Minister, aber auch alle beteiligten Ressorts, der Bund, die Länder, die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit eingebunden sind.

Es ist inzwischen noch kein Jahr vergangen, und wir haben im letzten Herbst den „Aktionsplan Stromnetz“ verabschiedet, einstimmig mit allen 16 Bundesländern. (C) Damit schaffen wir ein Monitoring, damit schaffen wir eine Zusammenarbeit, die es in dieser Form bisher nicht gegeben hat.

Ich habe auf insgesamt drei Netzausbaureisen mit mehreren Tausend Bürgerinnen und Bürgern, die von Projekten betroffen sind, persönlich gesprochen: mit kommunalen Vertretern, mit Landesvertretern, mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag aus den betroffenen Wahlkreisen. Wir haben problematische Punkte angeschaut. Wir haben mit den Beteiligten auch im Bundeswirtschaftsministerium intensiv gesprochen.

Wir verabschieden heute in zweiter und dritter Lesung dieses Netzausbaubeschleunigungsgesetz. Ich möchte Ihnen allen im Deutschen Bundestag, in den zuständigen Ausschüssen, insbesondere im federführenden Wirtschaftsausschuss, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Ministerium dafür ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben bei diesem Gesetzentwurf etwas geschafft, was uns die wenigsten zugetraut hätten. Wir haben einerseits die Genehmigungsverfahren beschleunigt. Das ist dringend notwendig. Andererseits wird die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig beteiligt, und die materiellen Umweltstandards werden nicht abgesenkt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir vor Ort einen Konsens schaffen können, der wichtig ist, damit die Bevölkerung diese Vorhaben mitträgt. (D)

Wir tasten zum Beispiel die strengen Grenzwerte zu elektromagnetischen Feldern nicht an. Wir wahren das bestehende hohe Schutz- und Versorgungsniveau, aber wir verzichten in vielen Fällen, wo es um Netzoptimierung und Netzverstärkung geht, auf die Bundesfachplanung. Wir haben für das Freileitungsmonitoring ein schlankes Anzeigeverfahren ermöglicht. Es werden künftig in aller Regel auch Leerrohre verlegt werden können.

Zum Ultranet haben wir auf Wunsch des Deutschen Bundestages und der Koalitionsfraktionen festgestellt, dass auf die Bundesfachplanung nicht verzichtet wird. Auch das ist ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger und zeigt, dass wir Bedenken aufgreifen. Wir haben vorgesehen, dass die Verschwenkung der bestehenden Leitungen bei Ultranetleitungen leichter geprüft werden kann. Das ist mir ausgesprochen wichtig; denn es zeigt, dass der Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern auch dazu führt, dass in politischen Verfahren und in Gesetzen einiges geändert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben lange mit den Land- und Forstwirten über verbesserte Entschädigungszahlungen gesprochen. Wenn jemand eine Leitung über dem Acker oder unter der Scholle im Interesse des Gelingens der Energiewende und des Allgemeinwohls akzeptieren muss, dann ist es wichtig, dass wir schnell vorankommen und die Beteiligten auch angemessen entschädigt werden. Wir haben uns im parlamentarischen Verfahren darauf verständigt, die Beschleunigungszulage von 50 auf 75 Prozent noch einmal

Bundesminister Peter Altmaier

(A) anzuheben. Ich sage es ausdrücklich: Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten auch daran arbeiten, dass die Bundeskompensationsverordnung es möglich macht, dass für Eingriffe in die Landschaft, die durch den Leitungsbau erfolgen, nicht kompensiert werden muss, sondern dass eine unbürokratische, einfache und vernünftige Regelung gefunden wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Regelungen zum Redispatch und zum Einspeisemanagement. Wir haben ein System, das es uns möglich macht, Netzengpässe effizienter und damit für die Verbraucherinnen und Verbraucher kostengünstiger zu bewirtschaften. Wir haben ein nationales Offshoretestfeld geschaffen, und wir haben darüber hinaus eine ganze Reihe von weiteren wichtigen Beschlüssen gefasst.

Auf dieser Basis werden wir mit den Bundesländern in den nächsten Wochen die endgültigen Trassenverläufe dort klären, wo sie noch umstritten sind. Wir werden uns anschließend die Projekte anschauen, bei denen man über die Aufnahme von Pilotverfahren zum Thema Erdverkabelung aus guten Gründen diskutieren kann, um Akzeptanz vor Ort herzustellen und den Abschluss der Leitungsverlegung zu beschleunigen.

Wir werden bei dem Thema Leitungsausbau ein Monitoring einführen, damit jeder zu jedem Zeitpunkt weiß, wo die Ampel auf Grün, wo sie auf Gelb und wo sie auf Rot steht.

(B) Diese Energiewende – so umstritten sie bei vielen lange Zeit war und zum Teil immer noch ist – ist dann, wenn wir unsere Klimaschutzverpflichtungen ernst nehmen, der einzige Weg, um im Energiebereich unser Wirtschaftsmodell, unser Sozialmodell auch in Zukunft klimafreundlich zu erhalten. Wenn wir wollen, dass die Energiewende gelingt, dann brauchen wir eben nicht nur die erneuerbaren Energien, dann brauchen wir auch die Stromleitungen. Es werden Leitungen sein, die länger sind als früher, weil der Strom in der Energiewende in ländlichen Regionen produziert und in städtischen und Ballungsgebieten verbraucht wird. Das wissen alle Beteiligten. Das ist in der täglichen Praxis nicht immer einfach zu erklären, aber es gehört dazu, damit das große Projekt gelingt. Deshalb bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich für Ihre aller Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Kollege Steffen Kotré.

(Beifall bei der AfD)

Steffen Kotré (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung schreibt in ihrem Gesetzentwurf:

Die Stromnetze sind das Rückgrat der Energiewende.

(C) Aber ich sage: Die Bundesregierung ist der Sargnagel unserer gesicherten Stromversorgung.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen keine Langstreckennetze. Sie, Herr Altmaier, haben es eben gesagt: Es geht darum, die Stromleitungen jetzt länger zu machen. – Das ist etwas völlig Neues.

(Timon Gremmels [SPD]: Die Einzigen mit einer langen Leitung sind die von der AfD!)

– Das haben Sie schon mal gesagt; das brauchen Sie nicht zu wiederholen. – Überall auf der Welt gilt das Prinzip, dass da, wo Strom gebraucht wird, dieser entsprechend produziert wird. Also da, wo Bedarf ist, wird auch produziert. Das ist überall auf der Welt so; das war auch bei uns so. An diesen physikalischen und ökonomischen Grundlagen hat sich nichts geändert. Deswegen brauchen wir hier auch nichts zu ändern.

Mir scheint aber, dass die Bundesregierung, wenn die Energiewende in diesem Sinne vorangetrieben wird, hier den Blackout geradezu herbeisehnt. Anders kann man es, glaube ich, nicht bezeichnen. Darüber hinaus habe ich den Eindruck, als würde die Bundesregierung darauf hinarbeiten, die Stromkunden, die Steuerzahler auszuplündern und mit dem Ausbau von Höchstspannungsübertragungsleitungen durchaus mit der Gesundheit der Menschen zu spielen bzw. hier vorfristig Technologien am Markt zu etablieren, die noch nicht ausgereift sind.

Ich komme vielleicht mal zum Kern des Problems. Instabiler Windstrom ist, wie wir alle wissen, nicht verlässlich und nicht vorhersehbar. (D) Wenn wir nun diese Langstreckenstromnetze haben, dann wird ja automatisch mehr instabiler Strom in die Netze eingespeist. Das bedeutet, dass stabiler Strom aus konventionellen Kraftwerken rausgeht und das Netz insgesamt instabiler wird. Das ist das eigentliche Problem. Wir nähern uns da einer kritischen Grenze. Wir haben ja jetzt schon Stromausfälle im Millisekundenbereich. Die werden zunehmen.

Aber was eben auch zunehmen wird, ist das Risiko eines Blackouts. Über dieses Blackout-Risiko haben wir heute schon einiges gehört. Ich erinnere nur noch mal daran, dass bei einem Blackout über Tage hinweg durchaus auch Todesfälle in Kauf genommen werden müssen, zum Beispiel in Krankenhäusern. Das liegt auf der Hand. Die gesellschaftliche Infrastruktur würde zusammenbrechen etc.

Leider haben wir es bei den Energiewendeverfechtern mit wissenschaftlichen Stümpern zu tun: befreit vom Wissen über physikalische, technische und ökonomische Zusammenhänge. So ist es dann auch kein Wunder, dass zum Beispiel ein Staatssekretär aus dem Bundesumweltministerium sagt: Wir brauchen keine Grundlastsicherung im klassischen Sinne mehr. – Aber genau diese Grundlastsicherung ist die Voraussetzung für unsere Versorgungssicherheit. Das sagt mir, dass auf diese Versorgungssicherheit nicht mehr so viel Wert gelegt wird, und das ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Johann Saathoff [SPD]: Quatsch!)

Steffen Kotré

(A) Wenn wir andere Äußerungen nehmen, auch gerade von den Grünen, dass wir Strom in den Netzen speichern können, dann muss ich sagen: Das ist natürlich völliger Irrsinn.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das geht!)

Dann lese ich in einem Antrag, dass Kohlestrom die Netze verstopfen soll.

(Michel Brandt [DIE LINKE]: Genau so ist es! – Norbert Müller [Potsdam] [DIE LINKE]: Ganz neue Technik!)

Da stelle ich mir jetzt vor: Da haben wir die Stromleitungen. Da kommen die Strömlinge durch. Die bleiben dann hängen und verstopfen die Leitungen. Dann muss ein Mitarbeiter des Netzversorgers kommen

(Michel Brandt [DIE LINKE]: Mal informieren! Mein Gott!)

und mit einem Pömpel vielleicht ein bisschen nachdrücken. – Das soll versinnbildlichen, mit was für einem Geschwafel wir es hier manchmal zu tun haben.

(Beifall bei der AfD – Timon Gremmels [SPD]: Ihr Geschwafel!)

Ich würde mir wirklich wünschen, dass wir hier wieder wissenschaftlich an die Sache rangehen. Aber, liebe Damen und Herren, die Tatsache, dass wir genau das nicht tun, ist das Erschreckende.

(B) (Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Bei Ihrem Reden wünsche ich mir Wissenschaftlichkeit!)

Zum Blackout habe ich schon etwas gesagt. Dass Höchstspannungsübertragungsleitungen keine ausgereifte Technik sind, hatte ich schon erwähnt.

(Timon Gremmels [SPD]: Nein! Überhaupt nicht!)

Wir haben noch nicht richtig geprüft: Was macht das mit der Gesundheit der Menschen? Dann die Umweltverschmutzung: Stromtrassen zerstören die Landschaft,

(Johann Saathoff [SPD]: Kohlekraftwerke auch!)

und davon haben die Leute vor Ort zu Recht die Nase voll.

(Timon Gremmels [SPD]: Wo soll der Strom herkommen?)

Wenn wir zum monetären Aspekt der ganzen Sache kommen, dann muss ich sagen: Hier werden wieder Milliarden ausgegeben, die dann die Stromkunden und die Steuerzahler bezahlen müssen. Das ist unsozial. Die Energiewende ist eine gigantische Umverteilung von der Bevölkerung, vom kleinen Mann hin nach oben zu den Windparkbetreibern und den Unternehmen. Aber da machen wir nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der LINKEN: Dann lasst es doch einfach!)

Langstreckenstromtrassen in der Landschaft sind so unnötig wie ein Kropf und so unangenehm wie Exkremente am Schuh. (C)

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

Meine Damen und Herren, die Energiewende ist purer Luxus für porschefahrende Grüninnen und Grüne mit der Rolex am Handgelenk. Aber wir machen Schluss mit dieser falschen Politik. Das schadet der Bevölkerung. Das schadet der Wirtschaft. Das schadet unserem Land. Nicht mit uns! Nicht mit der AfD!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Johann Saathoff.

(Beifall bei der SPD)

Johann Saathoff (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit grood Problemen sall man sük befaaten, wenn se noch heel lüttjet sind. Oder: Mit großen Problemen soll man sich befassen, wenn sie noch ganz klein sind. Man muss zugeben: Wir hätten uns mit diesem Problem, das wir heute lösen wollen, nämlich mit den Verzögerungen beim Netzausbau, schon mal ein bisschen eher befassen können und vielleicht auch müssen, als das (D) Problem noch nicht ganz so groß war, wie es jetzt im Moment ist.

(Stephan Brandner [AfD]: Das ist bei vielen Sachen der Fall, dass Sie zu spät kommen! Deswegen verschwinden Sie auch gerade von der politischen Landkarte!)

Wir wollen mit dem NABEG die Synchronisation des Netzausbaus mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen und die Verzögerung beim Netzausbau aufheben. Ich habe ein gutes Gefühl dabei, dass uns das in diesem Fall auch gelingt. In den Verhandlungen der letzten Wochen war uns aber auch wichtig, dass wir gleichzeitig die vom Netzausbau betroffenen Menschen stärker in Betracht ziehen. Wir haben dem Entwurf des Gesetzes im parlamentarischen Verfahren einiges hinzugefügt, zum Beispiel Verschwenkungsmöglichkeiten von Leitungen zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner.

(Beifall der Abg. Dr. Daniela De Ridder [SPD])

Wir haben dafür gesorgt, dass es in dem Fall, dass die alte Leitung durchs Baugebiet führt und die neue Leitung logischerweise drum herumgelegt werden muss, jetzt möglich ist, die alte Leitung auch aus dem Baugebiet heraus zu verschwenken, und zwar dahin, wo die neue Leitung hingehört.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Johann Saathoff

(A) Das ist eine gute Botschaft für alle Menschen, die von Leitungsbau betroffen sind. Wir haben erreicht, dass die Bundesnetzagentur ausnahmslos alle Anträge darauf prüfen wird, und wir haben den Katalog von Verschwenkungsmöglichkeiten, also von Tatbeständen, die es möglich machen, Leitungen zum Schutz der Betroffenen zu verschwenken, erweitert. Bestehende Leitungen können im Einvernehmen mit den Ländern ebenfalls verschwenkt werden. Ich glaube, wir können alle miteinander froh sein, dass uns das gelungen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist auch, dass durch beschleunigende Maßnahmen wie die Umstellung auf ein Anzeigeverfahren für die Einführung von Freileitungsmonitoring die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht in den Hintergrund rücken. Ganz im Gegenteil: Wir haben sichergestellt, dass die Auswirkungen genauestens geprüft werden.

Und: Ich finde es enorm wichtig, dass beim SuedOstLink die Leerrohre nun schon mitverlegt werden dürfen. Die Trasse muss in ein paar Jahren, falls wir dort noch eine zusätzliche Leitung einbauen wollen, nicht noch mal komplett neu aufgebaggert werden. Das würde kein Mensch in Deutschland verstehen, dass wir im Abstand von wenigen Jahren die gleiche Trasse doppelt aufreißen und wieder zubaggern.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso sind bauvorbereitende Maßnahmen möglich. Sie müssen allerdings für den Fall, dass später diese Planung nicht genehmigt wird, auch rückgängig zu machen sein. (B) Oft gibt es notwendige bauvorbereitende Maßnahmen, die zum Beispiel in Brut- und Setzzeiten nicht erfolgen können. Das hat zur Folge, dass der Leitungsbau allein deswegen manchmal monatelang, manchmal ein halbes Jahr lang nicht weiter vorankommt, also verzögert wird. Wir haben dafür gesorgt, dass diese bauvorbereitenden Maßnahmen jetzt möglich gemacht werden.

Wir regeln in diesem Gesetz, was eigentlich beim Betrieb von Stromnetzen passiert, wenn ein Übertragungsnetzbetreiber, der die nationalen Netze betreibt, und ein Verteilnetzbetreiber, der die regionalen Netze betreibt, konkurrierende Maßnahmen ergreifen. Was passiert dann eigentlich? Und wir haben geregelt: Im Redispatch sollen die Maßnahmen der regionalen Verteilnetzbetreiber Vorrang haben.

Ich will an dieser Stelle auch noch mal darauf hinweisen, dass uns das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur EEG-Umlage und zum Erneuerbare-Energien-Gesetz insgesamt aus der letzten Woche überrascht hat. Interessant ist, dass die EEG-Umlage nicht als Beihilfe eingestuft wurde. Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Regelungen der Energiegesetzgebung unter Verweis auf Brüssel getroffen. Die Folgen dieses Urteils sind genau auszuwerten, und ich freue mich darauf, dass wir dazu eine konstruktive Debatte haben werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Last, but not least: Wir haben ein Offshoretestfeld miteinander vereinbart in einer Größenordnung von 300 Megawatt. Das ist wichtig für deutsche Offshoreunternehmen. (C) Die Technologie kann und muss weiter in Deutschland entwickelt werden. Ich finde, das ist ein klares Bekenntnis zum Offshorestandort Deutschland.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Saathoff. – Die nächste Rednerin: für die FDP-Fraktion die Kollegin Sandra Weeser.

(Beifall bei der FDP)

Sandra Weeser (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute final das NABEG 2.0. Das ist *die* zentrale Initiative der Bundesregierung zur Beschleunigung des Netzausbaus hier in Deutschland. Wir begrüßen den Gesetzentwurf der Bundesregierung weitestgehend und auch die meisten der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, weil darin einige Maßnahmen enthalten sind, die den dringend erforderlichen Netzausbau hier in Deutschland weiter vorantreiben. Allerdings stellt sich auch für uns die Frage, ob diese Maßnahmen, die darin enthalten sind, ausreichen. Aus unserer Sicht hätten diese wesentlich weiter gehen können und auch gehen müssen; denn der Knackpunkt des Gesetzes ist ja das Vorhaben, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen und damit die Leitungen (D) schneller bauen zu können.

Sie wollen, dass der Verzicht auf die Bundesfachplanung bei der Änderung von Bestandstrassen, bei Parallelneubau und in anderen genannten Fällen zu einer Soll- oder einer Kannvorschrift wird und dass das Ganze im Ermessen der Bundesnetzagentur liegt. Das, meine Damen und Herren, ist für mich jetzt nicht der große Wurf. Mir stellt sich eher die Frage: Wie viele Projekte werden wir denn mit so einer schwammigen Regelung überhaupt in einem verkürzten Verfahren entsprechend vorantreiben können?

(Beifall bei der FDP)

Wir Freien Demokraten haben in unserem Änderungsantrag vorgeschlagen, den Verzicht auf die Bundesfachplanung für die genannten Fälle zur Regel zu machen, wohlgemerkt aber nicht für die bestehenden Planungen für die Ultranet-Trasse. Damit hätten wir einen pragmatischen Ansatz. Wir würden für deutlich mehr Klarheit sorgen, und wir kämen insgesamt viel, viel schneller voran.

Dass Ihre Regelungen nicht weit genug gehen, zeigte auch unsere Anhörung im Ausschuss im März. Leider wurde die Möglichkeit einer Änderung nicht genutzt. Ich stelle hier nochmals die Frage: Wird dieses Gesetz wirklich zu einer Beschleunigung des Netzausbaus führen? Werden Sie den Notstand beim Netzausbau damit überhaupt in den Griff bekommen? Ich will noch mal die Istsituation schildern. Wir haben noch nicht mal 1 000 Kilometer von insgesamt 7 700 Kilometern für die Netze

Sandra Weeser

(A) gebaut. Das sind schlappe knappe 13 Prozent Netzausbau, den wir mit den bisherigen Gesetzen erreicht haben. Ich habe, um ehrlich zu sein, erhebliche Zweifel daran, dass wir hier in Deutschland so vorankommen. Ich hätte mir von Ihnen wesentlich mehr Mut gewünscht – nicht nur ein „soll" oder ein „kann".

Ein weiterer Punkt, über den wir noch sprechen müssen, ist die kurzfristige Aufnahme von Regelungen zu Großspeichern und Power-to-X-Anlagen. Was hier kurz vor Toresschluss noch in das Gesetz hineingepaukt worden ist, sehen wir zum Beispiel kritisch. Power-to-X-Technologien können für die Energiewende zu einem wichtigen Baustein werden. Dabei dürfen die Prinzipien des Unbundlings, das heißt die Trennung von Netz und Vertrieb, nicht einfach über Bord geworfen werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Machen wir doch gar nicht!)

Elektrolyse und große Batteriespeicher sollten nicht von regulierten Monopolisten, also den Netzbetreibern, errichtet und betrieben werden, sondern dieses Geschäft muss aus unserer Sicht wettbewerblich organisiert und durchgeführt werden. Darüber sollten wir noch einmal in einem gesonderten Verfahren diskutieren.

Damit kommen wir zum eigentlichen Punkt der gesamten Energiewende; denn Ihre Politik missachtet marktwirtschaftliche Prinzipien und macht Energie extrem teuer. Bezahlbarkeit von Energie ist aber für den Wirtschaftsstandort Deutschland entscheidend und übrigens auch für unsere Bürgerinnen und Bürger. Laut einer (B) aktuellen Umfrage ist es einem Drittel der Befragten am wichtigsten, dass die Energiekosten bezahlbar bleiben. Liebe Bundesregierung, so langsam müssten bei Ihnen auch mal die Alarmglocken leuchten.

(Stephan Brandner [AfD]: Welche Glocke leuchtet? – Zuruf von der CDU/CSU: Leuchten?)

Wir haben nicht umsonst heute die Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gebracht, um die Debatte über steigende Strompreise zu führen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Antworten in dieser Debatte haben mich persönlich nicht überzeugt. Ich weiß nicht, ob es den Bürgerinnen und Bürgern zu Hause nicht ähnlich geht.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ändern Sie bitte Ihren Kurs bei der Energiewende, und steuern Sie um!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Ralph Lenkert, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ralph Lenkert (DIE LINKE): (C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat sich beim Netzausbau auf das NOVA-Prinzip festgelegt. „NOVA" bedeutet: zuerst Netzoptimierung, dann Netzverstärkung und zuletzt Ausbau. Bevor man also neue Stromtrassen baut, sollte man die bestehenden Kapazitäten kennen. Also fragte ich die Bundesregierung nach den Übertragungskapazitäten im Höchstspannungsnetz zwischen den Bundesländern. Die Antwort der Bundesregierung lautete – Zitat –: „Diese werden in der Regel nicht ermittelt." Erstaunlich, oder? Dann fragte ich, wie alt die Höchstspannungsübertragungsleitungen sind. Antwort der Bundesregierung: Wir wissen es nicht. – Erstaunlich, oder?

Herr Minister Altmaier, in Ihrem Ministerium sind weder die Kapazitäten noch der Zustand des deutschen Stromnetzes bekannt. Woher stammt Ihr Glaube, dass Ultranet, SuedLink und SuedOstLink und die anderen Trassen notwendig sind?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fragte weiter: Was ist volkswirtschaftlicher, eine Strompreiszonentrennung in Deutschland oder der Ausbau des geplanten Stromübertragungsnetzes? Die ausweichende Antwort lautete: Eine Preiszonentrennung ist nicht netzausbaudienlich. – Das ist zumindest richtig, bloß es offenbart eines: Diese Bundesregierung hat nicht einmal über Alternativen zu dem exzessiven Stromübertragungsnetzausbau nachgedacht.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, EU-Kommission (D) und Bundesregierung verlassen sich bei der Netzausbauplanung völlig auf die Netzbetreiber 50Hertz, TenneT, Amprion, TransnetBW und andere. Diese planen dann Neubautrassen, Ausbaumaßnahmen. An jeder Maßnahme verdienen sie garantierte 7 Prozent Rendite. Wer da glaubt, dass die Netze so sparsam wie möglich gebaut werden, kann auch jedes Märchen glauben.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich muss jetzt mal technisch werden. 2017 fragte ich nach den schwarzstartfähigen Kraftwerken in Deutschland. Die Antwort lautete: In den Kraftwerken, die schwarzstartfähig sind und im Falle eines Blackouts sicherstellen, dass das Stromnetz wieder angefahren werden kann, gibt es 7,8 Gigawatt. – Zufällig hat man das größte deutsche Pumpspeicherwerk in Goldisthal in meinem Heimatland Thüringen vergessen. Also fragte ich nach. Daraufhin mussten die Netzbetreiber die Zahl auf 11,2 Gigawatt korrigieren. Erstaunlich, oder?

(Beifall bei der LINKEN – Stephan Brandner [AfD]: Super! Tolle Sache!)

Als Techniker in der Industrie war ich für die Planung von Technologiewechseln zuständig. Zu Beginn analysierte ich den aktuellen Zustand und den zukünftigen Endzustand.

(Stephan Brandner [AfD]: Eine spannende Sache!)

Ralph Lenkert

(A) Dann organisierte ich den schnellstmöglichen Übergang. Herr Minister Altmaier, Ihrem Ministerium fehlen die genauen Daten. Sie kennen nicht die Kapazitäten, und die Planungen des zukünftigen Stromsystems mit 100 Prozent erneuerbaren Energien liegen nicht vor. Wenn Sie, Herr Minister, als Techniker Industrieprojekte so planen würden, wie Ihr Ministerium den Übertragungsnetzausbau plant, dann müssten Sie sich ganz schnell einen neuen Job suchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, dieser Gesetzentwurf streicht Planungsschritte und ermöglicht damit deutlich weniger Einsprüche gegen den Trassenausbau. Das ist undemokratisch. Die Stromkundinnen, Handwerker und Unternehmer müssen die 55 Milliarden Euro Stromnetzausbaukosten finanzieren. Das sind 4 Milliarden Euro zusätzliche Netzentgelte jährlich. Das ist unwirtschaftlich und unsozial.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Union sichert mit diesem Gesetz den Übertragungsnetzbetreibern TenneT, 50Hertz, Amprion, TransnetBW jährliche Zusatzprofite von 1,5 Milliarden Euro. Das sagt alles. Die Linke lehnt dieses Übertragungsnetzbetreiberprofitsicherungsgesetz ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

(B) Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Ingrid Nestle, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ingrid Nestle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Herr Minister! Viele Politiker haben die Jugendlichen von Fridays for Future in den letzten Wochen gelobt. Es sei richtig und gut für die Demokratie, sich zu engagieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die richtige Antwort von uns Parlamentariern ist nicht abstraktes Lob, sondern konkretes Kümmern um die Anliegen der Jugendlichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da spielt der heute vorliegende Gesetzentwurf eine wichtige Rolle; denn wir brauchen die Stromnetze für erfolgreichen Klimaschutz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne unterstützen den zügigen Ausbau der Stromleitungen. Dabei sind wir überzeugt, dass Naturschutz nicht das Problem ist, und lehnen Absenkungen der Standards klar ab. Dennoch enthält Ihr Gesetzentwurf richtige Ansätze zur Beschleunigung des Netzausbaus. Umso absurder ist es, dass Sie beim Ausbau von Wind- und Sonnenstrom auf der Bremse stehen, angeblich wegen fehlender Leitungen. Minister Altmaier, Sie haben gesagt, die Energiewende komme voran, der Leitungsausbau nicht. Das stimmt doch schon längst nicht mehr. Der Ausbau der Erneuerbaren hat sich halbiert, während die Planungsverfahren von SuedLink und Co Schritt für Schritt sinnvoll abgearbeitet werden. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: In 2030 werden wir die Leitungen haben, aber nicht den Ökostrom, um sie zu füllen. Das müssen wir ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe davon gesprochen, dass wir junge Menschen für die Demokratie gewinnen wollen. Ja, wir alle wollen, dass junge Menschen die Erfahrung machen, dass wir im Parlament in der Lage sind, Probleme zu lösen. Trauen Sie sich wirklich, den jungen Leuten zuzurufen, unsere Demokratie sei nicht in der Lage, bis 2030, also in über zehn Jahren, für den Zubau notwendiger Stromleitungen zu sorgen? Trauen Sie sich wirklich, weiterhin zu sagen, dass Sie sich wegen der angeblich fehlenden Stromleitungen nicht um den versprochenen Ausbau der erneuerbaren Energien kümmern? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie junge Menschen für die Demokratie gewinnen wollen, dann müssen Sie beweisen, dass wir in der Lage sind, Probleme zu lösen, und dann dürfen Sie nicht schon aufgeben, wenn es um den Bau von Stromleitungen geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörg Cezanne [DIE LINKE])

Deshalb bitte ich Sie von ganzem Herzen: Fangen Sie heute an, den Zubau bei den Erneuerbaren wieder auf das notwendige Tempo zu bringen.

Und bitte nennen Sie nie mehr dieses alberne Argument, dass man wegen heutiger Engpässe im Stromnetz angeblich nicht den Zubau der Erneuerbaren bis 2030 organisieren könne. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Was albern ist, ist die Aussage, die Sie gerade treffen!)

– Sie können gern eine Zwischenfrage stellen. Dann freue ich mich.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Nee, bringt eh nichts!)

Übrigens werden sogar schon heute über 97 Prozent des erneuerbaren Stroms vom Netz aufgenommen, und das kann man noch problemlos steigern, zum Beispiel indem man den Strom vor dem Netzengpass nutzt, anstatt die Windräder abzuschalten, oder indem man weniger Kohlestrom in den Netzengpässen hält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Ach so! Sind jetzt die Netze physikalisch verstopft?)

Aber hier stehen Sie auf der Bremse. Mit diesen schlechten Argumenten haben Sie den Ausbau der Erneuerbaren gebremst und bereits halbiert. Das ist das Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Ihr seid das Problem! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch gar keine Redezeit, Herr Pfeiffer!)

Ingrid Nestle

(A) Ich hätte gerne dem Gesetz zum Netzausbau zugestimmt. Leider haben Sie in letzter Sekunde noch eine Förderung für Erdöl-KWK reingeschoben. Wir werden uns enthalten. Aber ich möchte Sie alle einladen, dass wir gemeinsam wirklich nach Wegen suchen, die Energiewende zum Funktionieren zu bringen – mit Stromnetzen, mit Erneuerbaren, mit Energieeffizienz, mit allem Drum und Dran.

Herr Koeppen, Sie sprachen vorhin vom Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Da hatte er recht!)

Genau darum geht es. Ich muss ja zugeben: Ich bin es so leid, von Ihnen immer die gleichen Gassenhauer zu Strompreisen und Versorgungssicherheit zu hören. Wenn wir heute schon ein ernstes Problem mit der Erreichung der Ziele des Zieldreiecks haben, dann ist es doch bei der Umweltverträglichkeit, also beim Klimaschutz, und nicht bei der Versorgungssicherheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Timon Gremmels [SPD])

Es gibt eine Menge zu tun. Das sollten wir nüchtern und anhand der Fakten gemeinsam tun. Darüber würde ich mich sehr freuen, und das sind wir als Parlament den Menschen schuldig.

Herzlichen Dank.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Timon Gremmels [SPD] – Timon Gremmels [SPD]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner: Dr. Andreas Lenz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie hier am späten Nachmittag oder am frühen Abend – die Sommerzeit hat ja da einiges geändert – zur Debatte zum schnelleren Netzausbau erschienen sind! Der schnellere Netzausbau ist in der Tat wichtig, und er wurde vom Minister zur Chefsache erklärt. Es gab zahlreiche Netzausbaureisen. Ich möchte schon feststellen: Es wird geliefert, und das auch in kurzer Zeit. Niemand gibt auf. Ganz im Gegenteil: Wir packen die Sache an.

Kann der Windstrom aus dem Norden nicht in den Süden abtransportiert werden, müssen die Windkraftwerke im Norden abgeregelt werden. Das verursacht hohe Kosten, sogenannte Redispatch-Kosten. Das verhält sich übrigens auch bei PV-Strom aus dem Süden so, der in den Norden geliefert werden muss.

(Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und beim Kohlestrom im Norden! Da verhält es sich auch so!)

(C) Es geht insgesamt um Netzstabilität und letztlich natürlich auch um Versorgungssicherheit, die wir hier gewährleisten.

Durch das Gesetz werden nun einzelne Verfahrensschritte wesentlich vereinfacht, beispielsweise beim Ausbau oder beim Erweitern von Leitungsseilen auf Bestandsmasten. Auch ein vorzeitiger Baubeginn wird durch das Gesetz möglich. Das schont teilweise den Boden. Aber auch für Voruntersuchungen ist das ein ganz wichtiger Schritt.

Die Verlegung von Leerrohren wird zukünftig im Sinne einer vorausschauenden Planung ebenso möglich sein. Insgesamt wird die Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, was die Planung insgesamt betrifft, verbessert werden. Ein hohes Maß an Öffentlichkeitsbeteiligung wird dabei erhalten bleiben, und zwar vom Netzentwicklungsplan bis zur Planfeststellung.

Außerdem werden wir Erneuerbare-Energien-Anlagen, aber auch KWK-Anlagen zukünftig in das sogenannte Redispatch-Management stärker miteinbeziehen. Das wird ein effizienteres Engpassmanagement insgesamt gewährleisten und wiederum Kosten sparen.

Wir haben im Gesetzgebungsverfahren auch noch Sorgen der Verteilnetzbetreiber berücksichtigt, gerade wenn es um den Zeitrahmen für die Umsetzung ging. Das wurde entsprechend adressiert.

Und: Wir erhöhen die Dienstbarkeitsentschädigungen für die Land- und Forstwirtschaft, und zwar auf 25 Prozent des Verkehrswertes bei Freileitungen und auf 35 Prozent bei Erdverkabelungen. Der Beschleunigungszuschlag wurde im parlamentarischen Verfahren von (D) 50 Prozent auf 75 Prozent erhöht. Er gilt für Bewilligungen, die innerhalb von acht Wochen zustande kommen. Dies ist eine zielgerichtete Maßnahme, die einmalig die Beschleunigung des Netzausbaus voranbringt. Frühere Öffnungsklauseln werden auch berücksichtigt werden. Die Zahlungen können dann innerhalb von 30 Jahren an drei Terminen abgerufen werden. Der Schadensersatz für Ernteausfälle, Mindererträge und Forstschäden im Zuge des Baus der Leitungen und auch im Nachgang bleibt davon unberührt. Schäden werden auch zukünftig in voller Höhe ersetzt werden.

Lassen Sie mich ganz klar sagen: Die Verbesserungen bei den Entschädigungen zeigen, dass für uns als Union der Wert des Eigentums wichtiger ist. Auch das adressieren wir mit diesem Gesetz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insgesamt werden die Regelungen helfen, die Akzeptanz zu fördern und damit die Umsetzung zu beschleunigen.

Wir prüfen auch – das will ich betonen – die Möglichkeit der Beteiligung der Grundstückseigentümer an den Netzprojekten. Wir machen zukünftig Betroffene zu Beteiligten. Die Ergebnisse einer Studie, die dazu in Auftrag gegeben wurde, werden Ende des Jahres vorliegen, und wir werden sie entsprechend berücksichtigen.

Die Anpassungen der Bundeskompensationsverordnung wurden angesprochen. Es soll hier zu Vereinfachungen und auch zu anderen Möglichkeiten des Aus-

Dr. Andreas Lenz

(A) gleichs kommen. Lassen Sie es mich ganz offen sagen: Wenn wir im Rahmen der Energiewende, also im Sinne der Ökologie, etwas machen, dann braucht es meiner Meinung nach überhaupt keinen Ausgleich. Wir wollen erreichen, dass es bei solchen Vorhaben zukünftig keiner Ausgleichsmaßnahmen mehr bedarf. Da geht uns der jetzige Regelungsvorschlag des BMU noch nicht weit genug. Wir werden darüber noch mal mit der SPD diskutieren. Ich nehme die Kolleginnen und Kollegen da beim Wort. Das ist für uns ein wichtiger Punkt, und das werden wir entsprechend weiterhin verfolgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir hätten im Rahmen dieser Gesetzgebung auch gerne noch mehr für die KWK getan, vor allem für die Anlagen zwischen 1 und 10 MW. Das scheiterte leider am Koalitionspartner. Hier bietet das EuGH-Urteil aus der letzten Woche einen entsprechenden Rahmen. Wir werden zeitnah, vor der Sommerpause, den gegebenen Spielraum nutzen.

Lassen Sie mich einen Satz zum SuedOstLink sagen. Uns als CSU war hier insgesamt wichtig, dass die Trassenbreite durch etwaige Leerrohre nicht vergrößert wird. Das haben wir auch so vereinbart. Ebenso werden die 525-kV-Leitungen nach der Präqualifizierungsphase schnellstmöglich genehmigt. Das haben wir auch festgehalten. Es freut mich, dass der Minister den Punkt der Erdverkabelung adressiert hat. Auch hierzu werden wir in den nächsten Wochen noch Gespräche führen.

(B) Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Berichterstattern insgesamt bedanken. Es waren nicht immer ganz einfache Gespräche; aber letzten Endes sind wir doch zu tragfähigen Ergebnissen gekommen, auch unter Einschaltung des Ministeriums. Das Ministerium darf man ja immer nicht zu viel loben; aber an der Stelle sei auch ein Lob an das Ministerium ausgesprochen.

Der Netzausbau ist insgesamt wichtig, wenn es um das Verhindern von unterschiedlichen Stromgebotszonen in Deutschland geht. Hier geht es um den Industriestandort als Ganzes. Mit Blick auf die Zukunft müssen wir natürlich die Netzausbaumaßnahmen stärker mit dem Ausbau der Erneuerbaren synchronisieren, besser koordinieren, gerade auch, um das Erfordernis eines zusätzlichen Netzausbaus zukünftig zu minimieren.

Insgesamt wird das NABEG also helfen, beim Netzausbau voranzukommen. Letzten Endes müssen die Leitungen natürlich trotzdem erst noch gebaut werden, und zwar schnell, also beschleunigt. In diesem Sinne ist das jetzt hier ein erster und auch ein wichtiger Schritt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Der nächste Redner: Kollege Timon Gremmels, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Timon Gremmels (SPD): (C)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das hier heute vorliegende Gesetz ist nur eines von vielen Gesetzen, die wir im Rahmen der Energiewende in dieser Wahlperiode auf den Weg bringen. Es hat mit dem Energiesammelgesetz begonnen, und es folgt im Herbst die Umsetzung der Ergebnisse der AG Akzeptanz/Energiewende. Ein Baustein ist heute das NABEG.

Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie hätten den Netzausbau zur Chefsache gemacht. Das ist schön; das freut uns. Wir erwarten aber auch, dass Sie die Umsetzung des 65-Prozent-Ziels bei den Erneuerbaren zur Chefsache machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten – das darf ich Ihnen in koalitionärer Freundschaft sagen –, dass Sie dort endlich die Ausbaupfade aufzeigen, dass Ihr Haus – und da verrate ich kein Geheimnis der AG Akzeptanz/Energiewende der Großen Koalition – endlich die entsprechenden Pläne vorlegt, damit wir vorankommen, damit wir wirklich im Herbst das, was der Kollege Lenz angekündigt hat, hier regeln können. Auch da drängt nämlich die Zeit. Wir wollen bei der Energiewende insgesamt vorankommen, nicht nur beim Netzausbau, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es würde auch helfen – diese Spitze muss Richtung Süddeutschland und auch gegenüber dem geschätzten Kollegen Lenz erlaubt sein –, dafür zu sorgen, dass wir in Süddeutschland, in Bayern und Baden-Württemberg, etwas mehr Windkraft ausbauen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir dort in nennenswertem Umfang selber Energie – erneuerbare Energie, Windkraft, Windstrom – erzeugen würden, dann würden wir das eine oder andere Stromnetz nicht ausbauen müssen. Ich glaube, hier müssen wir noch einmal miteinander ins Gespräch kommen.

Ja, wir brauchen den Netzausbau. Aber zur Wahrheit gehört, dass wir den Netzausbau nicht nur wegen der Energiewende brauchen. Wir brauchen ein europäisches Netz von Norden nach Süden, von Osten nach Westen. Die Energiewende ist nicht der einzige Grund, warum wir in Netze investieren müssen. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Konzerne in den letzten Jahrzehnten aus den Stromnetzen viele Gewinne gezogen, aber wenig investiert haben. Das muss man an dieser Stelle deutlich sagen.

Wir Sozialdemokraten haben ein wichtiges Augenmerk darauf, dass der Interessenausgleich zwischen Ausbaubeschleunigung auf der einen Seite und den Interessen der Menschen, die entlang der Trassen leben, auf der anderen Seite gewahrt wird. Beides gehört dazu. Wir brauchen für die Energiewende die Akzeptanz der Bevölkerung, und das wird schwierig. Das weiß ich durch die Projekte SuedLink und Ultranet. Ich hatte Gelegenheit, bei Kolleginnen und Kollegen entlang der Ultranet-Trasse vor Ort zu sein. Ich habe mit den Bürgerinitiativen sehr konstruktiv geredet. Deswegen an dieser Stelle ein Dank an die Mehrheit der Bürgerinitiativen. Sie haben profun-

Timon Gremmels

(A) de Sachkenntnis. Sie haben für ihre Interessen glaubhaft, ernst und mit sehr viel Wissen gekämpft. Wir haben auch einige Punkte übernommen – und zwar genau das, was die BIs gefordert haben –, zum Beispiel bei der Frage, wie es mit der Bundesfachplanung aussieht und dass für die bestehende Projekte dort keine Änderungen vollzogen werden. Wir haben den Wunsch aufgenommen, dass eine Verschwenkung von Trassen möglich ist und dass die Bestandtrassen mit verschwenkt werden, damit es am Ende keine Umzingelung einzelner Ortsteile gibt. Auch das war den Bürgerinitiativen besonders wichtig. Diesen Punkt haben wir umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich haben wir nicht alle Wünsche der BIs erfüllen können. Aber wir haben sichergestellt, dass bei den weiteren Planungen auch in Zukunft die Interessen von Naturschutz und Menschen berücksichtigt werden. Hier wird nicht eine Trasse sozusagen par ordre du mufti durch die Landschaft gejagt, sondern Bürgerinnen und Bürger, die Bundesländer und die Kommunen werden in einem geordneten Verfahren beteiligt. Wir haben auch sichergestellt, dass es keine Blockademechanismen mehr gibt; denn das hat in der Vergangenheit immer dazu geführt, dass wir nicht vorangekommen sind. Das haben wir gemeinsam geändert.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Mit dem Gesetz sorgen wir für die richtige Balance zwischen Beschleunigung, Beteiligung der Öffentlichkeit und dem Schutz betroffener Bürgerinnen und Bürger. Dafür steht die SPD.
(B) Es gibt noch viel zu tun. Wenn wir Beschleunigung im Netzausbau hinbekommen, dann bekommen wir demnächst die Beschleunigung beim Ausbau von Windkraft und Solar hin. Deswegen: Der 52-GW-Deckel muss weg, und wir müssen in Süddeutschland mehr Windkraft ausbauen. In diesem Sinne: Glück auf!

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank, Herr Kollege Gremmels. – Ich schließe die Aussprache zu TOP 11.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu liegt mir eine **Erklärung** nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.[1]

Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus. Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksachen 19/8913 und 19/9027, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 19/7375 und 19/7914 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das ist die Koalition. Gegenstimmen? – AfD und Linke. Enthaltungen? – Grüne und FDP. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

[1] Anlage 4

Dritte Beratung (C)

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Das ist wieder die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Linke und AfD. Enthaltungen? – FDP und Grüne. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksachen 19/8913 und 19/9027 empfiehlt der Ausschuss, eine Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Die Koalition. Gegenprobe! – AfD und FDP. Enthaltungen? – Grüne und Linke. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 19/9025. Wer stimmt dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Koalition, die AfD, die FDP und Die Linke, also alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 sowie Zusatzpunkt 7 auf:

12. Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Anke Domscheit-Berg, Simone Barrientos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Uploadfilter verhindern – Urheberrechtsrichtlinie im Rat der EU ablehnen

Drucksache 19/8966

(D) ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jimmy Schulz, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt KOM(2016) 593 endg.; Ratsdok. 12254/16 und Ratsdok. 6382/19

hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 8 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Urheberrecht neu denken – Ohne Upload-Filter

Drucksache 19/8959

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt für die Fraktion Die Linke die Kollegin Dr. Petra Sitte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, insbesondere der Koalition! Ich sage Ihnen: Wenn Sie uns nicht

Dr. Petra Sitte

(A) hätten, würden Sie vielleicht ruhiger leben, aber wesentlich chancenärmer. Und wir geben Ihnen heute eine exklusive Chance. Als regierungstragende Fraktionen können Sie der Regierung mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag eine klare Ansage machen, und die heißt: Der Koalitionsvertrag gilt – und Punkt.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt weiter: Keine Zustimmung zur Urheberrechtsrichtlinie im Rat der EU, und dafür gibt es starke Gründe.

Erstens. Ich zitiere, nochmals zur Vertiefung, aus dem Koalitionsvertrag. Dort heißt es:

> Eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Upload-Filtern, um von Nutzern hochgeladene Inhalte nach urheberrechtsverletzenden Inhalten zu „filtern“, lehnen wir als unverhältnismäßig ab.

Was bitte ist daran nicht zu verstehen? Nix.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch enthält nunmehr die EU-Richtlinie eine Verpflichtung zum Einsatz – technischer – Mittel, derer sich Onlineplattformen bedienen sollen, um der Haftung bei Urheberrechtsverletzungen zu entgehen. Nun wurde von Kompetenzzentren wie dem Berichterstatter Herrn Voss und anderen getönt, dass Uploadfilter ja gar nicht drinstünden. Was bitte, frage ich Sie, sind dann „technische Mittel“?

(B) Lassen sie mich ein deftiges Gleichnis ziehen. Wenn eine Kuh recycelt, ist es ein Fladen. Bei einem Hund ist es ein Haufen. Bei dem Kaninchen ist es ein Kötel, und bei Pferden nennt man es Äpfel. Man kann es verschieden bezeichnen, aber es bleibt Kacke.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Also hören Sie auf, uns für dumm zu verkaufen, und hören Sie vor allem auf, der Welt zu erzählen, dass mit diesen Uploadfiltern Kreative und Urheberinnen zwangsläufig besser vergütet würden.

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Aber selbstverständlich!)

Wenn das wirklich so wäre: Wieso wollen Sie die Filter dann in Deutschland *nicht* einsetzen? Zeitgleich droht nun Herr Oettinger mit Strafen der EU-Kommission, würde Deutschland versuchen, Artikel 13 bzw. 17 (neu) ohne Uploadfilter umzusetzen. Es wird, ehrlich gesagt, immer bizarrer.

Zweiter Grund. Die im EU-Parlament beschlossene Richtlinie hat zu Recht breite Kritik erfahren. Mehr als 5 Millionen Menschen haben eine Petition gegen die Copyright-Reform unterzeichnet. Und fast 200 000 Menschen haben am 23. März europaweit gegen die Reform protestiert. Sie haben also gewaltiges Glück, dass es auf dieser Ebene noch keine unmittelbare Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gibt, aber Ihr Vorgehen ist

(C) ein Beleg dafür, wie dringend notwendig solche Formen direkter Mitbestimmung sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Dritter Grund. Vor der Abstimmung im EU-Parlament hat es einen Antrag gegeben, die Richtlinie für Änderungen zu öffnen. Wie sich später durch offizielle Berichtigung versehentlich falsch abgegebener Stimmen zeigte, hatte dieser Antrag eine Mehrheit. Mit Ihrer Gegenstimme im Rat erhalten Sie die Chance, diesen Fehler korrigieren zu können. Vor allem Ihre Stimme, liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, ist gefragt. Zeigen Sie klare Kante. Ihre Abgeordneten im EU-Parlament haben nahezu vollständig gegen die Reform gestimmt. So ein kleines Rebelliönchen – glauben Sie es mir als alter DDR-Bürgerin – tut unheimlich gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es geht um eine gerechte Urheberrechtsreform – gerecht für die Urheber und gerecht für die Nutzer.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Der nächste Redner: der Kollege Thorsten Frei, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thorsten Frei (CDU/CSU):

(D) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es kommt relativ selten vor, dass rechtspolitische Debatten die Straßen, das Netz, den öffentlichen Diskurs und natürlich auch die Diskussion in vielen Schulklassen so bestimmen, wie das der Artikel 13 – jetzt Artikel 17 – der Urheberrechtsrichtlinie getan hat.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Zu Recht!)

Zunächst einmal finde ich es, wenn ich mir den Antrag der Linken anschaue, schon einigermaßen putzig, dass Sie sich solche Sorgen um die Umsetzung des Koalitionsvertrags von SPD und Union machen.

(Ralph Lenkert [DIE LINKE]: So weit sind wir schon!)

Das ist wirklich putzig. Aber ich kann Ihnen sagen: Machen Sie sich keine Sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

CDU, CSU und SPD werden den Koalitionsvertrag auch ohne Ihre Hilfe umsetzen. Da sollten Sie sich wirklich keine Gedanken machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP: Sie brechen ihn doch gerade! – Sie brechen ihn gemeinsam!)

Ich möchte zu dem Antrag der Linken erst einmal Folgendes sagen: Sie tun ja gerade so, als stünden wir am Anfang eines Prozesses und nicht am Ende. Die Urheberrechtsrichtlinie ist doch nicht etwa vom blauen Himmel gefallen, sondern hat zweieinhalb Jahre heftige Diskus-

Thorsten Frei

(A) sionen in Brüssel hinter sich – mit Kommission, mit Rat, mit Europäischem Parlament. Und wenn man glaubt, dass bestimmte Fragen auf europäischer Ebene besser gelöst werden können, dann muss man auch akzeptieren, dass man in Europa und in Brüssel nicht immer auf der Siegerseite ist,

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Sie haben in Europa doch dagegengestimmt!)

sondern dass am Ende ein Kompromiss steht, der vielleicht auch nicht zwingend die Mehrheitsmeinung der deutschen Europaabgeordneten abbildet.

Insofern muss ich Ihnen eines sagen: Wenn man Ihren Antrag ernst nimmt, dann bedeutet er ein gutes Stück weit auch eine Delegitimierung des Europäischen Parlaments. Das finde ich in der Sache schon völlig daneben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP: Schönreden!)

Deshalb sollten wir uns das Ganze einmal inhaltlich anschauen. Ja, ich habe gesagt, dass es ein Kompromiss ist. Kompromisse sind selten perfekt. Das ist sicherlich so. Aber wenn wir jetzt noch einmal zweieinhalb Jahre in Brüssel darüber diskutieren, dann wird sich daran nichts Grundlegendes verändern, weil, wie wir wissen, in anderen Ländern eine völlig andere Position bezogen wird.

(Roman Müller-Böhm [FDP]: In welchen Ländern denn?)

Daher geht es aus meiner Sicht darum, sich einmal an-
(B) zuschauen, was denn da eigentlich herausgekommen ist. Ich glaube, dass diese Richtlinie durchaus den schmalen Pfad zwischen der Freiheit des Netzes auf der einen Seite und dem legitimen Schutz von Urheberinteressen auf der anderen Seite gehen kann, sodass diejenigen,

(Roman Müller-Böhm [FDP]: Eben nicht! Das nützt keinem etwas!)

die als Schriftsteller, als Kreative, als Musiker, als Künstler geistiges Eigentum schaffen, davon auch entsprechend profitieren können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb muss man ganz klar sagen – Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen –: Auch wenn man nicht mit dem zufrieden ist, was da am 26. März 2019 im Europäischen Parlament entschieden wurde, ist es jedenfalls eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo.

(Zuruf von der FDP: Im Gegenteil!)

Daher sollten wir die Möglichkeiten nutzen, die wir tatsächlich haben. Denn es ist in der Tat eine Verbesserung gegenüber dem Status quo.

(Roman Müller-Böhm [FDP]: Nein! – Weiterer Zuruf von der FDP: Das stimmt doch gar nicht!)

Es ist doch nicht so, dass urheberrechtliche Haftungen im Netz keine Rolle spielen würden. Bisher liegt die Haftung beim User. Wir bringen sie dahin, wo auch das Geld

(C) verdient wird, nämlich auf die Ebene der Plattformen, bei denen mit Werbung Milliardenbeträge verdient werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dort ist sie richtig angesiedelt.

Jetzt ist die Frage zu stellen, wie man das Ganze umsetzt. Wir sprechen nicht über eine Verordnung, sondern über eine Richtlinie. Eine Richtlinie bedarf der nationalstaatlichen Umsetzung. Das werden wir in den nächsten Monaten in Angriff nehmen. Dann werden wir schauen, welche Möglichkeiten wir finden, den schmalen Pfad von Urheberrechtsschutz auf der einen Seite und Freiheit des Netzes auf der anderen Seite zu gewährleisten.

(Zuruf von der FDP: Deutschland setzt dann wieder als Einziger alles um!)

Ich bin davon überzeugt, dass es uns gelingen wird, eine Lösung zu finden, die nicht auf Blockieren, sondern auf Bezahlen setzt, indem man mit Lizenzrechten arbeitet. Ich bin davon überzeugt, dass die Richtlinie genügend Spielraum eröffnet, um eine solche Lösung tatsächlich zu finden.

Deswegen ist mein Vorschlag, dass wir uns vor allen Dingen damit beschäftigen, wie wir eine gute Lösung dafür entwickeln können, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei muss völlig klar sein, dass wir die Befürchtungen, die es in der Bevölkerung gerade bei jungen Menschen gibt, natürlich ernst nehmen und dass wir Lösungen finden, die nicht nur die großen Plattformen im Blick haben, sondern auch die kleineren, sowie das gewährleisten, was
(D) auch in der Richtlinie ausdrücklich erwähnt ist: Rezensionen, Kritik, Parodien, Karikaturen müssen selbstverständlich ungeschmälert im Netz verfügbar sein. Da darf es keinen Eingriff in Meinungsrechte geben.

(Roman Müller-Böhm [FDP]: Das ist ja spannend, was Sie da haben wollen! – Weiterer Zuruf von der FDP: Das sind wieder solche Neuland-Theorien, oder was?)

Ich bin davon überzeugt, dass die Richtlinie die Chance eröffnet, hier eine gute Lösung für uns zu erreichen. Es wäre sicherlich schön, wir könnten das im größeren europäischen Kontext erreichen. Aber wir versuchen, in Deutschland genau das umzusetzen, was wir uns zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:
Nächste Rednerin ist die Kollegin Joana Cotar, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Joana Cotar (AfD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Gestern Abend erreichte mich eine E-Mail von 120 Kulturschaffenden, die an die Bundesregierung appellieren, die neue Urheberrechtsrichtlinie und mit ihr die drohenden

Joana Cotar

(A) Uploadfilter zu verhindern. Sie fordern ein freies Internet und betonen einmal mehr, dass diese neue Richtlinie Künstlern eben nicht hilft. Im Gegenteil: Sie befürchten weniger Einnahmen, eine Eindämmung des kreativen Austausches, Overblocking, Selbstzensur und Verunsicherung. Und sie haben recht, meine Damen und Herren.

Sie, werte Vertreter von CDU, CSU und SPD, wissen auch, dass sie recht haben.

(Beifall bei der AfD)

Anders ist Ihr absurdes Verhalten in den letzten Wochen, das ständige Hin und Her beim Thema Uploadfilter, nicht mehr zu erklären. Zuerst betonen die Vertreter der CDU, vorneweg der mittlerweile wohl unbeliebteste Politiker im Netz, Axel Voss, dass die Urheberrechtsrichtlinie überhaupt keine Uploadfilter enthalte; man wisse gar nicht, worüber sich die Bürger so aufregten; alles Fake News. Kurz darauf stellt sich dieselbe CDU hin und präsentiert ein Papier, das die Uploadfilter, die es ja angeblich gar nicht geben soll, in Deutschland verhindern soll. Ist Ihnen das eigentlich nicht selbst peinlich, liebe Kollegen?

(Beifall bei der AfD)

Ich verstehe ja Ihre Panik. Der Hashtag #niemehrCDU ist in aller Munde. Sie verlieren gerade die jungen Wähler. Aber glauben Sie wirklich, dass Sie es besser machen, indem Sie die Menschen da draußen für dumm verkaufen?

(Elisabeth Winkelmeier-Becker [CDU/CSU]: Wir nehmen sie sehr ernst!)

(B) Sie basteln auf EU-Ebene ein Gesetz zusammen, das das freie Internet so, wie wir es kennen, zerstören kann,

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Unsinn! Das sind wirklich Fake News!)

und gerieren sich dann tatsächlich als die edlen weißen Ritter, die zur Rettung eilen. Diese Vorstellung nimmt Ihnen wirklich niemand ab.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Ihr Lösungsvorschlag wenigstens gut wäre, könnte man ja über die Posse, die Sie hier aufführen, irgendwie hinwegsehen.

(Thomas Heilmann [CDU/CSU]: Wo ist denn Ihr Vorschlag?)

Aber das ist er nicht. Er ist vage, er ist unausgegoren, und er ist schnell dahingeschrieben, nur damit man die Demonstranten da vorne beruhigt.

Sie sagen zum Beispiel, unterhalb der zeitlichen Grenze seien Uploads lizenzgebührenfrei. Ich frage Sie: Wie stellen Plattformen denn sicher, dass Uploads oberhalb der Grenze erfasst werden und die Lizenzen dafür vorliegen?

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Das erkläre ich Ihnen nachher! – Weiterer Zuruf von der CDU: Lesen Sie mal weiter!)

Genau: mit Uploadfiltern. Eine andere Möglichkeit gibt es gar nicht.

Und wie wollen Sie überhaupt verhindern, dass Plattformen diese Uploadfilter einsetzen, um den Anforderungen der EU gerecht zu werden? Auch das können Sie nicht. (C)

Das größte Problem aber ist: Ihr Vorschlag ist europarechtlich gar nicht machbar. Das sage nicht nur ich; das sagen auch Ihre eigenen Kollegen. Das sagen Ihnen der CDU-Rechtsexperte Heribert Hirte und EU-Kommissar Günther Oettinger. Beide bestätigen, dass Uploadfilter rechtlich nicht mehr zu verhindern sind.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Lesen Sie dann mal richtig!)

Dafür haben Sie auf EU-Ebene gesorgt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben sich vor den Karren der Verlags- und der Medienlobby spannen lassen, und zwar diesmal so offensichtlich, dass Sie nun völlig zu Recht die Quittung dafür bekommen – und mit Ihnen übrigens auch die SPD, die sich ja dafür feiert, im EU-Parlament gegen diese Reform gestimmt zu haben. Dabei vergisst sie zu oft, dass ihre Ministerin Katarina Barley es in der Hand hatte. Ihre Spitzenkandidatin für die EU-Wahl hätte mit einem Nein im Ministerrat diese Reform stoppen können. Aber sie hat zugestimmt, und sie hat diese Zustimmung auch noch verteidigt.

Erst nachdem der Protest immer größer wurde, meldete sie sich plötzlich per Twitter zu Wort und verkündete: Wir halten Uploadfilter für den falschen Weg. – Man (D) könnte meinen: Tolle Sache; die SPD hat es endlich verstanden.

Doch dem ist leider nicht so. Denn direkt nach der Abstimmung im Europaparlament hat Frau Barley erklärt, dass die Bundesregierung die finale Zusage im EU-Ministerrat geben werde und das durchziehen werde. Sie bedaure zwar, dass sich das Parlament nicht gegen die Uploadfilter positioniert habe. Aber nun gehe es eben darum, diese Richtlinie in Deutschland umzusetzen.

Ich bin wirklich gespannt, Frau Barley, wie Sie das den Wählern erklären wollen. Die Spitzenkandidatin der SPD für die EU-Wahl steht zu einer Richtlinie, gegen die ihre eigenen Kollegen im EU-Parlament aufbegehrt und klar dagegengestimmt haben. Das ist eine wirklich spannende Sache.

(Beifall bei der AfD)

Die Bundesregierung wird also der Urheberrechtsreform, so wie sie ist, zustimmen. Über 5 Millionen Unterschriften unter einer Petition für die Freiheit des Internets sind ihr genauso egal wie die vielen Demonstrationen letzte Woche. Sie beweist einmal mehr: Der Wille der Menschen in diesem Land ist ihr völlig egal. Und da wundert es Sie wirklich, dass die Politikverdrossenheit in diesem Land voranschreitet? Ich tue das nicht mehr.

Alle, die wir die Urheberrechtsreform kritisieren und ablehnen, wollen ein starkes Urheberrecht,

(Ingmar Jung [CDU/CSU]: Aha! Und wie?)

Joana Cotar

(A) wir wollen, dass die Urheber gerecht entlohnt werden; aber der jetzige Weg ist der falsche.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Sie wollen doch gerade die Richtlinie platzen lassen! Sie müssen sich entscheiden! Was wollen Sie überhaupt?)

Eigentlich haben das alle Parteien hier im Parlament außer CDU und CSU erkannt. Selbst im EU-Parlament haben die Abgeordneten ihre Voten nachträglich noch geändert. Also, warum nicht die Chance nutzen und das Thema noch einmal in Ruhe verhandeln, sodass es einen fairen Ausgleich gibt zwischen dem Schutz der Rechteinhaber und den Interessen der Bürger?

Wir von der AfD stehen für die Meinungsfreiheit

(Lachen des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU])

und für ein freies Internet

(Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Ich lache mich kaputt! – Gegenruf des Abg. Karsten Hilse [AfD]: Worüber lachen Sie sich kaputt? Über die Meinungsfreiheit? – Gegenruf des Abg. Alexander Hoffmann [CDU/CSU]: Nein!)

und appellieren an die Regierung: Lehnen Sie die Reform im Rat der Europäischen Union ab; denn dort und nur dort können Sie die Uploadfilter verhindern. Haben Sie den Mut, nach der jetzigen Debatte für die Sofortab-
(B) stimmung hier im Plenum zu votieren. Alles andere wäre Feigheit, und die Wähler da draußen wissen das.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Martin Rabanus.

(Beifall bei der SPD)

Martin Rabanus (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in dieser erneuten Debatte über das Thema Urheberrecht drei Bemerkungen machen:

Die erste Bemerkung ist: Ja, wir haben eine kontroverse Diskussion hinter uns, in der Öffentlichkeit, aber auch, wenn ich das richtig sehe, in allen politischen Lagern, in allen politischen Parteien und Fraktionen. Das dokumentiert ja auch das finale Abstimmungsergebnis im Europäischen Parlament. Ich habe nicht gesehen, dass auch nur eine der dort organisierten Gruppen einheitlich in die eine oder andere Richtung votiert hat. Wir haben also eine kontroverse Diskussion geführt. Ich will an dieser Stelle all denjenigen noch einmal danken, die diese Diskussion mit großer Sachlichkeit geführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) Diese Diskussion ist nicht immer, aber auch in großer Sachlichkeit geführt worden. Das gehört zum demokratischen Prozess schlicht und ergreifend dazu.

(Karsten Hilse [AfD]: Sie wollen uns etwas über demokratische Prozesse erzählen?)

Natürlich haben wir auch in der eigenen Partei miteinander gerungen, und natürlich werden wir auch im Rahmen der nationalen Umsetzung weiter miteinander ringen, auch in der Koalition; denn es geht um die Abwägung zwischen freiem Internet auf der einen Seite und dem schon genannten Schutz des geistigen Eigentums auf der anderen Seite. Da das so ist, wird es Sie nicht verwundern, weder die Kollegen von der Linksfraktion noch die Kollegen von der FDP-Fraktion, dass wir über Ihr Stöckchen heute Abend nicht springen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Abg. Dr. Marco Buschmann [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Damit bin ich bei den beiden vorliegenden Anträgen. Dazu will ich eine zweite Bemerkung machen: Das, was Sie hier machen, ist ein durchsichtiges parteitaktisches Manöver. Sie wollen in der Debatte noch ein bisschen Klamauk machen. Wenn sich Die Linke zur Hüterin des Koalitionsvertrages aufschwingt, muss man eigentlich nicht mehr dazu sagen als: Finde den Fehler. – Das wird so nicht funktionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Martin Rabanus (SPD):

Nein, ein FDP-Redner spricht ja gleich nach mir.

Genauso ist es natürlich mit der FDP. Sie hat ihren Antrag, denke ich, ohne die Kulturpolitiker geschrieben. Man kann das natürlich so machen. Man kann sich mit Macht gegen die Interessen der Urheberinnen und Urheber aussprechen. Das entscheidet jeder für sich selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Tatsächlich geht es – das ist die dritte Bemerkung – um ein Urheberrecht, das zu modernisieren ist. Diese Modernisierung auf europäischer Ebene ist nötig. Der Richtlinienentwurf ist zweieinhalb Jahre alt – das ist gesagt worden –, und die materiellen Regelungen gehen im Prinzip auf das Jahr 2001 zurück. Hier besteht also wirklich Handlungsbedarf. Die Richtlinie ist im Übrigen viel mehr als Artikel 13/Artikel 17. An vielen Punkten ist eine Modernisierung vorgesehen. Im öffentlichen Interesse sind Schrankenregelungen vorgesehen, Regelungen zur Sicherung des historischen Erbes und zur Sicherung von vergriffenen Werken. Es gibt Ausnahmetatbestände für Enzyklopädien, Messengerdienste, Onlinemarktplätze, Clouddienste. Wir haben eine Stärkung des Leistungsschutzrechtes für Presseverlage.

(Manuel Höferlin [FDP]: Zulasten der Urheber!)

Martin Rabanus

(A) Ich finde es richtig, zu sagen, dass Newsaggregatoren wie Google News sich an der Finanzierung von Content zukünftig stärker beteiligen müssen.

(Manuel Höferlin [FDP]: Eben nicht! Die Urheber werden ja geschwächt!)

Ich finde das richtig. – Damit habe ich nur einige Punkte genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu dem umstrittenen Artikel 13/Artikel 17 machen.

(Grigorios Aggelidis [FDP]: Nein, lassen wir Sie nicht!)

– Das haben Sie glücklicherweise nicht zu entscheiden.

(Grigorios Aggelidis [FDP]: Dann fragen Sie gar nicht erst!)

Dieser Artikel, der in Teilen umstritten ist, enthält ein paar wichtige strukturbildende Punkte, die unumstritten sind. Darin wird die Haftung der Plattformen geregelt. Das ist richtig so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Christian Jung [FDP]: Was ist das für eine Argumentation?)

Darin ist angelegt, dass wir Lizenzpflichten begründen können, und wir haben einige Ausnahmen eingebracht.

(B) (Dr. Christian Jung [FDP]: Also finden Sie es jetzt gut, oder nicht?)

Unterm Strich bleibt für mich festzuhalten: Diese Richtlinie ist kontrovers diskutiert worden – keine Frage –, man hätte sich eine bessere Richtlinie vorstellen können – auch keine Frage –, aber es wäre nicht vernünftig, das Gesamtpaket jetzt zum Scheitern zu bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Vielen Dank. – Der nächste Redner: der Kollege Roman Müller-Böhm, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Roman Müller-Böhm (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange mal direkt an, liebe SPD: Wie stehen Sie denn jetzt dazu? Sind Sie dafür, oder sind Sie dagegen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Aus Ihrer Partei hört man eindeutige Stimmen, dass Sie gegen Uploadfilter sind. Doch im Europäischen Rat und zuvor im Europäischen Parlament haben Sie für diese Richtlinie gestimmt. (C)

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Wie oft stimmen wir denn ab?)

Bekennen Sie doch mal Farbe! Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Urheberrechte sind wichtig, gar keine Frage.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Aha! Was denn jetzt?)

Geistiges Eigentum ist wichtig.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Aha! Ist ja interessant!)

Und dass es Aufgabe des Staates ist, diese Rechte zu schützen, ist unstreitig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Elisabeth Winkelmeier-Becker [CDU/CSU]: Dann machen Sie das doch!)

Aber nicht jeder Zweck heiligt jedes Mittel, meine Damen und Herren. Das gilt auch für Sie.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der LINKEN)

Ich will es direkt am Anfang klar und deutlich sagen: Die Freien Demokraten lehnen Uploadfilter ab, und wir lehnen auch diese Urheberrechtsrichtlinie ab.

(Martin Rabanus [SPD]: Genau das habe ich gesagt!)

Ich brauche keine weiteren Zwischenrufe von Ihnen, wie wir dazu stehen. Unsere Haltung dazu ist klar. (D)

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Eigentlich müssten wir über das Thema heute Abend gar nicht diskutieren, weil in der Debatte zum Ausdruck kam, dass eigentlich niemand Uploadfilter haben will. Da frage ich mich doch, warum diese Bundesregierung sich mitunter im Rat dafür eingesetzt hat und diese Richtlinie so verabschiedet hat. Diese Frage müssen Sie doch mal beantworten.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Bei Ihnen sind sich noch nicht einmal drei Europaabgeordnete einig! – Was ist denn mit Herrn Klinz? Warum findet Herr Klinz die Uploadfilter so gut?)

Uploadfilter sind der falsche Weg; das wissen Sie. Das haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag netterweise festgehalten. Es gibt auch nichts daran rumzudeuteln, dass das, was vorgesehen ist, Uploadfilter sind. Ihr eigenes Ministerium hat auf Anfrage unserer Fraktion bestätigt, dass es aufgrund der schieren Datenmenge gar nicht anders geht als mit technischen Hilfsmitteln. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, liebe SPD: Das ist einfach verlogen. Sie treten mit einer Spitzenkandidatin zur Europawahl an, die sagt, Sie seien gegen Uploadfilter. Dazu sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie so weitermachen, dann werden wir Sie immer wieder daran erinnern, dass Ihre Spitzenkandidatin und Noch-Justizministerin die Entscheidung im

Roman Müller-Böhm

(A) Rat mit zu verantworten hat. Packen Sie sich schön an die eigene Nase. Das können Sie uns nicht weismachen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Sie können noch so viele Mitarbeiter aus Ihrer Parteizentrale in das Justizministerium locken und ihnen lebenslange Verbeamtungen verschaffen, das hilft Ihnen nicht weiter. Sie hätten jemanden mit Digitalkompetenz gebraucht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Liebe Union, ich werfe Ihnen ja oft vor, dass Sie in Fragen der Digitalisierung komplett untätig bleiben; aber wenn ich mir Ihren Parteifreund und Europaabgeordneten Axel Voss angucke, dann wünsche ich mir, Sie bleiben untätig. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es bewahrheitet sich ein sehr einfacher Satz: Es ist besser, keine Richtlinie zu verabschieden als eine solch schlechte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Das gilt auch inhaltlich. Ihr Generalsekretär, Paul Ziemiak, hat vorgeschlagen, das alles in der nationalen Gesetzgebung zu entschärfen etc. Dazu muss man deutlich sagen: Artikel 13 – jetzt neu Artikel 17 – sieht eben nicht vor, dass Lizenzvereinbarungen gesetzlich vorge-
(B) schrieben werden,

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Lesen Sie das mal genau, Herr Kollege!)

sondern sie müssen frei zwischen den Parteien geschlossen werden. Das wollen Sie jetzt anders darstellen. In Brüssel verzapfen Sie den Mist und erwecken jetzt falsche Erwartungen auf nationaler Ebene. Auch das lassen wir Ihnen nicht durchgehen; denn das wird europarechtlich nicht standhalten.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Sie hätten zukunftsweisende Lösungen einbauen können. Man hätte über Blockchainfragen auch im Bereich des Urheberrechts sprechen können.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Nein!)

All das haben Sie nicht getan.

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Kein FDP-Antrag ohne Blockchain!)

Stattdessen gehen Sie jetzt wie mit dem Rasenmäher über die Vielfalt des Internets und mähen alles weg. Ob ein ungerechtfertigter Verstoß gegen urheberrechtliche Bestimmungen vorliegt, eine Parodie oder anderes, das wird bald nicht mehr einwandfrei unterschieden werden. Dabei wären sogar Parodien, Memes oder auch Remixe von urheberrechtlicher Seite aus durchaus legitimiert. Das machen Sie alles kaputt.

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Sie öffnen die Büchse der Pandora. Im Grunde ganz nach den Vorstellungen von George Orwell schaffen Sie hier mit Uploadfiltern die potenzielle Gefahr, dass diese irgendwann zu Wahrheitsfiltern werden. Das werden wir garantiert nicht durchlassen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, werden Sie Ihrer staatspolitischen Verantwortung wirklich gerecht!

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Abgeordneter.

Roman Müller-Böhm (FDP):

Stimmen Sie im Europäischen Rat noch gegen die Richtlinie! Verhindern Sie Uploadfilter und diese unsägliche Richtlinie!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin: die Kollegin Tabea Rößner, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wissen Sie, woran mich diese ganze Debatte und das Agieren von Union und SPD erinnern? An Irrlichter, die mal hier aufleuchten und mal da, die jeden, der sie sieht, irgendwie komplett verwirren und ganz sicher nicht den gefahrlosen Weg aus dem Moor weisen.

Justizministerin Barley stimmt an einem Tag für Artikel 13 der EU-Urheberrechtsrichtlinie und erklärt am anderen Tag, dass Uploadfilter keine Lösung seien. Andere Mitglieder der Koalition widersprechen sich munter gegenseitig: Die einen befürchten den Einsatz der Uploadfilter und pochen auf den Koalitionsvertrag; die anderen behaupten, diese Filter würden gar nicht kommen, weil sie nicht im Gesetzestext erwähnt würden.

Komplett irre finde ich aber den Vorschlag, bei der nationalen Umsetzung verhindern zu wollen, dass Uploadfilter kommen. Genau das widerspricht dem europäischen Gedanken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen doch einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt und nicht, dass jeder Mitgliedstaat sein eigenes Süppchen kocht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Verhalten konterkarieren Sie nicht nur die Europäische Union, sondern Sie zerstören damit auch das Vertrauen in Politik; denn an Irrlichtern kann und will

Tabea Rößner

(A) sich niemand orientieren. Das ist auch der Grund, warum so viele junge Menschen so wütend auf Sie sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

Einige Plattformen schätzen zurzeit ab, was dann in zwei Jahren auf sie zukommt. So hat der Videostreamingdienst Twitch diese Woche angekündigt, dass er sich wegen der Vorgaben in Artikel 17 – früher Artikel 13 – der EU-Urheberrechtsrichtlinie bereits jetzt um die Implementierung von Uploadfiltern kümmert. Falls Ihnen diese Plattform nichts sagt: Da sind viele junge Leute unterwegs.

Was auch immer Sie von der Koalition beteuern: Diese Richtlinie wird vor allem kleine Plattformen in sehr konkrete Probleme stürzen und erheblichen Einfluss darauf haben, was Nutzerinnen und Nutzer hochladen oder miteinander teilen können. Und das ist eben mehr als eine Lappalie. Das greift in die Kommunikation und in die Meinungsfreiheit ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der ganzen Debatte über die Reform, aber auch im Antrag der Linken kommt mir zu kurz, worum es eigentlich zentral geht, nämlich um die faire Vergütung der Urheberinnen und Urheber in der digitalen Welt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

(B) Deren Situation zu verbessern und einen fairen Ausgleich der Interessen zu gewährleisten, ist auch uns ein Herzensanliegen;

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

aber leider habe ich wenig Zuversicht, dass durch den vorliegenden Entwurf, der ja auch viele gute Regelungen enthält, auch nur ein Urheber besser vergütet wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es gab ja neulich ein Berichterstattergespräch mit Axel Voss. Eine Aussage von ihm hat mich wirklich ziemlich erstaunt. Er gab zu, dass die Urheberrechtsreform dazu diene, etwas zu regulieren, was man eigentlich in einem anderen Rahmen hätte regeln müssen, nämlich die Marktmacht der großen Internetkonzerne.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Da kann ich nur sagen: Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Wir brauchen eine sinnvolle Regulierung, um die Markt- und Meinungsmacht der Internetgiganten zu brechen. Und das ist schon seit Jahren überfällig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Also sollten wir genau da ansetzen und nicht die falschen Instrumente – wie das Leistungsschutzrecht –, die sich schon in Deutschland nicht bewährt haben, auch noch auf die europäische Ebene hieven – zum Schaden der kleinen Plattformen, der Urheberinnen und Urheber sowie (C) der Nutzerinnen und Nutzer.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um diesen Schaden abzuwenden, ist auch für uns Grüne die Ablehnung im Rat der einzig verbleibende Weg aus der Misere; denn wenn die Bundesregierung jetzt im Rat der Reform zustimmt und die heimliche Hoffnung im Hinterkopf hat, dass man das Ganze bei der Umsetzung in deutsches Recht ja vielleicht noch irgendwie hinbiegen könnte, ist das zutiefst uneuropäisch,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

ganz abgesehen davon, dass der Spielraum eben gar nicht so groß sein dürfte, wie gedacht.

Wir brauchen eine europäische Lösung. Das neue Europaparlament kann nach der Wahl direkt loslegen und für einen gerechten Ausgleich zwischen Kreativen, Plattformen und Nutzern sorgen. Sie haben noch die Möglichkeit, die Reißleine zu ziehen. Zeigen Sie Haltung, und setzen Sie Ihren Koalitionsvertrag um! Wir lassen uns bei dieser Entscheidung gerne von Ihnen überraschen. Das Thema ist einfach zu wichtig, um dabei herumzuirrlichtern.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Hoffmann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Danke. – Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen: Die Anträge, die vorliegen, enttäuschen mich, weil sie so einseitig sind.

(Zurufe von der FDP und der LINKEN: Och!)

Jetzt habe ich zumindest von Ihnen von der FDP gedacht, dass Sie eine Partei des Rechtsstaats sind.

(Roman Müller-Böhm [FDP]: Das sind wir doch! Wir wollen den Rechtsstaat behalten! Sie wollen ihn privatisieren!)

Doch wenn ich Ihren Antrag lese, fühle ich mich bemüßigt, Sie darauf hinzuweisen, dass in Deutschland Eigentum – Sacheigentum, meine Damen, meine Herren, aber auch geistiges Eigentum – grundgesetzlich geschützt ist.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das Urheberrecht gilt auch im Internet!)

Ich verstehe auch nicht, dass Sie heute einen Antrag vorlegen und sagen: „Ja, es ist doch ganz einfach; wir stimmen jetzt im Rat nicht zu“ und Sie keinerlei konkrete, belastbare Vorschläge machen, wie man dann geis-

(A) tiges Eigentum im Internet tatsächlich effektiv schützen kann. Stattdessen suggerieren Sie in den Anträgen – diesen Eindruck erwecken Sie auch draußen bei denjenigen, die demonstrieren –: Hier gibt es jetzt noch eine letzte Hürde. Wir verhindern die Abstimmung im Ministerrat.

(Manuel Höferlin [FDP]: Warum haben Sie es dann in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben?)

Ich sage Ihnen, dass Sie auch dort den Menschen Sand in die Augen streuen;

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das sagt der Richtige! – Ralph Lenkert [DIE LINKE]: Das können Sie gut!)

denn in der Konstellation, die vorliegt – das müssten Juristen wissen –, ist die Zustimmung im Ministerrat eigentlich nur noch reine Formsache.

(Daniel Föst [FDP]: Aha!)

Wir haben nämlich ein Trilogverfahren, an dem der Ministerrat schon beteiligt war und in dem Deutschland, konkret: Katarina Barley, zugestimmt hat. Wir haben die Zustimmung des EU-Parlaments und die Zustimmung im Ausschuss der Ständigen Vertreter. Da spricht auch die Bundeszentrale für politische Bildung

(Zurufe von der FDP: Oh!)

(B) von einer – ich zitiere – „Formsache“, die diese Zustimmung darstellt.

(Manuel Höferlin [FDP]: Na dann, wenn die das sagen!)

Letztendlich ist es so wie bei uns die dritte Lesung eines Gesetzes. Trotzdem erwecken Sie bei den Menschen den Eindruck: Heute könnte noch etwas gehen, und Sie kämpften für sie.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Na klar! – Manuel Höferlin [FDP]: Wenn man Eier hat, dann geht das! – Heiterkeit bei der FDP)

Dann gehen wir mal auf die Straße und schauen uns die Demonstrationen an. Sie laden zu Demonstrationen ein, die Aufrufen wie „Save your Internet“ folgen. Sie suggerieren – vorhin ist es wieder geschehen –: Wenn diese Urheberrechtsreform kommt – – Herr Präsident, ich glaube, da drängt es einen Kollegen zu einer Zwischenfrage.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Wenn Sie gestatten, dann würde der Herr Buschmann gerne eine Frage stellen.

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Mit Blick auf meine Redezeit mit ganz großem Vergnügen.

Dr. Marco Buschmann (FDP): (C)

Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben sehr umfangreich zum Thema „Sand in die Augen streuen“

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Sandmännchen!)

und zu verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgütern wie dem Eigentum ausgeführt.

Ich wollte Sie fragen: Was für eine Form von Missachtung gegenüber dem verfassungsrechtlich geschützten Gut der Vertragsfreiheit und was für eine Form von Sand-in-die-Augen-Streuen ist es eigentlich, wenn eine Partei sich in einem Koalitionsvertrag bindet – und es ist die ganze Partei, die sich bindet – und sagt, dass Uploadfilter unverhältnismäßig sind, und dann sehenden Auges diesen Vertrag durch den Kakao zieht, der Öffentlichkeit offenbar Sand in die Augen gestreut haben muss und diese grundgesetzlich geschützte Vertragsfreiheit offenbar missachtet, indem alle Angehörigen dieser Partei im Europäischen Parlament die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung mit Füßen treten und dagegenstimmen? Das hätte ich gerne mal von Ihnen erläutert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Danke, Herr Kollege, für Ihre Frage. – Auch mich rührt es, dass Sie sich so ernsthaft Sorgen um die Einhaltung des Koalitionsvertrages machen. (D)

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das ist jetzt Gähn! – Manuel Höferlin [FDP]: Einhaltung der Wahlversprechen!)

Aber das Entscheidende ist – auch das sagen Sie den Menschen nicht –: Wir reden über eine Richtlinie. Das heißt, wir bekommen jetzt eine Vorgabe aus Brüssel, und dann geht es darum, das in nationales Recht umzusetzen. Im Gegensatz zu Ihnen hat bei uns die Arbeit ja schon angefangen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Nee!)

Es hat ja schon in den letzten Wochen Überlegungen und Vorschläge gegeben,

(Dr. Christian Jung [FDP]: Sie arbeiten gar nicht!)

wie wir ohne Uploadfilter tatsächlich zu einem Ergebnis kommen. Und das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Martin Rabanus [SPD])

Ich war bei dem Punkt, dass immer bemüht wird: Das ist das Ende des freien Internets. – Ich will Ihnen sagen: Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen wir heute doch alle eingestehen, dass rein tatsächlich das Internet heute schon nicht mehr frei ist; denn es wird beherrscht – und zwar auch im Bereich von geistigen Erzeugnissen,

Alexander Hoffmann

(A) im Bereich von geistigem Eigentum – von Internetriesen wie Google, Facebook, YouTube.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie ja nichts gemacht!)

Die entscheiden, wer wann was wo wie lange sehen darf, und zwar aus wirtschaftlichen Interessen. Und da sind auch plötzlich keine technischen Schwierigkeiten mehr vorhanden. Und mit was, liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheiden die das? Mit – jetzt kommt das böse Wort – Filtern.

(Abg. Grigorios Aggelidis [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Herr Präsident, eine weitere Frage.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Wenn Sie noch eine zulassen, bitte schön.

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Ich schätze den Kollegen Aggelidis; deswegen mit großem Vergnügen.

Grigorios Aggelidis (FDP):

Vielen Dank, Herr Hoffmann. – Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört; das unterscheidet uns von so manchem hier. Jetzt möchte ich Sie fragen: Haben Sie eben allen Ernstes gesagt, dass Sie einer Richtlinie zugestimmt haben, obwohl Sie im Moment noch gar keine Ahnung haben – denn jetzt beginnt ja bei Ihnen erst die Arbeit –,
(B) wie Sie diese Richtlinie ohne – –

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Das haben Sie falsch verstanden!)

– Bitte? Moment, lassen Sie mich bitte aussprechen!

Sie haben eben sehr deutlich gesagt, dass bei Ihnen die Arbeit daran schon begonnen hat, wie Sie diese Richtlinie ohne Uploadfilter – das habe ich vorher schon verstanden, aber Sie nicht – umgesetzt bekommen. Das bedeutet, Sie haben dieser Richtlinie zugestimmt, obwohl Sie noch gar keine Lösung dafür haben, wie Sie diese Richtlinie ohne Uploadfilter umgesetzt bekommen.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Sonst bräuchten Sie ja gar nicht erst damit zu beginnen, dann hätten Sie die Lösung ja schon.

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Herr Kollege, wir können das Spiel jetzt ewig so treiben, dass Sie mir Dinge in den Mund legen, die ich so definitiv nicht gesagt habe.

Es ist vielmehr ein ganz normaler Vorgang, dass die Richtlinie in Brüssel in Form gegossen wird. Daran haben wir uns beteiligt, und da haben wir sehr wohl eingebracht, was am Schluss technisch machbar ist und was nicht. Deswegen sehe ich überhaupt keine Schwierigkeit, diese Richtlinie so ins nationale Recht umzusetzen, dass

(C) auch Sie sich um die Umsetzung des Koalitionsvertrages keine Sorgen machen müssen.

Ich würde aber dann gerne an anderer Stelle auch auf Sie zukommen und Ihre Unterstützung für den Koalitionsvertrag einholen, wenn ich so frei sein darf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

So, Kollege Hoffmann, die letzte Frage würde gern Frau Dr. Sitte stellen. Ist das okay?

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Ich würde jetzt vorschlagen, Herr Präsident, –

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Gut.

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

– angesichts des langen Abends wäre das doch im Interesse aller – –

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Jawohl, so machen wir es.

(Zurufe von der FDP und der LINKEN)

(D)

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Nein, ich habe auch kein Problem – – Dann machen wir die Frage noch, bevor ich mir jetzt nachsagen lasse, ich hätte Angst.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wollen Sie, Frau Sitte, jetzt zusagen, dass Sie den Koalitionsvertrag ab nun mit uns umsetzen?

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Nein, nein, den habe ich ja vorhin schon zitiert; das war ja eingängig.

Ich habe die Bundesregierung gefragt, nachdem die CDU, sprich: Herr Ziemiak, überall herumgelaufen ist, Sie hätten Ideen, wie man das alles ohne Uploadfilter machen kann. Wissen Sie, was die Bundesregierung mir geantwortet hat? – Die Bundesregierung wird im Rahmen des anstehenden nationalen Gesetzgebungsverfahrens zur Umsetzung der Richtlinie alle eventuell bestehenden Umsetzungsspielräume sorgfältig prüfen und gegebenenfalls nutzen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Richtig, das war die Antwort!)

Das ist null Plan.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN, der AfD und der FDP)

(A) **Alexander Hoffmann** (CDU/CSU):

Frau Kollegin, Entschuldigung, Sie liefern die Antwort in Ihrem Zitat:

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Sie gibt zu: ohne Plan!)

weil die Bundesregierung nicht das Parlament ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Ihrem Kopf herrscht offensichtlich die Vorstellung, dass die Bundesregierung – wer immer das dann sein mag – in einem dunklen Kämmerlein entscheidet, was wir machen.

(Thorsten Frei [CDU/CSU]: Das wäre totalitär!)

Dann muss ich uns mal alle fragen: Warum sitzen wir hier dann eigentlich zusammen und reden uns die Köpfe heiß?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wenn ich einer Sache zustimme, muss ich einen Plan haben, wie es geht!)

Wir sollten also unterscheiden, was das Parlament als Aufgabe hat und was die Bundesregierung als Aufgabe hat; das stand ja sehr schön in der Antwort, die Sie bekommen haben, Frau Kollegin.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Sie stimmen ei-
(B) ner Sache zu und haben keine Ahnung, wie Sie
es umsetzen!)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin, die Frage ist jetzt beantwortet.

Alexander Hoffmann (CDU/CSU):

Ich will noch einmal zu dem Punkt zurück, dass heute schon in diesem Bereich das Netz von den Großen beherrscht wird – mit Filtern. Schauen Sie sich YouTube an: Wir haben das Phänomen, dass über 40 Prozent aller Videostreams im Netz bei YouTube stattfinden. YouTube selbst leistet aber nur 2 bis 3 Prozent der urheberrechtlichen Vergütungen. Wie kann man da, meine Damen, meine Herren, noch von der Freiheit im Netz reden?

(Zurufe der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE] und Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unterhalten Sie sich mal mit einem Musiker, mit einem Fotografen, mit einem Redakteur, mit irgendeinem Urheber, der bei YouTube oder anderen Großen schon einmal angeklopft und auf die Einhaltung seines Urheberrechts gepocht hat! Wissen Sie, was der als Antwort bekommt? – Wir sind nur die Plattform, dafür sind die User verantwortlich. – Genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das wollen wir ändern.

(Peter Boehringer [AfD]: Sie wollen noch mehr zensieren!)

Wir wollen, dass diejenigen, die mit dem geistigen Ei- (C)
gentum anderer Geld verdienen, auch sicherstellen, dass urheberrechtliche Vorschriften eingehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich komme zum Ende. Wenn Sie Freiheit im Netz wollen, dann müssen Sie auch Sicherheit im Netz gewährleisten.

(Peter Boehringer [AfD]: Freiheit ist Freiheit!)

Wenn Sie Freiheit für Künstler, für Urheber, für Redakteure im Netz wollen, dann müssen Sie auch gewährleisten, dass deren geistiges Eigentum sicher ist.

(Peter Boehringer [AfD]: Das hat das Internet 40 Jahre ohne Sie geschafft!)

Das wird in Ihren Anträgen vernachlässigt; deswegen lehnen wir sie selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner: der Kollege Dr. Jens Zimmermann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Jens Zimmermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viele, die
sich für den Schutz des Internets, gegen Uploadfilter
engagiert haben, haben mich in den letzten Tagen ange-
sprochen und gesagt: Wir haben so viel gemacht. – Die (D)
Unterschriften sind genannt worden, die Demos sind genannt worden. Sie haben das Gefühl, all das hätte nichts gebracht. Ich kann nur eines sagen: Wer sich diese Debatte hier im Deutschen Bundestag anschaut, der muss zumindest einmal feststellen: Es hat sehr, sehr viel gebracht. Heute hatte ich das Gefühl: Alle sind ein bisschen erschöpft von drei Sitzungswochen, es war relativ ruhig hier im Parlament. Aber dieses Thema bringt den Deutschen Bundestag hier heute Abend richtig zur Wallung.

(Roman Müller-Böhm [FDP]: Weil Sie so einen Mist gebaut haben!)

Das ist ein Erfolg; nehmen Sie das an dieser Stelle einfach mal zur Kenntnis, Herr Kollege!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Dr. Christian Jung [FDP]: Das ist doch kein Erfolg!)

– Natürlich ist es ein Erfolg, weil das Thema normalerweise in einer Nische behandelt würde, heute Abend vielleicht um 0 Uhr behandelt würde. Tun Sie doch nicht so, als wären dann bei Ihnen die Reihen bis nach hinten voll; das ist doch nicht die Realität.

(Zurufe von der AfD)

Es ist ein Erfolg – und ich lobe ausdrücklich die Menschen, die sich hier politisch engagiert haben –, dass es im Europäischen Parlament so große Abstimmungen gab. Da will ich die FDP einmal eines fragen. Sie haben drei Abgeordnete im Europäischen Parlament, und Sie

Dr. Jens Zimmermann

(A) haben es nicht einmal hinbekommen, dass drei Abgeordnete gegen Uploadfilter stimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN – Roman Müller-Böhm [FDP]: Fake News! – Weiterer Zuruf von der FDP: Stimmt doch gar nicht!)

Warum machen Sie denn da so eine Welle hier? Das ist doch unglaubwürdig.

(Dr. Christian Jung [FDP]: Wir haben bald mehr Abgeordnete als Sie!)

Wenn wir uns anschauen, wie die Diskussion hier gelaufen ist, dann müssen wir feststellen: Das ist der Diskussion, die vor allem von den Aktivisten sehr fundiert geführt wurde, teilweise nicht würdig.

Der Koalitionsvertrag ist mehrfach angesprochen worden. Der Koalitionsvertrag hat zwei Aspekte: Der eine Aspekt ist, dass wir Uploadfilter nach wie vor für das falsche Instrument halten.

(Manuel Höferlin [FDP]: „Unverhältnismäßig“! – Dr. Christian Jung [FDP]: Aber Sie machen trotzdem alles mit!)

Aber der zweite Aspekt ist, dass wir den Urhebern, den Kreativen zu ihrem Recht verhelfen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(B) Mit Ihrem Antrag lassen Sie alles scheitern, die Urheberinnen und Urheber fallen bei Ihnen hinten runter. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Nein! – Roman Müller-Böhm [FDP]: Sie lassen das freie Internet scheitern! – Jan Ralf Nolte [AfD]: Sie gehören auch zu den Kreativen: mit Ihren Ausreden!)

Es ist ein kompliziertes Thema, weil all unsere Parteienfamilien

(Ein Abgeordneter der FDP-Fraktion meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– nein, die FDP hatte, glaube ich, genug Redezeit – im Europäischen Parlament unterschiedlich abgestimmt haben. Die Sozialisten und die Linken in Frankreich haben auch eine andere Meinung zu dem Thema als ihr.

(Zuruf der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Ja, das gehört eben dazu. Und wenn wir über ein lebendiges Europa diskutieren, dann müssen wir auch mal zur Kenntnis nehmen, dass es zwischen Deutschland und Frankreich bei diesem Thema auch unterschiedliche Einschätzungen gibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist kein Nachteil. Es ist in diesem Fall etwas, was uns hier nicht gefällt. Aber das muss man, finde ich, auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(C) Was ich schon auch noch sagen will als Sprecher der hessischen Abgeordneten: Heute gab es zum Beispiel auch im Hessischen Landtag mehrere Abstimmungen zu den Themen. Auch das zeigt erneut, dass es durch alle Parteien hindurchgeht. Die Grünen im Hessischen Landtag haben heute eben nicht die Bundesregierung aufgefordert, dagegenzustimmen,

(Ulli Nissen [SPD]: Hört! Hört!)

sondern da gibt es auch einen Kompromiss, der genau das unterstreicht,

(Dr. Christian Jung [FDP]: Sind ja auch fusioniert mit der CDU in Hessen!)

was wir hier auch besprechen: dass wir uns was anderes gewünscht hätten, aber dass man die Richtlinie daran nicht scheitern lassen sollte.

Ganz normal ist doch – da muss man schon sagen, meine Damen und Herren: der Klamauk, der hier teilweise aufgeführt wird, sorgt nicht dafür, dass man mehr Respekt vor dem Parlament hat –, dass bei einer Richtlinie die Umsetzung nach deren Verabschiedung beginnt. Das müssten auch die Kolleginnen und Kollegen der FDP wissen. In diesem Sinne sollte man an dieser Stelle vielleicht ein bisschen verbal abrüsten und die eigenen Europaabgeordneten unter Kontrolle haben.

(Manuel Höferlin [FDP]: Haben alle dagegengestimmt!)

(D) Vielleicht haben wir nächste Woche dann noch eine Aktuelle Stunde, in der wir das weiter erläutern können.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der Kollege Uwe Kamann ist der nächste Redner.

Uwe Kamann (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher! Wollen wir in der Sache die Wallung mal wieder ein bisschen dämpfen: Eines der Ziele der geplanten Urheberrechtsreform ist der Schutz des geistigen Eigentums von Kreativen auch und besonders im Internet. Und es ist höchste Zeit; denn das derzeit geltende Urheberrechtschutzgesetz ist bereits 20 Jahre alt. Damals gab es noch kein Twitter, keine Filmchen auf YouTube und keine Fotos auf Instagram. Rechte von Kreativen, Rechte von Verlagen und Unternehmen der Film- und Musikindustrie können ohne eine Reform in diesem massiv veränderten medialen Umfeld nicht wahrgenommen werden. Ich denke, dass wir einen Konsens darüber haben, dass das geistige Eigentum von Rechteinhabern schutzbedürftig ist.

Ich habe lange mit mir gerungen, was schwerer wiegt: das Urheberrecht oder die Meinungsfreiheit im Netz. Die konträr geführte Debatte hier bestätigt das ja. Trotz aller Bedenken sehe ich derzeit keine andere Möglichkeit, als der Urheberrechtsreform zuzustimmen.

(Karsten Hilse [AfD]: Jawohl!)

(A) Uploadfilter sind heute technisch nicht in der Lage, Inhalte sauber zu erkennen und zu bewerten, und selbstverständlich wird es auch Fehlentwicklungen geben. Plattformanbieter werden aus Sorge um Haftungsansprüche Overblocking betreiben, um Strafzahlungen zu vermeiden. Hier können wir sehr gut erkennen, wie komplex es ist, Vorgänge aus der analogen Welt in die digitale Welt zu transformieren, besonders aus rechtlicher Sicht. Datenmassen sind halt in Echtzeit nicht von Menschen kontrollierbar. Dazu braucht es Hightech-Tools.

Derzeit gibt es aber schlicht keine Alternative, die beide Interessen – die Meinungsfreiheit im Internet auf der einen Seite und den Schutz des geistigen Eigentums auf der anderen Seite – gleichberechtigt berücksichtigen könnte. Ja, der Einsatz von Uploadfiltern kann zu einer Zensur führen. Aber genau deshalb müssen wir jetzt vorrangig daran arbeiten, kluge Prozesse zu entwickeln, die es ermöglichen, schnell und einfach zu Unrecht gelöschte Inhalte wieder zu veröffentlichen. Ich glaube, das sollten die nächsten Schritte sein.

Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt: der Kollege Tankred Schipanski, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) **Tankred Schipanski** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen an dieser Stelle nicht zum ersten Mal über die Urheberrechtsrichtlinie. Die unterschiedlichen Sichtweisen sind bekannt, die Argumente sind ausgetauscht, und der Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene ist mit Mehrheitsentscheidung faktisch abgeschlossen. Somit steht die Umsetzung einer Richtlinie in nationales Recht an. Und am Ende jedes demokratischen Prozesses muss man sich um eine sachliche Lösung bemühen, und das haben wir als Union getan, anders als die Antragsteller von FDP und Linken.

Ich habe in der Aktuellen Stunde am 13. März dieses Jahres hier an dieser Stelle einen klugen Umsetzungsweg für die Richtlinie angekündigt, und zwar ohne die befürchteten Uploadfilter. Und wir halten Wort. Am 15. März hat der CDU-Generalsekretär, Paul Ziemiak, ein entsprechendes Umsetzungsmodell in die Diskussion eingebracht,

(Zuruf der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

ganz im Sinne des Koalitionsvertrages und somit auch im Sinne des Koalitionspartners. Bereits am 18. März habe ich dieses Modell in Brüssel vorgestellt und mit Vertretern der Kommission und des Parlaments diskutiert. Mit dem Vorschlag von CDU und CSU zeigen wir einen Weg auf, der die Umsetzung dieser Richtlinie ohne Uploadfilter vorsieht und dafür sorgt, dass Urheber vergütet werden, private Nutzer Rechtssicherheit haben, Plattformen in die Pflicht genommen werden und die Meinungsfreiheit nicht gefährdet wird. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kern unseres Modells ist, dass Inhalte nach dem Prinzip „Bezahlen statt blockieren“ hochgeladen werden können, also Lizenzen statt Uploadfilter. Konkret sieht das so aus: Unterhalb einer noch festzulegenden zeitlichen Grenze sollen Uploads von Lizenzgebühren frei sein bzw. mit einer Pauschallizenz abgegolten werden können. Ein Upload ist also immer möglich. Oberhalb dieser Bagatellgrenze müssten die Plattformen für urheberrechtlich geschützte Werke Lizenzen erwerben, entweder im Wege von Einzellizenzen oder im Wege einer zwingenden Pauschallizenz.

Damit Werke zweifelsfrei identifiziert und dem Urheber zugeordnet werden können, sollen sie durch einen sogenannten digitalen Fingerprint gekennzeichnet werden. Dieser Fingerabdruck, diese digitale Signatur, wird bei den Plattformbetreibern hinterlegt, kann somit abgeglichen werden und ist Voraussetzung, dass Urheber für ihre Werke von den Plattformen bezahlt werden können.

(Zuruf der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Ich denke, private Nutzer erhalten durch diese Regelung mehr Rechtssicherheit. Sie sind von einer Haftung für Urheberrechtsverletzungen bei Uploads befreit, und die Plattformbetreiber müssen mithilfe des digitalen Fingerabdrucks prüfen, ob eine Lizenz vorliegt – und gerade nicht die Nutzer. Auf der Homepage meiner Fraktion, aber auch auf den Seiten von CDU und CSU können Sie sich dieses Modell gerne ansehen und sich konstruktiv an (D) dieser Debatte beteiligen.

Pauschal zu behaupten, dass dieser Vorschlag „rechtlich fragwürdig“ ist, wie die Linken behaupten, oder allenfalls „die zweitbeste Lösung“, wie die FDP in ihrem Antrag schreibt, ist unseriös. Das Modell schöpft den Umsetzungsspielraum, den uns diese Richtlinie gibt, aus und ist unseres Erachtens richtlinienkonform. Der Deutsche Bundestag muss diese Richtlinie umsetzen. Wir als Gesetzgeber haben eine Einschätzungsprärogative. Und ob nationale Regelungen gegen EU-Recht verstoßen oder nicht, entscheidet der Europäische Gerichtshof.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Modell, meine Damen und Herren, ist auch kein Sonderweg, wie es im FDP-Antrag in der sich zu eigen gemachten Formulierung des Haushaltskommissars Günther Oettinger heißt, sondern es stellt ein „Role Model“ für die Umsetzung der Richtlinie in der gesamten Europäischen Union dar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Sören Bartol [SPD])

Glaubt man den Plattformen, wollen sie die sogenannten Uploadfilter auch nicht. Wir zeigen dazu den richtigen Weg auf. Bringen Sie sich konstruktiv in die Debatte ein, und unterstützen Sie unseren Umsetzungsvorschlag!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schipanski. – Ich schließe die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 12.

Wir kommen zu dem Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/8966 mit dem Titel „Uploadfilter verhindern – Urheberrechtsrichtlinie im Rat der EU ablehnen“. Die Fraktion Die Linke wünscht Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD wünschen Überweisung, und zwar an den federführenden Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und mitberatend an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, an den Ausschuss für Kultur und Medien und an den Ausschuss Digitale Agenda.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was, nur vier Ausschüsse?)

Nach ständiger Übung stimmen wir zuerst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Das ist die gesamte Opposition. Das Erstere war die Mehrheit. Enthaltungen? – Keine. Dann ist die Überweisung so beschlossen, und wir stimmen heute nicht über den Antrag auf Drucksache 19/8966 in der Sache ab.

Zusatzpunkt 7. Antrag der FDP auf Drucksache 19/8959 mit dem Titel „Urheberrecht neu denken – Ohne Upload-Filter“. Die Fraktion der FDP wünscht auch hier Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD wünschen Überweisung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

(B)

Zunächst wieder Abstimmung über den Überweisungsantrag. Wer stimmt für die Überweisung? – Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Das ist die gesamte Opposition. Enthaltungen? – Keine. Das Erstere war die Mehrheit. Dann ist die Überweisung so beschlossen. Wir stimmen nicht ab in der Sache über den Antrag auf Drucksache 19/8959.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 a und 13 b auf:

a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten

Drucksachen 19/7028, 19/7978

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Carina Konrad, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Smart Farming – Flächendeckende Breitbandversorgung für eine innovative Landwirtschaft in Deutschland

Drucksachen 19/7029, 19/7989

(C) Es ist interfraktionell eine Aussprache von 38 Minuten vereinbart. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Es beginnt für die Bundesregierung die Bundesministerin Julia Klöckner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich komme gerade aus Münster, und da traf Stadt auf Land: 6 000 Bauern, die im städtischen Umfeld für ihre Zukunftschancen auf dem Land demonstrierten. Einige Städter schauten verdutzt auf die Demonstrationsschilder und irritiert-verwundert auf die Traktoren. Man kennt sich zu wenig; aber man hat ganz genaue Vorstellungen voneinander.

Ich bin den Koalitionsfraktionen sehr dankbar für den wirklich sehr guten Antrag, den sie gemeinsam vorgelegt haben; denn sie werfen einen Blick auf die ländliche Bevölkerung und die ländlichen Räume. Ein Bekenntnis zu ihnen ist mehr, als einmal im Jahr Urlaub auf dem Bauernhof zu machen. Die ländlichen Räume sind Kraftzentren unseres Landes. Das heißt, dass wir für sie aktive Strukturpolitik ohne Gießkannenpolitik machen müssen; wir müssen sie ernst nehmen. Das, was in der Stadt der Wohnraummangel ist, ist auf dem Land der Leerstand. Deshalb brauchen wir passgenaue Antworten. Ich bin dankbar, dass CDU, CSU und SPD sich dieses Problems so konkret annehmen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, es sind eigenständige Räume mit Wirtschaftskraft, die am Ende die überhitzten Städte und Ballungszentren entlasten können. Was wir brauchen, um das zu erreichen, ist ein Blick auf die gleichwertigen Lebensverhältnisse. Das Problem in den ländlichen Räumen sind nicht die zu vollen Klassen, es sind nicht die zu vollen Busse, es ist auch nicht die Frage, ob man eine Wohnung findet, sondern es ist genau das Gegenteil: Ganz häufig ist es so, dass die Älteren zurückbleiben, dass Klassen und Schulen geschlossen werden, weil zu wenige Schüler da sind und der letzte Bus auch noch eingestellt wird.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt mal ein bisschen Substanz!)

– Frau Kollegin, das Problem ist, dass die Grünen mit den ländlichen Räumen so wenig zu tun haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Nein!)

Für Sie als Grüne sind die ländlichen Räume doch nur eins: Kompensationsräume für die Wünsche von Großstädtern.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist zu billig!)

(A) In den ländlichen Räumen soll am Ende eine nostalgische Landwirtschaft betrieben werden, sollen die Windräder für die erneuerbaren Energien stehen, die Ihre städtische Klientel sich wünscht.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist zu billig!)

Wir sagen: Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt am Ende, auf gleicher Augenhöhe zu sein und für Digitalisierung einzustehen. Ich bin dankbar, dass diese Bundesregierung so viel für die Kommunen und die Entwicklung in den ländlichen Räumen macht. Davon kann Frau Künast heute noch träumen; denn in ihrer Zeit hat sie nie daran gedacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Ministerin, aus der Fraktion der Grünen gibt es den Wunsch nach einer Frage. Gestatten Sie die Frage?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr gerne.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denken Sie doch einfach an die Milchkanne von Frau Karliczek!)

(B) – Wegen des Zurufes weiß ich jetzt nicht, ob das eine Frage oder ein Statement wird. Ich stehe gerne für Fragen bereit.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist toll! Und denken Sie an die Milchkanne!)

– Was ist denn los mit Ihnen?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der AfD und der FDP – Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Mein Gott, also bitte ein bisschen Kultur in der Auseinandersetzung. Ich würde Ihnen, Frau Stumpp, gern zuhören.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss ich mir von Ihnen nicht sagen lassen!)

Margit Stumpp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, wenn Sie sagen, wir Grüne hätten nichts mit dem Land zu tun, dann würde mich schon interessieren, ob Sie wissen, wo diese Kollegin herkommt, wo dieser Kollege herkommt und wo ich herkomme.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das weiß sie nicht!)

Sie haben vorhin gesagt, man glaube, einander zu kennen, man wisse aber nichts voneinander: Sie haben gerade das beste Beispiel dafür geliefert. Ich komme aus dem Wahlkreis Aalen-Heidenheim. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Der Unterschied zwischen Haltung und Herkunft!)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Kollegin, also ich muss Ihnen mal sagen: Es gibt, was ländliche Räume anbelangt, einen ganz klaren Unterschied zwischen Haltung und Herkunft, und das mache ich Ihnen hier gerade klar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Wir als Bundesregierung haben das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgelegt. Wir geben da so viel rein, um konkret und nicht mit der Gießkanne zu entwickeln. Ehrenamt braucht Hauptamt. Wir sind dabei, die Digitalisierung flächendeckend voranzubringen – und nicht nur an jede Milchkanne; denn die Milchkanne von gestern ist heute der Melkroboter.

(Carina Konrad [FDP]: Der Milchkannenhansel!)

Im ländlichen Raum geht die Post ab. Deshalb sage ich: Die Zukunft liegt in der Landwirtschaft. Und wenn die Landwirtschaft stirbt, dann wird aus der Landschaft nur noch Gegend, und wenn wir nur noch Gegend haben – das kann ich Ihnen sagen –, dann wird das Leben in Deutschland nur noch zwei Geschwindigkeiten kennen. Wir als Große Koalition überwinden aber diese zwei Geschwindigkeiten in unserem Land. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insofern ist dieser Antrag Ausdruck einer ganz klaren Priorisierung. Wir haben die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingerichtet. Ich halte einen Gesetzescheck für gleichwertige Lebensverhältnisse für angebracht. Ich halte es für richtig, dass wir den Landatlas, den wir entwickelt haben, zu einem Deutschlandatlas weiterentwickeln, um eines zu erreichen: dass wir in den ländlichen Regionen Mobilität neu denken, eben nicht in den alten Strukturen, und dass wir in den ländlichen Räumen Arbeiten neu denken. Wir müssen sehen, dass von der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft viele Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen im vor- und nachgelagerten Bereich abhängen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 90 Prozent der Fläche in Deutschland sind ländlicher Raum. Über die Hälfte unserer Bevölkerung hat ihre Heimat in den ländlichen Räumen. Wir haben in jüngster Zeit zu viel über die Probleme in den Städten gesprochen. Ich bin mir sicher: Wir können die Probleme in den Städten „enthitzen“, wenn wir die ländlichen Räume ernster nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb haben wir zum Beispiel den Sonderrahmenplan mit 150 Millionen Euro aufgelegt, mit digitalen Ex-

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) perimentierfeldern in den ländlichen Räumen, mit Land. Digital, womit wir zeigen, wie wir die Bevölkerung, gerade die ältere Bevölkerung, vernetzen und zusammenhalten. Wir gehen neue Wege. Das ist die Antwort der Bundesregierung.

Wir nehmen für die Kommunen Geld in die Hand. Gerade dort, wo grüne Politiker an den Landesregierungen mitbeteiligt sind – ich kann es für Rheinland-Pfalz sagen –, kann man feststellen: Es wäre schön, wenn das Geld, das der Bund den Kommunen für die Entwicklung gibt, am Ende auch bei den Kommunen ankommt. Es darf nicht passieren, dass dort, wo die Grünen mit den klebrigen Händen beteiligt sind, die Gelder nicht ankommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Peter Felser für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Peter Felser (AfD):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Liebe Gäste! Und vor allem: Liebe Bauern draußen in dem ländlichen Raum, über den wir heute sprechen! Wir reden heute über ein zentrales Thema der Daseinsvorsorge. Der FPD ist grundsätzlich für diesen Antrag und diese (B) Initiative zu danken. Das Thema hat schon heute massive Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, auf die Konkurrenzfähigkeit, den Wohnungsmarkt, das Handwerk und alle Strukturen auf dem Land. Vor allem aber hat es ganz konkrete Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Frau Ministerin, da fehlt noch einiges, was wir draußen auf dem Land brauchen, um wirklich mit der Digitalisierung voranzukommen.

Ihnen, liebe Kollegen von FDP, ist auch dort zuzustimmen, wo Sie eine Liberalisierung der Regeln fordern. Sie schreiben ganz hemdsärmelig und pragmatisch über die sogenannten Buddelvereine; die seien mit Augenmaß zu fördern. Ja, richtig! Sie schreiben auch: Ganz unbürokratisch müssen die Glasfaserkabel verlegt werden. – Ja, die Kabel müssen jetzt in den Boden kommen, wenn wir es mit der Digitalisierung in der Landwirtschaft ernst meinen.

Aber parallel zum Glasfaserkabelnetz geht es aktuell um die Versteigerung der wesentlichen 5G-Frequenzen. 98 Prozent der Haushalte sollen bis Ende 2022 von diesen Netzen erreicht werden. Klar ist doch – das schreiben Sie in Ihrem Antrag –, dass uns das bei den Landwirten in der Fläche nicht viel und vor allem nicht überall weiterhelfen wird.

Erlauben Sie mir einen kleinen Einschub: Wir wundern uns schon, dass in diesem Hause das Thema „Gesundheitsvorsorge bei 4G oder 5G“ keinerlei Rolle spielt. Uns muss doch klar sein, dass wir noch überhaupt keine Langzeitrisiken dieser Technologien abschätzen können. Wir sind mit diesen Funkstrahlen in einem riesigen Feldexperiment. Daher erwarten und fordern wir, dass die (C) gesundheitlichen Risiken permanent und proaktiv durch wissenschaftliche Studien begleitet werden.

(Beifall bei der AfD)

Dazu steht in der gesamten Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung nur ein einziger Satz, und das ist einfach zu wenig, meine Damen und Herren.

(Dr. Christian Jung [FDP]: Was ist denn, wenn jetzt Außerirdische landen wollen?)

Aber heute reden wir über die Grundlagen von Smart Farming, und dazu steht in Ihrem Antrag auch einiges Richtiges. Schon seit 10 Jahren, 12 Jahren, 14 Jahren fahren unsere Traktoren GPS-gesteuert und halten die Spur. Sie schreiben auch über Precision Farming, was bedeutet, dass die Pflanzenschutzmittel präzise ausgebracht werden. Das haben wir alles schon, und auch die Sensorik in den Maschinen haben wir schon.

Aber folgende Fragen müssen uns doch leiten: Schaffen wir es mit diesem Smart Farming, auch die kleinen und mittleren Betriebe mitzunehmen? Schaffen wir es mit einer intelligenten Digitalisierung, endlich das Höfesterben in Deutschland zu stoppen? Und gelingt es uns, die Hoheit über die Daten zu behalten, oder werden auch in der Landwirtschaft, wie woanders auch, wenige große Konzerne die Gewinner der Digitalisierung sein?

Wenn wir in der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ über neuronale Netze sprechen, dann haben wir meistens die enormen Chancen im Gesundheitswesen vor Augen oder sehen eine dramatische Effizienzsteigerung in den Kommunen, wenn es denn einmal so weit (D) ist, wenn intelligente Systeme riesige Datenmengen der Ämter zusammenführen.

Heute sollten wir aber die Landwirte nicht vergessen. Dieser enorme Aufwand, den wir jetzt betreiben, nämlich auf der einen Seite mit den Glasfasernetzen und auf der anderen Seite mit der G5-Technologie, macht für den ländlichen Raum doch nur dann Sinn, wenn wir diese Räume damit auch nachhaltig stärken. Es stellt sich schon die Frage, für wen wir eigentlich dieses Smart Farming, das Ihr Antrag enthält, machen.

Wir wissen doch, wo schon heute die Daten unserer landwirtschaftlichen Maschinen, unserer Landtechnik landen.

(Carina Konrad [FDP]: Wo denn?)

Wann habe ich mit welcher Erntemaschine wie viel Getreide eingefahren? Wo landet das? Beim Landtechnikhersteller.

(Carina Konrad [FDP]: Also ich kriege meine Daten nicht im Internet, wenn ich kein Netz habe!)

Bei welchem Wetter habe ich meinen Acker gedüngt? Wann habe ich gegrubbert? Sämtliche Daten dieser smarten Maschinen landen überall, aber nicht beim Landwirt oder zumindest nicht strukturiert beim Landwirt.

Big Data im ländlichen Raum ist eben mehr als Smart Farming. Es ist zwar richtig, dass das in Ihrem Antrag

Peter Felser

(A) steht, aber wir müssen jetzt weiterschauen. Die Zeit läuft uns schließlich davon. Big Data könnte doch die Chance sein, um Plattformen aufzubauen – Plattformen, die den Landwirten direkt für die Vermarktung ihrer Produkte zur Verfügung stehen; Plattformen, die keine lernenden Maschinen, sondern lernende Betriebe zusammenführen.

Die gute fachliche Praxis, ein Begriff, den jeder gut wirtschaftende Landwirt kennt, könnte eine KI für lernende Betriebe werden. All das gesammelte Wissen, das über Generationen auf einem Hof weitergegeben wird, all diese Erfahrungen könnten dort zusammengefasst werden. Dann hätte das Smart Farming, diese KI für die Landwirtschaft, auch für unsere Bauern eine Zukunft, und vielleicht wäre es der Anfang vom Ende unseres Höfesterbens in Deutschland und in den europäischen Nachbarländern.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Johann Saathoff.

(Beifall bei der SPD)

Johann Saathoff (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll Ende des Jahres einen Bericht vorlegen (B) und Vorschläge machen, wie die Förderstruktur umgestaltet werden soll. Ich glaube, Frau Ministerin, an dieser Stelle sagen zu können, dass das richtig ist; denn die bisherige Förderstruktur – das dürfen wir miteinander so feststellen – ist stark agrarlastig und megakompliziert. Vor allen Dingen ist sie aber im Moment zwischen den Ministerien unabgestimmt und hilft, weil sie so komisch konzipiert ist, nicht wirklich dem ländlichen Raum.

Ich würde mir in dem Kontext was wünschen und Ihnen das auch mit auf den Weg geben wollen, Frau Ministerin. Ich würde mir wünschen, dass wir die vielen tollen Ansätze, die im ländlichen Raum vereinzelt schon vorhanden sind, aufgreifen, dass wir die Förderstruktur so umstellen, dass wir von den Besten lernen, damit diejenigen, die sich noch nicht so gut helfen konnten, auch tatsächlich in die Lage versetzt werden, aus diesen Erfahrungen zu lernen und daraus das Beste für die ländlichen Räume zu machen. Davon hätten wir alle etwas.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was brauchen wir in den ländlichen Räumen eigentlich generell und unabhängig davon? Wir brauchen eine Förderung der Infrastruktur. Was bedeutet das? Ich meine natürlich Straßen, Wege, Plätze und den öffentlichen Personennahverkehr. Versuchen Sie einmal, von meinem Wohnort aus samstagnachmittags nach Berlin zu kommen. Dann erfahren Sie von Ihrer App, dass Ihr nächster Bus in 28 Stunden und 32 Minuten fährt. Das ist keine ermunternde Nachricht, die Sie da bekommen. Wir brauchen also Infrastrukturförderung.

(C) Darüber hinaus müssen wir die Schiene, die Straßen und vor allen Dingen auch den Breitbandausbau fördern. Wenn wir wirklich in Precision Farming einsteigen wollen, brauchen wir sofort 5G-Netze im ländlichen Raum und nicht irgendwo anders. Darum müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem müssen wir uns um die Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen kümmern. Das heißt, wir müssen uns beispielsweise mit der Gesundheitsversorgung beschäftigen. Es kann nicht angehen, dass sich immer weniger Ärzte in den ländlichen Räumen ansiedeln und die Menschen sich Sorgen machen müssen, ob sie morgen überhaupt noch einen Hausarzt haben. Es kann nicht angehen, dass es Menschen gibt, die denken, dass eine App auf dem iPad einen Arzt ersetzen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen uns also dafür einsetzen, dass die Menschen im ländlichen Raum gut versorgt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen anderen Punkt aufgreifen. Wir haben in Deutschland nicht genug Hebammen, und insofern ist auch das ein Thema in den ländlichen Räumen: Auch schwangere Frauen müssen sich trauen können, im ländlichen Raum zu leben, und sich sicher sein, dass ihnen letzten Endes auch Hebammen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen in ländlichen Räumen leben wollen und die öffentliche Daseinsvorsorge alles Notwendige sicherstellt. (D) Sie müssen dort aber nicht nur leben wollen, sondern sie müssen dort auch wirtschaften wollen. Deswegen müssen wir das Handwerk fördern. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen in ländlichen Räumen auch Arbeitsplätze vorfinden, dass wir nicht nur Milch produzieren, sondern Milch auch veredeln. Dies darf nicht nur in einer Molkerei zentral in Deutschland geschehen, sondern in ganz vielen kleinen Molkereien. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen in ländlichen Räumen Fleisch verarbeiten. Ich frage mich als Ostfriese manchmal, warum es eigentlich keine ostfriesische Butter als Leitmarke gibt. Ich bin mir ganz sicher, Sie alle würden diese sofort kaufen. Daran müssen wir arbeiten. Wie gesagt, wir müssen das Handwerk fördern und die Wertschöpfung ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Und wir brauchen eine ländliche Start-up-Initiative. Ich will nicht „Krummhörn statt Kreuzberg“ sagen, aber Krummhörn *und* Kreuzberg wären eine gute Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Start-up-Satellitenszene, die wir zum Beispiel in Japan erleben – dort merken die Menschen, dass man ein Start-up-Unternehmen supergut in ländlichen Räumen gründen kann, wo es eine gesunde Umwelt gibt und vernünftige Menschen leben –, müssen wir weiter voranbringen. Schließlich sagt man in Ostfriesland: Chancen entstahn dadör, dat wi de Saken in Fraag stellen, de wi doen. – Also: Die Sachen infrage stellen, die wir machen.

Johann Saathoff

(A) Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle abschließend noch einmal sagen: Wenn wir den ländlichen Raum ertüchtigen, dann bedeutet das gleichzeitig, dass wir die Städte entlasten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Carina Konrad.

(Beifall bei der FDP)

Carina Konrad (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Saathoff, für die Sprachvermittlung. Einen solchen Dialekt haben wir im Hunsrück nicht zu bieten, aber auch in meiner Heimat gibt es welche, die dringend eine Stärkung des ländlichen Raums brauchen. Ich meine die Hidden Champions: die Handwerker, die Winzer, die Landwirte, die danach schreien, dass wir die ländlichen Räume endlich so ernst nehmen, wie sie es eigentlich verdienen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, Sie haben eben das Wort „Kraftzentrum“ benutzt, und dieses Wort ist auch im Antrag der (B) Koalition formuliert, in dem ländliche Räume als Kraftzentren benannt werden. Doch was erzählen Sie denn den Unternehmerinnen und Unternehmern, wenn sie in ihrer täglichen Praxis, in ihrer Realität mit steigenden Strompreisen, mit einer Gängelung durch die Bürokratie, durchs Arbeitszeitgesetz und durch viele andere Dinge konfrontiert werden? In der Praxis passiert nichts, in der Realität kommen diese Dinge nicht an.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb fühlen sich die Leute doch veräppelt, wenn hier ein Antrag debattiert wird, der nur weiße Salbe über diese Probleme schmiert. Statt Wertschätzung ernten die Leute, die täglich aufstehen und mit ihrer Hände Arbeit den ländlichen Raum am Leben erhalten und stark machen, nur Misstrauen, und das kann nicht sein.

In dieser Bundesregierung ist bis heute nicht klar, wer wirklich für den ländlichen Raum in welcher Form zuständig ist. Wir haben Herrn Seehofer mit seinem Heimatministerium. Er hat sich damals versprochen und es fälschlicherweise „Heimatmuseum“ genannt, und genau so behandelt er dieses Politikressort seitdem.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Sie platzieren Heimat und den ländlichen Raum auch heute wieder sehr prominent und sehr geschickt hier. Doch es müssen auch Taten folgen. Wenn dann Frau Karliczek mit ihrer Aussage um die Ecke kommt, dass 5G nicht an jeder Milchkanne benötigt würde, dann zeigt das, wessen Geistes Kind diese Gedanken sind. (C)

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Über die Hälfte der Menschen leben im ländlichen Raum. Wir alle, die auf dem Land wohnen, sind die Milchkanne, von der Frau Karliczek redet. Und wir brauchen dringend das Internet und überall Netzabdeckung; denn wir wollen mit dem Handy telefonieren. Es ist doch peinlich, wenn Herr Seehofer – Entschuldigung: Herr Altmaier –

(Grigorios Aggelidis [FDP]: Egal! Ist vollkommen wurscht!)

in einer Pressemeldung verlautet, dass er mit seinen ausländischen Ministerkollegen lieber vom Festnetz aus telefoniert, weil es ihm peinlich ist, wenn die Funkverbindung unterwegs abreißt.

(Alois Karl [CDU/CSU]: Die reißt im Ausland ab!)

Doch was wirklich peinlich ist, ist, dass es 2019 in einem Land wie Deutschland, das so weit entwickelt ist, überhaupt noch passiert, dass die Funkverbindung abbricht. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen 5G, und zwar an jeder Milchkanne. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP) (D)

Aber Sie tun genau das Gegenteil. Nach der missglückten 4G-Strategie kommt jetzt eine missglückte 5G-Strategie. Das wird dem ländlichen Raum nicht gerecht.

Es wurde eben gesagt: 5G ist für vieles wichtig. Es ist dafür wichtig, dass Frauen, aber auch Männer Homeoffice machen können, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf dem Land verbessert wird. Aber es ist vor allen Dingen dafür nötig, die Landwirtschaft, die ein Kernelement des ländlichen Raums ist, endlich nach vorne zu bringen; denn Smart Farming ist Realität. Die Betriebe haben lange investiert. Es macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Betrieben; denn auch kleinere Strukturen wie bei uns in Rheinland-Pfalz haben sich schon lange organisiert über Betriebsgemeinschaften, über Maschinenringe und nutzen moderne Technik. Das ist auch dringend nötig.

Heute – Frau Ministerin, Sie kommen eben aus Münster – ist etwas passiert, was ich in meinen 20 Jahren Berufserfahrung als Landwirtin nie für möglich gehalten hätte: 6 000 bis 8 000 Bauern sind in Münster mobilisiert worden und sind auf die Straße gegangen,

(Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

weil sie sich abgehängt fühlen, weil Politik nur von oben ohne Absprache gemacht wird und weil sie Sorge um ihre Existenz haben. Dagegen etwas zu unternehmen, geht nur gemeinsam.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Carina Konrad

(A) Deshalb müssen diese Chancen genutzt werden. Das ist jetzt elementar wichtig. Die Technik muss in der Fläche Anwendung finden. Dafür ist es nötig, dass wir 5G an jeder Milchkanne bekommen, damit aus Land*frust* wieder Land*lust* wird, auch bei den Landwirten.

(Zuruf des Abg. Tino Chrupalla [AfD])

Wenn Sie mir noch einen Gedanken zum Schluss erlauben.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Einen Satz.

Carina Konrad (FDP):

Sie haben schöne Ideen für die Formulierung Ihrer Anträge und für die Überschriften. Wie wäre es, wenn Sie in Kürze mal mit dem besten Mobilfunkgesetz aller Zeiten um die Ecke kämen?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Heidrun Bluhm für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidrun Bluhm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Frau Ministerin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Koalitionäre! Wie Sie wissen – bei der Einbringung des Antrags habe ich es bereits gesagt –
(B) werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Vor allem, weil wir wollen, dass wir bei den ländlichen Räumen und ihrer Entwicklung endlich in Gang kommen.

Trotzdem muss ich heute hier auf gewisse Defizite hinweisen, die aus unserer Sicht immer noch bestehen; denn leider haben Sie zwischen der Einbringung und der heutigen Beratung an Ihrem Antrag nicht weitergearbeitet, obwohl wir hinreichend Vorschläge gemacht haben.

(Michael Theurer [FDP]: Das ist doch platt!)

Herr Saathoff, mit Verlaub – ich schätze Sie sehr –, aber Sie haben heute hier eine Rede gehalten, die den Eindruck vermittelt, als würden Sie erst anfangen, über diesen Prozess und darüber nachzudenken, wie Sie Ihre Ideen und Gedanken in diesen Antrag einbringen wollen.

(Grigorios Aggelidis [FDP]: Er denkt, er ist schon Opposition!)

– Ja, ich habe zeitweise das Gefühl gehabt, er ist in der Opposition.

(Rainer Spiering [SPD]: Das darf doch wohl nicht wahr sein! – Tino Chrupalla [AfD]: Ist er doch schon! – Dr. Christian Jung [FDP]: Geistig schon längst!)

Aber Sie hätten gut Gelegenheit gehabt, diesen Antrag so zu verändern, dass er heute mit einem besseren Ergebnis hier vorgelegt werden kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Rainer Spiering [SPD]: Ein Bürgermeister ist nie in der Opposition!) (C)

Stichwort: Digitalisierung. Die Koalitionäre formulieren viele Forderungen und Ausbauziele. Aber was tut die Regierung außer reden? Für 2018 wurde der flächendeckende Ausbau mit 50 Mbit versprochen; die Älteren erinnern sich. Heute über 5G an jeder Milchkanne zu reden, soll wohl davon ablenken, dass dieses Ziel komplett verfehlt wurde.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich war letzte Woche mit einer Delegation in Myanmar und in Vietnam. Und was soll ich Ihnen sagen? An jeder Milchkanne gibt es 4G – in Myanmar und Vietnam! Warum können wir das nicht, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Carina Konrad [FDP]: Das ist eine berechtigte Frage!)

Wir fordern: Beenden Sie endlich die digitale Spaltung Deutschlands, damit alle Kommunen sich gleichberechtigt entwickeln können!

Ein weiteres Beispiel ist die Förderung der ländlichen Entwicklung durch GAK und BULE. Die Antwort auf unsere jüngste Kleine Anfrage legt einmal mehr die Defizite offen, die dort immer noch bestehen. Viele Millionen Euro in GAK und BULE werden nicht abgerufen oder ausgezahlt. Wir haben eine Anfrage an die Regierung gestellt. Es stellte sich heraus, dass 2018 die BULE-Mittel (D)
zu 72,8 Prozent nicht abgerufen worden sind.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das stimmt!)

Was machen wir da eigentlich? Strukturelle Probleme der beiden Programme, die Sie seit Jahren kennen, beheben Sie nicht. Zumindest sprechen die Zahlen diese Sprache. Ich hoffe nicht, dass die Vermutung stimmt, dass die Bundesregierung absichtlich Gelder verstreichen lässt nach dem Motto „fett planen, aber mager austeilen“. Bei der trägen Problembewältigung, die die Bundesregierung bei GAK und BULE an den Tag legt, muss man das leider vermuten.

Verehrte Koalitionäre, auch die Grundgesetzänderung samt Reform der Gemeinschaftsaufgabe versprechen Sie seit mindestens sechs Jahren. Der Bundesrat fordert sie ebenfalls erneut. Auch wir wollen sie und mit uns die kommunalen Spitzenverbände. Sogar Ihr eigener Sachverständigenrat hält die Grundgesetzänderung für erforderlich. Im Antrag steht dazu aber nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf zwei weitere Punkte kurz zu sprechen kommen. Auch zum Thema Energie findet man ein paar Worte in Ihrem Antrag. Aber hier fehlen ebenfalls die entscheidenden Schlussfolgerungen. Wir alle sind uns einig, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien viel zur Wertschöpfung im ländlichen Raum beitragen kann. Energiedörfer sind ein Beispiel. Doch dazu müs-

Heidrun Bluhm

(A) sen Sie die Rahmenbedingungen ändern. Leider haben Sie zwei Tagesordnungspunkte vor diesem Punkt mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs zum Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz, NABEG, genau das Gegenteil von dem getan, was Sie im Antrag gefordert haben. Nur noch die großen Netzbetreiber sollen künftig Trassenpolitik bestimmen. Damit stirbt jedes regionale Engagement. Hätten Sie unserem Antrag zur Bürgerenergie zugestimmt, wären Sie konkrete Schritte auf die Bürger und Kommunen zugegangen.

(Beifall bei der LINKEN)

Einen letzten Punkt möchte ich im Hinblick auf die neue GAP-Förderperiode ansprechen; denn in Ihrem Antrag formulieren Sie, die Bundesregierung werde aufgefordert – ich zitiere –

> im Rahmen der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU … eine angemessene Mittelausstattung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) … zu berücksichtigen.

Donnerwetter! Was soll das heißen? Stellen Sie sich also gegen die mindestens 25-prozentige Mittelkürzung in der zweiten Säule der neuen GAP? Oder gleichen Sie die Reduktion der Mittel, die von Europa vorgenommen wird, durch Bundesmittel aus? Dazu wären Aussagen in Ihrem Antrag hilfreich gewesen. Aber hier bleibt Ihr Lösungsansatz genauso nebulös wie bei allen anderen Themen dieses Antrages.

(B) Wir fordern: Schaffen Sie endlich Zukunft für die ländliche Entwicklung! Und vor allem: Fangen Sie endlich an!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Markus Tressel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Markus Tressel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition! Sie haben mit Ihrem Antrag gezeigt, dass wir kein Erkenntnisproblem haben. Sie haben nämlich das aufgeschrieben, was in den ländlichen Räumen tatsächlich nottut. Wir haben vielmehr ein echtes Umsetzungsdefizit in den letzten Jahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie zu verantworten. Da ist wertvolle Zeit vergeudet worden.

Hätten Sie das 2013, als Sie das schon mal in einen Koalitionsvertrag reingeschrieben haben, tatkräftig umgesetzt, dann wären wir heute deutlich weiter. Sie haben damals reingeschrieben, Sie wollen die GAK weiterentwickeln zur Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“. Das haben Sie aber nicht gemacht, Sie haben allenfalls Kosmetik betrieben. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nichts umgesetzt!)

Deshalb fehlt es jetzt nach wie vor an einem geeigneten Instrument. Mit runden Tischen, Prüfaufträgen und Modellprojekten, wie Sie das hier in Ihrem Antrag formulieren, entfacht man vielleicht Strohfeuer – damit kennen Sie sich aus, Frau Ministerin –, aber damit erzielt man keine nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung ist für die Zukunft der ländlichen Räume eines der zentralen Themen. Auch und gerade die Landwirtschaft ist auf eine ordentliche Breitbandversorgung angewiesen. Landwirtschaft geht hier Hand in Hand mit anderen wirtschaftlichen und privaten Akteuren auch außerhalb der Landwirtschaft, die mindestens die gleiche Aufmerksamkeit verdient haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Carina Konrad [FDP])

Industrie und Mittelstand, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen auch in ländlichen Räumen wettbewerbsfähig bleiben. Neue Arbeits- und Versorgungsmodelle, beispielsweise Coworking und Telemedizin, müssen dort funktionieren. In Ihrem Antrag: weitgehend Fehlanzeige dazu! (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen wir eine ordentliche, flächendeckende Breitbandversorgung für alle, die in den ländlichen Räumen leben und arbeiten. Das ist eine Frage der Überlebensfähigkeit. Dazu hätte ich mir in Ihrem Antrag mehr gewünscht. Sie haben ihn ja mit dem Titel „Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ überschrieben. Nur: Vom „guten Arbeiten auf dem Land“ findet man in diesem Antrag außerordentlich wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen doch nicht, dass in Deutschland die Menschen in Zukunft – wie in Spanien am letzten Sonntag – auf die Straße gehen müssen, um gegen die Entvölkerung auf dem Land zu demonstrieren. Deswegen brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Zukunftsfähigkeit der Regionen, in denen diese Menschen leben. Was wir aber nicht brauchen, ist eine Rückbaudebatte, wie sie ja kürzlich eine Studie aus Halle anzetteln wollte. Denn was der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land nicht verkraften würde, ist eine verstärkte Landflucht. Deswegen müssen wir Dörfer und Kleinstädte attraktiver für Jung und Alt machen, und dazu müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch an das gegenwärtige Fördersystem ran. Das müssen wir überdenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine gezielte Förderung für strukturschwache Regionen, die über eine reine Wirtschaftsförderung hinausgeht. Das haben die Ministerpräsidenten

Markus Tressel

(A) der ostdeutschen Bundesländer erkannt. Sie haben sich gestern für ein gesamtdeutsches Förderinstrument für strukturschwache Regionen ausgesprochen. Sie sind da schon weiter als die Große Koalition in diesem Haus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sagen wir ganz klar: Wir brauchen eine dritte Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– das könnte hilfreich sein –; denn wir haben gesehen, dass die bestehenden Gemeinschaftsaufgaben an dieser Stelle die Problemlagen nicht abdecken. Auch dazu ist in Ihrem Antrag Fehlanzeige.

Wir brauchen für die ländlichen und strukturschwachen Räume in Deutschland eine Ermöglichungspolitik, die die endogenen Potenziale dieser strukturschwachen ländlichen Räume unterstützt. Denn Zukunft wird tatsächlich von den Menschen vor Ort gestaltet, und Bund und Länder müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Da gibt es Handlungsbedarf deutlich über Ihren Antrag hinaus, mit dem Sie ja nur das fortschreiben, was Sie in den vergangenen fünf Jahren nicht gemacht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Antrag geht uns nicht weit genug, das haben wir auch in den Ausschussberatungen deutlich gesagt. Es wäre aber vor allem wichtig, dass Sie endlich mit konkreten Maßnahmen anfangen, dass Sie nicht nur aufschreiben, sondern endlich auch das tun, was Sie in (B) Ihren Anträgen niederschreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da haben Sie jetzt sechs Jahre vergeudet. Ich bin gespannt, was jetzt am Ende rauskommen wird, wenn wir diesen Antrag hier verabschieden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der CDU/CSU der Kollege Karl Holmeier.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl Holmeier (CDU/CSU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der ländliche Raum ist ein starkes Stück Deutschland. Der ländliche Raum ist nicht nur Landwirtschaft und gutes Wohnen, sondern ein starker Standort für Handwerk, Industrie und Tourismus. Der ländliche Raum ist Deutschlands Kraftquelle und braucht sich keinesfalls zu verstecken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Markus Herbrand [FDP] – Dr. Christian Jung [FDP]: Wo gibt es das Lexikon für diese Floskeln zu kaufen?)

Die Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist im Grundgesetz ja auch verankert. Wir wollen mit unserem Antrag „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ diesem Verfassungsauftrag nachkommen. (C) Der ländliche Raum darf gegenüber den Städten nicht benachteiligt werden und muss für junge Menschen wieder attraktiver werden. Dafür haben wir unter anderem die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ gegründet. Mit Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände werden hier Lösungen erarbeitet, um strukturschwache Regionen in Deutschland zu unterstützen. Die Kommission wird nach Wegen suchen, um sowohl die Infrastruktur als auch das Wohlbefinden der Menschen im ländlichen Raum zu verbessern. Es werden im ersten Halbjahr 2019 erste Ergebnisse und konkrete Vorschläge vorgelegt werden.

(Zuruf der Abg. Carina Konrad [FDP])

Wichtige Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine gute, flächendeckende Infrastruktur: Straße, Schiene, öffentlicher Personennahverkehr und natürlich Breitbandversorgung und Mobilfunknetz. All das ist Daseinsvorsorge und schafft einen Standortvorteil im nationalen und internationalen Wettbewerb.

Der flächendeckende Breitbandausbau in Deutschland schreitet voran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der vergangenen Legislaturperiode wurden dafür mehr als 4 Milliarden Euro ausgegeben, und in dieser Legislaturperiode sind bis zu 12 Milliarden Euro für den Ausbau der Gigabitnetze bereitgestellt. Im Sommer letzten Jahres haben wir das bestehende Förderprogramm vereinfacht, (D) verschlankt und beschleunigt. Gefördert werden nur noch Glasfaseranschlüsse.

(Carina Konrad [FDP]: Wow!)

Seither wurden Anträge mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 509 Millionen Euro gestellt. Davon wurden bereits 202 Millionen Euro bewilligt. 104 bereits bewilligte Projekte konnten in den letzten Monaten ihren Antrag auf Förderung umstellen, weg vom Kupferkabel hin zum modernen Glasfaserkabel. Die letzte Meile zu den einzelnen Anschlüssen, ob Privathaushalt, landwirtschaftlicher Betrieb oder Gewerbebetrieb, wird bei diesen Projekten also nur noch mit Glasfaser bewältigt. Seit November letzten Jahres sind alle Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser ohne Anschluss an das Gigabitnetz förderfähig. Über 6 400 Schulen haben bereits die Förderung eines Gigabitanschlusses beantragt.

Zudem wird derzeit das „Weiße-Flecken-Programm“ überarbeitet, und es wird ein „Graue-Flecken-Programm“ kommen, das zurzeit mit der Europäischen Union abgestimmt wird. Damit können alle Haushalte und Unternehmen in ganz Deutschland an gigabitfähige Netze angeschlossen werden. Der Ausbau eines Mobilfunknetzes gerade im ländlichen Raum ist Schwerpunkt für die Stärkung des ländlichen Raums. Zurzeit läuft die Ausbauverpflichtung aus der Versteigerung der Digitalen Dividende II aus dem Jahr 2015. Diese Umsetzungsverpflichtung muss bis Ende 2019 abgeschlossen werden. Wenn ich meine Region betrachte, kann ich sagen: Wir

Karl Holmeier

(A) werden das schaffen. Wir setzen ständig neue Masten in Betrieb.

(Margit Stumpp [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Neue Masten?)

Die Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen für 5G neigt sich langsam dem Ende zu. Hohe Versorgungsauflagen waren von Anfang an für die Union wichtig und bedeutend. Die Umsetzung muss schnell erfolgen. Lokales Roaming ist für eine flächendeckende Versorgung notwendig. Wir brauchen aber nicht nur eine Versorgung der Haushalte und Unternehmen, sondern gerade für die Landwirtschaft brauchen wir eine Versorgung in der Fläche oder besser gesagt: der gesamten Fläche. Daran werden wir weiter tatkräftig arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit diesem Antrag wird der ländliche Raum noch attraktiver. Der ländliche Raum ist stark. Der ländliche Raum muss selbstbewusst auftreten und braucht sich in keiner Weise zu verstecken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Verehrte Damen und Herren, wir haben mit unserem Antrag ein Gesamtkonzept entwickelt, von dem alle im ländlichen Raum profitieren werden. Den Antrag der FDP lehnen wir ab, weil er zu kurz springt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der FDP – Dr. Christian Jung [FDP]: Was? Vergelts Gott!)

(B)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner in der Debatte ist für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dirk Wiese.

(Beifall bei der SPD)

Dirk Wiese (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, die vor nicht allzu langer Zeit veröffentlicht worden ist, hat eine Debatte losgetreten. Mich als jemand, der wirklich aus dem klassischen ländlichen Raum kommt, aus dem Hochsauerlandkreis, hat diese Studie – das muss ich ehrlicherweise sagen – richtig geärgert. Die Schlussfolgerung dieser Studie war, um es kurz auf den Punkt zu bringen: Geld nur noch in die Städte zu geben. Das ist, wenn man dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in dieser Woche folgt, volkswirtschaftlicher Unsinn. Und ich habe, ehrlich gesagt, auch heute hier in dieser Debatte an der einen oder anderen Stelle gehört, dass es nur noch eine Schwarz-Weiß-Diskussion gibt: entweder ländlicher Raum oder die Städte. Ich glaube, ländliche Räume sind viel vielseitiger und auch Stadt-Land-Regionen sind viel vielseitiger.

Wenn wir die Blickrichtung auf den ländlichen Raum lenken, zeigt sich: Ja, wir haben strukturschwache ländliche Gebiete, aber wir haben auch strukturschwache städtische Gebiete. Und wir haben genauso gut prosperierende ländliche Räume und Regionen wie meine Heimatregion Südwestfalen, die mittlerweile das industrielle Herz von Nordrhein-Westfalen ist. Wir haben dort andere Herausforderungen als die eine oder andere Region in den südlichen oder in den neuen Bundesländern. Diesen Herausforderungen, glaube ich, stellt sich dieser Antrag. (C)

Dieser Antrag ist auch deshalb gut – da stimme ich meinem Vorredner zu, und ich finde auch gut, dass Sie das gelobt haben –, weil er größtenteils von der SPD geschrieben worden ist.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Michael Theurer [FDP]: Das hätte ich jetzt besser nicht gesagt!)

In der Vergangenheit war es oftmals so, dass die Politik der CDU/CSU für den ländlichen Raum nur auf die Agrarpolitik fokussiert gewesen ist. Das ist etwas, das die Debatte in den letzten Jahren etwas verengt hat. Ich bin froh, dass wir den Koalitionspartner von dieser Richtung wegbekommen haben. Das ist ein falscher Ansatz. Ländliche Räume sind viel mehr: Sie sind wirtschaftlich prosperierende Regionen, sie sind erfolgreich. Das zeigen wir mit diesem Antrag Das müssen wir auch betonen; denn nur so können wir auch die politische Fokussierung auf den ländlichen Raum lenken.

(Beifall bei der SPD)

Frau Konrad, ich habe gerade Ihre Anmerkungen vonseiten der FDP gehört. Ich fand das interessant und bemerkenswert und habe einmal auf der Seite der FDP-Bundestagsfraktion gegoogelt, was dort zu „ländlichen Räumen“ und zum „ländlichen Raum“ steht. Ich habe beide Begriffe gegoogelt, nicht dass Sie mir vorwerfen, ich hätte nicht richtig nachgeschaut. (D)

(Dr. Christian Jung [FDP]: Seit wann können Sie googeln? – Carina Konrad [FDP]: Hatten Sie Netz?)

Die letzte Meldung zum ländlichen Raum ist vom 22. Februar 2018. Die letzte Meldung zu ländlichen Räumen ist ein Interview mit Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer Buschmann zur Mietpreisbremse vom Anfang des letzten Jahres.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn das Ihre Politik für ländliche Räume ist, dann brauchen wir uns von Ihnen heute Abend in dieser Debatte nichts erzählen zu lassen.

Ich glaube, ländliche Räume – das macht der Antrag deutlich – müssen gerade auch durch Programme wie BULE und durch Modellvorhaben gefördert werden, die die Menschen im ländlichen Raum dazu ermutigen, Dinge auszuprobieren und auch voranzubringen. Wir feiern zum Beispiel bei uns vor Ort am Wochenende den Tag der Bürgerbusse, weil wir es durch Anschubfinanzierungen mittlerweile geschafft haben, den Bürgerbusverbund Sauerland-Hellweg in Form einer eingetragenen Genossenschaft auf den Weg zu bringen.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Hier wird Mobilität ermöglicht und Ehrenamt gefördert. Das sind Projekte, bei denen wir dranbleiben müssen.

Dirk Wiese

(A) Ich halte es auch für richtig, dass wir schnellstmöglich für wirtschaftlich erfolgreiche ländliche Regionen das Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in einigen Regionen einen massiven Fachkräftemangel. Dort wird der Bedarf nicht mehr gedeckt. Hier brauchen wir eine geregelte und geordnete Zuwanderung in Form eines Einwanderungsgesetzes. Gerade das Handwerk braucht dieses Gesetz.

(Zuruf des Abg. Stephan Protschka [AfD])

Die Politik und die Zwischenrufe von rechts, die wir hören, schaden der Wirtschaft in den ländlichen Räumen. Wenn wir hier nichts voranbringen und auf Abschottung setzen, hilft das nicht. Das geht nicht in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einen letzten Satz sagen; denn das ärgert mich etwas, Frau Ministerin. Heute fand eine Demonstration statt, auf der zu Recht Sorgen laut geworden sind. Es ist gut gewesen, dass man sich dem auch stellt.

(Carina Konrad [FDP]: Ja, aber wo war denn Ihre Ministerin? Sie hat sich gedrückt!)

Es gibt aber Regionen in Deutschland, die intensive Landwirtschaft betrieben und jetzt Probleme mit der Nitratrichtlinie haben. Es gibt Regionen in Deutsch-
(B) land, die genau darunter jetzt leiden. Sie sind nämlich die Leidtragenden einer verfehlten Politik. Sie sind von Gülletourismus betroffen. Sie haben angesichts einer verfehlten Politik die Aufmerksamkeit genauso verdient. Hier kann ich nur dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil zustimmen: Die Unschuldigen dürfen an dieser Stelle nicht die Leidtragenden sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Stephan Protschka [AfD]: Wer war denn in der Regierung die letzten Jahre?)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Alois Gerig von der Fraktion CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Gerig (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vier Minuten, um das Wesentliche, das hier schon gesagt wurde, noch einmal zusammenzufassen. Ich will aber damit anfangen, unsere Ministerin ausdrücklich zu loben, und ihr für ihren Einsatz und dafür, dass sie sich heute den 8 000 Bauern in Münster gestellt hat, danken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie war sehr wohl bereit, die Sorgen und Nöte der Bauern vor Ort anzuhören. (C)

(Rainer Spiering [SPD]: 6 000! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vorhin waren es noch 6 000!)

Ich habe nicht gehört, dass andere Bundesminister dort zugegen waren.

Meine Damen und Herren, jeder von meinen Vorrednern hat mehr oder minder positive Aspekte genannt. Deswegen sage ich: Lassen Sie uns diesen Antrag der Koalition gemeinsam beschließen. Jeder kann seinen Teil dort einbringen. Sie finden genug Betätigungsfelder. Der Antrag ist so gut und so umfangreich, dass Sie sich sehr wohl einbringen können. Und, lieber Kollege Dirk Wiese, auf den Seitenhieb: Ich habe Sie bei den Antragsberatungen gar nicht persönlich gesehen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Zurufe von der SPD – Abg. Dirk Wiese [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage]

Wovon reden wir, meine Damen und Herren? Wir reden von 90 Prozent der Fläche unseres Landes, wir reden von 50 Prozent der Bürger in Deutschland,

(Carina Konrad [FDP], an die SPD gewandt: Ihr macht die Opposition komplett überflüssig!)

(D) und wir reden von einem Drittel unseres Waldes. Die anderen 50 Prozent unserer Bürger leben in den Ballungszentren – mit stark wachsender Tendenz. Das ist unsere Sorge. Die Lösung für die Ballungszentren – das haben mehrere Vorredner gesagt – liegt in den ländlichen Räumen. Wenn wir die Infrastruktur in allen Bereichen schaffen, wenn wir uns um die Daseinsvorsorge kümmern, dann können wir insbesondere jungen Menschen Lust aufs Land machen. Es gibt schon eine neue Lust aufs Land: Die Geburtenraten steigen, und in vielen ländlichen Gebieten Deutschlands gehen auch die Bauplätze weg wie warme Semmeln.

Nie hat ein Koalitionsvertrag den Begriff „ländlicher Raum“ so oft beinhaltet wie der aktuelle. Das will ich Ihnen hier auch sagen: Die Koalition redet nicht; die Koalition handelt und setzt um. Nie wurde so viel Geld mit so hoher Priorität für die Bereiche des ländlichen Raumes ausgegeben. Wir sind seit gut einem Jahr in der Regierung, und ich sehe sehr viele positive Ansätze. Ich sehe viele Dinge, die bereits umgesetzt worden sind. Deswegen lassen Sie uns doch im Sinne der Menschen in den ländlichen Räumen gleichwertige Lebensbedingungen, wie das Grundgesetz sie vorsieht, tatsächlich schaffen.

Das Ehrenamt ist die Stärke des ländlichen Raumes. Die Blaulichtorganisationen würden ohne das ehrenamtliche Engagement gar nicht funktionieren. Es gibt die Handwerker; es gibt den Mittelstand. Wir haben Hidden Champions. Es gibt die Landwirtschaft. Ich fordere Sie auf: Lassen Sie uns doch angesichts des immensen Struk-

(A) turwandels in der Landwirtschaft eine andere Sprachweise gegenüber unseren Bäuerinnen und Bauern finden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Stephan Protschka [AfD])

Die Bäuerinnen und Bauern, die Landwirte, sind diejenigen, die für die Biodiversität sorgen. Sie sind diejenigen, die ein großer Teil der Lösung und nicht das Problem sind, das wir im Umweltbereich haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD und der FDP)

Lassen Sie uns das doch gemeinsam erkennen! Betreiben Sie nicht immer Bauern-Bashing nach dem Motto: Der Berufsstand ist nicht mehr unbedingt unsere Wählerklientel. Sie sind ja so klein und so schwach geworden.

Die Digitalisierung ist wichtig; wir arbeiten daran. Wir brauchen den Mobilfunk überall. Das ist die Chance für neue Arbeitsplätze. Das werden wir umsetzen. Die Bauern sind Waldbesitzer. Der Wald ist die grüne Lunge für die städtischen Räume. Ich erwarte mehr Wertschätzung von der Politik, aber auch von der gesamten Gesellschaft. Das schaffen wir am besten, wenn wir gemeinsam zusammenstehen. Dafür werbe ich.

Lebensmittel made in Germany sind ein Prädikatsprodukt. Das muss in den Köpfen der Menschen ankommen. Die Ausgaben für Lebensmittel dürfen nicht nur 10 Prozent der Konsumausgaben ausmachen. Lebensmittel sind ihren Preis wert. 11 Millionen Tonnen Lebensmittel wegzuwerfen, ist unmoralisch. Auch da sage ich: Danke,
(B) liebe Bundesministerin, dass wir sehr intensiv an guten Lösungen arbeiten und diese schaffen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche denn?)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Jetzt müssen Sie Ihren Schlusssatz sprechen, Herr Kollege, sonst muss ich das Mikrofon abdrehen.

Alois Gerig (CDU/CSU):

Jawohl. Das habe ich nicht beachtet. Ich bitte um Entschuldigung. – Ich sehe großes Potenzial für den Bereich Tourismus.

Ich wünsche allen noch einen guten Abend.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Ich will jetzt vor der Abstimmung mal zwei Bemerkungen zur Sitzungsleitung machen: Wir haben mal überschlagen, dass wir noch bis weit nach Mitternacht tagen müssen, obwohl viele Kolleginnen und Kollegen von der Möglichkeit schon Gebrauch gemacht haben, ihre Reden zu Protokoll zu geben. Ich rege an, von dieser Möglichkeit auch weiterhin Gebrauch zu machen. Mit Rücksicht auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde ich von jetzt ab aber eine strengere Handhabung der Redezeit ankündigen, so wie das mein Kollege

(C) Kubicki auch zu tun pflegt. Wenn also jetzt das Signal des Präsidenten kommt, haben Sie noch die Möglichkeit, den Schlusssatz zu sagen. Danach ist der Strom weg. Ich glaube, das ist angemessen. Ich habe deshalb auch keine Zwischenfragen zu dieser späten Stunde mehr zugelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich wollte das nur fairerweise ankündigen, damit Sie sich darauf einstellen können.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Tagesordnungspunkt 13 a. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD mit dem Titel „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/7978, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 19/7028 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen Die Linke, der SPD, der CDU/CSU und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 13 b. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Smart Farming – Flächendeckende Breitbandversorgung für eine innovative Landwirtschaft in Deutschland“. Der (D)
Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/7989, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/7029 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD. Gegenprobe! – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP. Enthaltungen? – Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Jochen Haug, Dr. Michael Espendiller, Dr. Bernd Baumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“

Drucksachen 19/1699, 19/5946

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Christoph de Vries für die Fraktion CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A)

Christoph de Vries (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute erneut eine Lanze brechen für unser bewährtes und funktionierendes System der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Wenn man darüber spricht, kommt man ja gar nicht umhin, sich Großbritannien anzuschauen. Das britische Schauspiel der letzten Monate – oder vielleicht besser gesagt: das Trauerspiel – hat doch gezeigt, wozu vermeintlich direkte Demokratie führen kann, wenn man nicht sehr behutsam und gewissenhaft mit den Vorzügen der repräsentativen Demokratie umgeht. Das, was wir mit diesen Entwicklungen in Verbindung bringen, ist politisches Chaos, Unversöhnlichkeit der Personen statt Interessenausgleich, Unfähigkeit und Unwilligkeit, falsche Entscheidungen zu revidieren. Das ist doch ein Lehrbeispiel dafür, wozu Volksabstimmungen im schlechtesten Fall führen können. Was wir in Großbritannien derzeit erleben, ist ein kollektives Versagen der politischen Klasse, die sich in einem Zustand der Angst und politischen Lähmung befindet. Es gibt für keine Handlungsoption im Parlament überhaupt eine Mehrheit, und ich glaube nicht, dass die Leaver, als sie vor zwei Jahren beim Referendum abgestimmt haben, auch nur annähernd eine Vorstellung davon hatten, welche Konsequenzen und Folgen ihr Votum nach sich ziehen würde.

In der Sachverständigenanhörung wurden am Beispiel der Schweiz, das immer wieder genannt wird, die Probleme anschaulich gemacht. Bei einer Volksabstimmung haben sich dort 96 Prozent – so dachten Sie – für eine Begrenzung der Managergehälter entschieden. In Wahrheit

(B)

haben sie bei der Abstimmung aber nur für eine Reform des Aktienrechts votiert. Am Ende war diese Abstimmung mit vielen Enttäuschungen verbunden.

Wenn wir noch mal auf Großbritannien schauen, muss ich sagen: Ich kann nicht erkennen, dass dieses Referendum dem britischen Volk gesellschaftlich, politisch oder ökonomisch in irgendeiner Weise zum Vorteil ist. Das Gegenteil ist doch der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, die Debatte über Ihren Antrag ist der richtige Moment, um einmal innezuhalten und die eigene Position zu überdenken. Ich glaube, für plebiszitäre Euphorie gibt es angesichts der Entwicklung, die wir aktuell in Europa erleben, nun wahrlich keinen Grund. Mehr Abschreckung geht doch eigentlich gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Braun [AfD]: Jubel!)

Herr Haug, Sie haben ja letztes Mal die Katze aus dem Sack gelassen, als Sie Ihre Vorstellungen konkretisiert haben. Sie haben gesagt, dass Sie erstens keine Änderung des Grundgesetzes mehr ohne Zustimmung des Volkes wollen und zweitens ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse durch sogenannte fakultative Referenden.

(Karsten Hilse [AfD]: Das ist in der Schweiz üblich!)

Wenn wir uns das anschauen, dann muss man sagen: Das hat wenig mit einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie um direktdemokratische Elemente zu tun. Sie

(C)

wollen vielmehr unserem bewährten System der parlamentarischen Demokratie an den Kragen, und zwar mit aller Kraft; aber da werden wir mit Sicherheit nicht mitmachen. Ich habe es beim letzten Mal gesagt: Sie führen mit Ihren Plänen gar nichts Gutes im Schilde; denn Ihr Kalkül ist es ja, Mehrheiten zu organisieren und zu schaffen durch Stimmungsmache in der Bevölkerung – Mehrheiten, die Sie hier im Parlament durch allgemeine Wahlen eben nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da will ich den Appell auch mal an uns als Koalitionsfraktionen richten: Ich glaube, wir sollten den Irrglauben ablegen, dass direkte Demokratie automatisch die bessere Demokratie ist und dass wir uns dafür schämen müssen, die Interessen der Bürger gewissenhaft und sorgfältig wahrzunehmen. Ich glaube, wir können stolz auf unsere repräsentative Demokratie in Deutschland sein, und wir sollten die Vorzüge auch nicht kleinreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insofern werbe ich heute hier noch mal offensiv dafür, dass wir für unsere repräsentative Demokratie eintreten, dass wir bei Reformen sehr behutsam und sehr weitsichtig vorgehen. Wir sollten auch nicht jeder Vorhaltung auf den Leim gehen. Ich darf das Stichwort „Politikverdrossenheit“ ansprechen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl ist auf demselben Niveau gewesen wie bei der Wahl nach der Wiedervereinigung 1990.

(Jürgen Braun [AfD]: Durch die AfD! Nur durch die Alternative für Deutschland!)

(D)

– Ja, klopfen Sie sich auf die Schulter. Dann haben Sie auch mal ein Verdienst.

Die Wahlbeteiligung ist auf jeden Fall hoch, und das ist auch gut so. Wenn wir uns mal die Wahlbeteiligung bei Ihren Vorbildern, die Sie nennen – USA, Schweiz –, angucken, dann muss man sagen: Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA lag die Wahlbeteiligung bei 58 Prozent, bei den Nationalratswahlen in der Schweiz ist nicht mal jeder Zweite zur Urne gegangen. Man kann also berechtigte Zweifel daran haben, ob direkte Demokratie wirklich geeignet ist, Politikverdrossenheit zu heilen. Ich glaube das nicht.

Die entscheidende Frage ist eigentlich vielmehr: Wie kann man verhindern, dass direktdemokratische Entscheidungen am Ende die Legitimation der Demokratie insgesamt und das Ansehen eines Landes beschädigen? Denn ich glaube, das erleben wir im Moment ja in Großbritannien.

Wir haben im Koalitionsvertrag ein sehr kluges Vorgehen verabredet: Wir wollen eine Expertenkommission unter Führung des BMI einrichten. Da werden wir alle Fragen jenseits des politischen Streits diskutieren. Klar ist aber auch: Erstes Gebot ist Sorgfalt und nicht Eile. Wir werden nicht nur darüber diskutieren, wie wir direktdemokratische Elemente fördern, sondern auch darüber, ob wir das überhaupt wollen.

(Karsten Hilse [AfD]: Dass Sie das nicht wollen, das haben Sie bewiesen!)

Christoph de Vries

(A) Da ist wirklich Sorgfalt geboten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD der Kollege Jochen Haug.

(Beifall bei der AfD)

Jochen Haug (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist fast genau ein Jahr her, dass wir unseren Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“ ins Plenum eingebracht haben. Seitdem ist tagespolitisch viel geschehen. Wir erleben zurzeit ein tragisches Brexit-Chaos. Der Brexit, so argumentieren Gegner der direkten Demokratie, zeige doch, was passiert, wenn ein Volk über hochkomplexe Angelegenheiten mit Ja oder Nein zu entscheiden hat. Direkte Demokratie spalte, statt zu einen. Wir haben gerade Herrn de Vries gehört, deswegen bringe ich es auch in meiner Rede am Anfang: Das scheint das neue Totschlagargument gegen direkte Demokratie zu werden.

(Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Gute Rede! – Christoph Bernstiel [CDU/CSU]: Gute Rede bis jetzt!)

(B) Dem muss selbstverständlich widersprochen werden.

(Beifall bei der AfD)

Eine Mehrheit in Großbritannien hat sich für einen Austritt aus der EU entschieden. Die Briten, die für den Brexit gestimmt haben, wollen ihr Land nicht wirtschaftlich abschotten. Sie wollen in Zukunft souverän über die Geschicke ihres Landes bestimmen. Dies gilt es zu respektieren. Das Chaos, das die öffentliche Wahrnehmung zu diesem Thema nunmehr beherrscht, hat nicht das Volk verursacht. Es wurde angerichtet von Politikern, die das Thema im britischen Unterhaus für Machtkämpfe und Ränkespiele missbrauchten.

(Beifall bei der AfD – Christoph Bernstiel [CDU/CSU]: Das Volk muss ja nicht die Verträge aushandeln!)

Es ist daher unredlich, im Nachgang zum Brexit-Referendum die direkte Demokratie zu diskreditieren. Auch das immer wiederkehrende Argument, die Bürger seien mit der Entscheidung über weitreichende politische Fragen überfordert, ist zurückzuweisen. Ich darf an dieser Stelle den ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme zitieren:

(Johannes Schraps [SPD]: Oh nee! Bitte nicht!)

> Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß oder zu kompliziert seien. Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan … Die Politik ist zugänglich, beeinflussbar für jeden. Das ist der zentrale Punkt der Demokratie. (C)

So Olof Palme.

(Beifall bei der AfD)

Die Brexit-Entscheidung war auch ein Ventil für die Kritik an einer bürgerfernen, abgehobenen EU-Bürokratie. Und mit dieser Kritik stehen die Briten nicht alleine. Die Lehre aus der Brexit-Entscheidung kann daher nicht ein stures „Weiter-so“ oder gar die nun wieder beschworene Parole des „mehr Europa“ sein, was in Wirklichkeit nur mehr EU bedeutet.

(Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Sie sind die deutsche Brexit-Partei! Sagen Sie doch, dass Sie aus der EU austreten wollen!)

Nein, die Lehre muss „mehr Mitbestimmung“ sein. Der damalige Bundespräsident Gauck sagte im Jahr 2016:

> Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem …

Welch fatale Aussage eines Staatsoberhauptes!

(Beifall bei der AfD – Johannes Schraps [SPD]: Völlig aus dem Zusammenhang gerissen!)

Dieser Satz symbolisiert alles, was im Moment falsch läuft in Deutschland und in der EU. Die Politiker sehen das Volk nicht mehr als den Souverän, sondern als Problem an, die Bürger als Kleinkinder, die einfach nicht verstehen wollen, was gut für sie ist. (D)

(Christoph de Vries [CDU/CSU]: Unsinn!)

So funktioniert Demokratie aber nicht.

(Beifall bei der AfD – Christoph Bernstiel [CDU/CSU]: Aha! Erklären Sie es uns mal!)

Trauen wir den Bürgern mehr zu! Führen wir Volksabstimmungen auf Bundesebene ein! Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen spricht sich laut Umfragen seit Jahren dafür aus. Die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern und den Bundesländern zeigen, dass damit auch keine Schwächung des Parlamentes einherginge, Herr de Vries. Vertreter der Koalitionsfraktionen und gerade auch Herr de Vries erklärten in der Plenardebatte vor einem Jahr, es brauche gar keine Enquete-Kommission, man habe sich im Koalitionsvertrag bereits auf die Einsetzung einer Expertenkommission verständigt. Diese soll Vorschläge zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie erarbeiten. Die Expertenkommission ist bis heute nicht eingesetzt, aber nicht nur das. In einer Antwort auf meine Kleine Anfrage erklärte das Bundesinnenministerium vor einigen Wochen, dass man bis heute noch nicht einmal die Kriterien zur Auswahl der Experten bestimmt habe. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Nach einem Jahr bleibt also nichts weiter übrig als vollmundige Versprechen und heiße Luft.

(Beifall bei der AfD)

Jochen Haug

(A) Weiter weist das Bundesinnenministerium in der Antwort noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die grundsätzliche Zuständigkeit für die Einführung direkter Demokratie beim Bundestag liege. Das ist so richtig wie selbstverständlich. Aber dann holen wir auch das Thema in den Bundestag, und zwar mit einer Enquete-Kommission.

(Beifall bei der AfD – Christoph Bernstiel [CDU/CSU]: Erlangen Sie doch erst mal eine Mehrheit als Abgeordnete!)

Mit ihr ließen sich die Grundlagen für einen fraktionsübergreifenden und mehrheitsfähigen Gesetzentwurf erarbeiten.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, noch eine Anmerkung. Wir haben heute Nachmittag in diesem Parlament wahrlich keine Sternstunde der Demokratie erlebt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ausgrenzen der größten Oppositionsfraktion bei der Wahl zum Bundestagspräsidium ist einer parlamentarischen Demokratie unwürdig.

(Beifall bei der AfD – Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist denn dafür verantwortlich?)

Zeigen Sie, dass Sie es besser können. Schließen Sie sich unserem Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission an.

(B) Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der SPD der Kollege Helge Lindh.

(Beifall bei der SPD)

Helge Lindh (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwangerschaften und Demokratien haben eines gemeinsam: Es gibt sie nicht ein bisschen. Ein bisschen Demokratie ist keine Demokratie, und auch der Versuch, mit scheinbar mehr direkter Demokratie von undemokratischer Seite ein bisschen mehr Demokratie zu ermöglichen, ist noch keine Demokratie. Deshalb werde ich gleich noch etwas zu der vermeintlichen Nichtsternstunde, die tatsächlich eine Sternstunde des Parlaments war, sagen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE] – Lachen bei der AfD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Demokrat Lindh!)

Es ist nämlich so, dass zum Wesen der Demokratie der Kompromiss gehört. Die Demokratie, wie wir sie fast alle in diesem Raum schätzen, ist auch sehr rigide; denn sie ist unbedingt und umfassend und bedingt nicht zu haben. Das ist das eine. Deshalb war auch Willy Brandts (C) Appell, mehr Demokratie zu wagen,

(Zuruf von der AfD)

nicht einfach nur ein Hinweis, mehr Wahlen zu machen und mehr direkte Elemente einzuführen, sondern – da komme ich zu meinem zweiten Punkt, was Demokratie sein kann – es war ein gesamtheitlicher Blick auf Demokratie.

Demokratie hängt doch nicht davon ab, dass wir alle paar Jahre in gleichen, geheimen und direkten Wahlen wählen, dass es eine Mehrheit gibt und Mehrheitsentscheidungen dann Demokratie sind. Demokratie ist auch nicht, dass wir sie durch Elemente direkter Demokratie, mit Ja- und Nein-Entscheidungen, ergänzen und dann meinen, wir hätten Demokratie. Demokratie hat zutiefst mit einem Gemeinwesen zu tun, hat damit zu tun, dass es Pressefreiheit gibt, dass es eine Beteiligung sonst nicht beteiligter Gruppen gibt,

(Jürgen Braun [AfD]: Beteiligung der SPD an den Medien! Ja, das vor allem!)

hat damit zu tun, dass man nicht von einer Lügenpresse spricht, sondern sich einen freien Journalismus wünscht,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

hat damit zu tun, dass in Parlamenten die Demokratie nicht geächtet, sondern gewürdigt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

All das ist Kern der Demokratie, meine Damen und Herren.

Deshalb gibt es ein drittes Prinzip, das wichtig ist, nämlich: Wo sind die Grenzen der Demokratie? Die Grenzen der Demokratie liegen in der Demokratie selbst. So einfach ist das.

(Lachen bei der AfD)

Wenn Sie jetzt wieder in guter alter Tradition von 1933 bis 1945 – hier wurde schon einmal höhnisch gelacht in diesem Gebäude, einst im Reichstag – lachen,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

übersehen Sie, dass diese Demokratie Ihnen allen ermöglicht hat, hier sitzen zu können.

(Jürgen Braun [AfD]: Ist das ein Schwachsinn, Herr Lindh!)

Es ist auch gut, dass Sie hier sitzen können. Es ist eine demokratische Entscheidung.

(Jürgen Braun [AfD]: Bei Ihnen ist noch nicht einmal das Gegenteil richtig! So ein Schwachsinn!)

Helge Lindh

(A) Sie ermöglicht Ihnen die Redefreiheit, die wir hier erdulden können. Aber sie ermöglicht auch uns und mir, auch wenn Sie nicht zuhören, obwohl es Ihnen guttäte,

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Nein! Ihnen zuzuhören, hat mir noch nie gutgetan! – Jürgen Braun [AfD]: Sie sind ja noch nicht einmal als Komiker gut, Herr Lindh!)

Ihnen entsprechend deutlich entgegnen zu können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie weisen immer darauf hin, Sie wären die Repräsentanten des Volkes. Ich will es mir aber nicht so einfach machen, jetzt hier billig zu punkten.

(Jürgen Braun [AfD]: Billig? Wer ist denn hier billig? Sie sind billig, Herr Lindh!)

Ich bekam heute ein Anschreiben, ich sollte Sie abwatschen. Das ist aber nicht nötig. Ich prüfe einfach Ihr Angebot. Sie stellen hier einen Antrag zur Einrichtung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“.

(Jürgen Braun [AfD]: Dummes Geschwätz ist das, was Sie machen, Herr Lindh! Dummes Geschwätz!)

Das heißt, Sie erklären, dass Sie sich für die Demokratie einsetzen wollen. Sie haben aber in keiner Sekunde aus meiner Sicht deutlich gemacht, inwieweit Sie etwas mit
(B) Demokratie zu tun haben. In den Enquete-Kommissionen, in denen Sie in den Landtagen sitzen, ist aufgefallen, dass Ihre Mitglieder herzlich wenig zur demokratischen Meinungsbildung beigetragen haben. In Sachsen-Anhalt gab es im Jahr 2017 ein Positionspapier der AfD zur Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie. Dort ist einerseits der Vorschlag gemacht worden, Ministerpräsidenten direkt zu wählen – das ist durchaus ein akzeptabler Vorschlag; man kann ihn teilen, man kann ihn nicht teilen –, andererseits ist vorgeschlagen worden, Legislaturen durch direkte Wahlen abbrechen zu können. Dann kommt der interessanteste Punkt. Der Kernpunkt ist nämlich die Stärkung der Rechte der Bürger, aber die Einschränkung der Rechte der Einwohner. Sie werden definiert als Leute, die hier nicht dauerhaft sind, die keinen festen Bezug zu diesem Land haben. Das ist nämlich der Kernpunkt. So wird aus dem Ganzen eine Geschichte. Wir hatten dank eines Antrags der Linksfraktion eine Anhörung zum Thema „direkte Demokratie“. Wodurch hat sich der von Ihnen eingeladene Sachverständige, Herr Vosgerau, ausgezeichnet?

(Jürgen Braun [AfD]: Es gibt Bürgerrechte und Menschenrechte! Den Unterschied haben Sie noch nicht begriffen!)

Er hat vielleicht 20 Sekunden über das Wesen direkter Demokratie gesprochen. Dann hat er die ganze Restzeit über das Wahlvolk gesprochen und definiert, was dieses Wahlvolk sei, und begründet, dass Ausländer hier bloß nicht wählen sollten. Er verwies auf 1913, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und darauf, dass es das Wesen dieser Verfassung sei, dass wir ein Abstammungsprinzip hätten; interessanterweise. (C)

(Zuruf des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Demokratie heißt also nach Ihrem Verständnis Abstammungsprinzip. Was heißt denn dann direkte Demokratie in diesem Zusammenhang?

(Zuruf von der AfD: Reden Sie mal zum Thema!)

Wer darf diese direkte Demokratie wahrnehmen?

(Franziska Gminder [AfD]: Wie wäre es denn mit Bürgern?)

Darüber hinaus machte er deutlich, dass diejenigen, die hier als Ausländer hinkommen, selbstverständlich Staatsangehörige werden könnten. Voraussetzung wäre aber – Sie können das im Protokoll nachlesen –, dass sie sich assimilierten. Da wird es doch spannend. Wir sprechen hier nämlich,

(Jürgen Braun [AfD]: Bürgerrechte und Menschenrechte sollte man mal auseinanderhalten können! Das kriegen Sie nicht hin!)

wenn Sie Anträge zur direkten Demokratie stellen, leider nicht über die Möglichkeiten, diese Demokratie zu erweitern, über mögliche Vorteile und Nachteile direkter Demokratie, sondern wir sprechen einfach darüber, wie
Sie dieses Instrument instrumentalisieren wollen und die (D)
Bevölkerung dieses Landes – nein, nach Ihren Worten: das Volk dieses Landes, das nach Abstammung definiert ist – letztlich als Stimmvieh für die Abschaffung der Demokratie mit den Mitteln der Demokratie benutzen wollen. Das ist der Kern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So gut und wichtig es ist, dass wir auch künftig über direkte Demokratie sprechen, können wir doch nicht ernsthaft, wenn die AfD-Fraktion einen Antrag zu direkter Demokratie einbringt, über diesen Grundskandal schweigen, der Grundskandal, der darin besteht, dass ein Kollege von mir bei einer Rede von Herrn Curio in Tränen den Saal verlassen hat,

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Ach du lieber Gott! – Lachen des Abg. Jürgen Braun [AfD])

weil er sich als schwarzer Deutscher zutiefst von ihm beleidigt gefühlt hat.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Tatsache, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundestages im Rahmen von Petitionen,

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Hören Sie mit dem Quatsch auf, Herr Lindh!)

(A) von Ihnen lanciert, bedroht und verängstigt wurden, ist eine Missachtung der Demokratie mit Mitteln der Demokratie.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Braun [AfD]: Hören Sie auf, solche Lügen zu verbreiten! Das sind Märchen!)

Es war immer schon ein Zeichen autoritärer Demokratien, dass sie nicht Demokratien sind, sich aber den Anschein derselbigen geben sollen. Genau das ist der Punkt.

(Beifall des Abg. Michael Theurer [FDP])

Die Undemokraten dieser Zeit nennen sich nicht Diktatoren und undemokratisch, nein, sie behaupten, sie seien Demokraten und sind es gerade nicht. Und Sie behaupten, Sie wollten die Rechte des Bürgers stärken, nein, Sie kennen keinen Citoyen. Was Sie kennen, ist nur, die Rechte derer, die Sie nicht als Bürger, nicht als Deutsche, nicht als Volk definieren, zu beschneiden. Das ist nicht mehr Demokratie, das ist Abschaffung von Demokratie.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Genau aus diesem Grund werden wir künftig selbstverständlich im Ausschuss und hier ernsthaft über direkte Demokratie diskutieren.

(B) (Jürgen Braun [AfD]: Sie erzählen doch kommunistischen Quark!)

Aber Sie, die jeden Tag dem Herrn oder wem auch immer danken können, dass Sie dank der Demokratie hier sitzen können und dank der Demokratie und der Redefreiheit hier Rassistisches, Demokratiefeindliches verbreiten können, werden uns nicht belehren, was Demokratie ist. Nein, wir werden in der Demokratie nicht die Abschaffung der Demokratie, die Sie betreiben, befördern. Ohne uns!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP] – Jürgen Braun [AfD]: Ein realsatirischer Hassprediger! Armseliger Schwachsinn, Herr Lindh! – Gegenruf des Abg. Helge Lindh [SPD]: Ein Kompliment! Danke!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FDP der Kollege Gerald Ullrich.

(Beifall bei der FDP)

Gerald Ullrich (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die letzte Rede war ein klein wenig philosophisch. Ich möchte vielleicht ein kleines bisschen praktischer beginnen. Es wurde über 50-mal – zumindest habe ich bei 50 aufgehört, zu zählen – das Wort „Demokratie“ erwähnt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es ist sehr wichtig, dieses Wort zu erwähnen; aber wir müssen auch mal sehen, wie wir mit der ganzen Sache umgehen.

Ich möchte auch das Wort „Demokratie“ erwähnen. Und zwar möchte ich die grundlegende Frage stellen: Funktioniert eigentlich die Demokratie in unserem Land, oder funktioniert sie nicht? Ich persönlich bin der Meinung, sie funktioniert. Historisch betrachtet muss man die Frage eindeutig mit Ja beantworten; denn die Bürgerinnen und Bürger auf dem deutschen Staatsgebiet hatten noch nie so viele Mitwirkungsmöglichkeiten wie derzeit. In den Kommunen, in den Ländern und auch im Bund sind die Mitwirkungsmöglichkeiten so groß wie nie. Man kann es aber auch geografisch betrachten. Unter den über 200 Ländern, die es auf der Erde gibt, gibt es nur sehr wenige, in denen der Einzelne so viele Einflussmöglichkeiten hat wie hier bei uns. Unsere Botschaft ist deshalb: Wir machen bei der Schwarzmalerei nicht mit. Wir finden unser Staatssystem nicht perfekt, aber wir finden es ziemlich gut.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Natürlich sind diese erfreulichen Erkenntnisse kein Grund, sich auszuruhen. Die viel besseren Informationsmöglichkeiten heutzutage tragen die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Probleme viel schneller und viel näher als jemals zuvor an die Menschen heran. Das macht es nötig, neue Formen der Bürgerbeteiligung zu (D) finden.

Was sind hierzu die Vorschläge der FDP? Wir wollen die Beteiligung in den Kommunen und in den Ländern ausbauen. Wir wollen auf Bundesebene die Einführung eines Bürgerplenarverfahrens erreichen. Das heißt, wenn eine Petition an den Deutschen Bundestag innerhalb von zwei Monaten zum Beispiel 100 000 Unterstützer oder mehr erreicht, soll sie als Tagesordnungspunkt im Plenum behandelt werden und in die fachlich zuständigen Ausschüsse überwiesen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Diese übermitteln dann eine Stellungnahme mit einer Begründung an den Petitionsausschuss, wo die Petition weiter behandelt wird.

Wir wollen auch die Kompetenzen des Petitionsausschusses erweitern und die Beteiligungsmöglichkeiten der Petenten stärken. Es sollte nicht sein, dass die von uns an die Regierung weitergeleiteten Petitionen einfach so verpuffen, obwohl wir sie unter Umständen mit einem sehr hohen Votum versehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will nicht verhehlen, dass ich direkter Demokratie auf Bundesebene nicht uneingeschränkt zustimme. Der Brexit hat uns gezeigt, dass eine falsche Fragestellung ein ganzes Land in ein Chaos stürzen kann. Der ursprüngliche Fehler, der uns in die heutige chaotische Situation gebracht hat, ist für mich die simplizistische Darstellung,

Gerald Ullrich

(A) die in der Frage beim Brexit-Referendum 2016 nach einem einfachen Bleiben oder Raus zum Ausdruck kam. Am Ende hat sich herausgestellt, dass die Fragestellung viel zu undifferenziert war, weil sie mit keinem Hinweis auf die Auswirkungen der einen oder der anderen Antwort verbunden war. Darunter haben wir heute stark zu leiden.

(Beifall bei der FDP)

Wäre der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU eine Parlamentsentscheidung gewesen, hätte man sie korrigieren können, und wir würden nicht so vor einem Chaos stehen wie jetzt, einem Chaos – ich denke, da geben Sie mir recht –, das mit Blick auf den Nordirland-Konflikt sogar zu Gewalt führen kann.

Zudem halte ich den Minderheitenschutz für eine wichtige Errungenschaft der Demokratie, und sie liegt mir besonders am Herzen.

(Beifall der Abg. Helge Lindh [SPD] und Friedrich Straetmanns [DIE LINKE])

In parlamentarische Verfahren fließen die Interessen von Minderheiten ein. Bei einem Volksentscheid besteht immerhin die Gefahr, dass sich die Mehrheit über die Minderheit hinwegsetzt und diese dann keine Möglichkeit mehr hat, ihre Interessen einzubringen oder sich in Kompromissen wiederzufinden, oder – noch schlimmer – dass eine gut organisierte Minderheit es schafft, sich gegen eine passive Mehrheit durchzusetzen.

(B) (Beifall des Abg. Manfred Todtenhausen [FDP])

Beides führt zu Unzufriedenheit.

Zum Schluss möchte ich an Sie appellieren, im Rahmen der berechtigten Diskussionen über direkte Demokratie unser politisches System nicht schlechtzureden.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in Deutschland keinen Mangel an Meinungsfreiheit. Im Gegenteil: Es gehört sogar zum guten Ton, die Regierung und die da oben in Berlin zu kritisieren. Wir kennen das, und wir sind es gewohnt. Ich wurde in einem Staat geboren, in dem das nicht so war. Das war auch mit ein Grund dafür, dass die DDR zugrunde gegangen ist. Die da oben wussten nicht mehr, was das Volk bewegt. Das ist bei uns nicht so. Jeder Politiker bekommt die Meinung der Bürger täglich über verschiedene Kanäle aufs Brot geschmiert.

(Karsten Hilse [AfD]: Das Problem ist, dass das die da oben nicht interessiert!)

Das macht unser System nicht labil, sondern stabil. Diskutieren wir also über mehr Demokratie. Lassen Sie uns aber bitte nicht unser demokratisches System schlechtreden; denn es funktioniert recht gut, wie wir hier im Parlament sehen.

Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann: (C)

Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Friedrich Straetmanns für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Friedrich Straetmanns (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir als Fraktion Die Linke haben bereits mehrfach konkrete Vorschläge zur direkten Demokratie vorgelegt. Sie schlagen nun die Einsetzung einer Enquete-Kommission vor, und das, obwohl bereits die Bildung einer Kommission zu mehr Bürgerinnenbeteiligung angelaufen ist. Sonst schieben Sie so gern die Schonung der Geldbeutel von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern vor, wenn es etwa um Ausgaben für Soziales geht; hier wollen Sie völlig ohne Not eine Doppelstruktur schaffen. Aber, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, es wird tatsächlich Zeit, dass diese Kommission endlich ans Arbeiten kommt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie von der AfD wollen mit Ihrem Antrag einfach nur ein populäres Thema anschneiden, ohne sich die Mühe einer detaillierten Ausarbeitung machen zu müssen. Wenn ich mir Ihr Grundsatzprogramm so ansehe, dann können wir darüber eigentlich auch ganz froh sein. Sie zeichnen dort ein Schauerbild, das vorne und hinten nicht zusammenpasst. Den Abgeordneten hier im Haus werfen Sie vor, nur an Macht interessiert zu sein. Gleichzeitig behaupten Sie, der Bundestag würde ständig freiwillig (D) und vor allem grundlos Kompetenzen – in Ihren Worten: Macht – an die EU abtreten. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Und zu guter Letzt unterstellen Sie in Ihrer üblichen vulgären Litanei, dass wir hier die Interessen der Bevölkerung missachten würden.

Wissen Sie, es gab schon einmal die Ansicht, es gäbe ein organisches, homogenes Interesse eines deutschen Volkes.

(Zurufe von der AfD)

Wo das hingeführt hat, wissen wir alle.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Grundgesetz geht davon aus, dass in einem Willensbildungsprozess wettstreitende Meinungen diskutiert werden und sich so eine tragfähige Lösung entwickelt. Von einem unveränderlichen Volkswillen, der einfach nur festgestellt und implementiert werden muss, ist im Grundgesetz nicht die Rede, und den gibt es auch nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Nina Scheer [SPD])

Ganz klar: Wir wollen eine deutliche Ausweitung direktdemokratischer Instrumente. Eine Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am demokratischen Willensbildungsprozess, die über Wahlen hinausgeht, steht da-

Friedrich Straetmanns

(A) bei für uns im Mittelpunkt. Wir wollen das, weil uns ein demokratisches und solidarisches Miteinander sehr am Herzen liegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Ergebnis werden nicht immer alle toll finden, es ist aber transparent und nachvollziehbar.

Sie wollen das genaue Gegenteil. Sie wollen ein weiteres Instrument, um das Parlament und seine Arbeit zu torpedieren. Auf diesem Weg werden wir Ihnen nicht folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen Instrumente der direkten Demokratie als Ergänzung zu unseren existierenden Institutionen, nicht als deren Gegenspieler. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Verfassungsmäßigkeit der Initiativen frühzeitig geprüft werden kann und dass – wie angesprochen – der Schutz von Minderheitenrechten stets gewährleistet ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu guter Letzt möchte ich auf einen Punkt eingehen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Besonders in der Phase der politischen Sozialisation werden die Einstellungen und das Verhalten der folgenden Lebensphasen vorgeprägt, und die beginnt nicht erst mit 18 Jahren. Wenn sich in diesem Alter ein Gefühl der Unwirksamkeit verfestigt, dann ist der Weg in die politische Apathie vorgezeichnet. Wir müssen den jungen Menschen endlich die Mitspracherechte geben, die ihnen zustehen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Warum Sie das nicht wollen, liegt auf der Hand: Die jungen Leute sind nicht so, wie Sie sie gerne hätten, wie man an den abwertenden Äußerungen aus Ihren Reihen zu den Fridays-for-Future-Protesten immer wieder vernehmen kann.

(Beifall des Abg. Ralph Lenkert [DIE LINKE])

Die falsche Gesinnung zu haben, ist aber ein schlechtes Argument dafür, jemanden von politischer Teilhabe auszuschließen. Genauso schlecht ist allerdings das von Ihnen stets vorgeschobene Argument, mit 16 sei man noch nicht so weit. Die durchschnittliche 16-Jährige ist wesentlich reifer als so mancher Abgeordneter in Ihren Reihen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Den Beweis dafür erbringen Sie mit Ihrem Gejohle und Gefeixe in jeder Sitzung in diesem Hause.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Als Nächstes spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Canan Bayram.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Canan Bayram (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Diskussion über den Antrag der AfD, in dem es eigentlich um die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“ geht, sehr viele Themen behandelt, sodass man sich schlussendlich fragt: Was will die AfD mit dem vorliegenden Antrag eigentlich erreichen? Der Redner hat hier vorgetragen, dass er das Instrument der Enquete-Kommission spannend fand, das wolle die Koalition sowieso. Darauf hat er sich konzentriert. Weder in seiner Rede zur Einbringung noch heute hat er dargestellt, dass er das Instrument der Enquete-Kommission wirklich will. Wer Mitglied sein soll und wie die Kommission arbeiten soll, das wissen wir immer noch nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Nina Scheer [SPD] und Friedrich Straetmanns [DIE LINKE])

Dann hat der Kollege von der SPD die Vermutung geäußert, dass es der AfD überhaupt nicht um die Enquete-Kommission geht. Vielmehr sei die AfD auf der Suche nach einem Weg, die Demokratie zu benutzen, um sie eigentlich zu bekämpfen, auf die Idee mit der Enquete-Kommission gekommen. Irgendwie leuchtet das ein, aber dennoch müssen wir uns mit dem vorliegenden Antrag beschäftigen.

Ich will herausstellen, dass das Wesen der Enquete-Kommission ein Weg sein kann, aber von der AfD dazu wahrscheinlich kein Beitrag kommen wird. Der AfD-Redner hat deutlich gemacht, ihm gehe es darum, sich gegen die Europäische Union und gegen internationale Vereinbarungen abzusichern, indem das Volk vorher immer befragt werden muss, ob es sie überhaupt will. Es ist so absurd, das auch noch mit der Wahl bzw. mit der, wie ich finde, erfreulichen Nichtwahl der von Ihnen vorgeschlagenen Kandidatin zur Vizepräsidentin in diesem Haus zu verbinden. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie sich hierhinstellen und so tun, als würden wir nicht verstehen, was Sie wollen, wenn Sie hier reden, wie Sie reden, dann frage ich mich: Ja, was denken Sie eigentlich? Ich sitze im Unterausschuss Europarecht und höre mir ständig an, was Ihr Kollege zu Europa sagt. Es ist doch klar, dass Sie gegen Europa sind.

(Jürgen Braun [AfD]: Wir sind überhaupt nicht gegen Europa! Dummes Zeug!)

Es ist doch klar, dass Sie die Bundesrepublik in der jetzigen Form faktisch so bekämpfen wollen, dass eine europäische Entwicklung nicht erfolgen kann. Ich sage Ihnen für meine Fraktion ganz klar: Wir sind dagegen. Wir bekämpfen nicht nur jeden, der unsere Demokratie bekämpft, wir bekämpfen auch jeden, der Europa bekämpft. Deswegen bekämpfen wir Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Schlussendlich muss man sagen: Direkte Demokratie ist eine Supersache. Wir sind auch dafür und haben schon

Canan Bayram

(A) mehrere Anträge dazu eingebracht. Wir sind für eine direkte Demokratie zusätzlich zur repräsentativen Demokratie, und wir sind für den Schutz von Minderheiten innerhalb dieses Systems.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber der AfD geht es weder um Demokratie

(Karsten Hilse [AfD]: Woher wissen Sie das denn?)

noch um direkte Demokratie noch um Menschen, die Deutsche sind und sozusagen in ihrer Ganzheit die Buntheit der Deutschen repräsentieren. Ihnen geht es nur um sich selbst, und deswegen kann Sie hier keiner leiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Braun [AfD]: Nichts weiter als links-grüne Arroganz!)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner für die Fraktion der CDU/CSU ist der Kollege Christoph Bernstiel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christoph Bernstiel (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir reden zu recht fortgeschrittener Stunde über das Thema „direkte Demokratie“ und über Möglichkeiten, wie wir unsere Bürger besser an politischen (B) Entscheidungsprozessen teilhaben lassen können. Das ist grundsätzlich positiv. Doch wenn wir über dieses Thema reden, dann müssen wir eine zentrale Frage ganz am Anfang klären, und zwar: Gibt es überhaupt einen Mehrwert von Volksentscheiden auf Bundesebene? Der vorliegende Antrag der AfD soll suggerieren, dass dem so wäre. Deutschland hätte demnach ein Defizit an Abstimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Wahlbeteiligung sinkt dadurch, und die Politikverdrossenheit steigt. Dieser Logik kann ich leider nicht ganz folgen; denn wir haben bereits, wie schon erwähnt, zahlreiche Instrumente, die es ermöglichen, sich außerhalb eines Parlaments oder einer Kommunalvertretung in die politischen Prozesse einzubringen. Als Beispiel nenne ich Volksentscheide, Bürgerbegehren, Einwohnerfragestunden, Bürgerinitiativen, das Petitionsrecht oder auch das Einspruchsrecht bei Bebauungsplanverfahren; das sage ich in Richtung der Grünen.

Die soeben genannten Instrumente sind weiß Gott nicht nur graue Theorie, ganz im Gegenteil: Sie erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Prominente Beispiele sind die Abstimmung über die Bebauung des Tempelhofer Flughafens hier in Berlin oder das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern. In meinem Wahlkreis gab es zur Bundestagswahl 2017 einen Bürgerentscheid über die Erhaltung eines Hochhauses. Man könnte demzufolge stumpf schlussfolgern: Volksentscheide auf Bundesebene sind eine gute Idee. Aber ganz so einfach ist es dann doch nicht; denn kaum eine Entscheidung hier im Deutschen Bundestag ist so einfach, dass sie sich auf eine Ja/Nein-Entscheidung reduzieren ließe. In der Regel geht (C) es doch eher um komplexe Themen mit weitreichenden Auswirkungen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hinzu kommt die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit den Interessen von Minderheiten um? Stellen Sie sich vor: Was würde eigentlich passieren, wenn alle alten Menschen gegen alle junge Menschen in diesem Land abstimmen würden? Was würde passieren, wenn sich alle westdeutschen Länder zusammenschließen und gegen alle ostdeutschen Länder abstimmen würden?

(Karsten Hilse [AfD]: Ja, was denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in der wir leben, geht es nicht darum, das Recht der Stärkeren durchzusetzen, sondern es gilt der Grundsatz des Interessenausgleichs. Wer den Eindruck erweckt, dass man über komplexe Fragen abstimmen kann, ohne über die Konsequenzen nachdenken zu müssen, der hat das Wesen unserer Demokratie nicht verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Apropos Wesen unserer Demokratie. Wenn man Ihren Antrag liest, dann stellt man sich die Frage: Welches Ziel verfolgen Sie eigentlich? Geht es Ihnen tatsächlich um mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, oder wollen Sie vielleicht nur ein neues Werkzeug in Ihrem populistischen Werkzeugkoffer haben, um Ihre bevorstehende Dexit-Kampagne vorzubereiten? (D)

(Karsten Hilse [AfD]: Wir machen das nur zum Spaß! – Jürgen Braun [AfD]: Seit sechs Jahren machen wir das!)

Schon der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss warnte davor – und ich zitiere –, dass die direkte Demokratie „eine Prämie für jeden Demagogen“ ist. Leider zeigt die aktuelle Brexit-Debatte, wie viele meiner Vorredner bereits erwähnt haben, dass diese Warnung nach wie vor mehr als begründet ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir von der Unionsfraktion stehen für direkte Demokratie auf kommunaler Ebene und auf Landesebene. Wir befürworten die repräsentative Demokratie. Die hier vielfach erwähnte Expertenkommission wird dafür sorgen, das Format mit weiteren Beteiligungsmöglichkeiten zu ergänzen. Anträge hingegen, die das Ziel verfolgen, unsere Bevölkerung zu spalten oder sie aufzuhetzen, lehnen wir kategorisch ab. Deshalb werden wir konsequent gegen Ihren Antrag stimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Schluss noch eine gute Nachricht: Meine verbleibende Redezeit stifte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung.

Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Das sind genau 25 Sekunden, die aber trotzdem dankend entgegengenommen werden. Beim nächsten Mal sollten Sie großzügiger sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Dr. Volker Ullrich für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So, Herr Ullrich kriegt jetzt die 25 Sekunden! Das war Großmut!)

Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stimmen heute formal darüber ab, ob wir auf Antrag der Fraktion der AfD eine sogenannte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages einsetzen sollen oder nicht. Ein Blick in § 56 der Geschäftsordnung des Bundestages zeigt, dass Enquete-Kommissionen bei umfangreichen und bedeutsamen Sachkomplexen eingesetzt werden können. So weit, so gut.

In Ihrem vorliegenden Antrag fordern Sie von der AfD, dass die Enquete-Kommission zwar unverzüglich eingesetzt werden soll, aber bereits bis zur parlamentarischen Sommerpause 2019, also innerhalb von zwei Monaten, Ergebnisse vorlegen soll. Wie passt denn „umfangreich, bedeutsam und komplex“ mit zwei Monaten zusammen? Entweder Sie nehmen die Einrichtung einer (B) Enquete-Kommission nicht ernst, oder Sie interessieren sich nicht für dieses Thema. Beides belegt mangelnden Respekt vor diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Ich bitte Sie, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass das System der direkten Demokratie in unserem föderalen Staatsaufbau natürlich unterschiedlich gehandhabt wird. Wir haben zu Recht direktdemokratische Elemente auf kommunaler Ebene und auch auf Ebene der Länder. Auf Bundesebene ist zu Recht mit guten Gründen darauf verzichtet worden. Ein Argument, das uns gerade vor dem Hintergrund des föderalen Staatsaufbaus wichtig ist, ist hier noch nicht gefallen. Das Grundgesetz garantiert die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes, und zwar durch die Vertreter der Länderregierungen im Bundesrat, als Bundesstaatsprinzip in Artikel 79 mit der Ewigkeitsgarantie versehen. Wir müssen also fragen: Wie können wir auf der einen Seite die Mitwirkungsrechte der Länder sichern und gleichzeitig auf der anderen Seite mit direkter Demokratie genau diese Mitwirkungsrechte gegebenenfalls gefährden? Ich glaube, dass der föderale Staatsaufbau ein wichtiger Grund ist, über den wir sprechen sollten.

Außerdem haben Sie das große Problem, dass ein Plebiszit letzten Endes immer in einer Ja-oder-Nein-Entscheidung endet. Das Argument darf nicht allein sein, dass es sich um komplexe Sachverhalte handelt. Ja, wir trauen unseren Bürgern zu, dass sie auch komplexe (C) Sachverhalte verstehen; gar keine Frage. Aber das große Problem besteht darin, dass ein Volksentscheid in einer Ja-oder-Nein-Entscheidung mündet und ein Kompromiss letzten Endes nicht möglich ist. Und wenn ein Kompromiss nicht möglich ist, befinden Sie sich in der Sackgasse. Wie das aussieht, können Sie jeden Tag in Großbritannien beobachten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Kompromiss ist nicht die Schwäche der Demokratie, sondern ihre Stärke. Der Kompromiss ist deswegen die Stärke, weil er die unterschiedlichen Meinungen zusammenbringt, weil er auf der einen Seite Minderheitenschutz garantiert und auf der anderen Seite unterschiedliche Interessen bündelt. Das bekommen Sie oftmals nicht in eine Ja-oder-Nein-Frage gepresst. Wer das tun möchte, für den ist eine Volksabstimmung auf Bundesebene nichts anderes als ein Vehikel zu einer populistischen Politik, die die Menschen und dieses Land spaltet. Das mag Ihre Politik sein. Unsere Politik ist aber, die Menschen in diesem Land zusammenzuführen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Dr. Frauke Petry, fraktionslos, hat ihre **Rede zu Protokoll** gegeben.[1)]

(D) Wir sind damit am Ende der Debatte. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat zu dem Antrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Einsetzung einer Enquete-Kommission ‚Direkte Demokratie auf Bundesebene‘“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/5946, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/1699 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Dagegen stimmt die AfD. Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit großer Mehrheit angenommen und der Antrag der AfD abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 15 a, 15 b und 15 d auf:

15. a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung**

Drucksache 19/8753

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Axel Gehrke, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

---

1) Anlage 5

Vizepräsident Thomas Oppermann

(A) **Alle Arzneimittel auf die krebserregende Verunreinigung von N-Nitrosodimethylamin untersuchen**

Drucksache 19/8988

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Gabelmann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Streichung der Importförderklausel für Arzneimittel

Drucksache 19/8962

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Kein Widerspruch. Deshalb ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat als Erster der Kollege Michael Hennrich für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Hennrich (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in erster Lesung den Gesetzentwurf für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung. (B) Im Gegensatz zu vielen Projekten, die Gesundheitsminister Jens Spahn schon auf den Weg gebracht hat, verlaufen die Debatten um diesen Gesetzentwurf relativ ruhig und in geordneten Bahnen.

Das hat auch seinen Grund. Wir haben im Bereich der Arzneimittelpolitik und Arzneimittelversorgung eine vernünftige Balance unterschiedlicher Interessen hergestellt. Wir haben es geschafft, dass Patienten schnellstmöglichen Zugang zu Innovationen haben. Wir stellen sicher, dass höhere Preise für Arzneimittel nur gezahlt werden, wenn sie mit einem echten Mehrwert für die Patienten einhergehen, und die Unternehmen haben Planungssicherheit über Jahre hinaus. Gemeinsam mit dem System der Rabattverträge und den Festbeträgen ist das ein solides Fundament. Dennoch haben uns gewisse Vorgänge im Sommer letzten Jahres aufgeschreckt, die deutlich gemacht haben, dass wir am Ball bleiben müssen. Es ging um unsaubere Herstellungsprozesse – der Fall Valsartan –, es ging um Fälschungen, die über Importe nach Deutschland kamen – der Fall Lunapharm –, und es ging schlicht und ergreifend um kriminelle Handlungen, um Machenschaften eines einzelnen Apothekers in Bottrop.

Nun ist es nicht so, dass der gesetzliche Rahmen nicht funktioniert bzw. wir keinen klugen Rahmen haben. Wir haben in den letzten Jahren auch im Bereich der Arzneimittelsicherheit vieles auf den Weg gebracht. Auf der europäischen Ebene haben wir das Pharmakovigilanz-System geschaffen, das es ja erst ermöglicht hat, relativ schnell auf diese Fälle zu reagieren. Vor zwei Jahren haben wir sichergestellt, dass die Rückverfolgbarkeit bis hin zu einzelnen Chargen gewährleistet ist. (C) Außerdem haben wir in den letzten Wochen securPharm auf den Weg gebracht, das noch einmal ein zusätzliches Maß an Sicherheit bringt. Trotzdem spüren wir, dass das nicht ausreicht. Deswegen erweitern wir mit diesem Gesetzentwurf die Handlungsmöglichkeiten der Behörden noch einmal. Wir stärken die Koordinierung zwischen Bund und Ländern. Wir geben den Krankenkassen die Möglichkeit, bei Qualitätsmängeln gegen die Hersteller vorzugehen. Wir schützen auch die Patienten, und zwar sowohl vor ungerechtfertigter finanzieller Inanspruchnahme als auch davor, dass sie mit solchen Arzneimitteln versorgt werden. Da bedarf es einer schnellen Reaktion der Krankenkassen. Wie gesagt, glaube ich, dass wir hier einen vernünftigen Rahmen gesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im laufenden Gesetzgebungsverfahren werden wir zwei Themen noch einmal aufgreifen müssen. Zum einen handelt es sich dabei um das Thema „Lieferengpässe, Liefersicherheit“. Zum anderen müssen wir uns mit der Frage der Transparenz auseinandersetzen: Wie können wir auch in Bezug auf die Herstellungsprozesse den Patienten noch besser schützen und ihn in die Lage versetzen, nachzuverfolgen, woher das einzelne Medikament kommt?

Zum Schluss will ich noch ein Thema ansprechen, das viele bewegt, die Hämophilieversorgung,

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Das stimmt!) (D)

bei der wir den Vertriebsweg verändern, weshalb es viel Verunsicherung gibt. Ich glaube, dass wir im Gesetzentwurf eine gute Lösung gefunden haben. Trotzdem möchte ich deutlich machen, dass wir uns in den nächsten Wochen intensiv mit den Argumenten auseinandersetzen werden, die uns von betroffenen Patienten entgegengebracht werden. Es ist ein heikles Thema. Hier geht es um schwerst erkrankte Menschen. Ihnen wollen wir garantieren, dass wir eine gute Versorgung sicherstellen. Ich glaube, dass der Rahmen funktioniert. Wir sind aber für Gespräche offen und werden dieses Thema auch sehr ausführlich und intensiv beraten.

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Sehr schön!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich mitteilen, dass Bundesminister Jens Spahn sowie die Abgeordneten Martina Stamm-Fibich, Christine Aschenberg-Dugnus, Kordula Schulz-Asche und Bärbel Bas ihre **Reden zu Protokoll** gegeben haben.[1]

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1) Anlage 6

Vizepräsident Thomas Oppermann

(A) Nächster Redner ist der Kollege Detlev Spangenberg für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Detlev Spangenberg (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD beantragt, alle Arzneimittel auf die krebserregende Verunreinigung mit N-Nitrosodimethylamin, kurz NDMA, zu untersuchen. Mit der Meldung des Arzneimittelherstellers Zhejiang Huahai Pharmaceutical über die Verunreinigung in einem Sartane-Wirkstoff haben wir es mit einem vielleicht noch nicht abschätzbaren Problem zu tun, nämlich der Verunreinigung von blutdrucksenkenden Mitteln durch Nitrosamine, welche in Verdacht stehen, kanzerogen zu wirken, also krebserregend zu sein. Außerdem sollen diese DNA-Mutationen hervorrufen können. Das ist das Problem, das hier im Raume steht.

Zutage kam diese Verunreinigung durch eigene, von der Herstellerfirma durchgeführte Untersuchungen. In der Risikobewertung wird auf die Stellungnahme des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte, BfArM, vom 1. Februar 2019 ausdrücklich hingewiesen, worin festgestellt wird – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

> Im Risikobewertungsverfahren wurde eine konservative Einschätzung zum möglichen Krebsrisiko zugrunde gelegt und kam zu folgendem Schluss: Wenn
> (B) 100 000 Patienten NDMA verunreinigtes Valsartan von Zhejiang Huahai (Herstellungsstätte, bei der die höchsten Mengen an Verunreinigungen gefunden wurden) jeden Tag für 6 Jahre in der höchsten Dosis eingenommen hätten, könnte dies 22 zusätzliche Krebsfälle über die Lebenszeit dieser 100 000 Patienten bewirken.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf welcher Grundlage behaupten Sie das?)

Meine Damen und Herren, diese neuerdings aufgetretene Verunreinigung kam angeblich durch geänderte Herstellungsverfahren bei dem chinesischen Produzenten zustande. Wenn nun gefordert wird, dass die Hersteller strengere Kontrollen durchführen, um Verunreinigungen zu erkennen bzw. zu vermeiden, dann ist natürlich nicht nachvollziehbar, dass den Herstellern eine Übergangsfrist von zwei Jahren eingeräumt wird, um die Auflagen zu erfüllen. Das ist auch insofern unverständlich, da es Medikamente gibt, bei denen diese krebserregenden Stoffe nicht nachgewiesen wurden. Ich beziehe mich auf die Liste der Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker. In der letzten Ausgabe der „Apothekerzeitung“ stand, dass schon die kleinste Menge dieses Stoffes schädlich sein kann.

Dieser Fall bedeutet, dass grundsätzlich nicht auszuschließen ist, dass auch in anderen Arzneimitteln derartige gefährliche Stoffe vorhanden sind. Daraus folgt, dass es unbedingt notwendig ist, unmittelbar alle Arzneimittel, die sich als Rückstellmuster bei den Herstellern (C) befinden, in diese Richtung noch einmal zu überprüfen.

(Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie stellen Sie sich das eigentlich praktisch vor, dass man alle Medikamente untersucht?)

Der Fall Lunapharm wurde schon angesprochen. Er hat gezeigt, dass die Patientensicherheit in Deutschland keinesfalls gesichert ist. Dem Unternehmen Lunapharm wird vorgeworfen, in Griechenland gestohlene Arzneimittel in Deutschland weitervertrieben zu haben.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung – beinhaltet natürlich sinnvolle Vorstöße, keine Frage. Vor allem die Entschädigung von Patienten bzw. Krankenkassen im Falle von zurückgerufenen Arzneimitteln und dass die Rückrufkompetenz in die Verantwortung des Bundes gelegt werden soll, ist ausdrücklich zu begrüßen. Allerdings fehlt in der jetzigen Fassung im Gegensatz zur allerersten Version des Gesetzentwurfs, die nur für auffallend kurze Zeit im Netz veröffentlicht wurde, die Streichung der Importquote für Arzneimittel. Die Linken haben ja einen ähnlichen Antrag eingebracht, in dem das im letzten Satz noch einmal betont wird.

Die Streichung der Importquote für Arzneimittel ist inzwischen allerdings dringend geboten. Wir als AfD-Fraktion haben dieses Problem bereits in Drucksache 19/6419 vom Dezember 2018 angesprochen. Die Importquote schafft mehr Nachteile, als sie Nutzen in Form (D) einer Kosteneinsparung mit sich bringt; auch das wurde festgestellt. Außerdem bedeutet sie eine gesetzlich auferlegte Benachteiligung von deutschen Pharmazeutikaherstellern. Dazu werden internationale kriminelle Machenschaften bezüglich Medikamentenbeschaffung und -handel gefördert. Man denke, wie gesagt, an Lunapharm. Ganz wichtig ist, meine Damen und Herren: Die Importquote führt uns in einem ganz sensiblen Bereich, der Medikamentenversorgung, gesetzlich verordnet und somit systematisch in die Abhängigkeit von Billigproduzenten aus dem Ausland. Damit wird ein Teilboykott gegen die eigene Industrie ausgeübt. Das kann nicht sinnvoll und auch nicht richtig sein.

Außerdem sollen sich aus dem 2011 eingeführten AMNOG-Verfahren Preisreduzierungen ergeben, womit die Billigimporte sowieso an Bedeutung verlieren. Diese Problematik hat dankenswerterweise auch der Bundesrat erkannt. In der Stellungnahme auf Drucksache 53/1/19 zum vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung stellt der Bundesrat diese Importquote ausdrücklich infrage.

Die AfD vertritt den Standpunkt, dass die Sicherheit der Versorgung grundsätzlich zu gewährleisten ist, indem wir unabhängig von Herstellern aus dem Ausland sind und uns selbst versorgen können. Wir fordern die Abschaffung der Importquote. Wir fordern mit unserem Antrag eine gesetzliche Regelung, die sicherstellt, dass pharmazeutische Unternehmen ihre Rückstellmuster auf Verunreinigungen mit Nitrosaminen untersuchen müssen

(A) und die Untersuchungsergebnisse den zuständigen Überwachungsbehörden vorzulegen haben.

Recht vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Da inzwischen auch die Kollegen Sylvia Gabelmann und Emmi Zeulner ihre **Reden zu Protokoll** gegeben haben,[1)] war Herr Spangenberg der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich schließe also die Aussprache. (C)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/8753, 19/8988 und 19/8962 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(Der gesamte und damit endgültige Stenografische Bericht der 92. Sitzung wird am 9. April 2019 veröffentlicht)

1) Anlage 6

(B) (D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

Anlage 1

Entschuldigte Abgeordnete

Abgeordnete(r)	
Baerbock, Annalena	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Binding (Heidelberg), Lothar	SPD
Brackmann, Norbert	CDU/CSU
Brehm, Sebastian	CDU/CSU
Buchholz, Christine	DIE LINKE
Bülow, Marco	fraktionslos
Damerow, Astrid	CDU/CSU
Hartmann, Verena	AfD
Held, Marcus	SPD
Heßenkemper, Dr. Heiko	AfD
Kühn (Dresden), Stephan	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Lambsdorff, Alexander Graf	FDP
Lechte, Ulrich	FDP
Lischka, Burkhard	SPD
Maas, Heiko	SPD
Magwas, Yvonne*	CDU/CSU
Meiser, Pascal	DIE LINKE
Möller, Siemtje	SPD
Müntefering, Michelle	SPD
Neu, Dr. Alexander S.	DIE LINKE
Neumann, Christoph	AfD
Oehme, Ulrich	AfD
Poschmann, Sabine	SPD
Pronold, Florian	SPD
Remmers, Ingrid	DIE LINKE
Rief, Josef	CDU/CSU
Roth (Heringen), Michael	SPD
Scheuer, Andreas	CDU/CSU
Schulz, Jimmy	FDP
Steier, Andreas	CDU/CSU
Walter-Rosenheimer, Beate	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Weiler, Albert H.	CDU/CSU

(B) (D)

*aufgrund gesetzlichen Mutterschutzes

Anlage 2

Ergebnis und Namensverzeichnis

der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl einer Stellvertreterin des Präsidenten (3. Wahlgang) teilgenommen haben

(Tagesordnungspunkt 7)

Abgegebene Stimmkarten: 665

Ergebnis

Abgeordnete/r	Ja-Stimmen*	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Mariana Iris Harder-Kühnel	199	423	43	0

*Für die Wahl sind mehr Ja- als Nein-Stimmen erforderlich, Enthaltungen werden nicht berücksichtigt.

(A) (C)

Namensverzeichnis

CDU/CSU

Dr. Michael von Abercron
Stephan Albani
Norbert Maria Altenkamp
Peter Altmaier
Philipp Amthor
Artur Auernhammer
Peter Aumer
Dorothee Bär
Norbert Barthle
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Melanie Bernstein
Christoph Bernstiel
Peter Beyer
Marc Biadacz
Steffen Bilger
Peter Bleser
Michael Brand (Fulda)
Dr. Reinhard Brandl
Silvia Breher
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
(B) Dr. Carsten Brodesser
Gitta Connemann
Alexander Dobrindt
Michael Donth
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Thomas Erndl
Hermann Färber
Uwe Feiler
Enak Ferlemann
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Thorsten Frei
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Eckhard Gnodtke
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Jürgen Hardt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Thomas Heilmann
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Marc Henrichmann
Ansgar Heveling
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Alexander Hoffmann
Karl Holmeier
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Erich Irlstorfer
Hans-Jürgen Irmer
Thomas Jarzombek
Andreas Jung
Ingmar Jung
Alois Karl
Anja Karliczek
Torbjörn Kartes
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Ronja Kemmer
Roderich Kiesewetter
Michael Kießling
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Alexander Krauß
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Michael Kuffer
Dr. Roy Kühne
Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Silke Launert
Jens Lehmann
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Andreas Lenz
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Nikolas Löbel
Bernhard Loos
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Gisela Manderla
Dr. Astrid Mannes
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Jan Metzler
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Axel Müller
Sepp Müller
Carsten Müller (Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Andreas Nick
Petra Nicolaisen
Michaela Noll
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Josef Oster
Henning Otte
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Joachim Pfeiffer
Stephan Pilsinger
Dr. Christoph Ploß
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Dr. Norbert Röttgen
Stefan Rouenhoff
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Stefan Sauer
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Jana Schimke
Tankred Schipanski
Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Claudia Schmidtke
Patrick Schnieder
Nadine Schön
Felix Schreiner
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Torsten Schweiger
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Björn Simon (D)
Tino Sorge
Jens Spahn
Katrin Staffler
Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Frhr. von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Dr. Peter Tauber
Dr. Hermann-Josef Tebroke
Hans-Jürgen Thies
Alexander Throm
Dr. Dietlind Tiemann
Antje Tillmann
Markus Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Kerstin Vieregge
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Kees de Vries

(A)

Christoph de Vries
Dr. Johann David Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Marian Wendt
Kai Whittaker
Annette Widmann-Mauz
Bettina Margarethe Wiesmann
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Emmi Zeulner
Paul Ziemiak
Dr. Matthias Zimmer

SPD

Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Nezahat Baradari
Dr. Katarina Barley
Doris Barnett
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Leni Breymaier
Dr. Karl-Heinz Brunner
Katrin Budde
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Esther Dilcher
Sabine Dittmar
Dr. Wiebke Esdar
Saskia Esken
Yasmin Fahimi
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster

(B)

Angelika Glöckner
Timon Gremmels
Kerstin Griese
Michael Groß
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Elisabeth Kaiser
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Elvan Korkmaz
Anette Kramme
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Helge Lindh
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Christoph Matschie
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Susanne Mittag
Falko Mohrs
Claudia Moll
Bettina Müller
Detlef Müller (Chemnitz)
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann
Josephine Ortleb
Mahmut Özdemir (Duisburg)

Aydan Özoğuz
Christian Petry
Detlev Pilger
Florian Post
Achim Post (Minden)
Dr. Sascha Raabe
Martin Rabanus
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Susann Rüthrich
Bernd Rützel
Sarah Ryglewski
Johann Saathoff
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Nils Schmid
Ulla Schmidt (Aachen)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Uwe Schmidt
Carsten Schneider (Erfurt)
Johannes Schraps
Michael Schrodi
Dr. Manja Schüle
Ursula Schulte
Martin Schulz
Swen Schulz (Spandau)
Frank Schwabe
Stefan Schwartze
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Amalie Steffen
Mathias Stein
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Markus Töns
Carsten Träger
Ute Vogt
Marja-Liisa Völlers
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Gülistan Yüksel
Dagmar Ziegler
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann

(C)

AfD

Dr. Bernd Baumann
Marc Bernhard
Andreas Bleck
Peter Boehringer
Stephan Brandner
Jürgen Braun
Marcus Bühl
Matthias Büttner
Petr Bystron
Tino Chrupalla
Joana Cotar
Dr. Gottfried Curio
Siegbert Droese
Thomas Ehrhorn
Berengar Elsner von Gronow
Dr. Michael Espendiller
Peter Felser
Dietmar Friedhoff
Dr. Anton Friesen
Markus Frohnmaier
Dr. Götz Frömming
Dr. Alexander Gauland
Dr. Axel Gehrke
Albrecht Glaser
Franziska Gminder
Wilhelm von Gottberg
Kay Gottschalk
Armin-Paulus Hampel
Mariana Iris Harder-Kühnel
Dr. Roland Hartwig
Jochen Haug
Martin Hebner
Udo Theodor Hemmelgarn
Waldemar Herdt
Lars Herrmann
Martin Hess
Karsten Hilse
Nicole Höchst
Martin Hohmann
Dr. Bruno Hollnagel
Leif-Erik Holm
Johannes Huber
Fabian Jacobi
Dr. Marc Jongen
Jens Kestner
Stefan Keuter
Norbert Kleinwächter
Enrico Komning
Jörn König
Steffen Kotré
Dr. Rainer Kraft
Rüdiger Lucassen
Frank Magnitz
Jens Maier

(D)

(A)

Dr. Lothar Maier
Dr. Birgit Malsack-Winkemann
Corinna Miazga
Andreas Mrosek
Hansjörg Müller
Volker Münz
Sebastian Münzenmaier
Jan Ralf Nolte
Gerold Otten
Frank Pasemann
Tobias Matthias Peterka
Paul Viktor Podolay
Jürgen Pohl
Stephan Protschka
Martin Reichardt
Martin Erwin Renner
Roman Johannes Reusch
Ulrike Schielke-Ziesing
Dr. Robby Schlund
Jörg Schneider
Uwe Schulz
Thomas Seitz
Martin Sichert
Detlev Spangenberg
Dr. Dirk Spaniel
René Springer
Beatrix von Storch
Dr. Alice Weidel
Dr. Harald Weyel
Wolfgang Wiehle
Dr. Heiko Wildberg
Dr. Christian Wirth
Uwe Witt

(B)

FDP

Grigorios Aggelidis
Renata Alt
Christine Aschenberg-Dugnus
Nicole Bauer
Jens Beeck
Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)
Mario Brandenburg (Südpfalz)
Dr. Marco Buschmann
Karlheinz Busen
Carl-Julius Cronenberg
Britta Katharina Dassler
Bijan Djir-Sarai
Christian Dürr
Hartmut Ebbing
Dr. Marcus Faber
Daniel Föst
Otto Fricke
Thomas Hacker
Katrin Helling-Plahr
Markus Herbrand
Torsten Herbst
Katja Hessel
Dr. Gero Clemens Hocker
Manuel Höferlin
Dr. Christoph Hoffmann
Reinhard Houben
Ulla Ihnen
Olaf In der Beek
Gyde Jensen
Dr. Christian Jung
Thomas L. Kemmerich
Karsten Klein
Dr. Marcel Klinge
Daniela Kluckert
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Carina Konrad
Wolfgang Kubicki
Konstantin Kuhle
Alexander Kulitz
Ulrich Lechte
Christian Lindner
Michael Georg Link (Heilbronn)
Oliver Luksic
Till Mansmann
Dr. Jürgen Martens
Christoph Meyer
Alexander Müller
Roman Müller-Böhm
Frank Müller-Rosentritt
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Hagen Reinhold
Bernd Reuther
Dr. Stefan Ruppert
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Christian Sauter
Frank Schäffler
Dr. Wieland Schinnenburg
Matthias Seestern-Pauly
Frank Sitta
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Bettina Stark-Watzinger
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Benjamin Strasser
Katja Suding
Linda Teuteberg
Michael Theurer
Stephan Thomae
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Dr. Andrew Ullmann
Gerald Ullrich
Johannes Vogel (Olpe)
Sandra Weeser
Nicole Westig
Katharina Willkomm

DIE LINKE

Doris Achelwilm
Gökay Akbulut
Simone Barrientos
Dr. Dietmar Bartsch
Lorenz Gösta Beutin
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Michel Brandt
Birke Bull-Bischoff
Jörg Cezanne
Sevim Dağdelen
Fabio De Masi
Dr. Diether Dehm
Klaus Ernst
Susanne Ferschl
Brigitte Freihold
Sylvia Gabelmann
Nicole Gohlke
Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Heike Hänsel
Matthias Höhn
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Kerstin Kassner
Dr. Achim Kessler
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Pascal Meiser
Amira Mohamed Ali
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Norbert Müller (Potsdam)
Zaklin Nastic
Thomas Nord
Petra Pau
Sören Pellmann
Victor Perli
Tobias Pflüger
Martina Renner
Bernd Riexinger
Eva-Maria Schreiber
Dr. Petra Sitte
Helin Evrim Sommer
Kersten Steinke
Friedrich Straetmanns
Dr. Kirsten Tackmann
Jessica Tatti
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Andreas Wagner
Harald Weinberg
Katrin Werner
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann (Zwickau)

(C)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Lisa Badum
Margarete Bause
Dr. Danyal Bayaz
Canan Bayram
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Dr. Anna Christmann
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Matthias Gastel
Kai Gehring
Stefan Gelbhaar
Katrin Göring-Eckardt
Erhard Grundl
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Bettina Hoffmann
Dr. Anton Hofreiter
Ottmar von Holtz
Dieter Janecek
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Christian Kühn (Tübingen)

(D)

(A) Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Dr. Irene Mihalic
Claudia Müller
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Filiz Polat
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Dr. Manuela Rottmann
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Ulle Schauws
Dr. Frithjof Schmidt
Stefan Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Margit Stumpp (C)
Markus Tressel
Dr. Julia Verlinden
Daniela Wagner
Gerhard Zickenheiner

Fraktionslos

Uwe Kamann
Dr. Frauke Petry

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: Steigende Strompreise stoppen – Energie bezahlbar machen (Zusatztagesordnungspunkt 5)

Mario Mieruch *(fraktionslos):* Für steigende Strompreise sorgen die EEG-Umlage und andere Steuern, Abgaben und Umlagen sowie die Verknappung der Emissionszertifikate im Europäischen Emissionshandel, wodurch auch die Kosten für Kohle und Öl steigen. So war es von der Politik geplant, und so ist es auch gekommen. Satte 55 Prozent des Strompreises gehen mittler-
(B) weile an den Staat, warum die Bürger auch alle Hoffnungen aufgeben dürfen, dass sich diese Entwicklung jemals umkehrt.

Nein, der Strompreis wird auch in Zukunft nur eine Richtung kennen: nach oben. Und wenn im Zuge der erzwungenen Mobilitätswende Ökosteuer, Mineralölsteuer usw. ersetzt werden müssen, ist das Ende der Fahnenstange noch nicht mal annähernd erreicht.

Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth, Chefeinflüsterer unserer Umweltministerin und einer der Konstrukteure der Energiewende, hat das diese Woche Kraft eigener Selbstherrlichkeit auch direkt auf den Punkt gebracht: „Die Zukunft der Autoindustrie ist elektrisch – oder sie hat keine.“

Man nennt das Planwirtschaft. Und bei dieser Planwirtschaft wird den Steuerzahlern und Stromkunden sehr ungern erklärt, welch gigantische Kosten die Subventionierung von Wind- und Solarenergie mit sich bringt, weil sie alleine gar nicht wettbewerbsfähig sind. Verborgen bleiben auch Revisions- und Instandhaltungskosten der in die Jahre gekommenen Anlagen. In den USA verrotten die Dinger, in Deutschland erfindet man Bürgerwindparks und verspricht Traumrenditen, die dann auch die eigenen Familien auf der Abrechnung wiederfinden. Man spricht am liebsten gar nicht über die horrenden Summen, die jedes Jahr für nicht angeschlossene Offshorewindparks anfallen, über Redispatch und Entschädigungszahlungen, weil manches Windrad trotz gutem Wind auch mal ausbleiben muss.

Nein, unser verbeamteter Vorzeige-Energiewender erklärte den Twitter-Fragenden gar vollmundig, dass wir sogar mächtig viel Strom exportieren. Dass wir das Ausland stattdessen bezahlen müssen, damit es unsere Stromspitzen aufnimmt, erwähnt er genauso wenig wie die Tatsache, dass mittlerweile nahezu täglich Eingriffe in die 50-Hz-Netzfrequenz nötig sind, die weitere Kosten verursachen.

All diese Dinge verstecken sich in den bunten Diagrammen, die Sie auf ihren Stromrechnungen finden. Sie kaufen keinen Ökostrom, sondern Sie sichern zuallererst die Investitionsrisiken nicht wettbewerbsfähiger Angebote.

Und jetzt stellen Sie sich einmal vor, die gesamte Energiedichte, die nur Kraftstoffe für Fahrzeuge heute erbringen können, müsste jetzt zusätzlich aus dem (D)
Stromnetz kommen. Dafür müssten Sie alle heute verfügbaren Energieerzeuger mit circa 30 multiplizieren. Alle, auch die Kohle-, die Gas- und die noch laufenden Atomkraftwerke, die ja jedes für sich wieder mit Tausenden erneuerbaren Quellen ersetzt werden sollen plus erforderlichem Netzausbau.

Was meinen Sie, wer das alles bezahlen wird? Sie, und zwar nur Sie. Und zur Belohnung der weiter steigenden Strompreise dürfen Sie weniger Auto fahren.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer. Ging schon mal schief …

Anlage 4

Erklärung nach § 31 Absatz 2 GO

des Abgeordneten Albert Rupprecht (CDU/CSU) zu der Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus (Tagesordnungspunkt 11)

Gemäß § 31 Absatz 2 GO-BT werde ich an der Abstimmung zum Gesetz nicht teilnehmen. Unter anderem begründe ich dies mit der im Gesetz verbindlich vorgesehenen Verlegung von Leerrohren. Auf Basis des bestehenden Bundesbedarfsplangesetzes, BBPlG, und Netzentwicklungsplanes waren zunächst keine Leerrohre für das Vorhaben Nummer 5 gemäß der Anlage zu § 1

(A) Absatz 1 Bundesbedarfsplan vorgesehen. Im nächsten Schritt wird, mit Verweis auf den Entwurf zum Netzentwicklungsplan 2030 (2019), die Verlegung von Leerrohren beim Vorhaben Nummer 5 mitaufgenommen. Dieser Plan ist aber noch in Bewertung und nicht final beschlossen und somit keine belastbare Grundlage für eine Entscheidung.

Daher sehe ich mich außerstande, für oder gegen den Gesetzentwurf zu stimmen, weswegen ich zwar im Reichstag sein werde, aber an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat zu dem Antrag der Abgeordneten Jochen Haug, Dr. Michael Espendiller, Dr. Bernd Baumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
Einsetzung einer Enquete-Kommission „Direkte Demokratie auf Bundesebene“
(Tagesordnungspunkt 14)

Dr. Frauke Petry *(fraktionslos):* Fraktionsübergreifend hieß es im Innenausschuss: Direkte Demokratie ist ein Instrument der Spaltung. Verblüffend, kann ich da nur sagen – denn während in Deutschland heute auf der einen Seite grüne Kulturrevolutionäre Kern- und Kohleenergie
(B) abschalten oder für das „Recht auf Abtreibung“ eintreten und auf der anderen Seite nationalbolschewistische Beglückungsfantasien die Runde machen, ist die Schweiz eine Insel der Seligen!

Ganz offensichtlich ist die repräsentative Demokratie, wie sie die Parteien verklären, nicht dieselbe, die real existiert. Wie zynisch ist es eigentlich, die Frage darüber, wie das Volk am besten Freiheit und Demokratie lebt, einer Expertenkommission anzuvertrauen? Sie verwechseln Demokratie mit Technokratie, Volkssouveränität mit Parteiensouveränität! Sie trauen dem Bürger nicht zu, mündig für sich selbst einzustehen, wollen ihn an die Hand, an die Leine nehmen, bis dann in Monaten, vielleicht Jahren ein Gutachten vorliegt, das anschließend in den Archiven des Bundestags zu Staub verfällt. Die Kollegen von der FDP haben richtig erkannt, dass wir keinen Erkenntnis-, sondern einen Umsetzungsmangel haben.

Sie, meine Damen und Herren, können, aber Sie wollen nicht; weil Sie das Grundgesetz als festgefahrene Institution sehen, die einzig Ihrer Interpretation folgt, wann es Ihnen nützt; weil Sie nicht die Möglichkeiten erkennen, welche die Väter und Mütter unserer Verfassung offengelassen haben; weil Sie blind dafür sind, dass die Parteien nicht die Stützen, sondern nur die Behelfsmittel der parlamentarischen Demokratie sind!

Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland und die Deutschen sich unter Wert verkaufen; dass mehr Mitspracherechte, mehr Bürgerbeteiligung und weniger Parteienstaat nicht Gefahr für dieses Land sind, sondern seine Rettung; dass Demokratie nicht Harmonie, sondern auch Dissens bedeutet; dass Freiheit nicht gelernt werden kann, sondern gelebt werden muss. Dafür kämpft die Blaue Partei gestern wie heute. (C)

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung

a) des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung

b) des Antrags der Abgeordneten Dr. Axel Gehrke, Paul Viktor Podolay, Dr. Robby Schlund, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD:

Alle Arzneimittel auf die krebserregende Verunreinigung von N-Nitrosodimethylamin untersuchen

d) des Antrags der Abgeordneten Sylvia Gabelmann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Streichung der Importförderklausel für Arzneimittel

(Tagesordnungspunkt 15)

Emmi Zeulner *(CDU/CSU):* Stellen wir uns allem (D) voran einmal die Frage: Was macht gute Politik eigentlich aus? Beziehungsweise: Was ist einer der großen Kritikpunkte an der Politik?

Wie auch ich werden Sie in vielen Veranstaltungen vor allem einen Punkt immer wieder hören: Es gibt ein Problem, das wird auch erkannt, und dann dauert es aber eine lange Zeit, bis wirklich eine Lösung geschaffen wird. Für die Betroffenen gefühlt eine Ewigkeit.

Und genau hier möchte ich ansetzen und erklären, warum das Gesetz zur Sicherheit der Arzneimittelversorgung ein wirklich gutes ist. Weil es ein Gesetz ist, das genau diese Kritik, die von den Menschen an uns herangetragen wird, ernst nimmt. Ein Gesetz, das Probleme erkennt und löst – innerhalb kürzester Zeit. Ein Gesetz also, das für mich ein Zeichen „guter Politik“ ist. Und deshalb gilt mein Dank zuallererst unserem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und seinem Haus und hier besonders Abteilungsleiter Thomas Müller und seinen Mitarbeitern.

Deutlich wird das beispielsweise an den Konsequenzen, die das Gesetz aufgrund des Falls Lunapharm vorsieht. Stellen Sie sich vor, Sie oder einer Ihrer Angehörigen ist an Krebs erkrankt. Es beginnt die Therapie, und Sie tun das, was jeder von uns in einer solchen schwierigen Situation tun würde: Man vertraut darauf, dass die Medikamente die richtigen sind und selbstverständlich in diesem sensiblen Bereich alle Vorschriften besonders sorgfältig eingehalten wurden. Und dann wird genau in dieser Situation dieses Vertrauen bis in die Grundfesten

(A) erschüttert, weil Sie erfahren, dass das Medikament, das Sie in Deutschland erhalten haben, auf das Sie vertraut haben, in Griechenland gestohlen und dann durch einen Händler an Apotheken und Großhändler in Deutschland weitergegeben wurde, dass gerade nicht sichergestellt wurde, dass ein qualitätsgesicherter Transport sowie eine sachgerechte Lagerungsbedingung stattfanden. Genau dieser Fall ist für viele Krebspatienten im letzten Jahr leider zur Realität geworden.

Und wir geben auf dieses Problem mit diesem Gesetz eine gute Antwort. Lassen Sie mich nur einige Maßnahmen nennen, die aus dem konkreten Fall Lunapharm folgen:

Erstens. Es finden mehr und vor allem unangemeldete Inspektionen statt. Das heißt konkret, dass zum Beispiel bei Apotheken mit Zytostatikaherstellung die Frequenz der unangemeldeten Inspektionen erhöht wird. Denn mehr Kontrolle heißt hier einfach auch mehr Sicherheit für die Patienten.

Zweitens. Die Kompetenzen der zuständigen Bundesoberbehörden werden erweitert und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern verbessert. Das heißt konkret, dass dem Bundesinstitut für Arzneimittel- und Medizinprodukte und dem Paul-Ehrlich-Institut die Koordination der Rückrufe übertragen wird, auch um Versorgungsengpässe in der Bevölkerung zu verhindern. Die Länder werden aber auch zusätzlich verpflichtet, den Bund über Rückrufe zu informieren. Eine solche Pflicht bestand bisher nicht, was logischerweise zu Informationslücken führen konnte.

(B) Drittens: mehr Schutz vor Arzneimittelfälschungen. Das bedeutet, dass wir unser Recht an die europäischen Vorgaben zum Fälschungsschutz und zu den Sicherheitsmerkmalen auf Arzneimitteln anpassen. Hier werden neben Anzeige- und Überwachungspflichten auch Sanktionen bei Verstößen gegen die Anforderungen der EU geregelt. So stellen wir sicher, dass das Recht auch durchgesetzt wird; denn ein stumpfes Schwert führt am Ende nicht zu mehr Patientensicherheit. Und das ist unser Ziel.

Deswegen begrüßen wir das Gesetz und lehnen die Anträge der AfD und der Linken ab. Was die AfD fordert, ist reiner Populismus und geht einfach an der Realität vorbei. Denn Fakt ist, dass sich seit Monaten kein Arzneimittel mehr mit Valsartan von dem chinesischen Hersteller auf dem Markt mehr befindet und die Patienten auf andere Alternativen umgestellt werden. Selbstverständlich ist das aufwendig, aber an diesem Beispiel zeigt sich, dass es Alternativen zu einem Medikament gibt, die die Versorgung sichern. Das Ministerium hat hier mit gutem Augenmaß Maßnahmen getroffen, die für die Zukunft solch einen Vorfall verhindern: So müssen die Länder den Bund über geplante Inspektionen bei Herstellern von Arzneimitteln in Drittstaaten informieren, und die Bundesoberbehörden erhalten ein Teilnahmerecht bei diesen Inspektionen. Auch hier erreichen wir mehr Patientensicherheit durch die Kontrollen.

Nun schließe ich mit einem letzten Punkt, der – mag er noch so unscheinbar in diesem Gesetz angefügt sein – mir ein besonderes Anliegen ist: die Streichung des Wertschöpfungsanteils im ersten Jahr bei der Pflegeberufeausbildung. Konkret heißt das, dass die Ausbildungsvergütung im ersten Ausbildungsjahr vollständig refinanziert wird und die Ausbildungseinrichtung somit keinerlei Kosten für die Vergütung des Auszubildenden tragen muss. Das setzt positive Anreize hin zu mehr Ausbildung. Auch hier: ein Versprechen, das wir letztes Jahr im Rahmen der konzertierten Aktion Pflege als Politik gemacht haben und das wir jetzt einlösen. (C)

Das ist für mich gute Politik – und diesem Anspruch versuchen wir gerecht zu werden.

Martina Stamm-Fibich *(SPD):* Wir müssen alles dafür tun, die Arzneimittelversorgung sicher zu machen. Deshalb ist es gut, dass dieses Gesetz nun im Parlament ist. Es war an der Zeit.

2016 deckten zwei mutige und verantwortungsbewusste Mitarbeiter den Bottroper Apotheken-Skandal auf. Ihr Chef hatte Zytostatika gestreckt, um sein Luxusleben zu finanzieren.

Der Blutdrucksenker Valsartan gehört zu den am häufigsten verordneten Medikamenten in Deutschland. Viele Patientinnen und Patienten waren verunsichert, weil verunreinigte Wirkstoffe aus einer Produktion in China den Weg nach Deutschland fanden.

Ähnlich groß war der Aufschrei, als gestohlene Arzneimittel aus Griechenland mutmaßlich illegal nach Deutschland importiert wurden. Lunapharm bestimmte im vergangenen Spätsommer die Schlagzeilen. Und aktuell findet der Prozess gegen einen Heilpraktiker aus Moers statt. Er hatte Krebspatientinnen und -patienten ein überdosiertes Mittel verabreicht. Drei von vier Patienten starben. (D)

Es ist offensichtlich, dass wir ein Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung brauchen. Der vorliegende Entwurf ist gut. An manchen Stellen werden wir aber noch nachschärfen müssen. Ich begrüße die Stärkung der Koordinierungsrolle der Bundesbehörden. Auch die erweiterte Rückrufkompetenz des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte und des Paul-Ehrlich-Instituts halte ich für wichtig im Vorgehen gegen schwarze Schafe der Arzneimittelherstellung.

Neu ist auch, dass Behörden den Wareneingang und Warenausgang auf Plausibilität überprüfen können. So lassen sich Anhaltspunkte für Unterdosierung von Medikamenten feststellen.

Mit dem GSAV versetzen wir Behörden in die Lage, verstärkt Inspektionen auch in Drittstaaten durchzuführen. Das ist wichtig. Denn viele Wirkstoffe werden im Ausland hergestellt. Und wir müssen es leider sagen: Importe sind einer der größten Schwachpunkte bei der Arzneimittelsicherheit.

Die geplante Neuregelung zur Importförderung sehe ich kritisch – und das gerade vor dem Hintergrund verunreinigter Wirkstoffe, die aus dem Ausland kamen. Aus meiner Sicht reichen die Kontrollinstrumente, die bislang im Gesetz stehen, noch nicht aus. Unangekündigte Kon-

(A) trollen in Apotheken müssen aus meiner Sicht stichprobenartig und verpflichtend sein.

Klar ist: Mehr Kontrollen bedeuten auch mehr Personal. Deshalb müssen wir die Behörden so ausstatten, dass sie ihrem Kontrollauftrag auch nachkommen können.

Und schließlich sieht das Gesetz Änderungen im Bereich der sogenannten Orphan Drugs vor, die bei Seltenen Erkrankungen eingesetzt werden. Die Fallzahlen bei Seltenen Erkrankungen sind gering. Damit Patientinnen und Patienten aber trotzdem gut therapiert werden können, ist die Möglichkeit zur anwendungsbegleitenden Datenerhebung sinnvoll. Allerdings halte ich perspektivisch eine europäische Erhebung für besser.

Das Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung ist überfällig. Die Skandale der Vergangenheit haben gezeigt, dass nach wie vor Sicherheitslücken bestehen. Sicherheitslücken in der Arzneimittelversorgung sind für uns nicht hinnehmbar. Wir werden nicht zulassen, dass einige aus Profitgier die Gesundheit anderer Menschen aufs Spiel setzen.

Bärbel Bas *(SPD):* Etwa 8 000 Menschen leiden in Deutschland an der Bluterkrankheit Hämophilie. Die Versorgung dieser Patientinnen und Patienten hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert, neue Therapien stehen zur Verfügung. Die Betroffenen haben heute eine ähnliche Lebenserwartung wie gesunde Menschen.

(B) Wir beraten heute mit dem Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung auch eine Veränderung des Vertriebswegs der Präparate, die zur Behandlung der Hämophilie eingesetzt werden. Bisher werden diese Präparate über spezialisierte Hämophiliezentren abgegeben. In Zukunft sollen sie über Apotheken abgegeben werden.

Mit dieser Änderung soll die flächendeckende Versorgung verbessert werden. Die Verbände der Betroffenen sehen darin allerdings eine Gefahr für die Hämophiliezentren und befürchten eine Verschlechterung der Versorgung. Für mich bedeutet das: Wir müssen diesen Vorschlag intensiv prüfen. Denn eines ist klar: Die Versorgung darf sich auf keinen Fall verschlechtern.

Die zentrale Befürchtung ist, dass sich Patientinnen und Patienten nicht mehr in den Hämophiliezentren behandeln lassen. Die Hämophiliezentren sichern jedoch eine intensive Betreuung aus einer Hand. Die Ärzte dort erkennen schnell unerwünschte Nebenwirkungen der Präparate, sichern die Akut- und Notfallversorgung und bündeln Daten für die Forschung, Ausbildung, Dokumentation und Qualitätskontrolle.

Für Patientinnen und Patienten ist es sinnvoll, sich in diesen Zentren behandeln zu lassen. Diese Vorteile werden diese Zentren auch in Zukunft haben; da bin ich mir sicher. Deshalb darf die Änderung des Vertriebsweges nicht dazu führen, dass die intensive Betreuung der Zentren entfällt.

Eine weitere Befürchtung ist, dass die Behandlung mit neu auf den Markt kommenden Präparaten unsicherer wird. Grundsätzlich gilt: Die Sicherheit der Arzneimittel wird durch das Zulassungsverfahren, das Paul-Ehrlich-Institut und die Pharmahersteller sichergestellt. Und wir möchten die Sicherheit durch eine Erweiterung des Hämophilieregisters sichern. Dort sollen alle Angaben zu Therapien und Arzneimitteln eingetragen werden. Dies sollte und muss dieselbe Wirkung haben wie die Bündelung der Behandlung in den Zentren. (C)

Im Vorfeld des Gesetzentwurfes wurde auch geäußert, dass die Akut- und Notfallversorgung gefährdet sei. Der Erhalt der Notfallversorgung durch die Zentren ist aus meiner Sicht zwingend. Die Bundesregierung hat diesen Punkt deshalb im Kabinettsentwurf bereits aufgegriffen: Die Zentren übernehmen auch in Zukunft die Notfallversorgung und werden dafür vergütet.

Die SPD-Fraktion wird auch genau darauf achten, dass die weitere Forschung und die Aus- und Weiterbildung nicht gefährdet werden. Gerade bei Seltenen Erkrankungen ist die Bündelung der Daten für Forschung und Ausbildung zentral. Dies muss auch weiter gewährleistet sein.

Klar ist: Die Qualitätskontrolle und die Transparenz der Behandlung müssen erhalten bleiben. In der Praxis wird das heute durch die Behandlung in den Hämophiliezentren sehr gut umgesetzt. Die SPD-Fraktion wird im weiteren Beratungsverlauf genau prüfen, ob die neuen Strukturen dies genauso gewährleisten.

Die Kritik, dass es zu einem Kostenanstieg der Therapie bei Abgabe der Präparate durch Apotheken kommt, teile ich nicht. Das Gesetz sieht vor, dass die Kostenträger die Preise künftig direkt verhandeln dürfen, statt jedes Hämophiliezentrum einzeln. Dies hat auch Vorteile. (D)

Absolut nachvollziehen kann ich die Sorge der Betroffenen, durch die Zuzahlungen, die sie bisher nicht leisten müssen, finanziell überfordert zu werden. Sicher: Bei Überschreiten der Belastungsgrenze von 1 Prozent des Bruttoeinkommens gibt es Anspruch auf Rückzahlung. Aber trotzdem müssen die Betroffenen die Summen erst einmal auslegen. Bei einem durchaus üblichen Verbrauch von 180 Packungen im Jahr heißt das: Zuzahlungen von 1 800 Euro im Jahr. Die Forderung nach einer Zuzahlungsbefreiung halte ich persönlich deshalb für sinnvoll und berechtigt.

Hämophiliezentren leisten eine gute Arbeit. Sie haben einen wichtigen Anteil an der guten Versorgung der Patientinnen und Patienten. Für mich und für uns als SPD-Bundestagsfraktion gilt: Die gute Versorgung muss erhalten bleiben. Das darf durch den veränderten Vertriebsweg nicht gefährdet werden. Das ist für uns der Maßstab, den wir im Gesetzgebungsverfahren anlegen werden.

Die Patientinnen und Patienten können sich darauf verlassen, dass die SPD-Fraktion weiterhin die gute Versorgung nicht gefährden wird und sich dafür einsetzt, dass die Befürchtungen ausgeräumt werden.

Christine Aschenberg-Dugnus *(FDP):* Mit dem GSAV soll die Sicherheit in der Arzneimittelversorgung verbessert werden. Das unterstreichen wir ausdrücklich; denn in den vergangenen Jahren wurden wir in Deutsch-

(A) land von mehreren Arzneimittelskandalen erschüttert – sei es, dass verunreinigte Medikamente auf dem Markt waren – wahrscheinlich durch einen krebserregenden Stoff bei einem chinesischen Zulieferer –, sei es, dass Medikamente in griechischen Krankenhäusern gestohlen und dann über illegale Vertriebswege als Arzneimittel in Deutschland vertrieben wurden.

Solche Skandale dürfen sich bei uns nicht wiederholen. Handeln ist daher wichtig – zum Schutze der Patientinnen und Patienten.

Wir begrüßen daher eine erweiterte Rückrufkompetenz der Bundesoberbehörde ausdrücklich. Ebenso positiv ist eine Informationspflicht für Rückrufe, die zu einem Lieferengpass führen könnten; denn die jüngsten Arzneimittelskandale sind auch ein Versagen der Aufsicht. Deshalb haben wir uns von Beginn an für eine beim Bund liegende zentrale Arzneimittelaufsicht ausgesprochen. Schön, dass dieser Vorschlag aufgegriffen wurde.

Wir begrüßen auch, dass die Versorgung mit Medizinalhanf vereinfacht werden soll.

Die Regelungen zu Arzneimittelpreisen sind im Wesentlichen von Kostendämpfungserwartungen getrieben. Wir müssen zwar immer auch die Kosten im Auge behalten, aber die Qualität darf für die Patientinnen und Patienten nicht leiden, und Lieferengpässe müssen vermieden werden. Der Gesetzgeber muss daher Rabattvertragsausschreibungen so ausgestalten, dass das Risiko von Lieferengpässen wirksam verringert wird.

Zwar sieht Ihr Entwurf vor, dass die Krankenkassen
(B) beim Abschluss von Rabattverträgen für Generika auch eine bedarfsgerechte Versorgung berücksichtigen müssen, diese Regelung ist jedoch zu schwammig und zu unkonkret. Wenn Sie wirklich mehr Versorgungssicherheit möchten, hätte ich folgende Vorschläge:

Erstens. Vergabe an mehrere Anbieter. Wenn einer ausfällt, kann ein anderer diesen Ausfall auffangen. Rabattverträge sind gut und richtig, aber insbesondere bei versorgungsrelevanten Wirkstoffen darf es sie nur geben, wenn mehrere Anbieter vorhanden sind.

Zweitens. Mindestens ein Anbieter muss in Deutschland oder Europa produzieren; denn der Kampf um das günstigste Medikament führt auch immer dazu, dass die Produktion nach Indien und China verlagert wird. Wir müssen jedoch gerade in diesem Bereich die Qualitätsanforderung in den Mittelpunkt stellen und damit den Produktionsstandort Deutschland und Europa stärken. Und eines dürfen wir ebenfalls nicht vergessen: Je kürzer die Vertriebswege, desto schneller können die Hersteller reagieren.

Wo sehen wir weiteren Verbesserungsbedarf? Das GSAV sieht die Abschaffung der Direktabgabe von Gerinnungspräparaten durch Ärzte an Patienten mit Hämophilie vor. Das bedeutet, dass im Bereich der Hämophilie-Versorgung der Direktvertrieb des Arzneimittelherstellers mit Ärzten und Krankenhäusern beendet wird. Wir befürchten, dass durch die Neuregelung Versorgungsengpässe bei den Patientinnen und Patienten auftreten und gleichzeitig eine finanzielle Mehrbelastung entsteht.

(C) Hämophiliezentren haben über Jahre hinweg Dokumentationssysteme geschaffen, die darauf beruhen, dass der Patient eine Übersicht über die an ihn gelieferten Chargen erhält und den Verbrauch dokumentieren kann. Der Umweg über die Apotheke verkompliziert diese Dokumentation. Außerdem wird dem erst kürzlich geschaffenen Hämophilieregister die Grundlage entzogen.

Wir hoffen auf eine konstruktive und ergebnisoffene öffentliche Anhörung. Ich freue mich auf die Diskussionen.

Sylvia Gabelmann *(DIE LINKE):* Herr Minister Spahn, anstatt die Ursachen der Probleme bei der Arzneimittelsicherheit zu erkennen und zu beheben, versuchen Sie mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nur, die Symptome zu mildern. Viele Missstände waren vorher bekannt, und doch wurde von Ihnen und Ihren Vorgängern gewartet, bis tatsächlich Menschen zu Schaden kamen. Warum muss denn das Kind immer erst in den Brunnen fallen, bevor etwas passiert?

Da wäre zunächst der Lunapharm-Skandal: Gestohlene Krebsmedikamente wurden in krimineller Weise von Griechenland und Italien über weitverzweigte Lieferwege nach Deutschland gebracht. – Der Fall macht deutlich, wie schwierig es heute ist, die Wege von Arzneimitteln nachzuvollziehen. Parallelvertrieb, Reimporte, Arzneimittelvermittler: Unter diesen Voraussetzungen sind für die Landesbehörden eine wirksame Überwachung und damit die Gewährleistung der Arzneimittelsicherheit kaum möglich.

(D) Machen wir es den Ländern doch einfacher, statt ihnen die Arbeit zu erschweren: Legen wir die internationale Überwachung in die Hände des Bundes! Schreiben wir mehr Transparenz im Zwischenhandel vor, und legen wir undurchsichtigen Arzneimittelvermittlern das Handwerk! Und nicht zuletzt: Schaffen wir die Importförderklausel ab!

Die Linke hat dazu einen eigenen Antrag eingebracht. Die vorgeschriebene Förderung von Reimporten verursacht nicht nur eine unmäßige Bürokratie in den Apotheken und Arztpraxen, sie beschädigt auch das Vertrauen der Bevölkerung in das sensible Gut Arzneimittel.

Die Förderklausel stammt aus einer Zeit, als sie die einzige Möglichkeit war, Druck auf die Preise von patentgeschützten Arzneimitteln auszuüben. Sie war schon immer eine Krücke und ist heute einfach nur noch anachronistisch. Ich habe es sehr begrüßt, dass sie in einer früheren Version des Gesetzentwurfs gestrichen werden sollte. Nun erfahren wir durch eine parlamentarische Anfrage der Linken, dass der Wirtschaftsminister Altmaier im Januar 2019 persönlich mit dem größten Reimport-Unternehmen telefoniert hat, und das Verbot wurde wieder herausgenommen. Das kann doch wohl nicht sein!

Der Bundesrat hat mit großer Mehrheit für die Streichung der Reimport-Förderung gestimmt. Es ist an der Zeit, dieses Relikt endlich zu beerdigen.

Auch aus dem Valsartan-Skandal werden einige Konsequenzen gezogen. Auch hier ist die Frage, ob die Über-

(A) prüfung von Fabriken in China bei den Bundesländern in den richtigen Händen ist. Oder sollte nicht der Bund die Überwachung übernehmen?

Dass die AfD nun vorschlägt, alle Arzneimittel auf die Substanzen zu überprüfen, die bei Synthesefehlern der Sartane entstanden sind, ist doch ein schlechter Witz. Als wenn nicht bei anderen Wirkstoffen wieder andere Verunreinigungen entstehen können!

Unverständlich ist für mich, dass effektive Maßnahmen gegen Lieferengpässe von Arzneimitteln im Gesetzentwurf weitgehend fehlen. Ein notwendiger Schritt wäre eine verpflichtende Meldung an die zuständige Behörde. Die Hersteller müssen zudem verpflichtet werden, eine ausreichende Zahl von Herstellungsstätten nachzuweisen, damit beim Ausfall einer Fabrik in Indien nicht die gesamte Lieferkette ins Stocken kommt.

Sie führen nun für Rabattverträge bei Arzneimitteln Lieferverpflichtungen ein. Dabei wurden solche Qualitätskriterien doch schon öfter vorgeschrieben, und sie haben den Niedergang der Versorgungsqualität bei Ausschreibungen nicht verhindern können.

Bei Hilfsmittelausschreibungen haben Sie die einzig richtige Konsequenz gezogen und sie mit unserer Zustimmung abgeschafft. Trauen Sie sich, diesen Schritt auch bei den unsäglichen Rabattverträgen zu gehen, die für viele Engpässe bei Generika verantwortlich sind!

Kordula Schulz-Asche *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Dieses Gesetz ist leider kein großer Wurf. Neben
(B) viel Klein-Klein findet sich wenig, was die Versorgung tatsächlich sicherer macht. Zumindest dem Namen nach soll das Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung sorgen. Nach meinem Verständnis bedeutet das, Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, die beispielsweise verhindern, dass sich über Jahre hinweg unbemerkt Arzneimittel mit möglicherweise krebserregenden Stoffen im Umlauf befinden, wie im Falle von Valsartan, oder dafür zu sorgen, wie im Falle von Lunapharm, dass die Geschäftsgebaren eines Unternehmens aus Brandenburg, welches in Griechenland gestohlene Arzneimittel aufkaufte und hier in Deutschland an Apotheken weitergab, schneller unterbunden werden; oder ich denke an solche Fälle wie in Brüggen-Bracht, wo ein Apotheker, der unentdeckt teure Krebsmittel verwässerte und auf Kosten der Leben der zu behandelnden Patienten Profite daraus schlug, über Jahre unentdeckt blieb.

Im Gesetzentwurf finden sich hierzu jedoch keine Lösungen. Keine Antworten auf die Frage, wie die Qualitätskontrolle von Arzneimittelwirkstoffen verbessert werden könnte, wie Arzneimittelfälschungen verhindert und Gesundheitsberufe systematisch stärker kontrolliert werden könnten. Was das GSAV stattdessen beinhaltet: einen schnelleren Rückruf durch die Behörden, wenn Arzneimittelfälschungen auftauchen, und eine Verpflichtung der Pharmaindustrie, die Kosten für Arzneimittel zurückzuerstatten, die, wie bei Valsartan, verunreinigt, ja sogar krebserregend waren. Erst wenn das Kind also schon längst in den Brunnen gefallen ist, will das Bundesgesundheitsministerium aktiv werden. Das ist zu wenig. Wir müssen Skandale in der Gesundheitsversorgung verhindern und nicht nur deren Abwicklung vereinfachen, wenn sie schon längst geschehen sind. (C)

An manchen Stellen muss bei dem Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung sogar von einer Gefährdung der Patienten gesprochen werden:

So soll zum Beispiel die Arzneimittelversorgung Hämophilieerkrankter zukünftig in Teilen durch Apotheken erbracht werden. Wir haben hier ein etabliertes System spezialisierter Ärztezentren, die Hämophilieerkrankten eine bestmögliche Versorgung bieten, behandeln und Patienten auf die kritischen Medikamente einstellen. Teile der benötigten Arzneimittel sollen die Patienten nun aber aus Apotheken beziehen. Das ist für die Patienten mit höherem Aufwand verbunden, birgt zusätzliche Risiken in der Therapie und ist obendrein für die Versichertengemeinschaft am Ende noch teurer, weil die Apotheken natürlich auch mitverdienen werden. Unverantwortlich!

Nicht bis zum Ende gedacht ist auch der Vorstoß bei der Fernbehandlung. Eine pauschale gesetzliche Öffnung für jede Form der Telemedizin mit anschließender Medikamentenverschreibung kann auch nicht im Patienteninteresse sein. Zumindest Rahmenbedingungen und Leitplanken müssen gesetzt werden, damit eine qualitative Versorgung gewährleistet bleibt.

Wir haben es also wieder mit einem typischen Spahn zu tun: Nach außen, bei der öffentlichen Vorstellung, wird die Heilung der Welt versprochen, beim genaueren Hinsehen findet sich dann vom Versprochenen wenig bis (D) gar nichts, was Hand und Fuß hat.

Jens Spahn, *Bundesminister für Gesundheit:* Jeden Tag bekommen Tausende Patienten in Deutschland Arzneimittel verordnet: Arzneimittel, die helfen sollen und nicht schaden. Auf die Sicherheit dieser Arzneimittel müssen die Menschen vertrauen können. Und sie können darauf vertrauen, dass wir alles für diese Sicherheit tun.

Es gab in letzter Zeit Fälle, durch die das Vertrauen erschüttert wurde: ein verunreinigter Wirkstoff im Blutdrucksenker Valsartan, falsch dosierte Krebsmedikamente eines kriminellen Apothekers in Bottrop, die Anwendung eines in der medizinischen Wissenschaft noch nicht hinreichend bekannten und mutmaßlich fehlerhaft hergestellten Stoffes in der Krebsbehandlung durch einen Heilpraktiker in Brüggen-Bracht und schließlich gestohlene Krebsmedikamente aus Griechenland, die durch Lunapharm auf den deutschen Markt gelangten.

Der Arzneimittelmarkt ist ein globaler Markt mit globalen Lieferketten, mit zum Teil hohen Gewinnmargen, die diesen Markt auch anfällig für Missbrauch machen. Deshalb ist es zum Beispiel wichtig, dass die Qualität von Wirkstoffen aus Drittländern streng kontrolliert werden kann. Deshalb wollen wir genau dort, wo Schwachstellen durch die genannten Skandale offenbar wurden, mit diesem Gesetz Regelungen schaffen, die die Sicherheit erhöhen und mit denen wir das Vertrauen wiederherstellen.

(A) Ich will einige konkrete Maßnahmen beispielhaft nennen:

Wir erweitern die Kompetenzen der Bundesoberbehörden für den Rückruf von Arzneimitteln, und wir stärken die Koordinierungsfunktion auf Bundesebene, damit wir etwa bei drohenden Versorgungsmängeln schnell und länderübergreifend handeln können.

Wir erweitern die Überwachung der Arzneimittelhersteller durch die Landesbehörden. Sie werden mehr Möglichkeiten bekommen, Betriebe zu inspizieren, auch im Ausland.

Wir geben auch den Krankenkassen Druckmittel gegenüber Lieferanten in die Hand, indem sie bei mangelhaften Arzneimitteln Regressansprüche geltend machen können. Dadurch steigt das Interesse der Pharmafirmen, mangelfreie Arzneimittel auch sicher zu gewährleisten und vor allem Zulieferer von Wirkstoffen genauer zu kontrollieren.

Wenn Heilpraktiker verschreibungspflichtige Arzneimittel herstellen und bei ihren Patienten anwenden wollen, benötigen sie zukünftig eine behördliche Erlaubnis.

Und nicht zuletzt ein Punkt, der Versicherte unmittelbar betrifft: Wenn sie infolge eines Rückrufes auf ein anderes Medikament ausweichen müssen, sind sie von der Zahlung befreit. (C)

Sicherheit bedeutet auch Versorgungssicherheit in Zukunft. Wir geben in unserem Gesundheitssystem ein großes soziales Versprechen, dass wir Versorgung zu jeder Zeit, an fast jedem Ort gewährleisten. Um das einzulösen, werden wir mehr Digitalisierung im Gesundheitswesen einsetzen müssen. Auch dazu gibt es in diesem Gesetz wieder konkrete Ziele.

Wer einen Arzt in einer Onlinesprechstunde kontaktiert – das ist jetzt schon möglich –, der soll dort – das regeln wir in diesem Gesetz – auch ein elektronisches Rezept ausgestellt bekommen können. Um das zu ermöglichen, verpflichten wir die Selbstverwaltung, die dafür maßgeblichen Vertragswerke anzupassen, und wir beauftragen die Gematik, bis Mitte 2020 die nötigen technischen Maßnahmen zur flächendeckenden Einführung des E-Rezepts umzusetzen.

Alles in allem ein wichtiges Gesetz für sichere Versorgung, für das ich jetzt gute parlamentarische Beratung wünsche.

(Der gesamte und damit endgültige Stenografische Bericht der 92. Sitzung wird am 9. April 2019 veröffentlicht)

(B) (D)



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333